A 5173 F

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

199



Ruth Rehmann: Bildwechsel 1990

Frauen im Umbruch der Arbeit

Sünne Andresen, Hanna Behrend, Anneliese Braun, Ariane Brenssell, Ingrid Kurz-Scherf,

Annette Schnoor

Eva Kaufmann: Helga Königsdorf

Helmut Peitsch: F.C. Delius

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

1991/92 schrieben unter anderen

Günther Anders, Ursula Apitzsch, Georg Auernheimer, Etienne Balibar, Brita Baume, Hanna Behrend, Jacques Bidet, Volker Braun, Michael Brie, Klaus Briegleb, Joseph A. Buttigieg, Martin Damus, Alex Demirović, Jens-F. Dwars, Elke Erb, Kathy E. Ferguson, Helmut Fleischer, Eduardo Galeano, Clara Gallini, Jana Gohrisch, Pablo González Casanova, Stuart Hall, Nancy Hartsock, Wilhelm Heitmeyer, Fredric Jameson, Jürgen Jünger, Mary Kaldor, Eva Kaufmann, Helga Königsdorf, Volker Külow, Georges Labica, Gabi Lindner, Jürgen Link, Alaine Lipietz, Michael Löwy, Mary McIntosh, Norbert Mecklenburg, Jost Müller, Ludmila Nikititsch, Hans-Heinrich Nolte, Ute Osterkamp, Helmut Peitsch, Ursula Püschel, Ruth Rehmann, Philipa Rothfield, Salman Rushdie, Klaus R. Scherpe, Anna Schwarz, Ruth Seifert, Elaine Showalter, Anne Showstock-Sasson, Dorothee Sölle, Ernst Tugendhat, Renate Wahsner, Susan Willis, Erich Wulff

Redaktion

Wolfgang Bialas, Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Alexander Honold, Peter Jehle, Thomas Laugstien, Nora Räthzel, Jan Rehmann, Jo Rodejohann, Werner van Treeck, Thomas Weber

Autonome Frauenredaktion

Sünne Andresen, Ariane Brenssell, Frigga Haug, Kornelia Hauser, Ingeborg Musold, Antje Rapmund, Jutta Meyer-Siebert, Eva Stäbler

Korrespondierende Redaktionsmitglieder

Georg Auernheimer, Soja Fiedler, Claudia Gdaniec, Karl-Heinz Götze, Christina Klenner, Michael Krätke, Dieter Kramer, Eva Kreisky, Ulrich Schmitz, Frieder O. Wolf, Erich Wulff, Gerhard Zimmer

Redaktion: Reichenberger Str. 150, 1000 Berlin 36, Tel. (030) 611 41 82, Fax 611 42 70

Redaktionssekretariat: Antje Rapmund

Argument-Verlag, Rentzelstraße 1, 2000 Hamburg 13 Telefon (040) 45 60 18 und 45 36 80, Fax (040) 44 51 89

Auslieferung

Interabo, Wendenstr. 25, Postfach 103245, 2000 Hamburg 1, Telefon (040) 23 09 92 Buchhandel: Rotation, Mehringdamm 51c, 1000 Berlin 61, Telefon (030) 692 79 34 Direktversand: Reichenberger Str. 150, 1000 Berlin 36, Tel. (030) 611 39 83, Fax 611 42 70

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1993 in 6 Heften (alle 2 Monate). Jahresumfang 1056 (ca. 980 + LXXVI) Seiten. - Einzelheft 14 DM; Stud., Schüler, Erwerbslose II DM. Jahresabo 72 DM zzgl. Versand; Stud. etc. 57 DM zzgl. Versand. - Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. - Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten haben (1 1/2zeilig, 60 Anschläge, 2fache Ausfertigung). Autoren, die mit einem PC arbeiten, tragen zur Verringerung unserer Satzkosten bei, wenn sie uns zusätzlich zu 2 Ausdrucken eine Diskette schicken. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Bulletin Signalétique 521, Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem. - Umschlag: Johannes Nawrath. Foto: © Christian Louis. - Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte - auch das der Übersetzung - vorbehalten. - Konten: Postgiroamt Berlin West 5745-108. Bank für Gemeinwirtschaft Berlin (BfG) 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. Fotosatz: Mößner und Steinhardt oHG, Berlin. Druck: alfa Druck, Göttingen. - Mai/Juni 1993. - Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 6.

Editorial	333
Ruth Rehmann: Bildwechsel 1990	335
Nachrichten aus dem Patriarchat	338
Frauen im Umbruch der Arbeit	
Ingrid Kurz-Scherf Fragen an eine Kritik der politischen Ökonomie der Arbeit	339
Sünne Andresen Verfügte Zeit. Literaturbericht	349
Ariane Brenssell Plädoyer für Einmischung in Lean Production	363
Annette Schnoor Siemens-Arbeiterinnen streiten um Selbstbestimmung	371
Anneliese Braun Welche Perspektiven für die Hälfte der Frauen? Zur sozialen Lage in den »neuen Ländern«	381
Hanna Behrend Ruhmlose Vereinigung	393
* * *	
Eva Kaufmann Laudatio für Helga Königsdorf	405
Kornelia Hauser »Du, wir werden so friedliche Bürger – kann das gutgehen?«	409
Helmut Peitsch »Abschied von der Dokumentarliteratur«?	412
Kongreβberichte Entwicklung der beiden Amerikas; Das Bild des Anderen; Lenin-Symposium; Die Linke in Europa	425
Besprechungen Naturverhältnisse und Weltbilder; Fachtextlinguistik; Massenmedien; Pädagogikbiographien; Geschichte der Arbeiterbewegung; Entwicklungspolitik; Demokratietheorie	439
Verfasser/innen Zeitschriftenschau Summaries	497
vertasser coden. Zeuschfulenschau Nimmafies	/154/

II Inhalt

Besprechungen

'hilosophie	
Blumberger, Walter, und Dietmar Nemeth (Hrsg.): Der technologische Imperativ	
R.Alisch)	439 440
er Natur (T. Heinrichs und H. Weinbach)	442
Thomas, Hans (Hrsg.): Naturherrschaft (T.Heinrichs und H.Weinbach)	442
Hösle, Vittorio: Philosophie der ökologischen Krise (B.Lukoschik)	444
Kondylis, Panajotis: Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform. Die	
berale Moderne und die massendemokratische Postmoderne (R. Vandamme)	445
prach- und Literaturwissenschaft	
Peimer, Brigitte, und Christa Wolf: Sei gegrüßt und lebe (K. Hauser)	409
imm, Christian: Gibt es eine Fachsprache der Literaturwissenschaft? (G. Nieragden)	446
Klauser, Rita: Die Fachsprache der Literaturkritik (S.Sölçün)	447
Pelperin, Howard: The Uses of the Canon. Elizabethan Literature and Contemporary	
Theory (N. Schürer)	448
Kunst- und Kulturwissenschaft	
Mattelart, Michèle, und Armand Mattelart: The Carnival of Images« (S.Leitner)	450
Mattelart, Armand: La communication-monde (S.Leitner)	450
Pross, Harry: Protestgesellschaft (F.Kröll)	452
Hartmann, Hans A., und Rolf Haubl (Hrsg.): Bilderflut und Sprachmagie	454
D.Naegler)	454
Schivelbusch, Wolfgang: Licht, Schein und Wahn (U.Schmid)	456
Soziologie	
Neumann, Marion, und Urich Herold (Hrsg.): LIEBE einfach schrecklich (E.Erb)	458
Brück, Brigitte, u.a.: Feministische Soziologie. Eine Einführung (H.Schaeper)	460
Barrett, Michèle: The Politics of Truth. From Marx to Foucault (K. Hauser)	462
eil, Mechthild, Karin Prinz, und Ute Gerhard (Hrsg.): Am modernen Frauenleben	
orbei. Verliererinnen und Gewinnerinnen der Rentenreform 1992 (C. Munschau)	464
Erziehungswissenschaft	
Schmoldt, Benno (Hrsg.). Pädagogen in Berlin. Auswahl von Biographien zwischen	
Aufklärung und Gegenwart (KP.Horn)	466
Reinhardt, Klaus: Öffnung der Schule – Community Education als Konzept für die	
Schule der Zukunft? (A. Hopf)	467
Deißinger, Thomas: Die englische Berufserziehung im Zeitalter der industriellen	
Revolution (H. Reinisch)	468
Psychologie	
Flax, Jane: Thinking Fragments. Psychoanalysis, Feminism, & Postmodernism in the	
Contemporary West (H.Weilnböck)	470
Grüter, Barbara: Widerspruch - Individuelle Entwicklung als Systemerneuerung	
(A.Kather)	472
(Fortsetzung Inhalt a	uf S.X)

Editorial

Seit der Vereinigung der beiden Deutschland werden wir fast täglich mit zwei Nachrichtenarten konfrontiert: steigende Kosten, steigende Arbeitslosigkeit. Die Unmöglichkeit eines Eingriffs von uns macht, daß von den Themen eine Art Lähmung ausgeht, strategisches Nachdenken und Analyse erschwert sind. Frauenarbeit zum Beispiel erscheint als ein Thema, über das wir alles wissen, über das wir nichts mehr wissen wollen. Von Arbeitslosigkeit – wie die Erwerbslosigkeit weiter hartnäckig heißt – sind Frauen, wie erwartet, stärker betroffen; es halten sich die Mythen weiblich fehlender Qualifizierung, und wenn schon die seit mehr als zehn Jahren ausgerufene »Krise der Arbeitsgesellschaft« doch wahr zu werden scheint, ist in soviel Unordnung und Verfall vielleicht eher festzuhalten am Gewohnten: wenigstens der »männliche Ernährer« sollte gesichert werden, wenigstens für ein bis zwei Jahre. Vergessen sind die Quoten für die Besetzung der Arbeitsplätze, Frauenförderpläne fristen weiter ein Dasein bloß auf dem Papier, verdrängt der Anspruch, aus der Zurkenntnisnahme unendlicher weiblicher Arbeit außerhalb von Entlohnung und gesellschaftlicher Anteilnahme einen Arbeitsbegriff zu rekonstruieren, der tatsächlich das Gesamt gesellschaftlicher Tätigkeiten enthält und zur Neuverteilung zu schreiten. Schließlich haben wir in der Wirklichkeit nicht zu wenig Arbeit für alle, sondern zu viel. Allerdings machen mehrere Umschichtungen im gesellschaftlichen Erwerbsarbeitsprozeß diesen Tatbestand so unklar, daß die existenzielle Frage, wie die Menschen in Zukunft ihr Leben produzieren, langweilig scheint.

Die Langeweile kommt aus dem Zerfall der einzelnen Segmente, der den Zusammenhang zerstört und arbeitsteilige Unzuständigkeiten reproduziert. Die Umbrüche in einzelnen Bereichen der Industrie (lean production) mögen zwar für die wenigen dort bleibenden Arbeitenden revolutionär sein; aber was bedeuten sie den Erwerbslosen? Hausarbeit Arbeit zu nennen, mag ja eine Reihe von Menschen befriedigen, aber was bedeutet sie jenen, die nicht zu Hause bleiben wollen, wenn sie »arbeiten«? Neulich sagte der ehemalige Vorsitzende des Aufsichtsrates von VW in einer Fernsehsendung, wie glücklich er sei, daß es gerade der Automobilindustrie heute gelänge, ein großes Quantum gesellschaftlicher Arbeitskraft abzugeben an neue Bereiche, die allesamt die Gesellschaft schöner und besser machen könnten. Bisher wagte niemand bei der Schließung der Werften, bei der der Stahlwerke, bei der Deindustrialisierung der ehemaligen DDR ähnlich über Massenarbeitslosigkeit zu sprechen und doch steckt in solchen Worten, so zynisch sie heute sind, eine Wahrheit, bei der wir nur noch wissen müßten und zugleich die Macht besitzen, sie praktisch durchzusetzen.

In Umbrüchen denkt es sich schwierig. Zu sehr wird Kraft auf die tägliche Organisation des Lebens gelenkt. Aber wie wir morgen leben und arbeiten wollen, ist auf jeden Fall ein Thema, in das wir uns als Frauen einschreiben müssen, in das Energie, Phantasie, Überlegungen zu stecken, für uns notwendig ist.

Wir haben dieses Heft so konzipiert, daß wir zum einen Überlegungen zum Arbeitsbegriff und zu den Politiken um Arbeit erinnern und aktualisieren (Kurz-Scherf); zum anderen unseren Blick auf Gestaltungsmöglichkeiten von Arbeit

334 Verlagsmitteilungen

durch und für Frauen lenken (Brenssell, Schnoor) – freilich muß solches Bemühen Frauenarbeit sogleich wieder auf Erwerbsarbeit verkürzen. Dagegen ist an die Problematik von Zeitpolitik im Verhältnis von Reproduktions- und Erwerbsarbeit zu erinnern (Andresen). Die Einbeziehung der Konflikte erwerbslos gewordener Frauen aus der vormaligen DDR (Braun) und der Lagebericht zu den Folgen der Vereinigung (Behrend) zeigt die Zerrissenheit dieser neuen Gesellschaft besonders für Frauen und die Dringlichkeit, mit der das Gesamtprojekt zu machen ist.

In einem zweiten Schwerpunkt haben wir Literaturbearbeitungen zusammengestellt. Themen sind unterschiedliche Frauenfreundschaften in der DDR und Terrorismus in der BRD.

Verlagsmitteilungen

Endlich liegt George Leamans in mehrjähriger Archivarbeit erstelltes Who's Who aller 218 Philosophie-Hochschullehrer der NS-Zeit vor. Erst im Kontext läßt sich der prominente Einzelfall situieren: *Heidegger im Kontext* – AS 205.

Soeben erschienen ist auch Forum Kritische Psychologie 31 mit den Themen: Schule und Lebenspraxis, marxistisches Menschenbild. Die Rubrik »Vergangenheitsbewältigung DDR« gewinnt mit ihrer dritten Folge eine neue Qualität: nicht nur zeitgebundene Stellungnahmen, sondern Ansätze einer systematischen, theoriegeleiteten Auseinandersetzung mit dem DDR-Sozialismus und seiner Ideologie.

»Postkoloniale Literaturen – Peripherien oder neue Zentren« – Gulliver 33: u.a. wird die Reichweite des Postkolonialismus-Begriffs untersucht und nation and identity sowie gender and colonialism behandelt.

Unterhaltsame Lektüre bietet das neue Ariadne-Krimi-Pärchen. Joan Hess läßt Die 755 Seelen von Maggody (Haustiere mitgezählt) gründlich durcheinanderwirbeln: Aus dem Urlaub zurückkehrend sieht sich die einzige (und unterbezahlte) Polizistin von Maggody mit dem Verschwinden einer Mutter von fünf unehelichen Kindern konfrontiert. Skandale um eine neu zugezogene Hippiekommune, die absurden Dorfhierarchien und zwei nicht zu bremsende Amateurdetektivinnen erleichtern die Ermittlungen nicht gerade ... Der Lesbenkrimi Sieben Leben der Kanadierin Lauren Wright Douglas erzählt eine rasante Woche der knallharten Privatdetektivin Caitlin Reese (wohlbekannt aus Ariadne 1005: Lauernde Bestie). Sie gerät zwischen die Fronten zweier opponierender Gruppen von AktivistInnen gegen Tierversuche – Rechtsweg versus direkte Aktion – und eines korrupten Kosmetikunternehmers. Ein Wettlauf mit der Zeit beginnt ...

Argument-Buchladen: Der Freitagabend im Argument-Buchladen (jeweils 20 Uhr): »Frauen im Umbruch der Arbeit« – am 18. Juni lädt die Autonome Frauen-Redaktion zur Diskussion des vorliegenden Heftes. – Am 11. Juni führt Wolfgang Röhrer sein Hörspiel »Kopfzusammenschnürungsmaschine etc.« vor. – Am 23. Juli gibt es einen Flamenco-Abend: Tanz und Musik mit Celia Rojas. – Apropos Argument-Buchladen: Helena Kreienbühl besorgt gern jedes Buch in 24 Stunden. Auch auf Anruf (030/611 39 83) oder Fax (030/611 42 70). Öffnungszeiten: Di-Fr 11-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr. Reichenberger Straße 150 in Berlin 36.

Bildwechsel 1990*

Auf einer Veranstaltung im kirchlichen Raum spricht Friedrich Schorlemmer, Jahrgang 44, evangelischer Pfarrer, Dozent am Predigerseminar in Wittenberg, eine der Gallionsfiguren der Wende, seit 1988 in einer friedens- und umweltpolitischen Oppositionsgruppe, dann im Demokratischen Aufbruch, seit kurzem in der SPD. Auch er hat an dem bereits zur Sage gewordenen 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz gesprochen. Damals wollte er die Mitglieder einer sich wandelnden SED in den Prozeß des Aufbaus einbeziehen. Wie die anderen Redner vertrat er eine eigenständige Entwicklung der ehemaligen DDR im Sinne eines menschlichen Sozialismus, wie er 1968 in Prag versucht und von Panzern niedergewalzt worden war. In der nachfolgenden Schlammschlacht wurde er nicht so hart drangenommen wie die Schriftsteller, eher an den Rand geschoben als einer der in der Bewegung zahlreich vertretenen Theologen.

Er mußte einsehen, daß sich im eigenen Land zwei Fronten gebildet hatten: Die aus Überzeugung Daheimgebliebenen mit der Idee einer föderalen Bindung an die BRD und die Masse der Flüchtlinge und Wider-Willen-Gebliebenen, die, vom westlichen Deutschland propagandistisch unterstützt, eine möglichst schnelle Verschmelzung mit der BRD und dem Wohlstand erstrebten. Er trug dem Rechnung, indem er das Reizwort Sozialismus aus seinem Repertoire strich, ohne jedoch den christlich-sozialistischen Glauben an die Veränderbarkeit des Menschen und die Möglichkeit einer sozialgerechten, demokratischen Gesellschaft aufzugeben. In einem Interview mit Gaus im Februar 1990 äußert er Trauer, Schmerz und Wut über die Würdelosigkeit des Übergangs und die Verschiebung der allgemeinen Schuld auf einzelne Sündenböcke. Dem Vorwurf des intellektuellen Hochmuts begegnet er mit der Überzeugung, daß Menschen sich über die einzelne biologische Existenz hinaus entfalten können zu einer Art »globalem Gewissen«. »Ein Volk ohne Visionen geht zugrunde.« In diesem Sinne hat er den 4. November als ein ganz persönliches Glück erlebt. »Soviel Identifikation mit meinem Volk habe ich nie gehabt wie an diesem Vormittag.«

Das ist nur wenige Monate her.

Der Raum ist gut besetzt mit interessierten, aktiven, kritischen Christen, mehr Frauen als Männer, viele junge Leute. Sie haben Schorlemmer schon oft im Fernsehen gesehen, sein helles sensibles Gesicht, seine spontane mitreißende Art zu reden – ein Charismatiker, der Menschen begeistern kann und begeistert hat. Nun wollen sie auch begeistert werden, aber er tut ihnen den Gefallen nicht. In pointierten Einzeldarstellungen gibt er einen deprimierenden Lagebericht von drüben und gebraucht dabei häßliche Worte wie Zweidrittel-Gesellschaft, Abwicklung, evaluieren, filettieren, eliminieren, gewürzt mit einer Ironie, die sich gelegentlich zu ätzendem Sarkasmus steigert. Auch sein Gesicht wirkt anders, als man es aus dem Fernsehen kennt, blasser, knittriger, wie von innen ausgetrocknet. Aus schmalen, spöttisch geschürzten Lippen schießen die Worte wie gespitzte Pfeile. Da hat einer zu groß gehofft und ist zu hart in der Wirklichkeit

336 Ruth Rehmann

aufgeschlagen. Nun läßt er seinen Schmerz heraus, aber nicht als Schmerz, Trauer, Enttäuschung – Gefühle die verstanden, geteilt und mitgelitten werden könnten –, sondern als bitteren Spott, der wie ein Kälteschock in die Zuhörer hineinfährt.

Das hatten sie nicht erwartet. Sie sind ja die Gutwilligen, Verständnisvollen, Hilfreichen, die jahrelang Päckchen an die Brüder und Schwestern gesandt haben, Hilfsaktionen organisiert, Besuche gemacht, Partnergemeinden unterstützt, die ganz im stillen nicht gerade Belohnung erwarten, aber doch Anerkennung – ein bißchen Dankbarkeit. Seine Stimme tut ihnen weh. Wenn er von einer gelungenen Co-Produktion zwischen Westfernsehen und Demonstranten spricht, von DM-Schwindel und gebrochenen Versprechen, überzieht ein Grauschleier die schönen Bilder, die sie Abend für Abend gesehen haben: Strahlende Gesichter, Umarmungen, Jubel, zusammenbrechende Mauern – das Gefühl, auf der richtige Seite zu sein, das Richtige gedacht, gehofft, getan zu haben.

Unruhe wird spürbar, Blicke hinüber, herüber, unwilliges Geflüster. Merkt er das nicht? Will er's nicht merken? Was will er überhaupt? An Sympathiewerbung und Stimmenfang liegt ihm offenbar nichts. Er ist schließlich kein Politiker mehr, sondern doch und wieder Pfarrer, einer, der die Wahrheit sagen will, und weil die Wahrheit seiner Wirklichkeit bitter ist, spricht er sie bitter aus, und weil er persönlich verletzt ist, wehrt er sich mit Verletzungen. Das ist sein gutes Recht, nur die, die ihm zuhören sind nicht diejenigen, die ihn verletzt haben.

Nun steht ein älterer Herr auf und spricht von historischen Zwängen, maroder Wirtschaft, immensen Hilfsleistungen des Westens, von Anspruchsdenken, Undankbarkeit, Lethargie im Osten. Auch er will nur die Wahrheit seiner Wirklichkeit sagen – sein gutes Recht –, und während er spricht und Schorlemmer antwortet, spüre ich, wie die Klischees in den Köpfen zusammenwachsen und hart werden, zwischen ihnen die Mauer, die die Wahrheiten trennt, so daß die eine die andere nicht sehen kann: Die undankbaren, ewig nörgelnden, fordernden Ossis – die selbstzufriedenen, besserwissenden, im Wohlstand strotzenden Wessis – ein Körnchen Wahrheit in beiden, aber nicht so viel davon, daß es nicht anders hätte sein oder werden können ... (...)

Es ist Winter geworden. Berlin Ost und West versinken im Einheitsgrau. Deutschland ist wieder vereint, der Beitritt nach Art. 23 GG vollzogen. Runder Tisch, Verfassungsentwurf, Plebiszitdiskussion, Artikel 146 GG sind schon vergessen. Vom eigenen Weg zur Demokratie, von ökologischer Weichenstellung, von der Vermeidung der bekannten Entwicklungsfehler redet kein Mensch mehr. Das Ozonloch wächst, die Bäume sterben. Der Zug ist abgefahren – alte Richtung, alte Signale. Die Propheten dreh'n sich im Fahrtwind.

Ich bemerke, daß mein Interesse an Informationen nachläßt. In meinem Zimmer in der WG häufen sich die angelesenen Zeitungen, die zur gründlichen Lektüre zurückgelegt sind. Aber die gründliche Lektüre findet nicht statt. Schon beim Anblick der Schlagzeilen empfinde ich eine Art mentalen Brechreiz, als ginge ich, winzige Häppchen kostend, an einem überladenen Festbuffet entlang und nähme mit jedem Mundvoll vom Krabbencocktail bis zum Dessert den gleichen niederträchtigen Trangeschmack wahr.

Während ich die Zeitungen in den Container befördere, kommen mir Worte in den Sinn, die ich in meiner Schulzeit vor einem halben Jahrhundert gelesen und Bildwechsel 337

nie vergessen habe. Sie heißen Anmut und Würde und fordern, daß der Sieger sich in Anmut neigen solle, damit seine Überlegenheit nicht zur Erniedrigung des Besiegten beitrage, und daß der Unterlegene sich in Würde aufrichten solle, um die zur Freiheit bestimmte Menschheit nicht in seiner Person zu entehren, geschrieben im Jahr 1993 in Deutschland von Friedrich von Schiller.

* Auszug aus »Unterwegs in fremden Träumen. Begegnungen mit dem anderen Deutschland«, Hanser Verlag 1993. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags.

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift 1-93

Nachwort auf ein aussterbendes "Paradigma" Demokratie als Argument in der Weltpolitik

Die UNO der 90iger Jahre

Fortschritte des Imperialismus unter der Losung seiner Überwindung

Vom Zweck eines "Solidarpakts"
Krisenbewältigung durch DM-Imperialismus

Die Krise in Europa und ihre Schadensfälle Großbritannien:

Der verlorene Kampf gegen den Abstieg von der Welt-Finanzmacht zur EG-Peripherie

Spanien nach Maastricht:

Nach dem "Jahr der Rasse" - die Krise in der Kasse Deutschland: Zu klein

Drangsale und Schwierigkeiten bei der "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln"

Der Drang zu "weltpolitischer Verantwortung"

Die Regierungskrise

Geistige Führung - rechtsstaatlicher Totalitarismus gegen Konkurrenten und Abweichler

Rechtsextremismus: die öffentliche Ursachenforschung und ihre Therapievorschläge

Wie man fehlgeleitete Schafe auf den Weg der demokratischen Tugend zurückführt

Die Politik sorgt für ein asylantenfreies Deutschland - das Volk demonstriert für den guten Ruf der Nation: Lichterketten für Deutschland Honecker abgewickelt - eine Abrechnung mit verteilten Rollen

ISSN 0941-5831, ca. 190 Seiten DM 20.- Jahres abomnement (inkl. Porto & Versand) DM 80.- Erhältlich im Buchhandel oder direkt über Gegen Standpunkt-Verlag. Türkenstr. 57, 8000 München 40, Tel. (089) 2721604 FAX (089) 2721605

Nachrichten aus dem Patriarchat

De Sade

In Zürich endlich, im Kreise von Frauen wagt sich die lange schon drängende Frage die Fesseln der Zensur sprengend hervor: Warum eigentlich sollte Vergewaltigung bzw. schon deren Androhung neben dem menschheitlichen Problem, etwa davon schwanger zu werden, zusätzlich zur verhaßten, ekligen und demütigenden Inbesitznahme, warum also sollte Vergewaltigung überhaupt das Allerschlimmste sein, das Frauen zustoßen kann? (Der Satz wehrt sich auch jetzt noch gegen sein Ausgesprochenwerden, darum knäulen sich die Nebensätze ineinander.) Schlimmer als Ermordetwerden, schwerwiegender als ein vertanes Leben, als geschlagen zu werden, verraten, verkauft, zerrissen in der Welt sonst?

Bei der Hochspannung, die um dieses Wort »Vergewaltigung« in der Frauenbewegung herrscht, so daß man gar nicht mehr aussprechen muß, was ist und warum und wohin es geht, so daß nur mehr ein großer Schrecken bleibt, hatte auch ich mir verboten, hier überhaupt widerspenstige Fragen zu stellen.

Und jetzt war es ausgesprochen, und bevor ich es zurücknehmen konnte (oder war es überhaupt eine andere, die gefragt hatte?), sprechen alle zugleich und bringen den Zweifel Stück um Stück herbei, bis er sich zur neuen Frage aufschwingt, ob diese hohe Besetzung nicht am Ende doch Teil sei von Männerkulturen und männlichem Besitzdenken, Reinheitsverlangen und Jungfrauenverehrung, die diesen Schrecken selbst als einen, der Frauenleben vernichtet, pflegen und hegen? – Wieviel wäre zu gewinnen, wenn wir hier eingreifen könnten?

Der Morgen danach...

In der Gewißheit, daß die Angst von Frauen vor der Vergewaltigung durch Männer auch diese unbehaglich läßt zumindest wegen der so großen Zuschreibung von Unmenschlichkeit, stellte ich die neue Frage in Männerraum und -urteil.

Und? Die Unsinnigkeit, hier Einverständnis zu erwarten, ließ die Frage zusammenschrecken. Im Rückzug stand sie urplötzlich vor de Sade. Hat nicht auch er schon früh jene Dichotomie zwischen Körper und Geist klar herausgestellt, die uns schaudern macht? Und ist es nicht eben dieser Schauder, daß der Körper gieriges Entzücken zeige, wo der Geist klar ablehnend sich verhält, der in der Angst vor Vergewaltigung unbegriffen zum Ausdruck kommt?

In feministischer Empörung verschlucke ich mich und retourkutsche: das ist die Erfindung eines Mannes, und ausgerechnet de Sade, die so nur für Männer Geltung haben kann und werde alsbald rechtmäßig doppelt belehrt: das Theorem gilt nur für Frauen, denn Männer werden ja nicht vergewaltigt, so daß ihnen diese schmerzliche Erfahrung der Spaltung hier nicht widerfährt; und, wo ich selbst nicht auf Erfahrung zählen kann, sind vielleicht meine Triebe nicht ausreichend lebendig. Beschämt ziehe ich die Frage ins Schweigen zurück.

FH

Fragen an eine Kritik der politischen Ökonomie der Arbeit*

Vorbemerkung

Ich vermute, daß die Art und Weise, wie ich mich mit diesem Thema herumschlage, nicht so ganz in den Diskurs, wie das so schön heißt, dieses Kreises hier paßt. In bezug auf die Fragen von Arbeit ist vieles für mich noch ungelöst, ja, es bildet eine Art Knäuel in meinem Kopf. Ich versuche daher dieses Thema biographisch anzugehen, da ich glaube bei dieser Vorgehensweise am ehesten die Probleme, die sich hier stellen und auch in verschiedenen Phasen meines wechselvollen Lebens gestellt haben, herausarbeiten zu können.

Der Faktor Arbeit

Ich begegnete diesem Thema zum ersten Mal, als ich in jungen Jahren sehr naiv als Tochter sogenannter kleiner Leute an der Universität zu Saarbrücken anfing, Betriebswirtschaftslehre zu studieren, um später Geld zu verdienen. Eine solche Idee hatte mein Vater mir mit auf den Weg gegeben. Ich bin in Trier groß geworden: Und obwohl ich 1968 angefangen habe zu studieren, hat die Studentenrevolte damals kaum einen Einfluß auf mich gehabt. Zum einen reichte diese Bewegung nicht bis Trier, zum anderen machte sie auch wenig Eindruck auf mich, als ich sie dann in Saarbrücken in Gestalt von Daniel Cohn-Bendit zur Kenntnis nehmen konnte. Was mich aber wirklich irritiert hat, war, daß ich in den Einführungsvorlesungen zur Betriebswirtschaftslehre ständig den Produktionsfaktor Arbeit vorgeführt bekam, zu dem man dann irgendwelche Produktionsfunktionen entwickelte. Es war vollkommen klar, worum es dabei ging: Aus dem Produktionsfaktor Arbeit galt es, ein Maximum an Effizienz herauszuholen. Nun war ja aber mein Vater gelernter Schlosser, und ich saß als 18jährige da im Hörsaal und überlegte mir immer, was denn mein Vater mit diesem Produktionsfaktor Arbeit zu tun hat. Es brauchte nicht viel, bis ich begriff, daß dieser Produktionsfaktor Arbeit wirklich eine rein abstrakte Konstruktion war, die zwar mit Menschen irgendwie verbunden war, durch die Brillen derer aber, die sich damit beschäftigt haben, überhaupt nichts Menschliches mehr hatte. Ich denke, die Sache ist wirklich ziemlich einfach. Als BWL-Student hat man zwei Möglichkeiten: entweder man übernimmt diese Denkstruktur, dann wird man technokratisch und politisch rechts, oder aber man ist auf Grund von biographischen Brüchen irgendwie blockiert, in solcher Weise zu denken. Dann wird man, zumindest, wenn man in Trier groß geworden ist, wo es eine bestimmte Tradition nicht mehr so lebendig gibt, irgendwie diffus links.

Kapital und Arbeit

So wurde ich also links, und beschäftigte mich demnach fortan mit dem Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit und der These – jedenfalls habe ich

das damals so verstanden –, daß im Grunde genommen zumindest die Dynamik unserer Gesellschaftsordnung im wesentlichen aus diesem Grundwiderspruch zu erklären ist. Entsprechend verstand ich meine Aufgabe als Linke dahingehend, diesen Grundwiderspruch, der sich ohnehin ständig weiter zuspitzte, noch stärker sich zuspitzen zu lassen. Ziel war, nach meinem damaligen Denken, daß sich dieser Grundwiderspruch demnächst in einem revolutionären Aufbruch auflösen würde, und wir ganz andere Verhältnisse für die Arbeitenden und in der Arbeit würden schaffen können

Hausarbeit und Frauenbewegung

Nun bin ich aber nicht nur ein Kind kleiner Leute, sondern auch Frau, so daß für mich zu dieser Zeit, also in der ersten Hälfte der siebziger Jahre die Begegnung mit der Frauenbewegung kaum vermeidlich war. In dieser Bewegung waren Frauen der Meinung, daß man die Geschlechterfrage – nicht ganz jedenfalls – aus dem Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit erklären könne, im Gegenteil behaupteten sie, daß in eben dieser Denkfigur, man könne die gesamte gesellschaftliche Dynamik aus dem genannten Grundwiderspruch erklären, ein patriarchales Moment sei: nämlich die Mißachtung eben der geschlechtshierarchischen Struktur und damit auch eines bestimmten Teils von Arbeit. Die etwas Älteren werden sich vielleicht erinnern, daß es damals eine große, von Spanien und dann von den USA ausgehende Kampagne gab mit dem Slogan »Lohn für Hausarbeit«. Das paßte überhaupt nicht in das mir mühsam angeeignete Wissen aus drei Bänden Kapital von Marx.

Dies war schon die zweite Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeit. Es tauchte nämlich zwangsläufig die Frage auf: was hat denn diese Arbeit - Hausarbeit -, zu tun mit jener anderen Arbeit, die sich da grundsätzlich im Widerspruch zum Kapital befindet? Es war irgendwie klar, daß es einen Zusammenhang zwischen den beiden Arbeiten gab; aber es war nicht so eindeutig, daß das eine auf das andere zurückzuführen oder das eine aus dem anderen abzuleiten war. Ich war damals eine entschiedene Gegnerin der Forderung »Lohn für Hausarbeit«, weil ich der Meinung war, daß diese Forderung die bestehende Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern tendenziell bestärken und nicht aufheben würde, und weil ich außerdem auch politisch eher für Emanzipationsstrategien war, die Berufstätigkeiten einschlossen und nicht für solche, die überhaupt an keine Integration in den Erwerbsbereich dachten. Ich mußte, konnte oder durfte aber dann im Verlaufe der weiteren Geschichte feststellen, daß die Kampagne »Lohn für Hausarbeit« in den Köpfen sehr viel mehr bewegt hat, als die Gegenparole, der ich mich damals zugehörig fühlte, nämlich »50 % aller qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätze für Frauen«. Tatsächlich war es die »Lohnfür-Hausarbeits-Parole«, die viele Jahre später - natürlich ohne Quellenangabe - unter dem Thema »Erweiterung des Arbeitsbegriffs« diskutiert worden ist. Hier haben dann Gorz und Negt, Lafontaine und Iring Fetscher und wer auch sonst immer, plötzlich entdeckt, daß es da einen Bereich von Arbeit gibt in dieser Gesellschaft, oder besser einen Bereich von Tätigkeiten, dem man nicht so ohne weiteres das Prädikat Arbeit versagen kann. Das alles ist im Grunde genommen Mitte der siebziger Jahre schon vehement und ausgiebigst innerhalb der Frauenbewegung diskutiert worden und hat dann vielleicht mit zehn Jahren Verspätung die männlichen Hirne erreicht. Und erst jetzt wurde es zu einer allgemeinen Auseinandersetzung.

Feministische Kritik

Ich selber habe in diesem Zwiespalt oder in dieser Auseinandersetzung innerhalb der Frauenbewegung zwischen diesen beiden Tendenzen, »Lohn für Hausarbeit« oder »50 % aller Arbeitsplätze für Frauen« (also einer Quotierungsforderung) angefangen, diese Analyse der kapitalistischen Organisation der Arbeit zu ergänzen um eine feministische Kritik. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß sich beide Organisationsprinzipien überlagern und ganz wunderbar ergänzen, und zwar sowohl historisch wie auch systematisch. Das heißt, die kapitalistische Organisationsweise von Arbeit hat eben die patriarchale Organisation von Arbeit im Prinzip schon vorgefunden und in gewisser Weise weiterentwickelt bzw. auch noch einmal besonders geprägt. Aber weder ist das eine identisch mit dem anderen, noch kann man das eine aus dem anderen ableiten. Und ich bin in der Tat auch der Meinung, daß Kritik am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß, die das ihm innewohnende patriarchale Moment übersieht, zumindest unvollständig ist, wenn sie nicht in der Tat die patriarchale Struktur des Gegenstandes selbst reproduziert. Die Überlagerung dieser beiden Organisationsprinzipien von Arbeit schien mir darin zu bestehen – und dies schien mir zu diesem Zeitpunkt noch ein recht klarer Gedanke -, daß es ein gesellschaftliches Arbeitsvolumen gibt, das notwendig und sinnvoll ist, das auf jeden Fall geleistet werden muß, und das feinsäuberlich geteilt ist in einen öffentlich, marktmäßig vermittelten und bezahlten Teil der Arbeit und in einen, für die Produktion des Gesamtprozesses nicht weniger notwendigen Teil von Arbeit, der in den Privathaushalten stattfindet, nicht bezahlt wird und als Arbeit auch überhaupt gar nicht anerkannt ist. Der Trick dieser Teilung besteht darin, daß die beiden Arbeitsbereiche, jetzt nicht unbedingt normativ, aber faktisch, gleichermaßen notwendig sind und dies auch für iede einzelne Person, daß sie intrapersonal aber nicht miteinander vereinbar sind. Man kann nach den Normen der Erwerbsarbeit nicht arbeiten, wenn man das als Person gleichzeitig vereinbaren muß mit, sagen wir mal, der privaten Alltagsbewältigung, zumindestens nicht über das ganze Leben. Die Gesellschaft löst dieses Problem, indem sie diese intrapersonal nicht zu vereinbarenden Arbeitsbereiche interpersonal teilt. Sie weist den einen Teil Männern zu und den anderen Frauen. Und so lange das mehr oder weniger widerspruchslos von beiden Geschlechtern so geregelt wird, funktioniert es auch. Die Abhängigkeit zwischen den beiden Arbeitsbereichen konstituiert dann sozusagen die Abhängigkeit zwischen den beiden Geschlechtern in der Weise, daß Frauen abhängig sind von männlichem Einkommen und daß umgekehrt Männer abhängig sind von weiblichen Versorgungsleistungen. Dabei wird diese zweite Abhängigkeitsbeziehung in den Diskussionen sehr viel weniger wahrgenommen, weil diese Abhängigkeit ja Liebe heißt und nicht irgendwie Ausbeutung oder Mühe oder ähnlich. Aber hinter dieser Liebe versteckt sich, so denke ich, ein Prinzip

der Organisation des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses insgesamt, der eben durch diese Teilung geprägt ist. In dieser Teilung gibt es je verschiedene Herrschaftsprinzipien, die sich in der skizzierten Weise überdeterminieren.

Arbeit in Gewerkschaften

Der biographisch nächste Schritt. Zu meinem größten Glück wurde mir der Eintritt in die Zentrale der deutschen Arbeiterbewegung gestattet. Ich durfte beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes ein paar Jahre zuerst im wissenschaftlichen Institut arbeiten und dann sogar die Leitung der Abteilung Tarifpolitik beim DGB übernehmen. Hier hatte ich es insofern mit beiden Problemfeldern zu tun, als sie in einer sehr spezifischen Wahrnehmung durch die Gewerkschaften existieren. Ich möchte behaupten, daß der gewerkschaftliche Arbeitsbegriff sowohl in den Köpfen der Gewerkschafter bzw. in der Programmatik als auch in der Praxis, also in der gewerkschaftlichen Politik bis zum heutigen Tag vielfältig verkürzt ist. Er ist nicht nur auf Erwerbsarbeit verkürzt, wie dies immer diskutiert wird, sondern im Grunde genommen ist die gewerkschaftliche Vorstellung von Arbeit nach wie vor ganz stark zentriert auf industrielle Facharbeit. Dies erklärt meiner Meinung nach zumindest zum Teil politische Probleme der Organisierung von Angestellten oder überhaupt der Zurkenntnisnahme der Arbeit, die nicht in Formen industrieller Facharbeit verrichtet wird. Aber industrielle Facharbeit macht ja nur einen Bruchteil der abhängigen Beschäftigung aus. Und letztere ist wiederum nur ein Teil der insgesamt geleisteten Arbeit, weil in der abhängigen Beschäftigung sowohl »Privatarbeit« nicht mitenthalten ist, aber natürlich auch nicht selbständige Arbeit. In bezug auf den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß ignorieren die Gewerkschaften zunächst einmal die nichtbezahlte Arbeit, dann die selbständige, also die, die nicht in Form der Lohnarbeit erfolgt; und innerhalb der abhängig Beschäftigten fixieren sie sich dann auch noch auf diese spezifische industrielle Facharbeit. Innerhalb der industriellen Facharbeit erfolgt dann nochmal eine Verengung auf das sogenannte Normalarbeitsverhältnis. Da existiert in den Köpfen so eine Vorstellung, daß die industrielle Facharbeit nach bestimmten Regeln stattfindet, die eben durch das Normalarbeitsverhältnis beschrieben sind, sprich: von der Ausbildung bis zur Rente ununterbrochen, allenfalls durch Urlaub, unfreiwillige Arbeitslosigkeit oder Krankheit, acht Stunden Arbeit pro Tag und das entsprechende Leben, was natürlich dazugehört. Denn acht Stunden Arbeit pro Tag von der Ausbildung bis zur Rente sehen kein Leben vor, das in irgendeiner Weise Zeitansprüche an die Personen beinhaltet, die mit diesem Rhythmus nicht vereinbar wären. Insofern also fand ich innerhalb der Gewerkschaften wieder, was ich in der Frauenbewegung schon festgestellt hatte, daß der Arbeitsbegriff selbst sowohl die kapitalistische wie auch diese patriarchalische Organisation der Arbeit enthält. Damit ist für die Gewerkschaften das Denken in Kategorien von Arbeit, die nicht Lohnarbeit ist, fast nicht möglich. Zudem denkt man hier nicht nur in der kapitalistischen Form von Arbeit, sondern auch in der patriarchalen. Der gewerkschaftliche Arbeitsbegriff ist demnach nicht nur innerhalb des Kapitalverhältnisses, sondern auch innerhalb des Geschlechterverhältnisses formuliert. Daraus folgt, daß aus solchem Arbeitsbegriff weder kapitalismuskritische noch patriarchatskritische Politik begründet werden kann.

Arbeitskritik

Soweit mir diese Konstellation noch klar scheint, wird es mir von jetzt an unklar. Ich werde im Folgenden versuchen, dieses Unklare irgendwie darzustellen. Ich gehe zunächst davon aus, daß Gewerkschaften, was die Auseinandersetzung mit Arbeit anbelangt, fast synonym zu Linken sind. In der linken Politik und in den Köpfen der Linken findet sich vieles, was bei den Gewerkschaften praktische Politik ist. Die Gewerkschaften haben ja, jedenfalls wenn es »anständige« Gewerkschaften sind, wie die IG Metall und nicht wie die IG Chemie, einen ganz klaren Gegnerbezug. Gegner ist das Kapital. Sie opponieren irgendwie innerhalb des Kapitalismus, aber mit der Perspektive, auch mal jenseits desselben anzukommen. Aber das Kapital nimmt bei den Gewerkschaften die konkrete Form der Arbeitgeber an und mit dieser konkreten Form wird das Kapital dann auch zu »der Wirtschaft«. Auf diese Weise erhalte ich eine Gegenüberstellung von Arbeit und Wirtschaft, und ich entwickele ein Verständnis von Arbeit im Konflikt und in Abgrenzung zu Wirtschaft. Ich behaupte, daß weder die Gewerkschaften noch mir bekannte Traditionen innerhalb der Linken, von ganz rudimentären Ansätzen abgesehen, jemals zurückgefunden haben zu dieser Unterscheidung zwischen Arbeit und Lohnarbeit und eine eigenständige Vorstellung entwickelt haben von Wirtschaft als Teil des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses und nicht umgekehrt von Arbeit als Teil der Wirtschaft. Ich denke, daß diese Entgegensetzung von Arbeit und Wirtschaft, ja, sogar vielleicht schon eine bestimmte Entgegensetzung von Kapital und Arbeit wesentliche Probleme des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses als Herrschaftsverhältnis verfehlen muß. Es scheint mir, obwohl ich mich damit in gefährliche Nähe zu Niklas Luhmann begebe, daß sogar eine bestimmte Entgegensetzung von Kapital und Arbeit funktional ist für eben dieses Herrschaftsverhältnis. Wie gesagt, ich habe hier mehr Probleme als Lösungen. Ich versuche, es mal ganz provokativ zu formulieren, um damit vor allen Dingen die Kapitalismuskritiker zu reizen bzw. ihnen Fallen zu stellen. Das Kapital erfüllt ja in der Ökonomie und im Sinne des Arbeitsprozesses auch eine bestimmte Funktion, und ich glaube, daß das, wenn ich mich richtig erinnere, bei Karl Marx auch noch sehr deutlich so behandelt worden ist. Aber mein Eindruck ist, daß dies in der Zwischenzeit verloren gegangen ist, und daß inzwischen alle Funktionen, die das Kapital im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß einnimmt, im Denken als Herrschaftsfunktionen gesehen werden, so daß alles Elend dieser Welt wie Leistung, Effizienz, Produktivität, Arbeitsteilung zu Geld und damit zu Kapital werden. Wir als Gewerkschaften, wir als Linke haben also einfach vergessen, daß weder Effizienz noch Produktivität noch Arbeitsteilung usw. usf. nur diesem Herschaftsverhältnis Kapital zuzuschreiben sind, sondern eben selbst auch Fragen der Organisation von Ökonomie sind. Ich befürchte auch, daß der grauenhafte Niedergang östlich der Mauer ein Stück weit damit zu tun hat, daß sie einem Marx zu folgen versuchten, der bekanntlich die Kritik der politischen Ökonomie des Kapitals geschrieben hat, aber niemand nach ihm die Kritik der politischen Ökonomie der Arbeit. Ich denke, daß die gesamte Linke im Grunde deswegen auch kaum eine Vorstellung davon hat, wie der gesellschaftliche Arbeitsprozeß sinnvoll und nach menschlichen, ökologischen und sozialen Kriterien, gerecht, aber eben auch effizient zu gestalten ist. Eine der Konsequenzen davon war, daß obwohl unser aller Urvater – mit unser meine ich hier immer die Gewerkschaften und die Linke -, Ökonomie ins Zentrum der Debatte gestellt hat und obwohl einige von uns immer als ökonomistisch beschimpft wurden, wir alle aber insgesamt völlig unökonomisch waren. Wir hatten die Ökonomie wirklich dämonisiert mit diesem Etikett Kapital. Dies führte dann im Osten zu dem, was wir erlebt haben und das führt z.B. in den Gewerkschaften dazu, daß im Grunde genommen jede Politik, die sich nur als kapitalkritisch ausweisen kann, dadurch schon gerechtfertigt ist. Was wir jetzt z.B. erleben, wenn die Gewerkschaften nur Lohnsteigerungen fordern, weil sie es nicht mehr »hinnehmen«, daß sich die Arbeitgeber eine goldene Nase durch die deutsche Einheit verdienen, scheint dies zumindest bei bestimmten linken Denktraditionen schon deshalb gerechtfertigt, weil es eine Konfrontation gegenüber dem Arbeitgeber darstellt. Daß es aber auch andere Interessenfelder gibt, die möglicherweise bei dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit außen vor bleiben, daß es unter Umständen möglich sein könnte, daß Kapital und Arbeit diesen Konflikt zu Lasten Dritter und vor allem auch zu Lasten anderer Lebensbereiche, anderer Interessen lösen könnten, ist in dieser Denkstruktur genauso wenig vorgesehen, wie die Möglichkeit, daß das Interesse, welches das Kapital in bestimmten Verteilungskonflikten vertritt, u.U. gar nicht einfach im Herrschaftsinteresse ist, sondern im Interesse ökonomischer Effizienz. Dies ist nicht notwendig identisch mit Ausbeutung. Übrigens bin ich insgesamt nicht mehr so sicher, ob das, was wir gelernt haben, daß nämlich das Hauptproblem der Arbeit in kapitalistischen Gesellschaftsordnungen ihre Ausbeutung ist, ob das wirklich das Entscheidende ist. Und ob nicht statt dessen das Hauptproblem der Arbeit der Ausschluß von derselben ist. Und wenngleich man natürlich immer irgendwo in den Frühschriften von Karl Marx den einen oder anderen Hinweis, also eine Reihe von Zitaten findet, die belegen, daß Marx auch schon andere Momente gesehen hat, habe ich in neueren Auseinandersetzungen um Arbeit keine Ausarbeitung gesehen, die diesen Ausbeutungstatbestand entschärft hätte oder ersetzt durch den in unseren gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen viel entscheidenderen Ausgrenzungstatbestand. Dies in einer Weise, daß auch politische Konsequenzen gezogen werden könnten. Ich jedenfalls habe keine Antwort auf die Frage, ob die Gewerkschaften unter den gegebenen Umständen überhaupt noch die Interessen ihrer Klientel vertreten können, ohne in einen ganz scharfen Widerspruch zu kommen zu den Interessen ihrer Nichtklientel, und zwar in einen schärferen Widerspruch als gegenüber dem Kapital.

Emanzipation der Arbeit

Eines meiner Hauptprobleme ist jetzt: was halte ich eigentlich vom Kapitalismus, und wie bestimme ich Arbeit im Verhältnis zu ihrer kapitalistischen Organisation? Ein zweites Problem, was damit zusammenhängt, was ist eigentlich gemeint

mit den auf Arbeit bezogenen Emanzipationsforderungen? Wie ich schon sagte, kenne ich kein Konzept einer emanzipatorischen Organisation des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses als ganzem. Und beim Nachlesen schien es mir auch so zu sein, daß mit dieser Parole »Emanzipation der Arbeit« dies eigentlich nicht gemeint war, sondern Emanzipation der Arbeitenden, und zwar jenseits der Arbeit. Wenn man die Debatte um die Zukunft der Arbeit seit Anfang der achtziger Jahre in der Bundesrepublik verfolgt, findet man immer wieder ein ganz bestimmtes Zitat von Karl Marx zum Reich der Notwendigkeit und zum Reich der Freiheit. Die Arbeit gehört dabei in das Reich der Notwendigkeit, während das Reich der Freiheit nur auf der Basis und jenseits des Reiches der Notwendigkeit erblühen kann. Das ist selbst eine uralte aristotelische Unterscheidung, die damals jedenfalls den eindeutigen Zweck hatte, die Sklavengesellschaft zu rechtfertigen. Weil die Arbeit unfrei war, waren auch diejenigen, die sie geleistet haben, unfrei. Die Argumentation von Karl Marx folgt in diesem Zitat jedenfalls sehr weitgehend dieser aristotelischen Trennung von Freiheit und Notwendigkeit. Es gibt noch eine weitere aristotelische Trennung, die nach meinem Dafürhalten unser Denken nach wie vor bestimmt, nämlich die zwischen dem Schönen und dem Nützlichen. Hier gibt es die klare Unterscheidung zwischen dem Nützlichen auf der einen Seite und dem Schönen auf der anderen, wobei wir das Nützliche durch Arbeit herstellen und das Schöne durch Kultur. Aber wir trennen diese Dinge und ich meine, daß diese beiden Pole: Freiheit/Notwendigkeit, das Schöne/das Nützliche im Arbeitsethos, soweit es in unser aller Köpfen herumschwirrt, nach wie vor ziemlich stark verankert sind. Z.B. habe ich mich immer gewundert, wieso es eigentlich einverständig heißen kann, »Mühe und Arbeit war sein Leben, Gott hat ihm die Ruhe gegeben«, oder Ähnliches. Dieses Arbeitsethos, in dem Arbeit auftritt als Quelle des Reichtums, als Zentrum individueller Lebensgestaltung und überhaupt als Trägerin von gesellschaftlichem Fortschritt, bestimmt unsere Vorstellungen von Arbeit. Ich nenne das eine prometheische Überhöhung der Arbeit. Es gibt auch bei Luther die Auffassung, daß der Mensch durch Arbeit am Schöpfungsmythos partizipiert. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite gilt Arbeit aber durchaus auch als etwas Nichtschönes, als notwendiges Übel. Dominant bleibt ein instrumentelles Verständnis von Arbeit, dominant auch im Selbstverständnis der Menschen. Arbeit hat also immer auch die Konnotation: Mühe, Klage, Last.

Arbeit im Widerspruch

Ich dachte zunächst, daß dies ein Widerspruch sei; inzwischen bin ich zu der Auffassung gelangt, es ist kein Widerspruch, das eine gehört zum anderen. Denn dieses Prometheische, Arbeit ist Zentrum und Träger von gesellschaftlichem Fortschritt schlechthin und das Puritanische, Arbeit ist Mühsal, Last und Klage, gehören insofern zusammen, weil dieses puritanische Moment dann normativ rechtfertigt, wieso man über Arbeit an dem durch Arbeit geschaffenen Reichtum teilhat. Wenn Arbeit keine Mühe wäre, könnte ich meine Teilhabe an dem durch Arbeit geschaffenen Reichtum nicht rechtfertigen; es würde normativ schwierig, die Bindung von Eigentumsansprüchen an Arbeit zu rechtfertigen, wenn es nicht

dieses Moment von Mühsal, Last und Klage gäbe, das durch das Einkommen ausgeglichen wird. Ich denke, daß dieses Arbeitsethos in diesen beiden Facetten in den letzten Jahren aufbricht oder bröckelt, und zwar in beiden Dimensionen. Einerseits nehme ich nicht an, daß beispielsweise hier im Saal jemand noch die Auffassung vertritt, daß Arbeit die Quelle jeglichen gesellschaftlichen Reichtums ist. Und ich denke, daß man etwas blind sein muß, wenn man nicht sieht, daß Arbeit natürlich auch Quelle von sehr viel Zerstörung ist. Angesichts der Erfahrungen mit den Entwicklungen östlich der ehemaligen Mauer kann dieses zerstörerische Moment von Arbeit auch nicht nur und nicht ohne weiteres ihrer kapitalistischen Organisation zugewiesen werden. Zumindest muß man neu darüber nachdenken. Man kann, so denke ich, auch nicht mehr sagen, Arbeit sei das individuelle Lebenszentrum. Das war es für Frauen noch nie, schon gar nicht in dieser auf Erwerbsarbeit verkürzten Sicht.

Es stimmt vermutlich, daß in anderen Lebensbereichen andere Lebensinhalte relativ an Bedeutung gewonnen haben; daß die Lebensplanung der Leute nicht mehr dermaßen auf Arbeit und nichts als Arbeit zentriert ist. Auch soll heute nicht mehr unbedingt auf dem Grabstein stehen: »Mühe und Arbeit war sein Leben, Gott hat ihm die Ruhe gegeben«. Dies scheint mir u.a. auch ein Zeichen dafür, daß Arbeit, die Zentralität von Arbeit in der gesellschaftlichen Entwicklung, in der individuellen Lebensplanung und auch in der politischen Strategiebildung sich relativiert. Ich will nicht sagen, daß es eine absolute Bedeutungslosigkeit von Arbeit gibt, aber zumindest eine Relativierung der Zentralität der Arbeit auf der einen Seite. Auf der anderen Seite aber wird auch diese aristotelische Trennung von Freiheit und Notwendigkeit, von Nützlichem und Schönem fragwürdig. Z.B. zeigen die vielen Jugendstudien, auch Frauenstudien, daß die Leute immer weniger bereit sind, sich sozusagen mit der Mühsal und der Last und der Klage der Arbeit zufrieden zu geben, sondern immer mehr versuchen, in der Arbeit eben auch das zu betreiben, was Selbstverwirklichung heißt.

Gerade, weil andere Lebensinhalte wichtiger geworden sind, werden deren Ansprüche übertragen auf den Arbeitsbereich. Man sieht nicht mehr so recht ein, warum man sich jenseits der Arbeit als freier Bürger allen möglichen Inhalten widmen kann, wenn man in der Arbeit allzeit beschränkt, zum Vollzugsorgan degradiert wird. Diesen doppelten Prozeß - einerseits der Relativierung der Zentralität von Arbeit, andererseits aber des relativen Bedeutungszuwachses derselben in so einem ganzheitlichen Lebenskonzept - kann ich derzeit weder theoretisch noch politisch ausreichend fassen. Weil ich nicht weiß, was daraus folgt. Wenn ich z.B. André Gorz lese und mir da vorgeschlagen wird, alles auf die Lebensbereiche jenseits der Erwerbsarbeit zu setzen, die Erwerbsarbeit sozusagen sich selbst zu überlassen, d.h. ihrer kapitalistischen Sinn- und Formgebung und nach Emanzipationschancen nur noch jenseits der Ökonomie zu suchen, dies unter seitenweisem Bezug auf Karl Marx und seine Vorstellungen vom Reich der Freiheit, welches jenseits des Reiches der Notwendigkeit wächst, wobei letzteres sukzessive abgeschafft wird - dann denke ich sogleich widerständig: das geht nicht, denn man kann Menschen nicht teilen. Man kann einen Menschen der, sagen wir mal, im Drittel seines Lebens entfremdet, geknechtet, instrumentalisiert wird, im zweiten Drittel seines Lebens nicht zur frei entfalteten

Persönlichkeit werden lassen. Das klappt nicht. Außerdem bin ich auch (vielleicht noch) nicht einverstanden, wenn er in seinem neuesten Buch expressis verbis schreibt, die einzige Art ein Unternehmen zu leiten, sei die kapitalistische. Alle Kräfte werden hier auf die Befreiung von der Arbeit orientiert, während ihre kapitalistische Organisationsweise als einzig mögliche verewigt wird. Das scheint mir nicht zufällig; nehmen wir z.B. André Gorz – bei allen diesen Autoren gibt es eine Linie der Argumentation, die mir sehr ähnlich zu sein scheint, und ein Element dieser Linie ist, die endgültige Überlassung dessen, was sie jetzt nicht Lohn-, sondern Erwerbsarbeit nennen, an ihre Deformation und kapitalistische Organisation. Sie unterstützen diesen Gedanken damit, daß »Arbeit« auf der einen Seite immer weniger werden wird, und auf der anderen verklären sie die Arbeit im Hause, von der wir jetzt gerade mal mühsam gelernt haben, daß sie auch Arbeit ist, zur Selbstverwirklichung an sich. Da gibt es bei André Gorz nahezu rührende Schilderungen, wie wunderbar doch die Hausarbeit ist – diese Ausführungen tragen meine empörten Randbemerkungen: Abwasch! Abwasch! Es ist überhaupt so, daß einem diese Idealisierung übrigens insgesamt relativ schnell klar wird, wenn man das Wort »Eigenarbeit« jeweils durch das Wort »Abwasch« ersetzt, immer wenn von diesen wunderbaren selbstverwirklichenden Tätigkeiten im Haushalt die Rede ist. Selbst, wenn man eine Spülmaschine hat, muß man die ausräumen, aber man kann auch noch etwas drastischere Worte dahinter schreiben, z.B. »verschissene Windeln wechseln«. Es wird jedenfalls deutlich, wie in dieser Tendenz, die auch Krise der Arbeitsgesellschaft, Ende der Arbeitsgesellschaft usw. usf. genannt wird, kein Begriff des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses insgesamt entwickelt wird, in dem die Hausarbeit enthalten ist - aber auch die Frage nach Notwendigkeit und Sinn aus Arbeit nicht diskutiert wird. Ich weiß nicht genau, ob und wie man diese Kategorien des Notwendigen und des Sinnvollen überhaupt voneinander trennen kann und wie man definiert, was eigentlich gesellschaftlich notwendig ist. Wie z.B. verschränkt sich da im Notwendigen Naturwüchsiges mit Gesellschaftlichem? Nach meinem Dafürhalten können wir einzig durch den Versuch, einen Begriff eines sinnvollen, vernünftig organisierten gesellschaftlichen Arbeitsprozesses zu entwickeln, kritische Positionen erreichen im Verhältnis zur jetzigen Form der Organisation des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses. Ich habe den Eindruck, daß der Mainstream der Debatte: Ende der Arbeitsgesellschaft, Befreiung von Arbeit usw. genau von diesem Vorhaben ablenkt, und ich fürchte, daß wenn wir das nicht schaffen, wenn wir uns nicht gedanklich nochmal aus der Realität herausbegeben, daß wir dann auch keine Kritik mehr gegenüber der Realität entwickeln können.

Emanzipatorische Arbeitsorganisation denken

Ich persönlich bin inzwischen zu folgender Denkmethode gekommen: ich stelle mir vor, Menschen, die so ähnlich sind, wie wir alle, stranden auf einer Insel, auf der ungefähr die natürlichen Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland sind (oder in einem anderen Beispiel auf der Welt überhaupt). Ich arbeite mit der zynischen Unterstellung, die Neutronenbombe hat eingeschlagen, sie hat alle

übrigen Menschen vernichtet, aber alles andere ist noch da. Und jetzt kommen die Leute da hin und sollen überlegen, wie sie ihr Überleben am besten organisieren. Und wenn ich diesen Fall von Utopie als Methode versuche durchzudenken, dann komme ich sehr schnell zu dem Problem, wie schwierig es ist, das Notwendige vom Sinnvollen zu trennen. Was ist eigentlich wirklich notwendig? Diese »neue« Gesellschaft kann doch z.B. beschließen, daß sie keine Kinder haben will. Wer sagt ihr, daß das notwendig ist? Oder die Gesellschaft kann auch beschließen, wer krank ist, solle sterben. Sie kann auch etwas ganz anderes beschließen, aber je nach dem, was sie beschließt, ergeben sich daraus notwendige Tätigkeiten, die verrichtet werden müssen. Was beschließt die Gesellschaft dann über die Teilung dieser notwendigen Tätigkeiten? Sagt sie z.B., wir teilen jetzt die Rollen so, daß keine/r weiß, welche Rolle sie/er hinterher übernehmen muß, und das, was dann dabei herauskommt, nennen wir gerecht? Wäre das eine Möglichkeit der Organisation gerechter Arbeitsteilung? Oder aber würde man sagen, man macht eine irgendwie sinnvolle Arbeitsteilung nach den Prinzipien der Neigung und dann schaut man mal, wer sich da jeweils meldet. Und die Teile der Arbeit, die sich nicht decken mit der Neigung der Leute, die aber trotzdem gemacht werden müssen nach dem gemeinschaftlichen Willen, die verteilt man gleichmäßig? Eine andere Möglichkeit wäre es, zu sagen, daß dies ineffizient sei, und viel sinnvoller, Arbeiten auch nach Fähigkeiten zu verteilen usw. Ich will hier nur ein paar Punkte andeuten, auf die man kommt, wenn man selbst versucht zu denken, was eigentlich Arbeit ist und wie sie sich sinnvollerweise organisieren läßt. Nur ist von da bis zu der Situation, in der wir jetzt sind, ein weiter Schritt. Die Methode könnte damit fortgeführt werden, jetzt das Realitätsprinzip wieder einzuführen, sich also immer stärker den aktuellen Problemlagen zu nähern. Allerdings wird man politisch so noch nicht handlungsfähig. Dennoch ist es absolut dringlich, sowohl theoretische wie politische Konzepte auf dieser gigantischen Wiese der Arbeit zu entwickeln, auf der wir uns jetzt alle befinden und in irgendeiner Weise zu reagieren. Ich meine, daß man sich den Luxus gestatten muß, die Arbeit als Begriff noch einmal neu zu konstruieren und sich davon zu lösen, Arbeit von vornherein nur in bestimmten gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen zu denken. Das Problem ist allerdings, daß man kritikunfähig wird, wenn man Arbeit nur in diesen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen denkt und möglicherweise handlungsunfähig, wenn man sie außerhalb der Herrschaftsverhältnisse denkt.

^{*} Redaktionell überarbeiteter Beitrag zur »Rekonstruktion des Arbeitsbegriffs«, gehalten beim Werkstattgespräch des »Projektes Arbeitstheorie« der IG Metall und der FU Berlin am 22.1.1993 in Berlin.

Verfügte Zeit. Literaturbericht

Zeit ist umkämpft. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände streiten um Dauer und Lage von Arbeitszeit. Frauen ringen um eine gerechte(re) Verteilung der Haus-, Reproduktions- und Kinderversorgungsarbeit. Die Verfügung über Zeit ist die Herrschaftsfrage. Gegen die Fremdverfügung selbstbestimmte Zeit, Eigenzeit durchzusetzen, darum gehen die Auseinandersetzungen. Was verhindert Zeitsouveränität? Wie hängen Zeit(verfügung) und Macht bzw. Herrschaft zusammmen? Gibt es geschlechtsspezifische Zeiten? Und wie wäre die selbstbestimmte Zeitverfügung zu erreichen? Wie diese Fragen in Neuerscheinungen bearbeitet werden, soll vorgestellt und diskutiert werden.

Das Konzept der »Sozialen Zeit«

Andrea Maurer (1992) verfolgt zwei Ziele. Sie will die Entstehung der modernen Arbeitszeiten rekonstruieren und den theoretischen Ansatz einer »sozialen Zeit« entwickeln. Als einen Pionier der soziologischen Zeitforschung führt sie Durkheim ein. Er habe »das Soziale des Zeitbegriffs, die kollektive Organisation der Zeit und der zugehörenden Zeitbestimmung aufgezeigt« (29). Sie gibt einen knappen Überblick über Abhandlungen, die Zeit zu einem zentralen Erkenntnisgegenstand machen oder Zeit theoretisch zu erfassen versuchen. Das einzige geschlossene theoretische Konzept einer »gesellschaftlichen Zeit« biete bis heute die Luhmannsche Systemtheorie. Dennoch knüpft Maurer hier nicht weiter an, weil »die Zeitbetrachtung auf komplexe Gesellschaften beschränkt bleibt und damit die Chance vergeben wird, sie als historisch 'Gewordene' mit verschiedenartigen Funktionen 'Verbundene' zu verstehen« (34). Darüber hinaus verhinderten »der hohe Abstraktionsgrad und die theorieimmanenten Implikationen ..., daß das Verhältnis von kollektiver Zeit zu individueller Zeit thematisiert und eine Konzeption von sozialer Zeit entwickelt wird, die auch gesellschaftliche Wandlungsprozesse verständlich machen kann« (35).

Positiver theoretischer Bezugspunkt für Maurer ist Elias, der davon ausgeht, daß »Zeit an die Gesellschaft gebunden (ist), weil sie *Funktionen* erfüllt« (49), und daß Zeit als menschliche Aktivität begriffen werden muß. Allerdings lasse er zwei wichtige soziologische Aspekte unberücksichtigt: die Frage der »Definitionsmacht über den Begriff der Zeit« und die der »in der Zeitorganisation angelegten Machtstrukturen« (50). Maurers Konzept der »sozialen Zeit« unterscheidet drei Dimensionen: 1. »Die *Zeitordnung* ist ... ein System zeitlicher Verhaltensregelmäßigkeiten und der daraus entstandenen Zeiteinrichtungen, die dem Handeln der Menschen Orientierung ermöglichen, aber auch Verbindlichkeiten auferlegen.« (55f.) Sie steht in einem Wechselverhältnis zur *Zeitbestimmung*, die wiederum abhängig ist vom Technisierungsgrad der Zeitbestimmungssysteme. »Insbesondere die in der Industrialisierung entwickelten Akkordlohnsysteme müssen sich auf kleinste, meßbare Zeiteinheiten beziehen können« (66). 2. Das *Zeitverständnis* soll »die Art und Weise, wie Gesellschaften und Individuen Zeit

350 Sünne Andresen

wahrnehmen und mit ihr umgehen« (79), beschreiben. 3. Durch die Zeitinstitutionen werden »l) die Lage, Dauer, Anordnung und Häufigkeit eines sozialen Ereignisses, 2) das Verhalten in sowie der Umgang mit der Zeit und 3) die soziale Verbindlichkeit festgelegt« (88). In dieser letzten Dimension könnten Macht- und Herrschaftskonstellationen besonders deutlich gemacht werden. Der »Zwangscharakter« der Zeitinstitutionen ergebe sich aus dem sie begleitenden gesellschaftlichen Normsystem, den Zwangsmitteln, die zur Einhaltung eingesetzt werden und den impliziten Handlungschancen und -restriktionen. So generierten zum Beispiel die geschlechtsspezifischen Zeitstrukturen, »die Anforderung an viele Frauen, gleichzeitig den Zeitbelangen aus dem männlich geprägten Produktionsbereich und der privaten Reproduktionssphäre gerecht werden zu müssen, ... strukturelle Handlungsnachteile, die individuell nicht dauerhaft zu lösen sind« (91f.).

Im empirisch-historischen Teil zeichnet Maurer die Herausbildung der industriekapitalistischen Arbeitszeiten nach. Um die wichtigen Wandlungsprozesse deutlich zu machen, beginnt sie mit der feudalen Subsistenzwirtschaft (11./ 12. Jh.) und dem dazu gehörigen Zeitverständnis, dessen Bezugsgrößen die Natur und die christliche Religion gewesen seien. Zeit wurde zyklisch gelebt und wahrgenommen. »Das feudale Ausbeutungsverhältnis spiegelt sich auch in der gesellschaftlichen Arbeitsorganisation wider. Diese erforderte weder eine Bestimmung, Festlegung noch eine Entlohnung der Arbeitszeit an Hand abstrakter Bezugsgrößen, wie es für das formal freie Lohnarbeitsverhältnis typisch werden sollte.« (105) Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung zur modernen Arbeitszeit sei die Phase des Übergangs vom Spätmittelalter zur Neuzeit. 1 Die Stichworte sind aufkommendes Städtewesen, Handelskapitalismus, Erweiterung des Handelsraumes, Zunahme der Geldwirtschaft, Kreditwesen. Die mittelalterliche Agrarwirtschaft (das »ganze Haus«) und das zünftige Handwerk bleiben zwar dominierende Wirtschaftsform, es kommen jedoch andere Produktionsformen wie das Verlagswesen, später Manufakturbetriebe hinzu.

Trennung von Arbeits- und Lebenszeit

- - - CT - 4ENT 100/1003 @

Mit der fabrikmäßig organisierten Lohnarbeit wird Zeit »zu einem gewichtigen Gestaltungsfaktor, zu einem Mittel der Ökonomie und der Rationalität, und alle Ökonomie wird eine Ökonomie der Zeit« (Maurer 1992, 117, in Anlehnung an Marx). Später resultieren aus den Kämpfen zwischen Arbeiterschaft und Kapital komplementäre Arbeitszeitinstitutionen wie der Arbeitstag und der Feierabend, die Arbeitswoche und das Wochenende, das Arbeitsjahr und der Jahresurlaub (vgl. ausführlich dazu Maurer 146ff.). Maurer beschreibt den Prozeß der Durchsetzung der industriekapitalistischen Arbeitszeiten als Enteignung von der traditionalen Zeitordnung und dessen Zeitverständnis. Die ersten zwei, drei Generationen der Arbeiterschaft wehrten sich noch gegen die Zumutungen der kapitalistischen Zeitökonomie, indem sie »blaue Montage« einlegten, während der Arbeitszeit Pausen machten, Frauen und Kinder ihnen das Mittagessen brachten. Später verschob sich die Konfliktlinie dahingehend, daß um mehr freie Zeit außerhalb der Arbeit gekämpft wurde. Das Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit

Verfügte Zeit 351

wurde in den Zeitinstitutionen geregelt. Deren Durchsetzung versteht sie als Kompromißbildung: »Der Widerspruch zwischen ökonomischen Prinzipien und sozialen Bedürfnissen ist für die ganze Geschichte des Industriekapitalismus kennzeichnend und bedingte letztendlich auch die Entstehung der Arbeitszeitinstitutionen, weil diese die Bedürfnisse der Produktion als auch der arbeitenden Menschen zumindest zu einem gewissen Teil aufnehmen können.« (147)

Maurer zieht kaum Schlußfolgerungen. Spürbar ist lediglich ein Bedauern über die Entwicklung, die die Kämpfe um Arbeitszeit in der Arbeiterbewegung genommen haben. Die Siege seien verknüpft mit der Niederlage der Aufspaltung des gesellschaftlichen Lebens in zwei Teile. Der kürzere Arbeitstag sei erkauft worden durch das Abgeben von Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeit, was sich z.B. im weitgehenden Verzicht auf Auseinandersetzungen um Pausenregelungen in der Arbeit oder am in den achtziger Jahren umgesetzten Arbeitszeitarrangement von 38,5 Stunden zeige. Sie plädiert für die »Rückführung lebensweltlicher Sinnstrukturen und Handlungsvollzüge in die Arbeitswelt« (194) und für eine Demokratisierung der Zeitmacht. Vorschläge, die nicht weiter konkretisiert werden, auf die im empirisch-historischen Teil auch nicht hingearbeitet wurde. Denn, obgleich Maurer im theoretischen Teil betont, daß Zeitgestaltung als menschliche Aktivität gefaßt werden muß, findet sich dieser Gedanke in der historischen Darstellung kaum. Statt als Kampf verschiedener Klassen und gesellschaftlicher Gruppen um Zeitgestaltung erscheint der Übergang von der Subsistenzwirtschaft zur kapitalistischen Industriegesellschaft als weitgehend subjektloser Prozeß.

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hielt laut Maurer ein Großteil der arbeitenden Menschen noch an einem traditionalen Zeitverständnis und an vorindustriellen Arbeitsgewohnheiten fest, die geprägt waren von sozio-kulturellen Gebräuchen und spontanen Lebensäußerungen. Ab »ca. 1900 läßt sich beobachten, wie die vorindustrielle Arbeitszeitgestaltung und die traditionalen Arbeitsgewohnheiten verschwinden« (133). Arbeits- und Lebenszeit existierten »fortan in einem komplementären Neben- und nicht mehr in einem verwobenen Miteinander, wobei die durch die Ökonomie und die Protestantische Ethik legitimierte Dominanz der Arbeitszeit die Freizeit zu einer funktionalen Residualkategorie macht« (Maurer 1992, 117).

Produktive Lohnarbeit und »unproduktive« Hausarbeit

Daß diese Aufspaltung auch die Folge hat, keinen zeitlichen Raum für die Arbeiten zur Reproduktion vorzusehen, gerät bei Maurer in den Hintergrund. Was geschieht mit den Arbeiten zur Reproduktion der Arbeitskraft, zur Pflege der Kinder, der »Ersatzmänner« der Arbeiter? Sie wird abgewertet, wird zur unproduktiven Arbeit. Zu diesem Schluß kommt Nancy Folbre (1991), die untersuchte, wie Hausarbeit und Mütter im 19. Jahrhundert in Bevölkerungszählungen (»census of the united states«) und in Äußerungen von Nationalökonomen vorkommen. Genau zu der Zeit, als die Übernahme der Anforderungen der Lohnarbeit durch die Arbeitenden als gelungen angesehen werden konnte, setzte sich in den Sozialstatistiken die Bewertung von Hausarbeit als unproduktive Arbeit durch.

352 Sünne Andresen

»1800 wurden Frauen, deren Arbeit zum großen Teil aus Versorgungsleistungen für ihre Familien bestand, als produktive Arbeiter angesehen. 1900 gehörten sie formell in den Statistik-Rubriken zu den 'Abhängigen', eine Kategorie die Säuglinge, Kinder, Kranke und Alte einschloß« (Folbre 1991, 464; Übers. die Verf.). Die moralische Aufwertung des Heims ging einher mit der ökonomischen Abwertung der Arbeit, die hier verrichtet wurde. Mit der Verbreitung der Lohnarbeit, die die Individuen von traditionellen familiären Produktionseinheiten trennte, hätten sich unvermeidlicherweise neue Vorstellungen von Produktivität entwickelt. Die Abwertung der Hausarbeit wurde begleitet von wachsender Zustimmung der Männer zur Lohnarbeit.

Vom rationalen zum flexiblen Zeiteinsatz

Hildegard Mogge-Grotjahn (1990) will die Erwerbsarbeit, die Informations- und Kommunikations-Technologie und die Zeit-Strukturen betrachten und ihre Bedingungszusammenhänge analysieren (vgl. 10). Welche Bedeutung haben die Veränderungen in diesen Bereichen für die Lebensführung der Individuen, insbesondere auch für Frauen? Zunächst bringt sie aktuelle Daten zur allgemeinen Erwerbssituation in der BRD: Erwerbsquoten, unterschiedliche Beschäftigungsformen (von Teilzeitarbeit über legale und illegale Leiharbeit bis hin zur Heimarbeit) usw. An Hand dieser Daten belegt sie ihre These von der zunehmenden Spaltung des Arbeitsmarktes. Den sicheren, qualifizierten, gut bezahlten und kontinuierlichen Voll- und Teilzeitverhältnissen stehe eine wachsende Anzahl unsicherer, schlecht qualifizierter und bezahlter, diskontinuierlicher Beschäftigungsverhältnisse gegenüber. »Der Anteil der Frauen an den benachteiligten Gruppen ist überproportional hoch.« (26) Sodann unterscheidet sie zwischen dem »Zeiterleben«, welches sie als Zivilisationszwang (85) bestimmt, den gesellschaftlichen »Zeitstrukturen«, hier die Erwerbsarbeitszeiten, von deren Dauer und Lage »die Zeitstrukturen in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen ab(hängen)« (87), und den »Zeitverwendungsmustern«. Implizit geht sie der Frage nach, wieso trotz permanent kürzer werdender Erwerbsarbeitszeit »strukturelle Zeitnot« herrscht. Ihre Antwort: 1. Zeiten der privaten Lebensführung müssen an die der Erwerbsarbeit angepaßt werden; »ohne eine 'Rationalisierung der gesamten Lebensführung' sind flexible Strukturen der Erwerbsarbeit unmöglich.« (96) 2. Veränderte Haushaltsstrukturen (mehrere und kleinere Haushalte) und ein Anstieg des Niveaus der Reproduktionsarbeit haben zum Anwachsen der Reproduktionszeiten geführt. Diese allgemeinen Aussagen werden nicht konkretisiert oder empirisch überprüft. Es wird lediglich darauf verwiesen, daß die Folgen dieses gesellschaftlichen Rationalisierungs- und Flexibilisierungsprozesses sozial und geschlechtsspezifisch differenziert zu betrachten seien. » 'Verlierer' sind die ohnehin schon sozial Schwächeren: Menschen, die nicht (mehr) voll leistungsfähig und dem gesellschaftlichen Tempo nicht gewachsen sind, gesundheitlich Eingeschränkte, sozial Isolierte, ältere Menschen - und vor allem Frauen.« (105) Gesellschaftliche Handlungsstrategien seien vor allem daran zu messen, inwieweit sie dazu beitragen, das Bündnis der »Gewinner« gegen die »Verlierer« aufzubrechen. Als Handlungsbereiche und -perspektiven zählt Mogge-Grotjahn abschließend auf (vgl. 105f.): 1. Gestaltung der Arbeitsbedingungen,

Verfügte Zeit 353

2. Einbeziehung der Interessen von »Randbelegschaften« in gewerkschaftliche und/oder betriebliche Interessenvertretung, 3. Änderungen im Bereich der Sozialpolitik und Gesetzgebung (neues Arbeitszeitgesetz) und 4. frauenpolitische Forderungen und Strategien, die »gleichberechtigte Arbeits- und Lebensmöglichkeiten für Frauen und Männer sozial- und tarifpolitisch« (107) ermöglichen und absichern. Zeit zu befreien, hieße nach Mogge-Grotjahn, den Zwang der Zeitstrukuren der Erwerbsarbeit zurückzudrängen und diesem nicht mehr alle anderen Bereiche anzupassen und zu unterwerfen. Da die Arbeit über tatsächliche Unzufriedenheiten mit dem zeitlichen Rationalisierungsdruck keine Aufschlüsse gibt, bleibt unklar, wer eine solche Veränderungspolitik ergreifen würde. Mogge-Grotjahns implizite konkrete Utopie ist bescheiden: Schutz der alten Zeitordnung vor weiterer Flexibilisierung.

Zeitlogiken und geschlechtliche Arbeitsteilung

Die Dimension des Zeitverständnisses fehlt bei Mogge-Grotjahn. Bei Maurer (1992) ist ausführlich nachzulesen, welches spezifische Verständnis von Zeit sich im Übergang zum Industriekapitalismus durchsetzt: Der »Tatbestand der Zeitvergeudung (wird) etabliert und zugleich verteufelt ...« (...) Die Ökonomisierung der Zeit ... wird zum Merkmal.« (Maurer 1992, 85) »Es wird von nun an, immer und überall, von jedem und jeder, die Einhaltung zeitlicher Verhaltensmuster, die zumeist durch die Ökonomie bestimmt sind, verlangt« (ebd., 87). Diese Logik des Zeitsparens läßt sich allerdings nur auf bestimmte Arbeiten anwenden. Sie ist z.B. unverträglich mit Kindererziehung, die sich nicht auf diese Weise rationalisieren läßt. Die »wichtigste und nützlichste Regel jeder Erziehung ... heißt nicht: Zeit gewinnen, sondern Zeit verlieren« (Rousseau in Emile, zit.n. Raehlmann u.a. 1993, 12).

In der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung werden »zeitraubende Tätigkeiten« wie das Aufziehen von Kindern und/oder die Pflege von kranken und alten Menschen den Frauen überlassen. Ein Entgelt erhalten sie für diese Arbeiten, die ideologisch verbrämt als »Arbeiten aus Liebe« gelten, nicht. Im Gegenteil ist diese Arbeitsteilung eine Ursache für die Marginalisierung und Diskriminierung von Frauen in der Erwerbssphäre. Häufig müssen sie die Arbeitszeiten reduzieren, wodurch sich das eigene Einkommen und später die Rente verringern. Oft kann die Existenz so nicht eigenständig gesichert werden, und Frauen bleiben ökonomisch abhängig vom Staat oder (Ehe-)Mann. Feministische Analysen zum Zusammenhang von (Erwerbsarbeits-)Zeit und Frauen-unterdrückung lassen sich grob in zwei Richtungen unterscheiden: 1. Arbeiten, in denen die quantitative Unvereinbarkeit des Gefordertseins in zwei gesellschaftlichen Bereichen meist mit dem Begriff der »Doppelbelastung« problematisiert wird. 2. Arbeiten, in denen die widersprüchlichen Zeitverständnisse, mit denen Frauen umgehen müssen, hervorgehoben werden.

Quantitative Überforderung

Auf einer Tagung in Loccum (Loccumer Protokolle 1990) wurden Arbeitzeitkonzepte diskutiert, »die eine berufliche Förderung für Frauen, eine bessere 354 Sünne Andresen

Vereinbarkeit von Beruf und Familie (nicht nur für Frauen) und die Aufhebung der vorherrschenden geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung ermöglichen könnten« (5f.). In mehreren Beiträgen stand Teilzeitarbeit im Zentrum. Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit ohne Lohnausgleich ist die häufigste individuelle Strategie zur Vereinbarung von Berufs- und Familienarbeit. Bekanntlich arbeiten ca. ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen »Teilzeit«. Sie »büßen« dafür, indem sie in der Regel unqualifizierte, schlecht bezahlte Arbeiten ohne Aufstiegs- oder Entwicklungsmöglichkeiten verrichten. Lange Zeit wurde Teilzeitarbeit wegen dieser Nachteile und weil sie zur beständigen Reproduktion der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung beitrage, von Gewerkschafterinnen und Feministinnen abgelehnt. In den letzten Jahren hat es hier einen Umschwung gegeben. Nun steht die Frage im Vordergrund, welche Bedingungen erfüllt sein müßten, um die Hauptnachteile der Teilzeitarbeit abzuwenden. So argumentiert z.B. Sigrid Quack (1990). Sie macht eine Bestandsaufnahme der Arbeitszeitrealität von Frauen und erstellt eine umfangreiche Forderungsliste, in der die Arbeitszeitwünsche von Frauen in verschiedenen Lebenslagen (un/verheiratet, ohne/mit noch zu versorgende/n Kinder/n usw.) berücksichtigt werden. Danach müßte Teilzeitarbeit im Umfang auf 25 bis 35 Wochenstunden ausgedehnt werden. Sie müßte in verschiedenen Branchen und Tätigkeitsbereichen mit unterschiedlichen Qualifikationsanforderungen angeboten und mit einer Rückkehrgarantie in ein Vollzeitarbeitsverhältnis verknüpft werden usw. (vgl. ebd. 50).

In eine ähnliche Richtung zielt auch das Modell der »geschützten Teilzeitarbeit für Eltern« von Birgit Geissler und Birgit Pfau (1990). Sie verstehen es als eine arbeitsmarktpolitische Strategie, mit der die ärgsten Nachteile, die mit einer Unterbrechung der Erwerbsarbeit auf Grund von Elternschaft verbunden sind, abgewendet werden sollen. Das Modell beinhaltet 1. das Recht auf Teilzeitbeschäftigung innerhalb eines weiter bestehenden Arbeitsverhältnisses, wenn Kinder zu betreuen sind. 2. eine Subventionierung in Höhe der Differenz zwischen Einkommen aus Teilzeitarbeit und vorheriger Vollzeitarbeit und 3. die Zahlung von Sozialversicherungsleistungen für das gesamte Einkommen. Ergänzend ist die Möglichkeit der Vollfreistellung bis zum 3. Lebensjahr des Kindes bei Erstattung von 90 Prozent des Einkommens vorgesehen. Als Finanzierungsmodell schlagen sie eine Elternversicherung vor, die ähnlich aufgebaut sein sollte wie die Arbeitslosenversicherung. Sie meinen, daß die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für Kinder die Zwangsmitgliedschaft aller Arbeitnehmer wie Arbeitgeber in dieser Elternversicherung rechtfertigt. - Auf der Modellebene klingt das Konzept sowohl vernünftig als auch bescheiden. Die Frage nach der Realisierbarkeit zeigt jedoch, wie umwälzend es ist. Die Umverteilung der bislang im Privaten meist von Frauen verrichteten Kinderbetreuungsaufgaben durch ein Solidarmodell rüttelt an den Grundfesten dieser Gesellschaft. Die Autorinnen stellten ihr Modell bereits 19882 vor. Seit der Vereinigung haben sich die bundesrepublikanischen Verhältnisse jedoch grundlegend verändert. Die ökonomische Krise hat den Druck auf die Arbeitsmärkte erhöht. Man setzt auf alte »Lösungen«. Frauen sollen sich verstärkt den häuslichen Pflichten widmen, was ihnen durch sanften Druck wie z.B. die Verteuerung der außerhäusigen Kinderbetreuung »erleichtert« wird. Unter dem Aspekt der Realisierbarkeit solcher Verfügte Zeit 355

Modelle wären insbesondere die Barrieren zu erforschen. Welche Erfahrungen wurden hier bislang gemacht?³ Nützlich wären auch historische Forschungen, die rekonstruieren, wie und unter welchen politisch-ökonomischen Bedingungen bislang externalisierte Kosten vergesellschaftet bzw. in Solidarmodelle überführt werden konnten, d.h. z.B. Auswertung der Einführung der Kranken- und Arbeitslosenversicherung, aber auch Analyse der aktuellen Diskussion um die Pflegeversicherung.

Quack wie auch Geissler/Pfau entwickeln jeweils radikale Reformkonzepte, mit deren Hilfe die größten Benachteiligungen für diejenigen Erwerbstätigen abgewendet werden sollen/können, die gesellschaftlich notwendige Reproduktionsarbeit verrichten. Sie setzen auf Tarifpolitik bzw. auf den Ausbau des Sozialstaates. Um die Verfügung über Zeit wird insofern gekämpft, als gesellschaftlich und ökonomisch anerkannt werden soll, daß Reproduktionsarbeit Zeit »kostet«. Frauen sind nicht mehr in dem Ausmaß wie früher bereit, diese Arbeiten zu verrichten und dafür nur Nachteile einzustecken. Hieraus begründen die Autorinnen Hoffnungen auf Durchsetzung ihrer Forderungen. »Schützenhilfe« bekommen sie noch von anderer Seite. Die zunehmende Erwerbsorientierung der Frauen ist begleitet von einer Verringerung der Geburtenzahlen. Man warnt bereits vor der »Vergreisung der Gesellschaft«.4

Forderungen zur Gleichstellung von Teilzeitarbeit mit Vollzeitarbeit sowie zur Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft finden sich auch bei *Ingrid Kurz-Scherf* (1990, 1992⁵). Sie nennt die Zeitstrukturen der Erwerbsarbeit patriarchal (vgl. 1990, 87) bzw. das Normalarbeitsverhältnis eine »traditionell männliche Normalität« (vgl. 1992, 71). Angesichts hoher Arbeitslosenzahlen müsse eine Renaissance der Politik der Arbeitszeitverkürzung stattfinden, deren »besonderer Charme« in der Verbindbarkeit der Interessen der Beschäftigten an mehr Freizeit mit denen der Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit Bedrohten liege. »'Zeithaben' muß in der Wertehierarchie neben 'Geld-haben' aufrücken.« (1992, 70) Hierbei setzt sie auf das Interesse der Frauen an kürzeren Arbeitszeiten, das sich auch in der Entscheidung für Teilzeitarbeit ablesen lasse: »Die Entscheidung der Teilzeitarbeit mag z.T. erzwungen sein, sie enthält aber auch emanzipatorische Momente: Momente der Emanzipation einerseits von der Mutterideologie die letztendlich der guten Mutter den Verzicht auf eigene Erwerbstätigkeit und das eigene Geld abverlang(en)t; andererseits Momente der Emanzipation von einem Berufssystem, in dem Frauen nach wie vor nur die unteren Ränge mit völlig unzumutbaren Arbeitsbedingungen zugänglich sind, und das generell für das Leben außerhalb der Arbeit, erst recht für das Leben mit Kindern, keine Zeit und keine Kraft läßt.« (84) Die Forderung nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung stehe nicht im Gegensatz zur Teilzeitarbeit, vielmehr müßten beide Strategien verknüpft werden: Teilzeitarbeit als praktisches Plädoyer für die allgemeine Arbeitszeitverkürzung. Sie hat die Hoffnung, daß Frauen zur Überwindung des »aktuellen arbeitszeitpolitischen Attentismus der Gewerkschaften« (1992, 71) beitragen könnten. »Teilzeitarbeit (als) ... Vorbotin einer neuen Zeitordnung?« (Kurz-Scherf 1989, Titel).

356 Sünne Andresen

Widersprüchliches Zeitverständnis

Wie wird nun das spezifische Zeitverständnis, das das Handeln von Frauen bestimmt, charakterisiert? Tatsächlich »sind von Beginn der Industriegesellschaft an sowohl Männer als auch Frauen der Lohnarbeit und den damit verbundenen Zeitrestriktionen unterworfen; die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bedingt aber gleichzeitig die Beibehaltung eines *aufgabenorientierten* Zeitverständnisses bei der Frau« (Raehlmann u.a. 1993, 12; Hervorh.d.Verf.). Die »sozialen Konstruktionen von Weiblichkeit und Männlichkeit, die eine Gesellschaft bestimmen, (sind) entscheidend von den Zeitvorstellungen beeinflußt, an denen sich eine Gesellschaft orientiert: Lineares und quantifizierbares versus zyklisches und qualitatives Zeitverständnis!« (Habicht-Erenler 1990, 6, Hervorh.d.d.Verf.).

Uta Brandes (1990) beschreibt die Zeiterfahrungen von Industriearbeiterinnen, Hausfrauen⁶ und - in Form einer biographischen Anekdote - einer zu Hause arbeitenden Wissenschaftlerin. Sie will so kenntlich machen, »daß und warum Zeit sowohl objektiv geschlechtsspezifisch segmentiert ist als auch subjektiv von den Geschlechtern unterschiedlich wahrgenommen und verarbeitet wird. »Frauen leben ... in Zeitblöcken, die je unterschiedliche inhaltliche und zeitliche Organisationen in der Vorstellung besetzen. Etwa die 'bis-zum'-Zeit – bis zur Geburt, bis die Kinder 'aus dem Gröbsten raus' sind, bis zum Kindergarten, bis zum schulpflichtigen Alter, bis zum Schulabschluß, Ausbildungsabschluß ... Oder die 'Danach'-Zeit – wenn die Kinder im Bett sind, größer sind, aus dem Haus sind ... Oder die 'Zwischendurch'-Zeit - solange die Kinder im Kindergarten, in der Schule, bei ihren Freunden und Freundinnen sind, wenn sie schon/ noch schlafen ... « (27) Diese »natürlichen Zeiten « werden unter spätindustriellen Bedingungen ausgeblendet, und Frauen müssen individuell die Synchronisation der verschiedenen Bereiche/Zeitlogiken leisten. Sie hetzen zwischen Beruf und Familie hin und her, und es »bleiben (ihnen) innerhalb der gegeneinander abgeschotteten Zeitblöcke ihres Lebensplans lediglich zufällige, unplanbare, zerstobene Restzeiten, Zeitpartikel, mit denen wenig anzufangen ist« (ebd.). Eine langfristige Perspektive als ein System kommunizierender Röhren könne weder gedacht noch geplant werden.

Ähnlich nachteilig beurteilt *Ursula Pasero* (1986) die zeitlichen Anforderungen an Frauen. Sozialisiert durch die herrschende Lohnarbeits-Zeitlogik, blickten (Haus-)Frauen selbst mit Schuldgefühlen auf ihr »zyklisches Handeln«. »Hausarbeit unterliegt nicht den Verhältnisbestimmungen gesellschaftlich durchschnittlicher Arbeitszeit – dennoch ist diese ihr heimlicher Maßstab« (339). Pasero schlägt vor, der Zeitstruktur des ökonomischen Systems einen weiteren Zeit-Begriff gegenüberzustellen: »Die ökonomische Zeitlogik von Ware und Geld löst nicht nur herkömmliche Zeitmuster auf, sondern hat auch Widerstand hervorgebracht: Die widerständischen Momente der Bewahrung regenerativer und gemeinschaftlicher Zeiten können als 'moralische Ökonomie der Zeit' verstanden werden. Solche Zeitweisen scheinen dort hervor, wo das Soziale nicht in der Warenökonomie aufgeht.« (Pasero 1990, 172) Offenbar übernimmt sie diesen Begriff von Thompson.⁷ Nützlich ist, daß Pasero das Problem der begrifflichen

Verfügte Zeit 357

Fassung dieses spezifischen Zeitverständnisses aufgreift. Und sie spricht die widerständige Dimension an, die in einem Handeln liegt, bei dem sich die Zuwendung zu einer Aufgabe nicht dominant am Zeiteinsatz orientiert. In der herrschenden Zeitordnung wird solches Handeln an den Rand gedrängt, mithin die Frauen. Aus potentiellem Widerstand wird so individuelles Ringen um die Vermittlung von schwer vermittelbaren Bereichen und Aufgaben.

Frauenzeit: Zeit für Männer

In der bisher vorgestellten Literatur steht das Unterworfensein der Frauen unter diese weitgehend fremdbestimmte Zeitordnung im Vordergrund. Empirische Untersuchungen darüber, wie Frauen das Gefordertsein in verschiedenen Zeitlogiken erleben und bewerten, gibt es kaum. In einer neueren Studie von Irene Raehlmann u.a. (1993) wurden »Wechselwirkungen zwischen betrieblicher und außerbetrieblicher Lebenswelt« (Untertitel) untersucht. Im Vordergrund des Interesses steht die Frage der Wahrnehmung von Belastungen. Mittels verschiedener Methoden (schriftliche Befragung, teilnehmende Beobachtung, ExpertInnengespräche, Gruppen- und Einzelinterviews) wurde erhoben, wie weibliche Beschäftigte (pro Betrieb 30 Frauen) in drei Einzelhandelsunternehmen (Kaufhaus, Textilkaufhaus, Selbstbedienungswarenhaus) mit den Anforderungen aus Berufs-, Haus- und Beziehungsarbeit auf dem Hintergrund flexibler Arbeitszeitsysteme fertig werden. Soweit sie sich zur Verfügung stellten, wurden auch die Partner der Frauen einbezogen, um »weitere, vornehmlich zeitbedingte Belastungen und Entlastungen in der privaten Lebenswelt mit entsprechenden Rückwirkungen auf den Berufsalltag aufzuspüren« (29). Die Interviews mit den Frauen orientierten sich an den Schwerpunkten: Verlauf der Erwerbs- bzw. Berufsbiographie (insbesondere Unterbrechungen, Umstrukturierungen im Hinblick auf Zeitgefüge), Einschätzung der betrieblichen Arbeitszeitgestaltung (Wunsch und Realität, Arbeits- und Wegezeiten usw.), persönliche Arbeitszeit (individuelle und kollektive Einflußmöglichkeiten), außerbetriebliche Lebenssituation (Offenlegen der Koordinationsprobleme von Frauen), Bewältigungsprozeß, Folgen des Bewältigungshandelns (Beschwerden, Krankheiten) und Veränderungsmöglichkeiten (vgl. 27ff.).

Die Studie führt konkret vor, was Diversifizierung oder Entstandardisierung von Lebenslagen meint. Neben der einzigen Gemeinsamkeit zwischen den befragten Frauen, daß sie alle erwerbstätig sind, überwiegen die Unterschiede. Dies betrifft ebenso die Un/-Regelmäßigkeit der Arbeitszeiten wie auch die Anforderungen außerhalb der Berufsarbeit in Abhängigkeit von Haushaltszusammensetzung, Alter und Zahl der Kinder, Verantwortung für pflegebedürftige Angehörige, Arbeitszeiten des Partners u.ä.. Hin und wieder versuchen die AutorInnen, dem »Wust« von Einzeldaten durch Typisierungen eine Struktur zu geben. Oder sie nutzen ihr Material, um z.B. bisherige Phasenmodelle zur Erfassung der Realität weiblicher Biographie zurückzuweisen (vgl. 88). Die befragten Frauen berichten, wie sie welche Aufgaben zeitlich koordinieren. Auffallend ist die weitgehend kritiklose Übernahme der gesamten Haus- und Beziehungsarbeiten. Hier wird nicht gekämpft. Vielmehr wird versucht, diese Arbeiten

358 Sünne Andresen

schon verrichtet zu haben, wenn der Mann von der Arbeit heimkommt. Sie werden unsichtbar gemacht. Auch Arbeitsbeginn und -schluß der Frauen werden vorzugsweise in die Arbeitszeit des Mannes gelegt. Die »verschiedenartigen Fallbeispiele haben eines gemeinsam: die Anpassung der Frauen an die Zeiten der Männer.« (131) »Bei der Abstimmung der Familienzeiten stehen die Arbeitszeiten der Männer bis auf ganz wenige Ausnahmen nicht zur Disposition« (133). Es »dominieren ... die traditionellen geschlechtsspezifischen Zeitvorstellungen: Die Zeit der Frauen ist Zeit für andere, die Zeit der Männer ist Zeit für sich« (141). Eine kinderlose Teilzeitbeschäftigte stimmt all ihre Zeit auf Ehemann und pflegebedürftige Mutter ab und verzichtet auf die ihr zustehende Pause, um früher zu Hause zu sein. Die Zustimmung der Frauen zu dieser Arbeitsteilung, die ihnen kaum Zeit für aktive Entspannung oder eigene Interessen läßt, ist ihr Einsatz in die Beziehung. Veränderungen scheinen nur möglich als radikaler Bruch. So beurteilt eine in Scheidung lebende Vollzeitverkäuferin, die ihre Arbeitszeit reduziert hatte, um »mehr Zeit für ... (ihren) Mann zu haben« (131), diese Unterordnung im nachhinein als unbefriedigend. Hier wird deutlich, daß nicht die Zeit die Beziehungen strukturiert, sondern umgekehrt orientieren die Frauen ihre Zeitpläne an den Beziehungen.

Ebenso interessant sind die Ergebnisse zur zeitlichen Belastung durch Hausarbeiten. Auch sie zeigen, daß Zeit allein als Maßeinheit wenig aussagekräftig ist. Eine objektive (Zeit-)Größe für Hausarbeiten gibt es nicht, aber z.B. einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Ehe/Partnerschaft und Aufwand durch Hausarbeit: »Wie sonst läßt sich erklären, daß teilzeitarbeitende Frauen mit einem Partner doppelt so häufig Gardinen waschen und Vollzeitbeschäftigte dreimal so häufig Essen kochen wie ihre alleinlebenden Kolleginnen.« (155) Viele der befragten Frauen haben sich rigide Zeitpläne gemacht, nicht selten wird früh um 5 oder 6 Uhr aufgestanden, um Hausarbeiten vor der Berufsarbeit zu erledigen, eigene Standards aufrechtzuhalten und gleichzeitig längere zusammenhängende Zeiten (z.B. Wochenenden) als Freizeit zu haben. Einer Gruppe von Frauen gelingt eine solch rationale Haushaltsorganisation nicht: den außerbetrieblich durch Versorgung von Kindern oder Angehörigen stark gebundenen Frauen. Sie sind die »Rund-um-die-Uhr-Beschäftigten« auch, weil sie in der Regel kaum Unterstützung von ihren Partnern erhalten. Auffällig ist, daß von den Frauen keine konkreten Veränderungsvorschläge formuliert werden. Wenn überhaupt, dann äußern sie am ehesten Kritik an den Erwerbsarbeitszeiten. Die Mehrheit (73 %, vgl. 120) ist mit den Arbeitszeiten im Einzelhandel unzufrieden. Die Autorinnen vermuten, daß gerade die Erfahrung, bei den vergangenen Veränderungen in der beruflichen Zeitstruktur Verliererinnen gewesen zu sein, die Tendenz zur defensiven Besitzstandswahrung verstärkt.

Ein Spezifikum der Dienstleistungsarbeit wie hier im Einzelhandel ist, daß beide Bereiche, in denen die Frauen agieren, nicht nur im Verhältnis zueinander, sondern immanent widersprüchlich (vgl. 182) sind. »So wie sich die Zuwendung zu kleinen Kindern einer zeitlichen Effektivierung verschließt, so läßt sich auch das Bedienen nicht beliebig intensivieren, soll der angestrebte Verkaufsabschluß nicht gefährdet werden.« (182) Es wäre zu prüfen, ob dies für viele der »typisch weiblichen Berufe« gilt, und ob es ein Grund dafür sein könnte, daß Frauen das

Verfügte Zeit 359

abgeforderte Handeln nach unterschiedlichen Zeitlogiken kaum als Widerspruch erleben. Aufschluß hierüber könnten empirische Untersuchungen geben, die diesen Widerspruch ins Zentrum stellen. Und weiter stellt sich die Frage, da unbestreitbar die Industriearbeit ab-, die Dienstleistungsarbeit zunimmt, ob und welche Konsequenzen dies für den allgemeinen Umgang mit Zeit haben wird.

Individualisierte Kämpfe

Der Gang durch die Literatur hat eine erstaunliche Verschiebung gebracht. Um Zeit wird nicht (mehr) gekämpft. Dabei befindet sich die bundesrepublikanische Gesellschaft keineswegs auf dem Weg zu mehr Zeitselbstbestimmung oder Zeitsouveränität. Im Gegenteil wird erwogen, die Regelarbeitszeit wieder auf 40 Stunden anzuheben, Feiertage abzuschaffen, Wochenendarbeit auszudehnen, usw. Woher also die Zufriedenheit mit einem unbefriedigenden Zustand? In einer Sekundäranalyse von Befragungen zu Arbeitszeitwünschen kommt Margarete Landenberger (1983) u.a. zu dem Ergebnis, daß vorhandene zeitliche Dispositionsmöglichkeiten Bedürfnisse nach mehr Gestaltungsmöglichkeiten wecken (vgl. 97). Besonders restriktive Zeitstrukturen regen also keineswegs die utopische Phantasie an. Vielmehr rufen sie Anpassung und Bescheidenheit hervor. Auf der anderen Seite steht bei anspruchsvollen und somit befriedigenden Arbeiten die Frage der dafür aufzuwendenden Zeit ohnehin nicht im Vordergrund. Verstärkt wird die Zurückhaltung in bezug auf Kämpfe um Zeit noch durch die abwartende Haltung der Gewerkschaften. Die Interessenorganisationen der Arbeitenden sind in der Defensive. Statt weiter ausgreifender Vorstellungen zur Befreiung der Zeit dominieren daher auch in der neueren Literatur Koordinations- und Vereinbarungskonzepte. Der Wunsch nach Zeiten für Muße scheint ganz verschüttet.

Es ist deutlich geworden, daß Reproduktionszeiten mit dem Industriekapitalismus zu einer abgeleiteten Größe der Erwerbsarbeitszeiten wurden. Im 13. Kapitel des Kapital Band 1 (MEW 23) analysiert Marx den Umbruch von der handwerklichen Manufakturproduktion zur maschinellen und industriellen Produktion. Er beschreibt dort das Zusammenbrechen der herkömmlichen Organisation der Reproduktion infolge der Einbeziehung von Frauen und Kindern in die Fabriken. Viele Kinder- und Frauenleben wurden jung geopfert, bis sich eine neue zeitliche Ordnung durchgesetzt hatte, in der Zeiten für Arbeit und Leben enthalten waren. Freilich festigten die neuen Zeitinstitutionen die Position des Mannes als Familienernährer und verbannten die Frauen in die Alleinzuständigkeit für Haushalt und Kinder.⁸

Heute werden weitere Kosten des industriekapitalistischen Rationalisierungsund Fortschrittsmodells sichtbar: Umweltzerstörung, zunehmende Gewalt (nicht nur) unter Kindern und Jugendlichen, Spaltung der Gesellschaft in leistungsfähige Erwerbstätige und »nutzlose« Arbeitslose usw. Wir leben in einer »Gesellschaftsformation, in der gesellschaftlich im wesentlichen produziert wird, was Profit bringen kann, so daß alle Arbeiten, die dieser Zeitlogik nicht folgen können, die nicht rationalisierbar, automatisierbar, beschleunigbar sind – wie das Hegen und Pflegen von Mensch und Natur –, liegengelassen bzw. der 360 Sünne Andresen

unentgeltlichen Pflege von Frauen überlassen werden« (Haug 1990, 887, Hervorh.d.d.Verf.). Stehen wir auch vor einer Krise des Reproduktionsmodells? Die Einschätzungen bezüglich der Bereitschaft von Frauen, den ihnen zugewiesenen Part immer weiter zu übernehmen, sind widersprüchlich. Die herrschende Zeitordnung strukturiert und stabilisiert ein ganzes Zivilisationsmodell. Männer halten an dem für sie vorteilhaften Zeitregime fest, Frauen stehen vor einer Alternative, die die Mehrheit nicht will: Aufrechterhaltung des Status quo oder radikaler Bruch.

Anmerkungen

- 1 Diese Übergangsphase wird in der sozialhistorischen Forschung oft mit dem Begriff der »Protoindustrialisierung« gefaßt. Auffällig ist die Analogie zu Begriffen, mit denen der gegenwärtige Umbruch zu fassen versucht wird. Statt »Proto« wird »Post« vorangestellt (z.B. postindustrielle Gesellschaft, Postfordismus oder Postmoderne).
- 2 Birgit Geissler und Birgit Pfau: Geschützte Teilzeitarbeit für Eltern. Ein Regulierungsmodell. Arbeitspapier des Arbeitskreises sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung (SAMF), Paderborn 1988. 12.
- 3 Vgl. hierzu Gudrun Richter und Martina Stackelbeck, 1992: Beruf und Familie. Arbeitszeitpolitik für Eltern kleiner Kinder. Bund-Verlag Köln. In der Einleitung wird als Schwerpunkt der Untersuchung genannt: »Auswertung und Analyse von Erfahrungen, die in Betrieben in der Bundesrepublik mit Freistellungsregelungen und Ansätzen zur Arbeitszeitverkürzung für Eltern kleiner Kinder gemacht wurden« (14).
- 4 »Im Jahr 2030 wird jeder dritte Einwohner Deutschlands 60 Jahre alt oder älter sein. Auf 100 Erwerbstätige weden dann vereinfacht ausgedrückt 74 Rentner kommen, heute sind es 36.« (Wermelskirchen in FAZ v. 13.4.93)
- 5 Kurz-Scherf macht in diesem Buch ein Resümee der frauenpolitischen Ausgangsbedingungen in der BRD nach der Vereinigung. Die Bestandsaufnahme bringt wenig Ermutigendes: hohe Arbeitslosigkeit, Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt, Entwertung ihrer Qualifikationen und Arbeit, unzureichende Antidiskriminierungspolitik usw.. Sie entwickelt sodann »Grundlinien einer frauenpolitischen Offensive für die neuen Bundesländer«, zu denen Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur gerechten Verteilung von Arbeit, Frauenförderungsmaßnahmen am Arbeitsmarkt u.a.m. zählen.
- 6 Das Material entnimmt sie einem an der Universität Hannover durchgeführten DFG-Forschungsprojekt (vgl. Brandes 1990, 32, Anm. 2).
- 7 Thompson faßt unter der moralischen Ökonomie der englischen Unterschichten einen »volkstümlichen Konsens darüber, was auf dem Markt, in der Mühle, in der Backstube usf. legitim und was illegitim sei. Dieser Konsens wiederum beruhte auf einer in sich geschlossenen, traditionsbestimmten Auffassung von sozialen Normen und Verpflichtungen und von den angemessenen wirtschaftlichen Funktionen mehrerer Glieder innerhalb des Gemeinwesens« (69f.). Diese moralische Ökonomie ging aus »von fest umrissenen und leidenschaftlich vertretenen Vorstellungen vom Gemeinwohl« (70). Vgl. den gleichnamigen Aufsatz »Die 'moralische Ökonomie' der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert«, in: Edward P. Thompson: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, hrsg. v. Dieter Groh, Frankfurt/M., West-Berlin 1980.
- 8 Vgl. hierzu Barbara Ketelhut u.a., 1984: Die Familie als Brutstätte der Revolution. Familienpolitik in der Arbeiterbewegung, in: Projekt Sozialistischer Feminismus (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse, West-Berlin.

Verfügte Zeit 361

Literaturverzeichnis

Rezensierte Literatur

Habicht-Erenler, Susanne (Hrsg.), 1990: Frauenzeit am Arbeitsmarkt. Perspektiven einer Arbeitszeitpolitik für Frauen (Loccumer Protokolle 51/1989). Evangelische Akademie Loccum, Rehburg-Loccum (237 S., br., 12,- DM); darin:

Brandes, Uta: Frauen - Zeit - Räume;

Geissler, Birgit und Birgit Pfau: Neuere Lebensentwürfe von Frauen und das Recht auf geschützte Teilzeitarbeit;

Kurz-Scherf, Ingrid: Arbeitszeitpolitik für Frauen: Aufwertung der Teilzeitarbeit oder Kampf um einen neuen 'Normalarbeitstag'?

Quack, Sigrid: Teilzeitarbeit und 'geringfügige Beschäftigung

Kurz-Scherf, Ingrid: Nur noch Utopien sind realistisch. Feministische Perspektiven in Deutschland. Unter Mitarbeit von Martina Beyer und Christiane Biallas. Hrsg. Die GRÜNEN. Pahl-Rugenstein Nachfolger, Bonn 1992 (134 S., br., 9,80 DM)

Maurer, Andrea, 1992: Alles eine Frage der Zeit? Die Zweckrationalisierung von Arbeitszeit und Lebenszeit. Edition Sigma, Berlin (214 S., br., 27.80 DM)

Mogge-Grotjahn, Hildegard, 1990: Arbeit, Technik, Zeit. Überlegungen zur sozialen Rationalisierung in Industriegesellschaften. Silberburg-Verlag, Stuttgart 1990 (141 S., br., 20,- DM)

Raehlmann, Irene, Birgit Meiners, Alexander Glanz, und Maria Funder, 1993: Flexible Arbeitszeiten. Wechselwirkungen zwischen betrieblicher und außerbetrieblicher Lebenswelt. Westdeutscher Verlag, Opladen 1993 (267 S., kt., 46,- DM)

Weitere Literatur

Folbre, Nancy, 1991: The unproductive Housewife: Her Evolution in Nineteenth-Century Economic Thought. In: *Signs* vol. 16, no.31, 463-484

Haug, Frigga, 1990: Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf. Neue Herausforderungen an einen sozialistischen Feminismus. In: Das Argument 184, 879-893

Kurz-Scherf, Ingrid, 1989: Teilzeitarbeit: Individuelle Notlösung und/oder Vorbotin einer neuen Zeitordnung? In: Müller und Schmidt-Waldherr (Hrsg.): FrauenSozialKunde. Bielefeld, 42-57

Landenberger, Margarete, 1983: Arbeitszeitwünsche. Vergleichende Analyse vorliegender Befragungsergebnisse. Wissenschaftszentrum Berlin, discussion paper IIMV/Arbeitsmarktpolitik

MEW = Marx-Engels Werke, Berlin/DDR 1957ff.

Pasero, Ursula, 1986: Zwischenzeiten: Zeitgespräche unter Frauen. In: Heinemann, G. (Hrsg.): Zeitbegriffe. Freiburg, München, 337-353

dies., 1990: Zeitkollisionen – Wandlungsprozesse gesellschaftlicher Zeitmuster. In: von Auer u.a. (Hrsg.): Auf der Suche nach der gewonnenen Zeit. Mössingen-Thalheim, 159-174

Neu in der edition ariadne



Roman, edition ariadne 230 Seiten, Gebunden, DM 27.-

Manche Nacht fliegt Anna im Bett davon. Diese Nacht, wo sie wach im Dunkeln lag, segelten Eisschollen zwischen den Sternen. Sie blitzten im Mondlicht, als die Decke zu Boden glitt, als das Geheimnis enthüllt wurde. Annas kleiner weißer Körper sah zwischen diesen Kissen aus wie Diamanten. Kristallene Scheiben voller Glanz. Aber dann löste der einschlagende Blitz die Alarmanlagen aus, und so unterbrochen zog Annadie Decken über ihr prüde fügsames Fleisch. Zurück in der Wirklichkeit lag sie, unbefriedigt, zwischen zwei Stück bedrucktem Baumwollstoff. Die Sirenen heulten die ganze Nacht. Was ist passiert? fragte sie sich.

Was ist nur passiert?

Dann tauchten noch ein paar Fragen auf. Was ist mit der Welt passiert, die mir 1965 im ersten Schuljahr versprochen wurde?

»So komisch und kühn und schamlos wie nur ie.« Kate Millett



Roman, edition ariadne 520 Seiten. Gebunden. DM 49,-

Computerspezialistin Shira Shipman verläßt nach der Scheidung die streng hierarchische Konzernmetropole ihres Arbeitgebers, wo weder ihre Karriere noch ihre Ehe auf einen grünen Zweig gekommen sind. Sie kehrt heim zu ihrer Großmutter Malkah in die freie Stadt Tikva, wo Rätedemokratie und Geschlechtergleichheit herrschen. Malkah ist derweil mit dem alten Forscher Avram an einem waghalsigen Geheimprojekt zugange, dessen Kern ins Prager Ghetto des 16. Jahrhunderts zurückreicht, jene Zeit, da Rabbi Juda Löw einen Golem gegen die Pogrome schickte ... In diesem Projekt findet auch Shira Arbeit - und anstelle von Ruhe eine völlig neue Aufgabe, die sie mit der halben Welt in Konflikt bringt.

»Piercy schreibt scharf mit Liebe zur Welt, ethischer Leidenschaft und originärem Feminismus« Adrienne Rich

Plädoyer für Einmischung in Lean Production

Die unter dem Namen »Lean Production« eingeführten neuen Konzepte effizienterer Produktion und Arbeitsorganisation strukturieren die Arbeits- und Lebensverhältnisse neu. So verkündet es die - 1991 erschienene - Studie des Massachusetts Institute of Technology: »Die zweite Revolution in der Autoindustrie« (Womack u.a. 1991). Während man sich in Wissenschaft, Management, Gewerkschaften und Politik bereits die Köpfe darüber zerbricht, wie die neuen Verhältnisse am besten zu beherrschen bzw. zu regulieren sein werden, bleibt, ganz traditionell, ein Aspekt des Umbruchprozesses unterbelichtet: Die Frage, wie sich durch Lean Production die Bedingungen für Frauenarbeit verändern werden. Ob Frauen von den Erneuerungen hinterrücks überrollt werden, oder ob die Umbrüche industrieller Arbeit im Sinne feministischer Ansprüche an eine Veränderung der Arbeits- und Lebensweise, d.h. an eine Neuverteilung der gesellschaftlichen Arbeit, nutzbar gemacht werden können, hängt entscheidend davon ab, daß in der neuen Produktionsweise Hindernisse und Anschlußmöglichkeiten für die Interessen von Frauen analysiert und entsprechende Politikkonzepte entwickelt werden. Während sich bei einer ersten Besichtigung bundesrepublikanischer Praxis der Eindruck einstellt, daß die Industriearbeiterinnen wahrscheinlich die Modernisierungsverliererinnen sein werden, scheinen uns die Veränderungen der Arbeitsweise durch Lean Production doch widersprüchliche Möglichkeiten zu bergen. Durch die Einführung von Lean Production können patriarchale Strukturen gesellschaftlicher Arbeitsteilung dynamisiert oder gefestigt werden. Wir wollen über die Chancen und Inhalte einer Frauenförderpolitik in der Industrie nachdenken. Eine solche Politik muß darauf abzielen, Frauen gleichberechtigt in die neuen Arbeitsformen zu integrieren. Perspektivisch muß es um eine Arbeitspolitik von und für Frauen gehen, die auf Veränderung der gesamtgesellschaftlichen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zielt.

Frauen in der Industrie I: Standort

Ein Viertel aller erwerbstätigen Frauen in Deutschland ist auf industriellen Arbeitsplätzen tätig (Zahl für 1989, vgl. Schunter-Kleemann 1992, 340). Sie besetzen hier vorrangig die untersten Qualifikations- und Einkommensstufen (vgl. Moldaschl 1992, 2). Von den Veränderungen durch die Automatisierung blieben industrielle Frauenarbeitsplätze weitgehend unberührt. »Arbeiterinnen sind wie vor 20 Jahren als ungelernte und angelernte Kräfte beschäftigt.« (Kurz-Scherf 1992, 41f.).¹ Ihre Tätigkeiten sind niedrig entlohnt und monoton, Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten bestehen kaum. In den Hierarchie- und Kompetenzverhältnissen sind Frauen insbesondere in den Branchen, wo sie einen großen Teil der Arbeitsplätze einnehmen, Männern unterstellt. Kurz: Frauenarbeitsplätze in der Industrie sind ein Inbegriff tayloristischer Arbeitsstrukturen. Frauenarbeit in der Industrie ist zudem oft in Bereichen angesiedelt, die durch eine »Mechanisierungssperre« gekennzeichnet sind, die Möglichkeit

364 Ariane Brenssell

der Auslagerung in Billig-Lohn-Länder macht ihre Beschäftigungsverhältnisse zudem unsicher.

Begründet wird diese Struktur meist mit der relativ geringen Qualifizierung von Frauen², eine Argumentation, die zu kurz greift. Während Mädchen in der schulischen Ausbildung in gleichem Maße wie oder mehr als Jungen Bildungschancen nutzen, kehrt sich diese Situation beim Einstieg ins Berufsleben um. »Gleichsam im Kontrast zu den Erfolgen, die Mädchen und junge Frauen im allgemeinbildenden Schulsystem haben, entstehen für die jungen Frauen im Bereich der beruflichen Erstausbildung auf akademischem wie auf nichtakademischem Niveau Benachteiligungen – sei es durch Vorprägungen ihrer Neigungen und Interessen im Verlauf ihrer Sozialisation, sei es durch berufsimmanente Hindernisse oder auch durch das Fehlen weiblicher Vorbilder in zukunftssicheren (Männer-)Berufen.« (Klemm 1990, 464) Auch daß sich Beruf und Weiterqualifizierung für Frauen in der Regel als zweite Priorität stellen, weil ihr persönliches Zeitmanagement durch Familie und Kinder oder die Perspektive darauf strukturiert ist, reicht als Erklärung allein nicht aus. Zwar ist die Zuständigkeit für die Aufgaben der Reproduktion in den letzten 20 Jahren ungebrochen, der Begriff der Doppelbelastung ist für viele Frauen empirische Realität, da sie für Hausund Erwerbsarbeit doppelt so viel Arbeitszeit aufbringen müssen wie Männer (vgl. Schoor 1992), doch erst in Verbindung mit einem Mangel an beruflichen Perspektiven - trotz Aus- und Weiterbildung, läßt sich erklären, warum Entscheidungen für zeitintensive Weiterbildung, Barrieren entgegenstehen, wenngleich – meist motiviert durch unbefriedigende Arbeitsbedingungen – Interesse daran besteht.³ So stellt z.B. Krüger in ihrer Untersuchung der Qualifizierungsoffensive der Bundesregierung fest: »Die Qualifizierungsoffensive scheitert nicht am fehlenden Interesse der Frauen. Aber bisher erbrachte Bemühungen haben sich nicht ausgezahlt« (vgl. Krüger 1988, 67)

Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die Geringschätzung der weiblichen Arbeitskraft und der spezifische Einsatz von Frauen in der kapitalistischen Arbeitsorganisation bestimmen die Formen weiblicher Erwerbsarbeit. Darüber hinaus ist die öffentliche Interessensvertretung von Frauen in Politik und Ökonomie unzureichend. Ihre untergeordnete und ungesicherte Position im Beruf wird durch innerbetrieblichen (gewerkschaftlichen und unternehmerischen) Patriarchalismus (vgl. Schnoor in diesem Heft) sowie (sozial-)staatlichen Patriarchalismus gefestigt (vgl. Schunter-Kleemann 1992).

Frauen in der Industrie II: Utopisches

Die Bilanz der Arbeitssituation von Frauen in der Industrie ist wenig erfreulich. Während die tayloristischen Arbeitsplätze kaum verteidigenswert erscheinen, fragten wir uns umgekehrt, wie eigentlich Frauenindustriearbeit beschaffen sein müßte, um befriedigend und anspruchsvoll zugleich zu sein? Für welche Form der Arbeit würden Frauen streiten?

Einige Anforderungen, die an künftige Arbeitsplätze von Frauen in der Industrie zu stellen sind, ergeben sich aus dem Umkehrschluß der bisherigen Situation: eine qualifizierte Arbeit erhöht nicht nur die Befriedigung in der Arbeit, sie

festigt auch die Verankerung in den Betriebsstrukturen. Sie ist zugleich Grundbedingung für einen höheren Lohn. Arbeit sollte Selbstbestimmung auf verantwortungsvollen Arbeitsplätzen und neue Anregungen und Entwicklungen in einem permanenten Lernprozeß ermöglichen, ohne gleichzeitig zu überfordern. Weitere Ansprüche ergeben sich, wenn Reproduktion und Produktion in einem Zusammenhang gedacht werden: Eine andere Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern bedarf einer Restrukturierung der Arbeitszeit, die Männern und Frauen eine gleiche Beteiligung an den Reproduktionsaufgaben zumißt. Damit ist jedoch zugleich die Reproduktion des Geschlechterverhältnisses angesprochen. Es bedarf anderer Lebensmodelle hinsichtlich der Neuverteilung von Erwerbs- und Hausarbeit. Wir stellen uns vor. daß die Arbeit von Produzentinnenstolz getragen wird, daß die Vorgänge der Produktion transparent und kontrollierbar werden, daß die Arbeit Produktmitbestimmung umfaßt, daß sie tragfähige soziale Zusammenhänge schafft, daß sie nicht das Interesse und die Zeit raubt für ein gesellschaftliches Engagement in Betrieb und Öffentlichkeit. Wir stellen uns vor, daß durch eine solche Arbeit die Familie aufhört eine Alternative für Frauen zu sein.

Es stellt sich nun die Frage, ob die Umbrüche in der Arbeitsweise durch Lean Production im Sinne unserer Wunsch-Perspektive nutzbar sein können.

Lean Production: Umbrüche in der Industriearbeit

Lean Production wird seit Beginn der achtziger Jahre als Erfolgsrezept für die krisengeschüttelte Massenproduktion gehandelt. Die Absatzeinbrüche in den alten kapitalistischen Zentren bei einem gleichzeitigen Verlust von Weltmarktanteilen an Japan entfachten in den achtziger Jahren eine breite Diskussion um die Gründe der Überlegenheit der japanischen Produktionsweise. Immer wieder faszinieren Zahlen, die belegen, daß Toyota mit 102400 Arbeitern bei einer durchschnittlichen Produktionszeit von 13 Stunden 4,4 Millionen Autos produziert; VW hingegen 260 100 ArbeiterInnen einsetzt, um in einer durchschnittlichen Produktionszeit von 20 Stunden zwei Millionen Autos zu produzieren (Zahlen für 1991, Harenberg 1992, 268). Der Produktivitätsvergleich zeigt, daß in Japans Autofabriken viel weniger Montagefehler gemacht werden als in europäischen, daß die Arbeiter japanischer Automobilfabriken 154 mal so viele Vorschläge zur Verbesserung der Produktion machen wie die ArbeiterInnen in europäischen Fabriken und daß ihre Abwesenheitszeiten vom Betrieb halb so hoch sind (ebd.). Seit dem Erscheinen der MIT-Studie (vgl. Womack, u.a. 1991) ist der Mythos eines exklusiv-japanischen Erfolgsrezeptes zerstört und der Weg zur internationalen Nachahmung frei. Längst folgen die mikroökonomischen Anpassungsprozesse an die veränderten Weltmarktbedingungen dem Konzept der Lean Production: deutsche Autokonzerne rüsten um.4

Schlanke Produktion ist ein Konzept systemischer Rationalisierung, dessen Zentrum die »schlanke Fabrik« bildet, in der nur noch das »Notwendige« mit den »notwendigsten« Arbeitern hergestellt wird, d.h. das, was nicht durch Auslagerung in Billig-Lohn-Länder oder Fremdvergabe an Zulieferer kostengünstiger produziert werden kann. Die Industriestruktur ändert sich: neben Kernfabriken,

366 Ariane Brenssell

die eine hohe Beschäftigungssicherheit garantieren, entsteht eine Peripherie von Zulieferbetrieben. Von der Auslagerung betroffen sind insbesondere zeitintensive und automationsresistente Produktionsbereiche – also Arbeitsplätze, auf denen mehrheitlich Frauen beschäftigt sind. Der Umbau der traditionellen Fabrikstruktur zur Kernfabrik geht mit einem strukturellen Abbau von Arbeitsplätzen einher, der über Altersregelung, Aufhebungsverträge und Einstellungsstop bereits eingeleitet ist. Auch hier besteht die Gefahr, daß insbesondere Frauenarbeitsplätze verlorengehen. In den Aufhebungsverträgen wird die Aufgabe des Arbeitsplatzes finanziell subventioniert. Vor dem Hintergrund weiblicher Lebensentwürfe und dem Mangel einer befriedigenden beruflichen Perspektive könnte dies ein zusätzlicher Anreiz für den Rückzug ins Private werden.

Ein Rationalisierungskonzept, das auf Personalabbau setzt und gleichzeitig Ziele wie Verbesserung der Qualität, Steigerung der Produktivität und Senkung der Kosten verfolgt, kann nicht ohne eine Veränderung des Einsatzes der verbleibenden Arbeitenden – mit ambivalenten Folgen – erfolgreich umgesetzt werden. Die Verantwortung für einen reibungslosen Produktionsablauf und die Optimierung der Produktion wird in Gruppen oder Teams verlagert. In den Teams kann jedes Mitglied qua seiner Qualifikation alle Arbeiten ausführen. Diese Form der Arbeit deutet in die Richtung unserer Anforderungen an künftige Frauenarbeit. Sie hebt die Isolation der einzelnen auf, beinhaltet mehr Verantwortung, gewisse Möglichkeiten zur Gestaltung der eigenen Arbeitsbedingungen und fordert permanente Weiterquafifizierung. Neue kooperative Problemlösungen im Team verlangen zudem soziale Kompetenzen, in denen Frauen auf Grund ihrer Sozialisation besonders geübt sind.

Positiv läßt sich festhalten, daß für die Forderungen der Arbeitenden neue Realisierungschancen entstehen, wenn sie mit den Anforderungen des Kapital konvergieren. Indem das Produktionswissen der Arbeitenden zum notwendigen Produktionsfaktor für das Kapital wird, entstehen neue Möglichkeiten, alte Schranken kapitalistischer Produktion im Sinne einer Befreiung der Arbeit von tayloristischen Fesseln zu überwinden. Die Transformation horizontaler und vertikaler Arbeitsteilungen eröffnet Gestaltungsräume; die Erweiterung des Wissens der Arbeitenden bietet Grundlagen für neue Handlungsmöglichkeiten und fähigkeiten. Die geforderte Kooperation schafft Voraussetzungen für andere Vergesellschaftungsformen der Arbeitenden.

Doch es sind auch Kritikpunkte bezüglich der Arbeitsgestaltung zu vermerken. Daß Frauen in den Kernfabriken in Japan nicht zu finden sind, ist nicht zuletzt Resultat der Höchstanforderungen, die an die Arbeitenden gestellt sind. Die Rundum-Nutzung von »Kopf, Hand und Herz« (Ilse Lenz 1988, 203) und die Disponibilität der Arbeitskraft für alle Eventualitäten des Produktionsprozesses machen Lean Production zu einem Arbeitsmodell für Männer. Das Verlangen von Lean Production nach dem »ganzen Mann« ist nicht nur unvereinbar mit einer wünschenswerten Ausweitung seiner Beteiligung an reproduktiven Tätigkeiten, es birgt zudem die Gefahr einer Verschärfung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zu Ungunsten der Frauen. Auch wenn einer übermäßigen Ausdehnung der Arbeitszeit durch tarifvertragliche Regelungen noch Riegel

vorgeschoben sind, so besteht doch die Gefahr, daß unter dem Druck der Arbeitsmarktverhältnisse bestehende soziale Errungenschaften unterwandert werden.

Im Fazit stellen wir fest, daß in der Entwicklung der Arbeit durch Lean Production die Chance der Befreiung von tayloristischer Monotonie liegt; für Frauen sehen wir allerdings das Risiko, daß sie durch Lean Production von der Erwerbsarbeit überhaupt »befreit« werden. Das japanische Beispiel verdeutlicht die Dringlichkeit feministischer Eingriffe in der Phase der Umstrukturierung. Denn die dortige Verdrängung der Frauen aus abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen ist nicht etwa der japanischen Kultur und Tradition, sondern einem auf Kosten der Frauen geführten Arbeitskampf geschuldet (vgl. Ilse Lenz 1988).

Lean Production:

Anschlußmöglichkeiten für bessere Arbeitsverhältnisse für Frauen

Wälzt sich durch Lean Production einiges um, so bleibt zu fragen, welche Möglichkeiten die Veränderungen der Arbeitsbedingungen durch Lean Production für eine Arbeitspolitik für Frauen eröffnen.

- (1) Die breite Abkehr von technikzentrierten und tayloristischen Rationalisierungskonzepten hat neuerlich eine Debatte um die Gestaltbarkeit der Arbeit ausgelöst, in der auch die Umgestaltung taylorisierter Angelerntenbereiche diskussionsfähig geworden ist.
- (2) Der Neuzuschnitt von Aufgabenbereichen wesentlicher Bestandteil von Lean Production enthält Möglichkeiten für die inhaltliche Anreicherung von Tätigkeiten und eine dementsprechend höhere Entlohnung.
- (3) Japanische Negativerfahrungen wie der derzeitige Arbeitskräftemangel in der japanischen Autoindustrie, der mit den miserablen Arbeitsbedingungen begründet wird (Nomura, 1992, 59f.) begründen Hoffnungen auf eine humanere Version der schlanken Arbeitsorganisation in der Bundesrepublik. Zudem bieten die mit Lean Production verbundenen betrieblichen Interessen an Arbeitszufriedenheit, enge Betriebsbindung und große Einsatzbereitschaft der Arbeitenden Anknüpfungsmöglichkeiten für die Ziele humaner Arbeitsgestaltung (vgl. Moldaschl 1992).
- (4) Der durch die Einführung neuer Arbeitsformen entstehende Bedarf an neuen kompetenten »Arbeitersubjekten«, der nicht durch einen Rückgriff auf vorhandene Arbeitskräfte zu decken ist, weil weder männliche noch weibliche Arbeitskräfte die entsprechenden Kompetenzen haben, stellt neue Anforderungen an die unternehmerische Personalplanung und -entwicklung: die langfristige Entwicklung von Qualifizierungsprogrammen und Personaleinsatzkonzepten wird zur wesentlichen Aufgabe für die Unternehmen. Das neue Anforderungsprofil beinhaltet in zunehmendem Maße auch überfachliche soziale Kompetenzen, wie Kooperationsfähigkeit u.ä., über die Frauen mindestens ebenso verfügen wie Männer. Wurden bereits durch Automatisierung den Begründungsmustern für eine geschlechtsspezifische Zuweisung der Arbeit (wie z.B. körperliche Stärke) der Boden entzogen, so werden mit Lean Production neue Weisen der unternehmerischen Personalrekrutierung und -entwicklung zur Bedingung für die Umsetzung neuer Arbeitsformen.

368 Ariane Brenssell

(5) Die Verschiebung der betrieblichen Interessen wird auch alte gewerkschaftliche Besetzungsregeln nicht unberührt lassen, die bisher wesentlich zur Festschreibung von Frauen auf typischen Frauenarbeitsplätzen beigetragen haben.

Die Umbrüche und der damit verbundene Wandel betrieblicher Interessen beinhaltet also Chancen dafür, daß sich Fesseln lockern, die Frauen an unattraktive Arbeitsplätze binden. Darüber hinaus scheint uns die Offenheit der Situation – oftmals Resultat unternehmerischer Konzeptlosigkeit bei Einführung von Lean Production – Ansatzpunkte für eine Frauen-Arbeitspolitik zu bieten.

Frauen-Arbeitspolitik: Erste Überlegungen

Eine Politik der Arbeit für Frauen braucht als erstes einen langen Atem. Doch die Eingriffe müssen nicht nur langfristig, sondern auch erschreckend umfassend angegangen werden. Sie müssen sowohl die konkret betriebliche wie die gesellschaftspolitische und wissenschaftliche Ebene betreffen. Frauenförderpolitik in den Betrieben wird sich v.a. die Entwicklung spezieller Maßnahmen zur anteiligen Integration von Frauen in die neuen Arbeitsformen zur Aufgabe machen müssen. Denkbar wären hier der Ausbau und die Verbreiterung von Frauenfördermaßnahmen, wie sie beispielsweise von der Frauenförderabteilung bei VW verfolgt werden. Dort sind vor dem Hintergrund einer neuen MeisterInnenausbildung Veranstaltungen für Frauen konzipiert und durchgeführt worden, die über Ausbildungsmöglichkeiten und neue Arbeitsformen informieren, um Frauen verstärkt für zukünftige Arbeitsformen zu gewinnen. Solche Maßnahmen müßten – sollen sie erfolgreich sein – darüber hinaus verknüpft werden mit speziellen Weiterqualifizierungsmaßnahmen für Frauen, mit einer Quotierungspolitik und einer Gestaltung der Arbeit, in der die Erfordernisse der Reproduktion Berücksichtigung finden.

Ein großer Gewinn für die Entwicklung solcher Maßnahmen wäre eine feministische Arbeitswissenschaft, die Erfahrungen mit neuen Arbeitsformen geschlechtsspezifisch auswertet und ihre Einführung kritisch-feministisch begleitet. Besonders Forschungen, in denen die Arbeiterinnen als Subjekte begriffen werden, sind wichtig, damit zukünftige Formen von (Gruppen-) Arbeit nicht an den Interessen der Beschäftigten vorbei konzipiert werden. Hier sind gegenwärtig vor allem Forschungslücken zu markieren. (Bisher gibt es beispielsweise weder in den USA noch in Schweden oder Deutschland geschlechtspezifische Auswertungen der Erfahrungen mit Gruppenarbeit). Daneben wären feministische Untersuchungen der betrieblichen Politikverhältnisse, wie das Verhältnis von Gewerkschafts- und Frauenpolitik sowie das Verhältnis von Frauenförderpolitik zur Unternehmenspolitik, ein wichtiges Forschungsfeld. Untersuchungen hierzu könnten in Zusammenarbeit mit Gewerkschafterinnen und Frauenförderbeauftragten eine Unterstützung für die Entwicklung einer Politik sein, die handlungsfähig bleibt. Gerade angesichts der drohenden Verdrängung von Frauen aus dem industriellen Erwerbsbereich sind überbetriebliche und bereichsübergreifende Maßnahmen wichtig. So könnten Frauenförderbeauftragte der Unternehmen, kommunale und Landesfrauenbeauftragte, Projekte-, Gewerkschafts- und Vertrauensfrauen die Tradition der Runden Tische aufgreifen, Erfahrungen aus ihren Bereichen zusammentragen und strategische Maßnahmen beratschlagen. Schließlich wäre zu überlegen, ob Frauen in eigenen übergewerkschaftlichen Zusammenschlüssen auf Landes-, Bundes- und EG-Ebene nicht stärkeren Druck auf Gewerkschaften und Staat ausüben könnten, als durch ihre bloße Organisierung innerhalb der Gewerkschaften. Wichtig bleiben auch Debatten zum gesellschaftlichen Umgang mit Erwerbslosigkeit. Eine Kampfposition könnte etwa die Beteiligung der Betriebe an ihren Kosten sein – analog der diskutierten Ökosteuer.

Ausblick

Dem Dilemma der vergleichsweise schlechten Ausgangsposition von Frauen in den Betrieben kann nur mit einer Politik entgegengewirkt werden, die Gestaltung der Arbeitsbedingungen, Weiterqualifizierung und Beschäftigungssicherheit verknüpft und außerdem Maßnahmen zur Überwindung der geschlechtsspezifischen Arbeits(ver)teilung beinhaltet. Aulenbacher (1992) zeigt, wie wichtig es ist, bei der Gestaltung von Arbeit und Technik die ungleiche Verteilung von Produktions- und Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern zu berücksichtigen. Solange dies nicht geschieht, setzt sich hinterrücks immer wieder die Orientierung am männlichen Modell der Erwerbsarbeit durch. »Geschlechtsspezifische Arbeits- und Technikgestaltung, die den gesamten Arbeits- und Lebenszusammenhang bei der Regulierung von Erwerbsarbeit als Folie nimmt und Gestaltungsmaßnahmen kritisch bezüglich ihrer geschlechtshierarchischen Voraussetzungen und Folgen entwickelt und prüft, ... (ist) ein Konzept zur Erreichung von Normalarbeitsverhältnissen, die auf diesem Weg erst zur Normalität für beide Geschlechter werden können« (Aulenbacher 1992, 25) Eine an Fraueninteressen orientierte Arbeits- und Technikgestaltung erweitert sogleich das Politikfeld und zeigt die Reduziertheit eines Arbeitsbegriffes, der die Reproduktionsarbeit ausgrenzt. Gewerkschaftliche Politik, die sich immer noch an einem solchen engen Arbeitsbegriff ausrichtet, kann der Verdrängung von Frauen aus der Erwerbssphäre kaum entgegenwirken. Aber auch hier zeichnet sich eine Krise ab: Abnehmende Mitgliederzahlen zwingen zur Suche nach neuen gewerkschaftlichen Politikkonzepten. Es bleibt abzuwarten, ob neue Politikformen für die Berücksichtigung und Durchsetzung frauenpolitischer Inhalte eher genutzt werden können als die alten. Die Kämpfe werden härter. Die Interessenorganisationen der Arbeitenden sind in der Defensive. Lean Production ist ein Rationalisierungsmodell. Vor dem Hintergrund der Akzeptanz einer Zweidrittelgesellschaft wird es die Spaltungen zwischen den Arbeitenden verschärfen: wenige GewinnerInnen, viele VerliererInnen.

In unseren Ausführungen bezogen wir uns bisher ausschließlich auf Umbrüche in der Arbeit in den Betrieben. Unausgeleuchtet blieb die Frage, ob und wie Lean Production in die gesamte Lebensweise eingreifen wird. Berichte aus Japan legen nahe, daß diese Produktionsweise, die den »ganzen Arbeiter« erfordert, die auf Intensivierung und Verlängerung des Arbeitstages setzt, Familienleben nahezu unmöglich macht. Japanische Arbeiter leben im Betrieb. Bringt Lean Production also nicht nur die Bastionen des Taylorismus ins Wanken, sondern

370 Ariane Brenssell

gefährdet sie auch die Bastion Familie? Eine Frage, die Feministinnen weiter interessieren sollte.

Anmerkungen

- * Ich möchte allen danken, die durch Anregungen und Diskussionen zur Entstehung dieses Artikels beigetragen haben. Ganz besonderer Dank gilt meiner langjährigen Freundin.
- 1 Für die Elektroindustrie z.B. sieht das Verhältnis folgendermaßen aus: Frauen: gelernt 3,1 % angelernt 34,7 % ungelernt 62,2 %; Männer: gelernt 61,4 % angelernt 26,8 % ungelernt 11,7 % (vgl. Moldaschl 1992). Ähnlich sieht die Situation in anderen Branchen aus: Bei VW hat die große Mehrheit der Frauen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung (56,6 %) haben, eine fachfremde Ausbildung, das bedeutet für sie, in der Industrie einen Angelernten-Status zu haben.
- 2 »Die Bundesanstalt für Arbeit wies 1992 darauf hin, daß Frauen bei abnehmendem Wirtschaftswachstum eher von Kündigung betroffen sind, u.a. weil sie geringere berufliche Qualifikation besäßen.« (Harenberg 1992, 184)
- 3 So bekundeten Facharbeiterinnen in der Produktion in einer Umfrage, die 1993 in einem deutschen Automobilunternehmen durchgeführt wurde, zu knapp 90 % Interesse an einer beruflichen Weiterqualifizierung (unveröffentl. Studie).
- 4 Opel eröffnete im letzten Jahr eine erste »schlanke Fabrik«; Ferdinand Piech, Vorstandsvorsitzender Konzern VW, sprach auf der Bilanzpressekonferenz in der letzten Märzwoche 1993 von einer flächendeckenden Einführung neuer Arbeitsstrukturen.
- 5 Eine sich andeutender Trend ist die Bestimmung des Qualifizierungsbedarfs durch die Arbeitenden selbst (vgl. Haase, 1992, 180). Die Vorstellung, daß Arbeitende ihre Qualifizierungsprogramme selbst zusammenstellen und unternehmerische Personalentwicklung als Dienstleistung nutzen können, eröffnet ganz neue Möglichkeiten für Selbstgestaltung und Mitgestaltung von Weiterbildungskonzepten, etwa Weiterbildung von und für Frauen.

Literaturverzeichnis

Aulenbacher, Brigitte, 1992: Arbeits- und Technikgestaltung als Möglichkeit für eine Neuverteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern. In: DGB-Bildungswerk (Hrsg.), Gestaltung von Arbeit und Technik – nichts für Frauen? Düsseldorf, 17ff.

Haase, Peter, 1992: Lean Production und Qualifikation – welche bildungspolitischen Konsequenzen drängen sich auf? In: Hans- Böckler-Stiftung/Industriegewerkschaft (Hrsg.): Lean Production – Kern einer neuen Unternehmenskultur und einer innovativen und sozialen Arbeitsorganisation. Baden-Baden, 178ff.

Harenberg Lexikon Verlag, 1992: Aktuell '93. Das Lexikon der Gegenwart. Dortmund

Klemm, Klaus,1990: Bildungspolitik: Bildung 2000 – Unterschiedliche Perspektiven im Streit. In: Sarcinelli, U. (Hrsg.): Demokratische Streitkultur. Bonn

Krüger, Helga, 1988: Qualifizierungsoffensive - Chance für Frauen? In: Argument 167, 65ff.

Kurz-Scherf, Ingrid,1992: Nur noch Utopien sind realistisch – Feministische Perspektiven in Deutschland. Bonn

Lenz, Ilse, 1988: Geschlechtlich gespaltener Arbeitsmarkt und Perspektiven der mikroelektronischen Rationalisierung: Aspekte der japanischen Entwicklung. Münster

Moldaschl, Manfred, 1992: Frauenarbeit als Bastion des Taylorismus – keine Chancen für Qualifizierungsoffensiven in der Montage. Beitrag zur internationalen Eurotecnet-Konferenz »Arbeitsorientierte Weiterbildung in kleineren und mittleren Unternehmen«, 19.-21.10.1992, Oberhof.

Osawa, Mari, 1992: Corporate-Centered Society and Women's Labor in Japan Today. (Ms.) Tokyo Parker, Mike, und Jane Slaughter, 1988: Choosing Sides: Unions and the Team Concept. Boston Schoor, Juliet, 1991: The overworked American. The Unexpected Decline of Leisure. New York Schunter-Kleemann, Susanne (Hrsg.), 1992: Herrenhaus Europa – Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat. Berlin

Womack, James, Jones, Daniel und Daniel Roos, 1991: Die zweite Revolution in der Autoindustrie. Konsequenzen aus der weltweiten Studie des Massachusetts Institute of Technology. Frankfurt/M.

Siemens-Arbeiterinnen streiten um Selbstbestimmung

Ein bißchen Hintergrund: Werk, Produkt, ProduzentInnen

Das Siemens-Werk in Witten ist 1970 gegründet worden. Es wurden damals private Telefonnebenstellenanlagen hergestellt. Seitdem hat das Produkt Namen, Aussehen und Eigenschaften verändert. Wir produzieren jetzt ISDN-fähige Telekommunikationssysteme, mit denen man beileibe nicht nur telefonieren kann. In den letzten zehn Jahren hat sich der Produktions-Ausstoß vervierfacht, aber die Zahl der in der Produktion Beschäftigten – sowohl der Frauen als auch der Männer – halbiert. Diese deprimierende Bilanz ist zum Teil durch die Entwicklung der Mikroelektronik, d.h. durch die fortschreitende Integration der Bauelemente (Chips usw.) möglich geworden, zum anderen Teil durch die Entwicklung der Produktionstechnik: automatische Bestückung der Leiterplatten, automatisches Lager, SMD-Technik u.a. Ein solcher Rationalisierungssprung, nämlich die Einführung einer verketteten, rechnergesteuerten, hochautomatisierten Produktionslinie, war der Ausgangspunkt für das im folgenden beschriebene Projekt.

Die Halbierung der Belegschaft ist der Werksleitung gelungen durch Abfindungsaktionen und - wie es so schön heißt - »Nicht-Ersatz der natürlichen Fluktuation«. Dennoch ist – wie bei einer so drastischen Entwicklung nicht anders zu erwarten – die Angst um die Arbeitsplätze bei den ArbeiterInnen stets gegenwärtig. Im Werk arbeiten zur Zeit 830 ArbeiterInnen, 540 Angestellte und 103 Azubis. Der Frauenanteil im Werk liegt bei 49 Prozent, in der Produktion bei 58 Prozent. Der Anteil an ausländischen ArbeiterInnen macht nur noch 12 Prozent aus. Bei den Angestellten bilden die IngenieurInnen den größten Teil, wobei man allerdings die Ingenieurinnen an einer Hand abzählen kann. Parallel dazu ist in der Fertigung der Facharbeiterbereich (Prüfen der Baugruppen bzw. Anlagen) immer noch eindeutig männlich dominiert (12 % Frauen), ebenso gibt es fast ausschließlich männliche Vorgesetzte, während der Anteil von Männern bei den Anlerntätigkeiten relativ gering ist. Bei den Frauen ist es gerade andersherum: die meisten verrichten, obwohl fast alle einen Beruf gelernt haben, bei Siemens Montagearbeiten, traditionell im Einzelakkord, in den letzten Jahren immer mehr auch im Zeitlohn. Fließbänder gibt es nicht.

Betriebsrat, IG Metall und »aggressive Weiber«

Nach jahrelangem Kampf gegen die reaktionäre und frauenverachtende Betriebsratspolitik kandidierte 1981 bei Siemens in Witten eine Gruppe von oppositionellen Frauen auf einer eigenen Liste zur Betriebsratswahl. Die Liste bestand aus sechs Frauen – alle Akkordarbeiterinnen in den Lohngruppen 2 und 3 – und einem Mann, einem Facharbeiter, der schon vorher gewerkschaftlicher Vertrauensmann gewesen war, und insofern die einzige Verbindung zu den traditionellen, männlichen Strukturen betrieblicher Vertretung darstellte. Unsere »Belegschaftsliste« bekam gegen die IG Metall-Liste und drei weitere Listen die Mehrheit der Stimmen

372 Annette Schnoor

und neun Sitze im 19köpfigen Betriebsrat. D.h. alle KandidatInnen waren jetzt im Betriebsrat, und wir mußten sogar mangels weiterer KandidatInnen zwei Plätze an die IGM-Liste abgeben. Im Betriebsrat stürzten wir uns als erstes auf die Lohnkommission, denn Politik von Frauen für Frauen bedeutete damals einerseits, gegen niedrige Lohngruppen und schlechte Akkordzeiten zu kämpfen und andererseits mit den Kolleginnen zusammen gegen die unverschämte, verächtliche Behandlung durch die männlichen Vorgesetzten anzugehen. Da die Situation der Frauen zu verändern unsere Motivation für den Betriebsrat war, die Frauen unsere Wählerinnen waren und wir uns ihnen verantwortlich fühlten, wir im Betriebsrat mit dem Rücken zur Wand standen und ständig die Unterstützung der Kolleginnen im Betrieb brauchten, haben wir täglich und bei allen Problemen (Entlassungen, Überstunden, Arbeitszeit) frauenspezifische Politik gemacht – teilweise auch sehr bewußt in Konfrontation zu den Interessen der männlichen Facharbeiter.

Bei der nächsten Betriebsratswahl 1984 konnten wir die oppositionelle Liste erweitern und unsere Mehrheit ausbauen. Das war eine Machtverschiebung zugunsten der Frauen: Von da an hatten wir eine Frau als Vorsitzende, zwei von drei freigestellten BetriebsrätInnen waren Frauen, der geschäftsführende Ausschuß bestand mehrheitlich aus Frauen. Im Laufe dieses Kampfes und infolge des Sieges sind viele Kolleginnen aktiv geworden, haben sich u.a. zu Vertrauensfrauen wählen lassen, so daß sich der gewerkschaftliche Vertrauenskörper, sowohl was die Menschen als auch die Mehrheitsverhältnisse betraf, völlig veränderte, in seiner Geschlechterzusammensetzung zum ersten Mal der Belegschaft entsprach, und auch hier die Leitung mehrheitlich aus Frauen bestand. Die örtliche IG Metall arrangierte sich letztendlich mit den Fakten.

Mit der Normalität der Verhältnisse sank der Elan und es wurde immer deutlicher, wie labil eine solche Machtverschiebung ist. Die Kolleginnen fanden ihre Interessen betrieblich zufriedenstellend vertreten und ihre Bereitschaft, Freizeit zu opfern und Familienkonflikte für die Gewerkschaftsarbeit in Kauf zu nehmen. nahm kontinuierlich ab. Daß der örtliche Gewerkschaftssekretär die Kolleginnen nur annervte, inhaltlich und in seiner Haltung zu Frauen, und im ständigen Kleinkrieg jede Aktivität zu verhindern suchte, kam erschwerend hinzu. Die Frauen im Betriebsrat kämpften mit dem täglichen Streß, der reinen Verwaltung von Belegschaftsinteressen, die das Betriebsverfassungsgesetz erfordert, dem Zwang, jeden Konflikt juristisch auszutragen und dem damit für Frauen verbundenen Druck, bei jedem Arbeitsrichter, Einigungsstellenvorsitzenden, Beisitzer, Berater erneut um Anerkennung zu kämpfen. Die fünf Frauen, die das Projekt »Gruppenarbeit und Prämienlohn« initiiert und betrieben haben, sind seit 1981 sicher selbstbewußter, sachverständiger und feministischer geworden, aber sie unterliegen auch einem erheblich höheren Anpassungsdruck. Bei der Arbeit an dem Projekt haben wir alle Fünf, wenn auch sicher in unterschiedlichem Maß, feststellen müssen, daß die Betriebsratstätigkeit unsere Fähigkeit, nicht nur Kolleginnen zu mobilisieren, sondern sich wirklich auf Diskussionsprozesse einzulassen, eher verschüttet; daß wir uns bewußt darum bemühen mußten, die Fähigkeiten zu bewahren, die uns das Vertrauen der Frauen und das Mißtrauen der Gewerkschaftsfunktionäre gesichert hatten.

Trotz der Normalität sind »die aggressiven Weiber von Siemens« in den örtlichen gewerkschaftlichen Gremien nicht »gesellschaftsfähig« geworden. Die in Witten in besonderem Maße von männlichen Stahlarbeitern beherrschte IGM-Vertreterversammlung begegnet uns mit Ablehnung und teilweise mit offenem Haß. Selbst in einem so einflußlosen Gremium wie dem örtlichen Frauenausschuß waren wir jahrelang nicht vertreten, obwohl Siemens der größte Frauenbetrieb am Ort ist. So haben wir fast alles, was wir gemacht haben, ohne bzw. gegen den Rat der IGM-Vertreter gemacht. Daß das auch für das Projekt »Gruppenarbeit und Prämienlohn« gilt, ist sicherlich angesichts der gewerkschaftspolitischen Bedeutung der Sache ein besonderer Skandal. Wir haben uns um Beratung bemüht, und der Anfang war auch sehr vielversprechend. Aber der Kollege, der uns anfangs beraten hat – er ist mittlerweile in der Tarifabteilung beim Vorstand der IGM in Frankfurt/M. - war mit der Entscheidung des Betriebsrats, die Einrichtung der neuen Produktionslinie als Betriebsänderung im Sinne des § 111 Betriebsverfassungsgesetz zu behandeln, nicht einverstanden. Wir haben gewagt, das Problem der drohenden Wechselschicht an erste Stelle zu setzen, weil es den Kolleginnen am wichtigsten war und nicht den neuen Prämienlohn, der für die Tarifabteilung der IG Metall von erster Priorität gewesen ist. Weil wir nicht »gehorcht« haben, hat er »zur Strafe« die Beratung nicht weitergeführt. Bei so viel basisdemokratischen Flausen, so viel (weiblichem) Mangel an Professionalität, (weiblichen) Mangel an Organisationsverständnis und Disziplin, da wendet sich der Funktionär »natürlich« mit Grausen ab – selbst wenn er sich im allgemeinen als »fortschrittlich« versteht.

Der Verlauf der Auseinandersetzung um die neue Produktlinie

Anfang 1987 bekam der Betriebsrat die erste detaillierte Information darüber, daß die neuen Kommunikationssysteme in verketteten, rechnergesteuerten Linien in Schichtarbeit gefertigt werden sollten (bis dahin erfolgte die Fertigung zu 90 % im Einschichtbetrieb). Als erstes sollte die Fertigungslinie für kleine Anlagen verwirklicht werden. Da die Werksleitung zwar die rein technische Planung vorstellte, sich jedoch bezüglich der Personalplanung (Anzahl der Leute, geplante Lohngruppen etc.) und der Art der Fertigungssteuerung (CIM-Projekt) in Schweigen hüllte, ging der Betriebsrat Anfang 1988 vor das Arbeitsgericht. um die Werksleitung zum Nachkommen ihrer Informationspflicht zu zwingen. Das Ergebnis war mies: Die Werksleitung war danach verpflichtet, ihre Entlohnungsabsichten vorzustellen und dem Betriebsrat Einsicht in technische Unterlagen zu geben. Zu dieser Zeit, als wir uns durch die Pflichtenhefte guälten, die so detailliert und kompliziert waren, daß nicht einmal unsere technische Berater viel damit anfangen konnten, war die Linie und das Steuerungsprogramm in Wirklichkeit schon bestellt, d.h. Einflußnahme auf die technische Gestaltung schon unmöglich. Wir sahen in dem bis 1992 insgesamt mit 65 Millionen DM veranschlagten Konzept große Gefahren für die Belegschaft: Rationalisierung mit Belegschaftsabbau; Schichtarbeit (für viele Frauen einfach unmöglich); Überwachung (Leistungskontrolle und -verdichtung durch die EDV); Lohneinbußen durch Einstufung in niedrigere Lohngruppen und Einführung großer

374 Annette Schnoor

Zeitlohnbereiche; Verarmung der Arbeit, sowohl was die körperliche bzw. sinnesbelastende Einseitigkeit und Monotonie angeht als auch den Verlust von Freiräumen (durch Bandgebundenheit) und den Verlust an sozialen und kommunikativen Zusammenhängen (durch ausgedünntes Band, Rechnersteuerung statt persönlicher Absprachen usw.).

Darüber, welche Forderungen wir dagegen aufstellen, welches Konzept wir dem entgegensetzen, hat es unter uns Frauen im Betriebsrat heftige Auseinandersetzungen gegeben. Beteiligung, Gestaltung, Professionalisierung der Betriebsratstätigkeit, Co-Management - das sind in etwa die Schlagworte, die die industriesoziologische und immer mehr auch die gewerkschaftliche Diskussion bestimmen. Wir waren spontan gegen den Geist, der diesbezügliche Aufsätze durchweht. Sollen wir uns etwa an der Rationalisierung beteiligen? Oder sollen wir uns trotz Rationalisierung beteiligen, um wenigstens die Arbeitsbedingungen zu verbessern? Gibt es vielleicht auch eine Beteiligung gegen Rationalisierung? Wir diskutierten hin und her, wir stritten und drehten uns im Kreis. Wir konnten den KollegInnen weder diese Diskussion noch die fieberhafte interne Tätigkeit des Betriebsrats noch auch nur den Umfang der ins Haus stehenden Veränderung vermitteln. Aber eins war klar: Die Werksleitung plante für die neue Abteilung Wechselschicht. Die KollegInnen kämpften während der ganzen Zeit einhellig und solidarisch (nicht nur in der betroffenen Abteilung, sondern im ganzen Werk) gegen diese Gefahr, die besonders für die Frauen am bedrohlichsten war. Der Betriebsrat legte nach einer pragmatischen Einigung – ohne daß die Widersprüche ausgeräumt waren – zwei Entwürfe für neue Betriebsvereinbarungen vor. Eine Rahmenvereinbarung für technische Änderungen (Beteiligungsregelung, Ablehnung von Schichtarbeit, »Rationalisierungsschutz«, Qualifizierungsprogramm) und einen Vorschlag für eine Prämienentlohnung auf der Basis von Gruppenarbeit. Die Werksleitung war im Grunde nicht bereit, über diese Vereinbarungsentwürfe zu verhandeln. Nachdem der Betriebsrat monatelang hingehalten wurde, ließen wir im September - als schon die Produktion in der neuen Produktionslinie anlief - vom Arbeitsgericht eine Einigungsstelle einsetzen.

Wir wollten aus taktischen und politischen Gründen, daß die Errichtung der neuen Produktlinie als Betriebsänderung anerkannt wird, welche einen Interessenausgleich erfordert. Einmal, um alle unsere Forderungen als Paket verhandeln zu können und zum anderen, weil das die einzige Möglichkeit ist, mit dem bestehenden Betriebsverfassungsgesetz Einfluß auf grundlegende technische Änderungen zu nehmen. Wir haben unser Ziel auch erreicht, aber mit großen Anstrengungen – u.a. weil wir uns sozusagen im letzten Moment neue, nichtgewerkschaftliche Experten als Beisitzer suchen mußten. Denn unser Lohn-Berater von der IG Metall ließ uns wie gesagt im Stich, weil er unser Vorgehen nicht richtig fand, und unser Technik-Berater vom DGB durfte nicht weitermachen, weil die IG Metall nicht präsent war. Und weil die IG Metall nicht in der Einigungsstelle war, hat sie mit diesem wichtigen Einigungsstellenspruch auch bis jetzt keine Politik gemacht.

Zu sagen bleibt noch, daß wir den Kampf gegen die Wechselschicht mit Hilfe der IG Metall schon vor dieser Einigungsstelle verloren. Ohnehin fanden unsere überbetrieblichen Funktionäre das Theater, das wir um »die ganz normale

Wechselschicht« machten, albern. Vor dem Hintergrund der Einigungsstelle, die in dem von der Werksleitung konzipierten Projekt (CIM-Konzept, Änderung der Technik und erhebliche Investition) tatsächlich eine Betriebsänderung sah und z.B. einen Sozialplan für die Abfederung der Lohnverluste in der neuen Linie machte, kam die Werksleitung unter Zugzwang und begann mit uns die Prämienlohnverhandlungen.

Entwicklung der Prämienlohn- und Gruppenarbeitsvereinbarung

Unsere Gruppenarbeitsidee war aus der Defensive entstanden – als Mittel gegen Lohn- und Kommunikationsverluste, gegen noch einseitigere Belastung und totale Kontrolle und gegen die Verschlechterung des Status quo. Nach der Wechselschichtniederlage waren alle sehr deprimiert. Andererseits stand die Linie inzwischen, und die Befürchtungen, die wir vorher nicht vermitteln konnten, erwiesen sich als gerechtfertigt. Natürlich nicht für alle im gleichen Maße: Lohn- und Kommunikationsverlust betraf hauptsächlich die Frauen an den Bestückautomaten, die dort an einer langen Automatenstrecke im Zeitlohn arbeiten sollten. Soweit sie aus Akkordbereichen kamen, hatten sie schwarz auf weiß, daß sie bis zu 5 DM in der Stunde verlieren würden. Sie waren ohnehin für Prämienlohn, egal wie. Die Bestückerinnen dagegen, von denen einige im Einzelakkord mehr verdienten als sie durch einen Prämienlohn (auch bei drei Lohngruppen höherer Eingruppierung) erreichen konnten, waren sehr gespalten. Sie hatten auch am meisten Vorbehalte gegen die Gruppenarbeit, die sie als Gruppenakkord verstanden: »Da machen wir uns doch nur gegenseitig fertig und die Einrichter (bei Siemens gleich: Vorarbeiter) sind fein raus.«

Die Idee, daß es darum gegen könnte, bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen, als wir sie bisher hatten, gewann nur sehr langsam an Boden. Einen gewissen Durchbruch brachte ein Wochenende, das wir mit Vertrauensfrauen und anderen Kolleginnen organisierten, um unsere Vorstellungen über die Gruppenarbeit zu konkretisieren. An diesem Wochenende schafften wir den schweren Sprung aus der Defensive: Gut, wir sind immer gegen Verschlechterung, aber ist es nicht auch so schon schlecht genug? Wir schrieben auf ein großes Papier, welche Wünsche jede einzelne von uns an die Arbeit hat, jede Vorstellung, wie es besser sein könnte. Utopieverdächtig war leider nichts von dem, was dabei raus kam. Es war sehr mühsam, überhaupt Wünsche zu formulieren, weil ständig von allen mitreflektiert wurde, daß sich das auch gegen uns wenden kann, daß wir damit Siemens nutzen usw. Das Hauptergebnis war, daß die ständige Gängelei durch die Einrichter, all die unsinnigen Anweisungen, die uns das Leben sauer machen, ja, daß die Vorarbeiter abgeschafft werden müßten, damit wir selbständiger und zufriedener arbeiten können.

Mit dieser Idee zogen wir in die Linie. Sie erwies sich als der eigentliche Motor bei den folgenden Auseinandersetzungen. Nicht, daß die Frauen die Abschaffung der Einrichter für sehr wahrscheinlich gehalten hätten, aber die Vorstellung, daß eine Chance besteht, die Macht dieser selbstgerechten Typen zu beschneiden, Kontrolle und Demütigung loszuwerden und die gegenseitige Bestätigung, daß frau tatsächlich in der Lage ist, zusammen mit anderen in der

376 Annette Schnoor

Gruppe ihre Arbeit selbst zu organisieren, brachte das Selbstbewußtsein und die Streitlust hervor, die notwendig waren. Das änderte sich auch nicht dadurch, daß bald klar war, daß die Werksleitung nicht völlig auf die Einrichter verzichten würde, weil ihr das »Risiko« zu groß sei, d.h. weil sie sich eigene Informations- und Zugriffsstrukturen in bezug auf den Produktionsablauf erhalten wollte. Im Gegenteil: Die Haltung der Einrichter zu dem Prämienlohnprojekt war für die Frauen eine solche Provokation, daß sie umgehend eine Auseinandersetzung begannen, die sie dann monatelang und letztlich erfolgreich führen sollten. Die Einrichter waren nämlich strikt gegen das Projekt, und zwar mit der Begründung: Die Frauen können das doch gar nicht. Wenn sie ständig die Arbeitsplätze wechseln, kommt nur noch Mist raus, und wenn sie die Arbeit noch selbst einteilen, kann man den Laden hier gleich dicht machen.

Wir hatten gedacht, daß wir diesen Widerstand dadurch unterlaufen könnten, daß wir die Einrichter in die Prämie einbeziehen, sie also mehr Geld verdienen. Aber die Mehrheit wurde dadurch nicht überzeugt. Wie klein die Macht eines Einrichters auch ist, sie war ihnen mehr wert als ein höherer Verdienst. Sie haben sich inzwischen geändert, nicht auf Grund der Vereinbarung, sondern weil die Frauen sich diese Macht nicht mehr haben bieten lassen. Ähnlich, wenn auch nicht so offen, argumentierte ein Teil der Facharbeiter, während die (wenigen) Facharbeiterinnen das Projekt befürworteten. Die Anlagen im Prämienlohn zu prüfen, schien den Männern – obwohl sie bis zu 5 DM pro Stunde mehr verdienen sollten - eine Wertminderung ihrer Arbeit zu sein: »Das paßt für die Frauen, aber nicht für uns.« (Weil »Frauenarbeit« ja grundsätzlich geistlose Arbeit ist.) Sie hatten tausend Bedenken, machten aber im Gegensatz zu den Frauen kaum einen konkreten Änderungsvorschlag. Natürlich gab es auch bei den Frauen noch Vorbehalte und (durchaus auch berechtigte) Befürchtungen. Wir haben in der folgenden Zeit alle Punkte der Vereinbarung mit den Frauen durchgesprochen, nach jeder Verhandlung haben wir Vertreterinnen aller Gruppen zusammengerufen, um zu berichten, einzelne auch mit in die Verhandlung genommen. So haben wir alle Einwände nach und nach durch Regelungen abgearbeitet, und man kann sagen, daß alle Änderungen und Konkretisierungen, die im Laufe der Zeit an der Vereinbarung vorgenommen wurden, auf Vorschläge der Frauen zurückgehen. Durchsetzen konnten wir:

- daß der Prämienlohn nicht an die Leistung der Arbeitsgruppen gebunden wird, sondern an das Ergebnis der gesamten Produktlinie, um den Gruppendruck auf einzelne gering zu halten, und Konkurrenzen zwischen den Gruppen und Schichten möglichst zu vermeiden,
- daß keine Lohngruppendifferenzierung mehr stattfindet, sondern alle angelernten Frauen die gleiche (hohe) Lohngruppe haben, wenn sie alle Arbeiten in ihrer Gruppe machen,
- daß trotz heftiger Intervention des Meisters auch Ausländerinnen, Schwerbehinderte oder etwas langsamere Kolleginnen, kurz alle, die es wollten, die verschiedenen Arbeiten lernen und die Lohngruppe erreichen konnten (und es wollten alle).
- daß schwangere Frauen und Kolleginnen, die angelernt werden, nur die halbe Leistung bringen müssen, ohne daß sich das Prämienergebnis dadurch verringert,

 daß es eine zufriedenstellende Prämientabelle gibt, bei der die Obergrenze von 140 Prozent ohne Überanstrengung zu erreichen ist und bisher auch immer erreicht wird.

Nicht durchsetzen konnten wir.

- daß eine zeitliche und inhaltliche Festlegung von zusätzlichen Schulungsmaßnahmen in die Prämienvereinbarung kommt,
- daß damit im Zusammenhang mehr dispositive T\u00e4tigkeiten und bei der Maschinengruppe kleinere Reparaturen in die Gruppe hineinverlegt wurden,
- daß es parallel zu den Werkstattgruppenleitern ausgewiesene Informationsund Beratungsstrukturen für die GruppensprecherInnen gibt.

Am Ende des einjährigen (!) Diskussions- und Verhandlungsprozesses organisierte der Betriebsrat in der Produktlinie eine geheime Abstimmung darüber, ob die Vereinbarung unterschrieben werden soll. Bei den Frauen in der Fertigung gab es so gut wie keine Nein-Stimme. Im Prüfbereich war immer noch eine Minderheit gegen die Vereinbarung. Im folgenden werden wesentliche Punkte der Betriebsvereinbarung, die im Januar 1990 unterschrieben wurde, kurz dargestellt:

- (a) Die Prämie ist eine ausbringungsbezogene Prämie, die sich auf das gesamte Fertigungsergebnis bezieht: Eine festgelegte Personenzahl erbringt ein bestimmtes Quantum an Leiterplatten bzw. Anlagen und erhält dann 140 Prozent der jeweiligen Lohngruppe. Dadurch wird eine EDV-mäßige Erfassung und Kontrolle der einzelnen Leistung hinfällig.
- (b) Die Gesamtzahl der in der Linie Beschäftigten wird in fünf Gruppen aufgeteilt. Es wurde darauf geachtet, daß zwischen den fünf bis zehn verschiedenen Arbeiten in den einzelnen Arbeitsgruppen ein Zusammenhang besteht, daß sie überschaubar und bewältigbar sind, daß verschiedene Tätigkeitsarten (Prüfen, Montieren, Bestücken, Löten) sich mit verschiedenen Belastungen (Sehen, Handeln, Stehen, Sitzen usw.) abwechseln. (Hinzuweisen ist darauf, daß es gleiche Arbeiten in der übrigen Fertigung als Einzeltätigkeiten gibt und dort in der Lohngruppe 03, manche auch in den Lohngruppen 02 oder 04 entlohnt werden.
- (c) Die Gruppen erhalten erweiterte Verantwortung. Sie organisieren den Wechsel der Tätigkeiten selbst und erhalten die Möglichkeit zu Gruppenbesprechungen.
- (d) Es gelten folgende Lohngruppen für die Beherrschung aller Arbeiten in einer Gruppe: Für die angelernten Arbeiten (überwiegend Frauen) die Lohngruppe 06 im Montagebereich bzw. die Lohngruppe 07 im Systemprüfbereich, für die FacharbeiterInnen (überwiegend Männer) die Lohngruppe 10. Wer nur 60 Prozent der Arbeiten beherrscht, wird jeweils eine Lohngruppe niedriger eingestuft. Es gibt keinen Zwang, alle Arbeiten zu machen (140 % LG 06=20,80 DM, 140 % LG 05=20,13 DM).
- (e) Die Organisierung der Qualifizierung für verschiedene Arbeiten liegt in den Gruppen. Die KollegInnen haben Qualifikationskarten, auf denen die Qualifikation und der Erhalt der Qualifizierung (in einem halbem Jahr muß jeder Arbeitsplatz eine Woche belegt worden sein) vom Vorgesetzten bestätigt werden muß.
- (f) Die Einrichter wurden zu Werkstattgruppenleitern gemacht und haben vor allem eine auf die Arbeit bezogene statt einer disziplinarischen Funktion.

378 Annette Schnoor

Wie sehen die Frauen die Gruppenarbeit heute?

In der Produktlinie arbeiten jetzt 83 Frauen (64 %) und 46 Männer. Eine Frau arbeitet in Lohngruppe 05, weil sie nicht mehr alle Arbeiten ihrer Gruppe machen wollte, sechs arbeiten in den Lohngruppen 09 und 10 (Facharbeiterlohngruppen) und der Rest (92 %) ist in den Lohngruppen 06 und 07.

Insgesamt wird das Ergebnis der gemeinsamen Anstrengung heute von allen Frauen positiv eingeschätzt. Die Arbeitszufriedenheit ist gestiegen, der Krankenstand in dieser Abteilung liegt um zwei bis drei Prozent unter dem Durchschnitt. Das hat einerseits mit der Vermeidung von einseitiger Belastung durch den Arbeitsplatzwechsel zu tun, zum anderen sicher auch damit, daß die Frauen sich wohler fühlen, weil sie selbständiger und angstfreier arbeiten können. Dabei wird die Gruppe offenbar nur selten als neuer Druck empfunden. Die Gruppen haben bezüglich des Inhalts und Umfangs der Arbeit wenig Eigenverantwortung, weil sie einmal keinen Einfluß auf die Vorgaben der Fertigungssteuerung haben und zum anderen neben den Gruppen die Hierarchie weiterfunktioniert. Zu Arbeitsbesprechungen z.B. holt der Meister nach wie vor die Werkstattgruppenleiter, nicht die GruppensprecherInnen. Andererseits werden die Werkstattgruppenleiter nach wie vor nicht zu den Gruppenbesprechungen zugelassen, d.h. sie können auf die internen Prozesse wenig Einfluß nehmen. Eine Kontrolle von einzelnen durch Vorgesetzte findet daher kaum noch statt.

Die Gruppen haben sich sehr unterschiedlich entwickelt, da ihr Regulationsumfang, abgesehen von der Arbeitseinteilung und der Organisierung des Qualifikationserhalts in der Betriebsvereinbarung bewußt nicht festgelegt wurde. So gibt es eine Gruppe, die ihre Gruppenbesprechungen auf genau diese Punkte beschränkt, während andere versuchen, alle möglichen arbeitsbezogenen Probleme in die Gruppenbesprechung einzubeziehen. Dementsprechend ist auch die Funktion der Gruppensprecherin von unterschiedlicher Bedeutung. Allgemein ist von den Gruppen abgelehnt worden, sehr konfliktträchtige Entscheidungen, wie z.B. die Urlaubsplanung zu übernehmen, weil die Frauen es vorzogen, solche Konflikte gegen die Vorgesetzten durchzufechten, statt direkt gegen die Kolleginnen. Am besten funktioniert inzwischen die Gruppe, die nur aus angelernten Frauen besteht, obwohl sie am Anfang die meisten Schwierigkeiten mit dem »Cliquenwesen« hatte. Das ist nicht abwertend gemeint, denn solche »Cliquen« haben für Arbeiterinnen eine große Bedeutung. Die Frauen wissen voneinander, welche Schwierigkeiten sie in ihren Beziehungen, mit den Kindern usw. haben. Es ist normal, daß Frauen, die völlig fertig zur Arbeit kommen, von den Kolleginnen wieder aufgebaut und für den nächsten Streit zu Hause gerüstet werden. Die Frauen scheinen inzwischen einen Weg gefunden zu haben, daß diese Kleingruppen den Zusammenhang der Arbeitsgruppe nicht sprengen bzw. unterlaufen. Aber auch aus den anderen Gruppen wird berichtet, daß die Zusammenarbeit zwischen angelernten Frauen und Facharbeitern solidarischer geworden ist, daß es einen Abbau von Statusunterschieden und gegenseitige Hilfeleistung gibt.

Insgesamt gibt es eine Dynamik zu mehr Autonomie, wenn auch die Aufgabenanreicherung mehr im Bereich des informellen Handelns stattfindet,

indem z.B. selbständig in Prozesse eingegriffen wird, um Störungen zu beheben u.ä. Eine Kollegin z.B., die durchaus Vorteile im Einzelakkord sieht, »weil man da seine Arbeit selbst einteilen kann«, möchte trotzdem nie mehr im Akkord arbeiten, denn »da hat man nur getan, was einem gesagt wurde. Jetzt probiert man doch schon mal alleine was aus, auch wenn es nicht sofort funktioniert.« Allerdings ist die Selbständigkeit nicht bei allen gleich entwickelt. Eine Frau erzählt: »Es gibt auch welche, die bleiben einfach auf ihrem Platz hocken, auch wenn sie keine Arbeit haben. Die sehen einfach nicht, daß sich bei anderen die Arbeit stapelt und daß sie denen mal helfen könnten. Die denken weiter wie im Einzelakkord. Das haben sie 20 Jahre gemacht und das kriegst du bei denen auch nicht mehr raus.«

Übereinstimmung besteht darüber, daß die Gruppenarbeit ein neues Selbstbewußtsein hervorgebracht hat, nicht nur bei den Frauen, die sowieso immer vorne weg sind, sondern auch bei denjenigen, die sich selten in Diskussionen einmischen und auch von uns oft übersehen werden. Sicherlich waren die Frauen hier im Betrieb auch bisher relativ selbstbewußt, was ja schon aus dem anfangs geschilderten Kampf um den Betriebsrat hervorgeht. Dieses Selbstbewußtsein hat sich in jahrelangen Kämpfen gegen die frauenfeindliche Eingruppierung entwickelt, in Abgrenzung zur herrschenden - von den Vorgesetzten auch immer wieder verkündeten – Meinung, daß unsere Arbeit (Lohngruppe 02 und 03) minderwertig ist und wir deshalb auch dumm und minderwertig sind. Das neue Selbstwertgefühl der Frauen in der Produktlinie beruht hingegen auf der Anerkennung (durch die Lohngruppe 06) ihrer Arbeitsleistung und ihres Arbeitswissens. Dieses Selbstbewußtsein hat auch dazu geführt, daß das Interesse der Frauen an weiterer Qualifizierung gestiegen ist, daß sie sich eine Weiterbildung zutrauen. Und das bezieht sich nicht nur auf Qualifizierungsmaßnahmen für den jetzigen Arbeitsbereich, sondern erstaunlich viele haben den Wunsch nach einer Facharbeiterinnenausbildung geäußert, einer Ausbildung, die auch außerhalb von Siemens anerkannt ist – auch wenn frau einen Arbeitsplatzwechsel erst mal gar nicht vor hat. Inwiefern sich dieses Selbstbewußtsein der Frauen auch außerhalb des Betriebes auswirkt, ist so unmittelbar nicht nachzuvollziehen, ich gehe aber davon aus, daß es auf längere Sicht einen großen Einfluß auf ihre Lebensgestaltung hat.

Schlußbemerkung

Inzwischen hat sich erwiesen, daß die Werksleitung ihre Zustimmung zu diesem Modell wirklich nur auf dem Hintergrund der Einigungsstelle und der durch die Wechselschicht aufgebrachten Belegschaft gegeben hat. Eine Ausdehnung auf andere (in der Struktur sehr ähnliche Abteilungen) ist nicht gelungen und auch nicht mehr wahrscheinlich. Es gibt zwar in einer anderen Abteilung ein »Pilotprojekt« für Gruppenarbeit im Zusammenhang mit den »lean production«-Plänen, aber die Vorgabe für das Projektteam ist ausschließlich die bessere Maschinenauslastung, d.h. Maschinenbetreuer an den Bestückautomaten sollen Instandhaltungsaufgaben mitübernehmen. Der Prämienlohn soll sich nur auf diese Gruppe beziehen und wird eng, sozusagen Refa-mäßig an die Gruppenleistung gebunden.

380 Annette Schnoor

Sicher werden durch Intervention des Betriebsrats ein paar Brocken für die dort arbeitenden Frauen abfallen, aber Pilotfunktion hat dieses Projekt höchstens für andere Maschinenbereiche und nicht für die Montagebereiche, in denen die Frauen hauptsächlich arbeiten. Insofern ist der Versuch der Werksleitung abzusehen, beim nächsten Produktwechsel in ein oder zwei Jahren die Vereinbarung in der Produktlinie zu kippen. Auf den Widerstand der dort arbeitenden Frauen kann frau rechnen. Der Ausgang ist offen.

Anhang

Lohngruppenverteilung 1992

Lohngruppen	Frauen	Männer
02/03/04	252	0
05/06/07	193	73
08/09/10 (Facharbeiterlohngruppe)	37	250
11 (Facharbeiter, Einrichter)	0	37

Entwicklung der Frauen – Lohngruppen

Jahr	Ü	Frauen in Lohngruppen				
		02/03/04	05/06/07	08/09/10	11	
		in %	in %	in %	in %	
1988		72	22	6	0	
1991		57	36	7	0	
1992		52	40	8	0	

In der Produktlinie sind 92 % der Frauen in den Lohngruppen 06/07 7 % der Frauen in den Lohngruppen 09/10

Welche Perspektiven für die Hälfte der Frauen?

Zur sozialen Lage in den »neuen Ländern«

Arbeit, speziell die Erwerbsarbeit, ist für viele Frauen aus den ostdeutschen Bundesländern zum Reizthema geworden. Der Entzug von Erwerbsarbeit verschlechtert die Lebensqualität. Viele Frauen wurden sozial degradiert, gerieten in Armut bzw. in ein Leben am Rande von Armut, obwohl sie doch mehrheitlich fachlich leistungsfähig und auch -bereit sind. Rückzug auf Haus- und Familienarbeit wird von den meisten (noch?) nicht angenommen. Fehlende Wahlfreiheit belastet viele Frauen. Hinzu kommt, daß der Entzug von Erwerbsarbeit ebenfalls als Mittel zur politischen Abstrafung eingesetzt und auch so empfunden wird. All dies begünstigt, daß neu gewonnene Freiheiten vor allem von erwerbslosen und von Erwerbslosigkeit bedrohten Frauen kaum genutzt werden können. Werden die damit verbundenen tiefen Konflikte von Frauen ausgehalten und schließlich zu neuen Ufern führen oder bergen sie gesellschaftliche »Zeitbomben« in sich, deren Explosionen weit über die betroffenen Frauen hinauswirken?

Daß diese Konflikte individualisiert und in der Öffentlichkeit verdrängt werden, verschärft sie noch. Welche Folgen und Konflikte es mit sich bringt, aus der gewohnten Erwerbsarbeit ausgeschlossen zu sein, welche Trends und ob es Alternativen gibt, soll im folgenden diskutiert werden.

Ausschluß aus der Erwerbsarbeit – ein Erdrutsch für Frauen im deutsch-deutschen Einheitsprozeß

Massenhaft erwerbslos oder davon bedroht zu sein, trifft in den ostdeutschen Bundesländern Männer wie Frauen. Jedoch werden Frauen eben nicht nur erwerbslos, sondern dies ist derzeit der Hauptmechanismus, um ihnen ökonomische Unabhängigkeit zu nehmen und vom ehemals verdeckten zum offenen Patriarchalismus zurückzugehen. Diese Doppelnatur drückt den Problemen von Frauen im Transformationsprozeß ihren Stempel auf. Besonders ausgeprägt erscheint sie in den geschlechtshierarchisch beeinflußten Strukturen und Folgen von Erwerbslosigkeit.

Frauen, die in der Regel an eine kontinuierliche Berufsbiografie gewöhnt waren, sehen sich mit einer in diesem Jahrhundert bisher einmaligen Massenerwerbslosigkeit konfrontiert. Seit Anfang 1990 hat sich z.B. die Zahl der Arbeitsplätze insgesamt um mehr als die Hälfte verringert, darunter in der Landwirtschaft um rund 80, in der Indusrie um mehr als 75 Prozent. Der Frauenanteil an den Erwerbstätigen sank von 49 im Jahre 1989 auf rund 30 Prozent, mit noch weiter sinkender Tendenz. Dahinter steckt, daß inzwischen schon fast zwei Millionen Frauen aus unbefristeter Erwerbsarbeit ausgeschieden sind.

Aus mehreren Gründen haben Frauen schlechtere Karten als Männer. Sie können im Konkurrenzkampf um den Arbeitsplatz weniger entgegensetzen. So müssen viele die normal gewordene Überstundenarbeit ablehnen, da sie sich in

382 Anneliese Braun

der Vergangenheit für Kinder entschieden haben und die Familienpflichten eher noch mehr als früher auf ihnen lasten. Sogenannte frauenspezifische Branchen gehören zu denen, die am meisten Arbeitsplätze verloren haben, wie Textil- und Bekleidungs-, Leder- und Schuhindustrie sowie Landwirtschaft. Dies führt dazu, daß in einigen Arbeitsamtsbezirken der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen rund 70 Prozent und mehr beträgt, als z.B. in Altenburg, Annaberg, Wittenberg, Plauen, Gotha. Infolge des zugespitzten Konkurrenzkampfes auf dem Arbeitsmarkt gehen ehemalige Frauendomänen, soweit sie attraktiv genug sind oder gemacht werden, wie in Banken, Handel, Post, in Männerhand über. So stellten Ende 1989 im Handel Frauen noch fast drei Viertel aller Erwerbstätigen, heute noch rund die Hälfte.² Frauen müßten verstärkt in hochqualifizierte Dienstleistungsberufe einsteigen, wenn sie berufliche Chancen haben wollen, aber gerade aus diesen werden sie bevorzugt herausgedrängt. Die Segmentierung in Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt schreitet weiter voran, wie die geschlechtsspezifischen Differenzen bei der Vermittlung über die Arbeitsämter deutlich zeigen.

Einen regulären Dienstleistungsbereich und einen nennenswerten Mittelstand, die erfahrungsgemäß vermehrt Frauenarbeitsplätze anbieten, gibt es im Osten noch immer kaum. Entgegen den Trends in den alten Bundesländern sank die Anzahl der Erwerbstätigen ebenfalls in Dienstleistungsbereichen. Auch hier geht der Abbau von Arbeitsplätzen noch weiter. Derzeit ist fraglich, wann in den ostdeutschen Bundesländern Dienstleistungen in eine allgemeine Wachstumsphase eintreten und ob sie hierzulande der wichtige Bereich werden können, der Frauen mehrheitlich Chancen bietet. Kurzfristig sprechen gewichtige Gründe dagegen (und damit auch gegen verbreitete Vorstellungen zu dominanten Richtungen in Weiterbildung und Umschulung), so sind Unternehmen häufig nicht bereit, Frauen qualifiziert einzusetzen, z.B. in Handelsketten. Dort sind ungelernte, geringer bezahlte Kräfte gefragter. Frauen mit kaufmännischen Fachschul- und Universitätsabschlüssen werden unterwertig eingestellt, z.B. als Renogehilfin. Sehr junge Frauen ohne Kinder oder Frauen zwischen 35 und 45 Jahren werden bevorzugt.

Wenn die verschärfte Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt anhält, wird der Wandel in den Dienstleistungen zugunsten der Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitskräften wahrscheinlich an den Frauen vorbeigehen.

In den Umbruchkrisen werden Lebensarbeit, Qualifikation und Berufserfahrungen von Frauen ab 45 Jahren bevorzugt und pauschal entwertet. Viele Frauen dieses Alters (bereits ab 40) sind »geparkt« auf ABM oder in der Fortbildung. Der Anteil der Altersgruppe ab 55 an den Erwerbstätigen sank von 1989 bis Mitte 1992 auf weit unter die Hälfte. Menschen, die in diesem Alter erwerbslos werden, haben kaum eine Chance auf Wiedereinstieg (nur 5% schaffen es). Selbst von den 50- bis 54jährigen Erwerbslosen findet nur noch rund ein Drittel wieder eine Erwerbsarbeit (dies gilt für Männer und Frauen zusammengenommen). Erwerbslos gewordene Frauen allerdings haben insgesamt derzeit etwa gleich schlechte Chancen wie die zuletzt genannten älteren Erwerbslosen, nämlich nur zu 33 Prozent.³

Bei einer Befragung⁴ schätzten mehr als die Hälfte der Frauen ab 45 Jahre

ein, für den Arbeitsmarkt »zu alt« zu sein, aber auch rund ein Viertel der langzeitarbeitslosen Frauen sowie der Akademikerinnen. Diese Antwort spiegelt hauptsächlich die Situation auf dem Arbeitsmarkt wider. Persönlich wird die Altersausgrenzung von den meisten (noch) nicht angenommen. Gerade für die ältere Frauengeneration hat qualifizierte Erwerbsarbeit verbreitet einen hohen Wert, u.a. weil sie unter großen Opfern erkämpft wurde. Die meisten dieser Frauen haben nicht nur Lebensbrüche zu verkraften, sondern ein faktisches Absinken ihres beruflichen und sozialen Status. Sie versuchen, ihrer Degradierung entgegenzutreten, indem sie z.B. ehrenamtliche Sozialarbeit leisten. Niemand fördert aber die auch für sie notwendige Zusatz- oder Anpassungsqualifizierung.

Auch in den alten Bundesländern sind Ältere »schwer vermittelbar«. Aber nicht in diesem Ausmaß: mehr als eine Million Menschen ab 55 Jahren sind in den ostdeutschen Bundesländern in noch nicht drei Jahren faktisch aus der Erwerbsarbeit ausgegrenzt worden (einschießlich vorzeitig in die Rente gegangener, deren Zahl geschätzt wurde). In der viel größeren Alt-BRD waren es auf dem Höhepunkt rund 400000 innerhalb von vier Jahren und unter wesentlich besseren materiellen Rahmenbedingungen.

Die Transformation führt bevorzugt Frauen unverschuldet in Armut. Für fast zwei Drittel der befragten erwerbslosen und von Erwerbslosigkeit bedrohten Frauen verschlechterte sich das Lebensniveau, darunter besonders stark für ungelernte Frauen, und zwar für mehr als 80 Prozent von ihnen; Frauen ab 45 Jahren (für 70 %) und erwerbslose Facharbeiterinnen.

In Interviews mit Frauen ab 45 herrschten Existenz- und Lebensängste vor. Sie haben Angst, daß Probleme über sie hereinbrechen, wie bei der Weltwirtschaftskrise 1929/32 und der Nachkriegsinflation in den zwanziger Jahren zusammengenommen. Es wäre zynisch, ihre Ängste mit der Gewöhnung an soziale Sicherheit in der Ex-DDR abzutun. Daß Bewältigungsmechanismen verbreitet überfordert sind, zeigt sich u.a an großen psychosozialen Problemen, besonders bei Frauen, deren Lebensbedingungen sich verschlechtert haben. Spannungen und Konflikte im familiären Zusammenleben nehmen zu. Viele erwerbslose Frauen glauben sich vom Partner wenig verstanden, fühlen sich wieder ökonomisch abhängig von ihm, können sich mit der Hausfrauenrolle nicht identifizieren.

Erwerbslos zu sein, ist für viele mit gleichzeitigen Identitätskrisen verbunden, mit dem Nachdenken über persönliche Verantwortung für Stagnation und Deformation in der DDR, mit dem Scheitern von Utopien und Lebenswerten, aber auch mit dem Versuch, Offenheit und Demokratie sowie persönlichen Einsatz hinüberzuretten aus der Aufbruchzeit 1989/90 in eine weitgehend von Geld und Besitz sowie erneutem Rückzug in Nischen geprägte Atmosphäre.

Erwerbslose Frauen kommen heute in der Öffentlichkeit kaum mehr vor, höchstens als Objekte der Sozialarbeit. Einige wehren sich. Am meisten machen sich in der Öffentlichkeit Akademikerinnen bemerkbar, die auch in ABM sowie in Fortbildung und Umschulung dominieren. Erwerbslose Frauen meinen mehrheitlich, daß sie sich selbst helfen müssen.

384 Anneliese Braun

Welche Trends sind erkennbar?

Wenn bisherige Trends anhalten, wird die Erwerbstätigenquote der Frauen in den ostdeutschen Bundesländern mit hoher Wahrscheinlichkeit auf längere Zeit niedriger sein als in den alten. Im Vergleich zu Ende 1989 sind nach eigenen Schätzungen nur noch ca. 40 Prozent der damals erwerbstätigen Frauen in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis. Schätzungsweise beträgt derzeit die Frauen-Erwerbstätigenquote in den ostdeutschen Bundesländern etwa 45 gegenüber rund 50 Prozent in den westdeutschen.⁵ In der ehemaligen DDR war die Erwerbstätigkeit von Frauen überzogen. Sie war ein extensiver wirtschaftlicher Puffer und in ihrer Höhe und Struktur im Vergleich zum Mehrprodukt weder sinnvoll noch wünschenswert. Jetzt jedoch vollzieht sich ein tiefer Rückschritt auch im Vergleich mit internationalen Tendenzen.

Erwerbslose und von Erwerbslosigkeit bedrohte Frauen haben mehrheitlich mit Konflikten zu kämpfen. Einige wichtige sollen genannt werden.

- 1. Der Konflikt zwischen dem (noch) überwiegenden Wunsch (und der Notwendigkeit) nach Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit und den vorwiegend schlechten und sehr schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die meisten Frauen können schon aus finanziellen Gründen nicht frei zwischen Erwerbs- und Familienarbeit entscheiden. Mehr als die Hälfte der befragten Frauen würde an der Erwerbsarbeit aber auch dann festhalten, wenn finanzielle Gründe für sie persönlich keine Rolle mehr spielen. Selbsteinschätzungen zu den Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind überwiegend pessimistisch. Fast zwei Drittel schätzen schlechte und sehr schlechte Chancen ein; rund ein Viertel ist hoffnungsvoll, indem es zwar kurzfristig schlechte, langfristig aber gute Chancen sieht.
- 2. Der Konflikt zwischen dem vorrangigen Wunsch nach Vollzeitarbeit und der gleichzeitigen hohen Akzeptanz von ungeschützten, nicht existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen. Fast drei Viertel der befragten Frauen würde eine Vollzeitarbeit bevorzugen und nur 15 Prozent eine Teilzeitarbeit (überwiegend verheiratete Frauen mit Kindern, und zwar zu 20 %). Bei dieser Konstellation spielt der ökonomische Zwang zur Vollzeitarbeit eine große Rolle. Dies wird dadurch bestätigt, daß rund die Hälfte der befragten Frauen eine Teilzeitarbeit annehmen würde mit weniger als 10/15 Wochenstunden und rund ein Drittel eine Gelegenheitsarbeit. Absolute Spitze sind hierbei Frauen ab 45, gefolgt von als arbeitslos gemeldeten. Schlechte finanzielle Lage und geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt fördern die Akzeptanz, auch wenn sich Frauen der großen Risiken bei Krankheit und im Alter bewußt sind. Für bereits erwerbslose Frauen - aber nicht nur für diese - scheint ein künftiger Wiedereinstieg günstigstenfalls über geringfügige Beschäftigungsverhältnisse möglich zu sein. Setzen sich bisherige Trends fort, dann ist mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß diese Formen der Unterbeschäftigung in den ostdeutschen Bundesländern unter Frauen massenhaft Normalität und noch mehr verbreitet sein werden als in den alten Bundesländern.
- 3. Der Konflikt zwischen der (noch) vorhandenen relativ großen Bereitschaft, sich weiterzubilden und der gleichzeitig unübersehbaren Akzeptanz von Dequalifizierung. Letzteres gilt für mehr als die Hälfte der befragten Frauen, die

definitiv oder vielleicht eine Fortbildung oder Umschulung unterhalb ihres Qualifikationsniveaus annehmen würden. Wird dieser Prozeß, durch den der einzige Reichtum entwertet wird, den Frauen in den ostdeutschen Bundesländern (noch) haben, nicht gestoppt, dann droht künftig massenhaft ein Wiedereinstieg besonderer Art. Nicht die Familienphase, sondern die Erwerbslosigkeit entwertet vorhandene Qualifikation, so daß schließlich nur noch wenig qualifizierte und gering bezahlte Tätigkeiten in Frage kommen. Bereits jetzt zeigt sich, daß Fortbildung und Umschulung faktisch dequalifizieren, wenn sie nur Zwischenetappe zur Erwerbslosigkeit sind. Da nach bisherigen Trends selbst im günstigsten Falle längere zeitliche Lücken bis zum Angebot zusätzlicher Arbeitsplätze bestehen (werden), muß Fortbildung und Umschulung effizienter reagieren (z.B. durch fachlich breitere Qualifizierung, die mehr Flexibilität ermöglicht, und durch den zusätzlichen Auf- und Ausbau von Weiterbildungsmöglichkeiten für Frauen).

4. Der Konflikt zwischen dem relativ guten beruflichen Leistungsvermögen und den eher pauschalen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Dadurch werden erwerbslose Frauen zu erheblichen Zugeständnissen bewegt, wenn sie eine Wiederbeschäftigung anstreben.

Die Antworten zu persönlichen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zeigten, derzeit sind es vor allem allgemeine gesellschaftliche Tends, die Frauen aus der Erwerbsarbeit ausgrenzen und (noch) weniger persönliche Defizite. So überdecken z.B. Alter und Geschlecht pauschal Qualifikation und Berufserfahrung, dies gilt auch für sonst gepriesene und gesuchte Schlüsselqualifikationen, wie Kommunikations- und Organisationsvermögen, Überblick, soziale Kompetenz.

Fast die Hälfte der befragten Frauen gab an, daß ihr Beruf derzeit auf dem Arbeitsmarkt nicht gefragt ist, am meisten Frauen zwischen 35 und 45 Jahren, Akademikerinnen und Frauen unter 35 Jahren mit Kindern. Knapp ein Drittel der Befragten betonten, daß der erlernte Beruf nicht anerkannt wird oder obsolet geworden ist, am meisten Frauen unter 35 Jahren, Akademikerinnen, alleinerziehende und langzeitarbeitslose Frauen. Als Hauptprobleme stellten sich dabei heraus: mangelnde Information über Alternativen bei nicht anerkannten oder entwerteten Abschlüssen sowie Zugangsbarrieren wegen ehemaliger Staats- und Systemnähe. Davon betroffene Frauen ab 40/45 haben in der Regel keine andere »Wahl«, als unter ihrer Qualifikation zu arbeiten. Werden diejenigen zusammengefaßt, die ihrer Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt persönlich am wenigsten etwas entgegensetzen können, d.h. die »zu alten«, die mit gesundheitlichen Problemen, die schwer- und schwerstbehinderten sowie diejenigen ohne erlernten Beruf, dann sind dies mindestens ein Drittel der befragten Frauen.

Sozial gerechte Verteilung von Arbeit - eine Alternative?

Erwerbslose Frauen hoffen vor allem auf eine sozial gerechte Umverteilung von Arbeit. Konzepte hierzu orientieren sich an Erfahrungen in der Alt-BRD (z.B. Lafontaine 1988, Haug 1990 und 1989, Kurz-Scherf 1992). Sie wurden als Weg angesehen, die Arbeitslosigkeit zu verringern und die Gesamtarbeit von Frauen gesellschaftlich mehr anzuerkennen. Über konkrete Wege und Präferenzen muß unter den ost- und westdeutschen Frauen neu nachgedacht werden.

386 Anneliese Braun

Zu unterschiedlich sind die Bedingungen bzw. zu sehr haben sie sich – auch in den alten Bundesländern – verändert. Lösungen der Alt-BRD können auf die ostdeutschen Bundesländer schon aus rein wirtschaftlichen Gründen nicht einfach übertragen werden, da das industrielle Niveau inzwischen auf das eines Entwicklungslandes, wie Sri Lanka gesunken ist. Daraus resultierende soziale Friktionen schwappen auf die alten Bundesländer über. Die ostdeutsche Spezifik verlangt u.a., auf Schaffung neuer Arbeitsplätze und Umverteilung von Arbeit zu orientieren. Ganz wichtig wäre es, einen Konsens darüber zu finden, daß neu geschaffene Arbeitsplätze per Quote auch für Frauen gesichert werden müssen.

Große Skepsis ist angebracht, wenn Umverteilung von Arbeit in den ostdeutschen Bundesländern als Weg angepriesen wird, um neue Arbeitsplätze, auch für Frauen zu schaffen. Arbeitszeitverkürzung wird immer wieder als ein solcher Weg genannt. Arbeitszeitverkürzungen sind notwendig und müssen erkämpft werden, aber es ist eine Illusion anzunehmen, damit könnte unter den derzeitigen Bedingungen in Ost- und Westdeutschland der Arbeitsmarkt entlastet werden. Was soll denn in den ostdeutschen Bundesländern umverteilt werden, wo noch immer Substanz wegbricht? Das Konzept greift auch rein quantitativ nicht. Kurz-Scherf (1992, vgl. 64) z.B. kommt bei einer Arbeitszeitverkürzung auf 30(!) Wochenstunden in den ostdeutschen Bundesländern auf eine Million zusätzlicher Arbeitsplätze. Erinnert frau sich an die gewerkschaftlichen Kämpfe um die 35-Stunden-Woche in der Alt-BRD, dann wird deutlich, welch ungeheurer Druck für die Erkämpfung von gar 30 Wochenstunden notwendig wäre. Die Erwerbslosen blieben bei einer solchen Konzeption von Anfang an draußen vor. Sie würden sich ausrechnen, daß für sie bei absehbarer weiterer Rationalisierung kein Arbeitsplatz abfallen wird. Die Solidarisierung von Erwerbstätigen und Erwerbslosen, von Männern und Frauen, die etwas bewegen könnte, würde verfehlt. Um die Arbeitslosigkeit auch nur wenig abzubauen, müßte rein rechnerisch die Wochenarbeitszeit schätzungsweise auf etwa 25 Wochenstunden verkürzt werden. Und auch das wäre für Arbeitslose noch keine Garantie auf einen Arbeitsplatz, weil fehlende Absatzmöglichkeiten, schlechte Kapazitätsauslastung und Profitaussichten, hohe Stückkosten, Investitionszurückhaltung u.a.m. viel wichtigere begrenzende Faktoren sind. Es gibt historisch keine Beispiele, daß in Zeiten wirtschaftlichen Zusammenbruchs Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich abgetrotzt werden konnten. Ohne Lohnausgleich würde Arbeitszeitverkürzung aber nach sich ziehen, daß selbst die meisten der noch Erwerbstätigen in den ostdeutschen Bundesländern verarmen würden. Bei einer Arbeitszeitverkürzung auf 25 Wochenstunden würde sich z.B. ohne Lohnausgleich die Lohnzahlung auf etwa zwei Drittel des derzeitigen Niveaus reduzieren, bei sich fortsetzender Inflation. Selbst wenn das Einkommen der Haushalte größer werden würde, weil derzeit arbeitslose Partner wieder in die Erwerbsarbeit einstiegen, hätten die meisten Haushalte (vor allem die allein wirtschaftenden) Einkommensverluste. D.h. eine solche Linie würde allgemeiner Teilzeitarbeit entsprechen und damit einer breiten Unterbeschäftigung, ohne die wirtschaftliche Situation zu verbessern. Sie wäre ein Mittel zur Deregulierung zugunsten der Unternehmen. Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit muß bei den immer noch viel niedrigeren effektiven Einkommen in den ostdeutschen Bundesländern also vollen Lohnausgleich einschließen.

Aus den genannten Problemen folgt keineswegs, daß die Idee der sozial gerechten Verteilung der Arbeit zugunsten von Frauen aufgegeben werden muß. Aber es muß verstärkt über gemeinsame Präferenzen von Frauen in alten und neuen Bundesländern in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre nachgedacht werden. Motivieren an Hand gemeinsamer Interessen, um so zu solidarisieren, erweist sich als eine der wichtigsten Voraussetzungen.

Aus der Sicht ostdeutscher erwerbsloser und von Erwerblosigkeit bedrohter Frauen wären u.a. folgende Überlegungen einzubringen:

- Schaffung von mehr Erwerbsmöglichkeiten für Frauen (gemeinsam mit Männern Druck auf neue Arbeitsplätze verbunden mit Quotierung und Arbeitszeitverkürzung bei gestiegener Arbeitsproduktivität), vor allem durch öffentliche Förderprogramme zugunsten des sozialen Wohnungsbaus, öffentlichen Nahverkehrs und umweltfreundlicher Energielösungen.
- Einführung der schon lange diskutierten sozialen Grundsicherung (als Schutz vor Verarmung und als – wenn auch begrenzte – Wahlmöglichkeit zugunsten von gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten, die außerhalb von Erwerbsarbeit liegen). Hier wäre ein Konsens von Interessen vieler sozialer Gruppen, von Frauen und Männern, in Ost und West am ehesten möglich.
- Aufhebung des Ehegattensplittings, das die Hausfrauenehe belohnt und verheiratete Frauen auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert. Umverteilung der dadurch frei werdenden Mittel zugunsten von Leistungen für Kinder und für soziale Grundsicherung.
- Gerechte Gestaltung der Altersrenten für Frauen (besonders Einführung von Mindestsicherungen im Alter auch durch teilweise Umverteilung von Männerrenten zugunsten von Frauen) sowie Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten auch für erwerbstätige Frauen und höhere Bewertung von Pflegezeiten. Gleichsetzung von Teilzeitarbeit, die aus Kindererziehung oder anderer Pflege heraus resultiert, mit Vollzeitarbeit bei der Rentenbemessung.

Weitergehen müssen aber auch Überlegungen darüber, was notwendig ist, um die Gesamtarbeit von Frauen nicht nur gerechter zu bewerten, sondern auch selbstbestimmt zu verausgaben. Es bleibt weiterhin die Frage, ob die Erwerbsarbeit Grundlage aller Versorgungssysteme, wie Renten, Arbeitslosenunterstützung u.a.m. sein kann, wenn ein Drittel bis zu zwei Drittel erwerbsfähiger und -williger Menschen aus der Erwerbsarbeit ausgegrenzt sind. Hier anknüpfend fragen vor allem erwerbslose Frauen in den ostdeutschen Bundesländern, inwieweit »autonome Arbeiten« Alternativen auftun können, ohne gleich als Allheilmittel betrachtet und damit verteufelt zu werden.

In »autonome Arbeiten« flüchten?

Außerhalb von regulärer Erwerbsarbeit angesiedelte berufliche Tätigkeiten werden in der Regel gesellschaftlich noch weniger anerkannt als z.B. Familienarbeit. Das noch immer löchrige Netz sozialer Dienstleistungen z.B. beruht weitgehend auf unterbewerteter und unbezahlter Frauenarbeit. Vorruheständlerinnen z.B.,

388 Anneliese Braun

die an ihrem Beruf hängen, bringen Leistungen unbezahlt ein, obwohl sie nicht einmal auf eine ABM-Stelle hoffen können. Das Bestreben gut ausgebildeter Frauen im Osten, sich beruflich fit zu halten, wird vielfach ausgenutzt, indem ihre Leistungen unterbezahlt in Anspruch genommen, gesellschaftliche Aufgaben privatisiert werden oder indem sich Existenz- bzw. Projektgründer zu ihren Lasten profilieren. Ehrenamtliche Beraterinnen in Arbeitslosen- und Frauenzentren fordern deshalb zu Recht, daß ihre Arbeit in Erwerbsarbeit umgewandelt wird. Soweit es sich um gesellschaftlich notwendige Leistungen handelt, ist reguläre Erwerbsarbeit allemal einzufordern, schon der sozialen Absicherung wegen. Allerdings kann der oft erhobenen Forderung, undifferenziert jede Arbeit in Erwerbsarbeit zu verwandeln, nicht zugestimmt werden. Dahinter steckt die Illusion, in einer auf Lohnarbeit beruhenden Gesellschaft die Lohnarbeit aufheben zu können. Erwerbsarbeit ermöglicht soziale Sicherung nur um den Preis, daß Lebenszeit dafür gebunden und Arbeitskraft auch gegen die Interessen der Lohnarbeiter verausgabt werden muß, wie z.B. bei Produktion und Vertrieb umwelt- und menschenvernichtender Waren. Derzeit geht Erwerbsarbeit immer mehr zu Lasten der Zukunft und ist für immer weniger Bevorrechtete zugänglich. 6 Dabei ließe die Arbeitsproduktivität viel Zeit und Mittel übrig, sich mit Überlebensfragen der Menschen als Gattung zu beschäftigen, wenn bei genereller Arbeitszeitverkürzung alle notwendige Arbeit leisten würden, die dazu willens sind. Ein Versuch, aus diesem circulus vitiosus auszusteigen, besteht darin, in »autonome Arbeiten« zu flüchten, wobei Erwerbslose dabei eher aus der Not eine Tugend machen.

Unter »autonomer Arbeit« werden hier Arbeiten verstanden, die in selbstbestimmter Weise realisiert werden und Gebrauchswerte hervorbringen, mit denen die Arbeitenden Freiheit für sich selbst und für die Menschen als Gattung erweitern. D.h. sie tragen direkt oder indirekt dazu bei, geistig-kulturelle Bedürfnisse zu befriedigen, denn diese sind frei vom unmittelbaren Broterwerb. Frei sind diese Tätigkeiten aber letztlich nur, wenn ihre Leistungen nicht von vornherein als Waren produziert, Beziehungen zwischen den Menschen also nicht mehr verdinglicht werden. Autonome Arbeit ist also weder gleichzusetzen mit ehrenamtlicher noch mit informeller Arbeit wie Gorz (1991) dies tut. Beide können autonom sein, müssen es aber nicht. Tradierte Hausarbeit z.B. ist nicht mit autonomer Arbeit identisch, wie sie hier betrachtet wird. Autonome Arbeit basiert darauf, daß mit der steigenden Arbeitsproduktivität ein hohes Surplus erreicht wurde (bzw. möglich ist). Da relativ und absolut weniger Arbeit notwendig ist, um die unmittelbare Subsistenz zu sichern, verbleibt ein größerer potentieller Freiraum für geistig-kulturelle Leistungen. Jedoch wird dieser Spielraum faktisch dadurch eingegrenzt, daß auch diese Leistungen in ihrer Allgemeinheit zu Waren werden (z.B. auf den Gebieten der Bildung und der Wissenschaft). So wandeln sich Produktiv- in Destruktivkräfte (als Beispiel Atom- und Gentechnologie), die die Menschen als Gattung und ihre Umwelt mit einer irreversiblen Zerstörung von Substanz bedrohen (vgl. Beck 1986, Kurz 1991). Autonom Arbeitende tun etwas für die Zukunft, wenn sie versuchen, die Vermarktung von »freier Zeit« (im Sinne von Marx und Bloch) aufzubrechen und das vorhandene Potential an Zeit und Mitteln in tatsächliche Freiräume für die Menschen als

Gattung zu verwandeln. Es stellt sich die Frage, inwieweit autonome Arbeit an einem Systembruch beteiligt sein kann. Ein solcher Systembruch wurde u.a. von Marx global angedeutet (vgl. MEW 21, 592f.) und von Bloch aufgegriffen (Bloch 1955, 512; 1977, 103). Ablösung des Wertes als Regulator durch den Gebrauchswert und die »freie Arbeit/Muße« als Maß für den Reichtum waren bekanntlich diesbezügliche Aussagen. Historisch braucht ein Systembruch, wie er sich z.B. im Übergang vom Paläolithikum zum Neolithikum vollzog, Jahrhunderte. Auch der derzeit herangereifte Systembruch wird längere Zeit erfordern.

In autonomer Richtung entwickeln sich u.a. Projekte in der Sozialarbeit, frauen- und bürgerbewegte Projekte zur menschen- und umweltfreundlichen Gestaltung von Wohnungssanierung, Verkehrs- und Energielösungen, autonome Wissenschaftsprojekte, Kunstszene, Bildungsangebote. Diese Arbeiten sind unterschiedlich organisiert, ihre Arbeitsplätze entsprechen nicht dem »Normalarbeitsverhältnis«. Dennoch ist allen diesen konkreten Arbeiten in unterschiedlicher Ausprägung und Stärke gemeinsam, daß sie beginnen, tradierte verdinglichte Beziehungen zwischen Menschen aufzubrechen.

- Diese Arbeiten »rechnen« sich nicht und würden ihrem Anliegen untreu, wenn sie sich am kommerzielen Erfolg orientierten.
- Sie würden von kommerziellen und von öffentlichen Institutionen nicht erbracht werden, blieben also ungetan.
- Sie können sich auf Dauer nur behaupten, wenn die Beteiligten ihre Beziehungen gleichberechtigt und demokratisch gestalten (Kebir 1991, 191), wenn Kompetenz erworben und eingebracht wird, wobei Grenzen herkömmlicher Arbeitsteilung überschritten werden.
- Über diese Arbeiten erwerben die Beteiligten ein Stück persönliche Freiheit, Genuß, handeln also durchaus eigennützig. Dem Broterwerb abgezwackte oder ihm verweigerte Zeit eröffnet Möglichkeiten, sich den persönlichen Beziehungen und dem Schicksal der Menschheit als Gattung zuzuwenden. D.h. es wird Zeit gewonnen, entgegen der Beraubung von Zeit durch manipulierten Freizeitkonsum.
- Diese Arbeiten sind nur möglich, insofern und insoweit von den Beteiligten selbst und von anderen »notwendige Arbeit«, d.h. Arbeit für ihre Subsistenz geleistet wurde. Eine materielle Existenzgrundlage ist notwendig, ob diese nun durch eigene Erwerbsarbeit, Mittel von Kommunen und Sponsoren, Arbeitslosenunterstützung, Rente, eigene Produktion von Subsistenzmitteln in einer Genossenschaft, Kommune o.a.m. geschaffen wird.

Eine soziale Grundsicherung für alle könnte autonome Arbeiten fördern, vor allem ihre Autonomie erhalten. Hier haben Ost und West gemeinsame Interessen.

Angesichts der weltweit wachsenden Schwierigkeiten, Subsistenzmittel zu erhalten (wie in einigen afrikanischen Staaten, in Gebieten der ehemals staatssozialistischen Länder), erscheint ein Hinweis auf autonome Arbeiten auf den ersten Blick anachronistisch oder zumindest rein akademisch. Auch scheinen ihre Projekte im Meer von profitorientierten Ware-Geld-Beziehungen unterzugehen. Ist es nicht aber schon höchste Zeit, daß autonome Anstrengungen aufgewertet

390 Anneliese Braun

werden? Mit ihrer Hilfe können Beziehungen zwischen Menschen und zwischen Mensch und Natur wieder transparent gemacht und das öffentliche Gewissen gegen Destruktivkräfte, wie sie u.a. in der Gentechnologie lauern und menschliches Leben zur Ware degradieren, geschärft werden. Der Zusammenbruch des Staatssozialismus hat die These, daß Keime einer ausbeutungsfreien Gesellschaft sich nicht im Schoße der alten entwickeln können, widerlegt. Er hat vielmehr gezeigt, daß sie dies müssen auf die Gefahr von Stagnation und Deformation hin. Autonome Arbeiten sind für Frauen insofern interessant, als in diesen Arbeiten versucht wird, demokratische und gleichgestellte Beziehungen zwischen den Geschlechtern zu leben. Es werden Ziele angestrebt, die auf Freiheitsräume für ausgegrenzte Menschen orientiert sind und damit Gemeinsamkeiten zu feministischen Zielen aufweisen. Es wird versucht, negative Folgen der Arbeitsteilung zu überwinden. Wenn sie ihrem Anliegen gerecht werden wollen, muß auch die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung angegangen werden.

Auch wenn die Mehrheit der Bevökerung in der Ex-DDR 1989/90 gegen sozialistische Experimente irgendeiner Art war, gibt es nach wie vor Menschen, die weder in einer DDR-Nostalgie noch in der kapitalistischen Marktwirtschaft ihre Interessen verwirklicht sehen. Derzeit haben erwerbslose Frauen anscheinend kaum die Kraft, ihrer Ausgenzung etwas entgegenzusetzen. Das muß aber nicht so bleiben. In den ostdeutschen Bundesländern könnten eine Reihe von Bedingungen sogar autonome Arbeiten begünstigen. Die mehrheitlich gut ausgebildeten und fachlich leistungsorientierten Frauen, die massenhaft aus der Erwerbsarbeit ausgegrenzt wurden, wären potentielle Interessierte. Dabei ist die Ausgrenzung in der Regel (noch) zufällig, d.h. unter den Erwerbslosen konzentrieren sich noch nicht die fachlich am wenigsten leistungsfähigen. Deindustrialisierung und Zerstörung wirtschaftlicher Substanz sind Erscheinungen einer zeitlich nicht fixierbaren Transformationsperiode. Sie bergen die Gefahr, daß verschiedene Regionen auf Dauer entvölkert, infrastrukturell vernachlässigt und von modernen Produktivkräften abgeschnitten werden. Zu nennen wären u.a. Regionen an der deutsch-polnischen Grenze, in Mecklenburg-Vorpommern, in der Lausitz, im Erzgebirge. Potenzen dieser Regionen bleiben ungenutzt, territoriale und natürliche Kreisläufe werden zerstört. Selbst dem Bedürfnis der Bevölkerung nach Grundsicherung in Krisen- und Katastrophenfällen wird nicht entsprochen (was würde z.B., wenn die »Brummis« auf den Autobahnen nicht mehr rollen?). Für lokale Initiativen sind das riesige Herausforderungen und zugleich Begründungen, außerparlamentarisch notwendige Aktivitäten von Bund und Ländern einzufordern.⁷ Konkrete Vorstellungen und Erfahrungen z.B. zum Öko-Landbau, zu regenerierbaren Energiequellen sind wichtig, um die Restrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft auf Produktionen lenken zu können, für die tatsächlicher Bedarf besteht.

Erfahrungen der DDR auszuwerten, ist für viele Frauen eine der wichtigen Voraussetzungen, ihre Identität zu behalten und zu überleben. U.a. gehört dazu, sich – auch über Experimente – Klarheit darüber zu verschaffen, wie Demokratie in der Wirtschaft, Selbstverwaltung und -bestimmung funktionieren könnten, wie eine auf die Lebensbedürfnisse von Menschen orientierte Produktion sparsam mit Naturressourcen umgehen und Antriebe zur Produktivitätssteigerung

auslösen könnte. Erwerbslose Frauen werden ihre Ansprüche auf Berufsarbeit nur behaupten, wenn sie ihre Interessen selbst vertreten und sich nicht zurückziehen, wenn sie auf ihren Menschenrechten bestehen und sich nicht schon wieder als Manövriermasse mißbrauchen lassen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. hier und im folgenden: IAB Werkstattbericht 17 v. 16.9.92, Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik; monatlich erscheinende IAB Werkstattberichte »Aktuelle Daten vom Arbeitsmarkt«; Informationen für die Beratungs- und Vermmittlungsdienste der Bundesanstalt für Arbeit 33/92 v. 12.8.92; »Frauen. Ausbildung Beschäftigung Weiterbildung«, hrsg. v. d. Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.
- Vgl. Frauenreport '90, hrsg. v. G. Winkler, Berlin 1990, 66; IAB Kurzbericht 2 v. 21.1.92 und 4 v. 23.1.92.
- 3 Vgl. IAB Kurzbericht 24 v. 23.9.92. E. Wiedemann: Neue Bundesländer. Rückkehr ins Erwerbsleben bei älteren Arbeitslosen und Frauen sehr erschwert.
- 4 Vgl. Befindlichkeiten, Meinungen und Konflikte erwerbsloser und von Erwerbslosigkeit bedrohter Frauen, Forschungsbericht, Arbeitslosenverband Deutschland e.V., Arbeitsgruppe Frauen-Erwerbslosigkeit, Bearbeiter: A. Braun/M. Richter.
- 5 Dies bezieht sich in Ostdeutschland auf unbefristet beschäftigte Frauen. Die Erwerbstätigenquote ist aussagefähiger, weil sie den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen erwerbsfähigen Gesamtbevölkerung umfaßt. Demgegenüber bezieht sich die Erwerbsquote auf den Anteil von Erwerbstätigen plus Erwerbslosen, d.h. auf die »Erwerbspersonen«.
- 6 Vgl. Debatte zur »Krise der der Arbeitsgesellschaft«, die sehr früh schon von Hannah Ahrendt (1960) diagnostiziert wurde.
- Ohne daß voreilig verallgemeinert werden soll, zeigen Erfahrungen der Europäischen Kooperative Longo Mai, die sich u.a. Problemen verlassener Bergregionen widmet, daß alternative Projekte Regionen wieder zum Leben erwecken können. Vgl. Gilbert. François Caty. Die umstrittenen Erben. Longo Mai und die europäischen Medien. focus, Gießen 1983, u.a. 16, 67ff., 291-293. Alternative Ansätze in den ostdeutschen Bundesländern zeigten sich u.a. in verschiedenen öffentlich vorgestellten Projekten; als Beispiel: Beschäftigungsgesellschaft für Frauen im Handel, Schwerin.

Literaturverzeichnis

Ahrend, Hannah, 1960: Vita Activa oder Vom tätigen Leben. Stuttgart

Beck, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M.

Bloch, Ernst, 1955: Das Prinzip Hoffnung. Berlin/DDR

ders., 1977: Gesamtausgabe. Bd.1, Spuren. Frankfurt/M.

Gorz, André, 1991: Und jetzt wohin? Nördlingen

Hall, Stuart, 1989: Ausgewählte Schriften, hrsg. v. N. Räthzel, Hamburg, Berlin

Haug, Frigga, 1989: »Die Perestrojka auf sozialdemokratisch?« In: Das Argument 174, 175-207

dies., 1990: Erinnerungsarbeit. Hamburg

Kebir, Sabine, 1991: Gramscis Zivilgesellschaft. Hamburg

Kurz, Robert, 1991: Der Kollaps der Modernisierung. Frankfurt/M.

Kurz-Scherf, Ingrid, 1992: Nur noch Utopien sind realistisch. Bonn

Lafontaine, Oskar, 1988: Die Gesellschaft der Zukunft – Reformpolitik in einer veränderten Welt. Hamburg

MEW = Marx/Engels Werke. Bd.21, Berlin/DDR

Frauenformen, das sind auch die Idealmaße, in die Frauen sich zwängen, körperlich ebenso wie seelisch



FRIGGA HAUG (HG.)
ERZIEHUNG
ZUR WEIBLICHKEIT
FRAUENFORMEN

Vollständig überarbeitete u. aktualisierte Neuauflage Argument Sonderband 45 256 Seiten. 18,50 DM Die Erkenntnis, daß Weiblichkeit eine soziale Konstruktion ist, sagt noch nichts darüber aus, wer hier konstruiert und wie dies geschieht. Die Autorinnen sind davon ausgegangen, daß Frauen gesellschaftliche Bedingungen vorfinden, in die sie sich aktiv hineinarbeiten müssen, um in ihnen handlungsfähig zu werden. Dazu gehören sich ändernde Formen des Zusammenlebens (wie Familie), Chancen auf dem Arbeitsmarkt, Ausbildungsmöglichkeiten, kulturelle Gewohnheiten.

Dieses Buch eignet sich für alle, die wissenschaftlich oder praktisch, forschend, lehrend und lebend mit der Frage befaßt sind, wie eigentlich aus kleinen weiblichen Wesen erwachsene Frauen werden, widerständig, angepaßt, aufrecht und unterworfen zugleich.



FRIGGA HAUG (HG.)
SEXUALISIERUNG
DER KÖRPER
FRAUENFORMEN

Argument Sonderband 90 208 Seiten. 18,50 DM

Die übliche Frage nach der sexuellen Sozialisation schließt zwei Möglichkeiten ein: Die Aufklärung zu untersuchen als ein Zuviel oder Zuwenig an Information oder die Einübung in sexuelle Praxen als ein Zuviel oder Zuwenig an Technik.

Dieses Buch stellt die Frage anders, indem es die Sexualisierung der Körper ins Zentrum rückt. Untersucht wird, wie einzelne Körperteile mit Sexualität verknüpft wurden, wie der Körper als Ganzes zum Ausdruck des Geschlechts wurde. In welchen Praxen wird welcher Umgang mit dem Körper eingeübt, und wie ist all dieses in die gesellschaftlichen Strukturen, in das soziale Geschlechterverhältnis eingebunden?

Ruhmlose Vereinigung: Ein Modell für Europa?

Was die deutsche Vereinigung der DDR beschwerte, ist nur eine Variante dessen, was die armen Länder dieser Erde aus der Hand der wenigen reichen erleiden. Die Politik der deutschen Koalitionsregierung geht von Grundsätzen aus, die in vieler Hinsicht auch das Vorgehen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank gegenüber der Dritten Welt bestimmen. Gesamtdeutschland spielt bereits eine entscheidende Rolle im Klein-(West-)Europa unserer Tage, und diese wird im zukünftigen Gesamteuropa von Schottland bis zum Ural noch gewichtiger werden. Das, was (west-)deutsche Praxis in Ostdeutschland ausmacht, sollte daher unter diesem Gesichtspunkt näher betrachtet werden. Wie hat die Bundesrepublik Deutschland mit dem Pfund DDR, das ihr in den Schoß fiel, nachdem sich deren Staatsvolk aus dem Korsett gerontokratischer Repression selbst befreite, gewuchert? Die Antwort darauf könnte Aufschluß geben, wie Gesamtdeutschlands Beitrag zu einer Integration in Europa der west- und osteuropäischen Staaten aussehen wird.

Die bundesdeutsche »Ost«politik ist gekennzeichnet durch Herunterfahren der Rechte der Erwerbstätigen durch Entmachtung der Betriebsräte und Gewerkschaften; Lohndrückerei unter das Niveau der Lebenshaltungskosten, Ausweitung der Massenarbeitslosigkeit durch Investitionseinschränkung und damit Einschränkung bzw. Beseitigung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Vernichtung der Landwirtschaft, bürokratische Behinderung der Klein- und Mittelunternehmer, Abbau sozialer Dienstleistungen, kultureller und Bildungsvorhaben, Willkür bei der Nutzung von Grundeigentum und Hausbesitz.

Diese in Ostdeutschland geübte Praxis schwappt auch auf den Westen über. Die freie, durch keine sozialen Ansprüche derjenigen, die nur ihre Arbeitskraft oder nicht einmal (mehr) diese zu verkaufen haben, eingeschränkte Marktwirtschaft ist, nach dem Ende der nichtkapitalistischen Zweiten Welt, nicht nur in dieser, sondern auch in allen Staaten der Ersten Welt im Vormarsch. Weltweiten Bemühungen, die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Normen nun auch in den Industriestaaten der Ersten und ehemals Zweiten auf das Niveau der Dritten Welt herabzudrücken, scheint Erfolg beschert zu sein. Aggressiver Nationalchauvinismus, Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Antikommunismus gestatten es den Herrschenden, ihre Politik ohne nennenswerten Widerstand durchzusetzen. Keine Friedensbewegung erhebt sich gegen die mörderischen Kriege, gegen weltweiten Waffenhandel, gegen als humanitäre Aktionen getarnte Einmischung in die Innenpolitik anderer Staaten, gegen multinationale Verflechtung von Geheimdiensten, gegen Massenvergewaltigungen von Frauen, gegen Hungersnöte. Keine Massen stehen hinter Greenpeace und verhindern die Eskalation der Umweltverschmutzung und -vernichtung durch die von den Nachfolgerstaaten der Zweiten Welt trotz auch im Westen stattfindender Havarien unterstützte globale Kernkraft- und Chemielobby, die Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen mißachtet; eine Eskalation auch durch Verzögerung von Beschlüssen gegen die

394 Hanna Behrend

Verwendung von FCKW und FKW, durch Zulassung von Totenschiffen für die Erdölbeförderung, u.a.m. Die großen politischen Parteien unterscheiden sich nur durch ihre Namen. Die immer weniger verhülte Korruption ihrer Führer und ihre Unfähigkeit, politische Konzepte zu entwickeln, die zur Lösung der globalen Probleme beitragen könnten, haben zumindest in Europa und den USA dazu geführt, daß sie ihre Glaubwürdigkeit einbüßten und das Vertrauen der Völker in die parlamentarische Stellvertreterdemokratie schrumpfen ließen. Die Entwicklung in Deutschland ist für diese Trends beispielhaft.

»Aufschwung Ost« auf Treuhandweise

Der durch die deutsche Vereinigung möglich gewordene Aufschub der bundesdeutschen Rezession ist beendet. Die potentielle ostdeutsche industrielle Konkurrenz wurde aus dem Weg geschafft, indem als erstes die DDR-Industriekombinate - anders als die im Westen gelegenen deutschen Monopolbetriebe, die nach dem Zweiten Weltkrieg nur auf dem Papier »entflochten« wurden - zerstückelt wurden; die »Filetstücke« sind verkauft oder verschleudert (oft unter Zahlungen an den Käufer, die ihn für seine Sanierungs- bzw. Abrißtätigkeit entschädigen sollten), andere Betriebe zugemacht worden. Die Industrieforschung ist fast völlig eingestellt. Nur in Ausnahmefällen findet selbst in modernen, durch relativ geringe Sanierungsanstrengungen an die veränderten Marktbedingungen anpaßbaren Betrieben Produktion statt und wenn, dann nur mit einem Bruchteil der früheren Belegschaften. Das von der letzten DDR-Volkskammer per Dekret zur Umwandlung in echtes Volksvermögen vorgesehene Staatseigentum an den Produktionsmitteln, für das der Bevölkerung Besitzanteilscheine ausgestellt werden sollten, verwandelte sich unter der Treuhand in Hunderte von Milliarden Schulden.

Neben den »legalen« Geschenken an die meist westdeutschen Unternehmen ließ die Treuhandanstalt eine beachtliche Zahl von »Geschäftsabschlüssen« wirtschaftskrimineller Natur zu. Ein dafür charakteristischer Fall ist der Sommer Recycling Park im sächsischen Lauta. Mit der Währungseinheit waren das Ende der Primär-Aluminiumhütte Lauta und die Arbeitslosigkeit über ihre 1300 ArbeiterInnen gekommen. Im Februar 1991 wurde das 200 Hektar große Betriebsgelände von der Treuhand für 4,5 Millionen DM an die Sommer-Industrieverwaltung GmbH, eine Tochter des bayerischen Sekundär-Aluminium-Unternehmens Sommer, verkauft. Der Vertrag sah vor, auf dem Gelände einen Recycling Park für Altautos und eine Entsorgungseinrichtung für Altreifen, Kühlschränke und Elektronikschrott zu errichten. Bis 1995 wurden 750 Arbeitsplätze garantiert und noch einmal so viele im Umfeld der neugegründeten Sommer Recycling Lauta, die 1994 für den Standort bis 490 Millionen DM investieren sollte. Das alte Werk ging in Liquidation. 140 Arbeitskräfte verblieben, mit Abriß und Bodensanierungsarbeiten beschäftigt. Während die sächsischen Behörden weitere Unterlagen forderten, gründete Sommer fast fünfzig neue Unternehmen und zersplitterte so die Kapitaleinlagen der Sommer-Gruppe auf immer mehr Industriebeteiligungs-, Industrieverwaltungs-, Handels- oder Reststoffverwertungsgesellschaften. In den alten Bundesländern gingen die SommerWerke in Konkurs, nicht jedoch bevor sie wesentliche Teil des Vermögens an eine Schweizer Gesellschaft verschoben hatten. Bis jetzt hat die Sommer GmbH die im Februar 1992 fällige Kaufsumme nicht überwiesen, obwohl das Grundstück gewinnbringend genutzt wurde. Statt der bis Ende 1992 versprochenen 350 neuen Arbeitsplätze wurden nur insgesamt 167 Arbeiter in der Autoentsorgung und in anderen Sommerfirmen beschäftigt. Dafür wurden die 140 zur Entsorgung im alten Lauta-Werk Beschäftigten, einschließlich des Betriesratsvorsitzenden, entlassen. Die Treuhand läßt nun prüfen, ob es bei dem Deal Straftatbestände gegeben habe, wie in zahlreichen anderen Fällen, wo die Käufer von ehemaligem Volkseigentum weder die Kaufsumme bezahlt noch Arbeitsplätze erhalten, geschweige denn durch versprochene Investitionen geschaffen hatten. Dafür hatten sie aber die Grundstücke verpachtet, mit Hypotheken belastet oder vertragswidrig weiterverkauft (ND, 4.2.93).

Auch der zunächst prophezeite Aufschwung des Mittelstandes erwies sich als ein Windei. Im wesentlichen entstanden Imbißbuden, Gebrauchtwagenverkauf, Sex-Shops, Videoverleihläden und Verkaufseinrichtungen für Waren westdeutscher Großunternehmer. Potentielle mittelständische Produzenten werden durch bürokratische Schikanen und unklare Grundbesitzverhältnisse behindert. Letztere sind das Ergebnis der folgenschweren Bestimmung im Einigungsvertrag über Rückgabe vor Entschädigung von enteignetem Grundbesitz. Die Pleiten in Gewerbe und Einzelhandel lassen sich an den massenhaft geschlossenen, wegen der eskalierenden Gewerbemieten und ungenügenden Bankkreditwürdigkeit der Besitzer leer stehenden Läden und Werkstätten ablesen.

Die ostdeutsche Landwirtschaft auf dem Weg zum Status quo ante

Die Landwirtschaft ist am schwersten vom Kahlschlag betroffen. Die genossenschaftsfeindliche und prinzipiell alteigentümerfreundliche Bonner Landwirtschaftspolitik, verstärkt durch die EG-Agrarpolitik hat de facto die DDR Landwirtschaft vernichtet, obwohl diese durch geringe finanzielle Anstrengungen den neuen Marktbedingungen hätte angepaßt werden können.

Die 1945 bis 1949 enteigneten Großgrundbesitzer bzw. ihre Erben haben nichts unversucht gelassen, sich entgegen den Bestimmungen des Einigungsvertrags ihres früheren Besitzes zu bemächtigen. Allein in Brandenburg, dessen Regierung eine Verfassungsklage gegen die Treuhandanstalt wegen ihrer die Alteigentümer bevorzugenden Bodenpolitik eingereicht hat, haben in 34 von 44 Landkreisen 200 Alteigentümer Boden von durchschnittlich 300 Hektar gepachtet, gekauft oder Pacht- bzw. Kaufanträge an die Treuhand gestellt. Diese räumt allen natürlichen Personen gleiche Chancen ein und bevorzugt sie gegenüber juristischen Personen, d.h. gemeinschaftlich wirtschaftenden Landwirten. Trotz dieser und vielen anderen ungünstigen Bedingungen (Pachtverträge für die jede Kreditmöglichkeit verhindernde Zeit von einem Jahr, geringere Milchquote gegenüber den westdeutschen Betrieben u.a.m.) wollen 90 Prozent der brandenburgischen Landwirte in Gemeinschaftsproduktion verbleiben (ND, 3.2.93).

Der Boykott ostdeutscher landwirtschaftlicher Produkte durch westdeutsche Firmenketten, die binnen weniger Wochen nach dem Fall der Mauer den staatlichen

396 Hanna Behrend

Einzelhandel der DDR beherrschten, führte um die Jahreswende 1989/90 dazu, daß Vieh erschlagen, geschlachtet oder verschleudert, Zehntausende Obstbäume gefällt und Anbauflächen brachgelegt wurden. Erst allmählich gelang es in bescheidenem Umfang, einen Markt für Ostprodukte wieder aufzubauen. Inzwischen hat sich gezeigt, daß die ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe mehr absetzen könnten, als sie zur Zeit zu liefern in der Lage sind. Die brandenburgischen Verarbeitungsbetriebe müssen rund 60 Prozent des Gemüses, 50 Prozent des Schweinefleischs, 30 Prozent des Rindfleischs sowie 30 Prozent der Milch aus anderen Bundesländern importieren, erklärte der brandenburgische Landwirtschaftsminister Zimmermann (ebd.). Er machte die Benachteiligung der ostdeutschen Landwirtschaft für diese Situation verantwortlich.

Während Verkaufsketten Umsatzsteigerungen in zweistelliger Milliardenhöhe melden konnten, verschwinden die kleinen Privat- und Konsumläden vor allem in den Dörfern, wo die (meist ältere weibliche) nichtautobesitzende Bevölkerung nun nicht einmal mehr Brötchen und Margarine kaufen kann, ohne eine (durch die Einschränkung der Autobuslinien auf die, die sich rechnen) komplizierter gewordene längere Fahrt. Fast drei von vier der dörflichen Konsumverkaufsstellen sind zugemacht worden. Viele ältere Frauen mit kleiner Rente müssen ihren Einkauf mit Hilfe eines privaten Kleinbusses oder eines ebenfalls privaten »Einkäufers«, der eine Provision fordert, erledigen oder sich mit den überhöhten Preisen in der Dorfkneipe, die nun auch Brot und Milch führt, abfinden (ebd.).

Die Folge dieser Politik war Massenarbeitslosigkeit, insbesondere der in der Landwirtschaft tätigen Frauen, die sich in DDR-Zeiten einen in der Welt einmaligen Qualifikationsgrad erworben hatten.

Wer könnte die Einheit bezahlen?

Währungsunion und Treuhandpolitik haben das, was es an ostdeutscher Wirtschaft noch gibt, in Abhängigkeit und Unterentwicklung gedrängt. Wirtschaftsminister Günter Rexroth, der vorher eine verantwortliche Position in der Treuhandanstalt hatte, erwartet 1993 eine Schrumpfung der deutschen Wirtschaft um ein Prozent, verbunden mit Arbeitsplatzverlusten in der Größenordnung von 450000, d.h. der Zunahme der Erwerbslosen von 7,7 auf 9 Prozent (BZ, 6.2.93). Im Zusammenhang mit den Debatten über den »Solidarpakt« haben weder er noch der Kanzler ein neues Konzept zum Gegensteuern vorgelegt.

Die Treuhand-Privatisierungspolitik behält trotz aller Versprechungen, durch Sanierung die »industriellen Kerne« zu erhalten, Priorität. »Staatsholdings sind mit mir nicht zu machen«, verkündete Rexrodt bei seinem Amtsantritt. Auch von Lohnsubventionen als zeitlich befristeter Maßnahme zur Stützung ostdeutscher Unternehmen, wie sie Unternehmerverbandspräsident Tyll Necker vorschlug, will der Wirtschaftsminister nichts hören. »Der Kostendruck muß erhalten bleiben«, erklärte er der BZ (6./7.2.93). Die Treuhand werde allerdings das bereits von seinem Vorgänger nicht eingelöste Versprechen halten, »ihr Engagement in der Sanierungspolitik (zu) verstärken«. Den sanierungsfähigen Betrieben würden Zeit, Geld und Zusagen betreffs des erforderlichen Personalbestandes selbst bei zeitweise schwacher Nachfrage gegeben werden. Von solchen Beschäftigungs-

garantien findet sich allerdings im Koalitionsprogramm für den Solidarpakt kein Wort, ebensowenig wie dort von industriellen Kernen oder ihrer Sanierung die Rede ist.

Indessen geht die alte Treuhandpolitik zugunsten der häufig nur als Glücksritter zu charakterisierenden Käufer weiter. Nur in Fällen, wo beim Verkauf der Betriebe nachweislich Betrug im Spiel war, gelingt es, die Treuhand zur Zurücknahme der Betriebe zu bewegen. Während von einheimischen Betriebsleitungen vorgelegte Management-Buy-Out-Konzepte vom Tisch gewischt werden, verfährt die Treuhand windigen West-Käufern gegenüber eher großzügig. Einer der zahlreichen Fälle dieser Art war die Hamburger Industriebeteiligungs-GmbH (HI), die die Dargunter Getriebe- und Zahnrad GmbH (DAGEZA) am 1. August 1992 für sechs Millionen DM übernahm. Der ersten Ratenzahlung lag bereits ein Schwindel zugrunde. Die Firma belastete ein Betriebsgrundstück mit einer Hypothek, um die fällige halbe Million DM überweisen zu können. Kurz zuvor war die DAGEZA für 42 Millionen »entschuldet« worden. Von den 25 Millionen DM zugesagter Investitionen sah der Betrieb nichts, dagegen wurden weitere hundert Mitarbeiter in die Kurzarbeit abgeschoben. Der Betrieb sollte »verlagert« und das Betriebsgelände als Immobilie genutzt werden. Als die Belegschaft sich bei der Treuhand beklagte, stellte diese fest, daß die Hamburger Firma ein Immobilienhai war, deren Chef, Leif Clausen, bereits einem Dutzend kurzlebiger GmbHs vorgestanden hatte und als Stammkapital lediglich über die gesetzlich vorgeschriebenen 50000 DM verfügte. Vermutlich haben auch in diesem wie in anderen Fällen die guten Beziehungen des Käufers zur Chefetage der zuständigen Treuhandniederlassung in Neubrandenburg für die Akzeptanz des nunmehr von den gleichen Treuhandaktivisten als »arglistige Täuschung« qualifizierten Deals und zur Ablehnung des Lebensfähigkeit ermöglichenden Konzepts der alten Geschäftsführung gesorgt (ND, 8.3.93).

Ein westdeutscher Investitionsschub im Osten wird seit 1990 herbeigepredigt. Jetzt soll er durch weitere Steuerbegünstigungen für Unternehmen ausgelöst werden. So sieht der neue Standortsicherungsgesetzentwurf vor, den Spitzensatz der Körperschaftssteuer von 50 auf 44 Prozent, den ermäßigten Satz von 46 auf 41, den für ausgeschüttete Gewinne von 36 auf 30 Prozent zu senken. Auch die Einkommensteuerspitzensätze sinken von 53 auf 44 Prozent. Sowohl Werner Schulz (Bündnis 90) wie VertreterInnen der SPD und PDS vewiesen daruf, daß Steuersenkungen erfahrungsgemäß keinen Investitionsschub auslösen, sondern den sozialen Frieden gefährden. Die SPD-Wirtschaftsexpertin Matthäus-Maier meinte, dieses Gesetz begünstige risikolose Finanzanlagen, vergrößere die Gerechtigkeitslücke und gefährde den sozialen Konsens. Schulz kritisierte den Entwurf u.a. deshalb, weil er hohe Steuerverluste zur Folge haben werde. Dies führe zur Erosion staatlicher Handlungsfähigkeit im Wirtschafts- und Sozialbereich. Als einzige forderte die Abgeordnete Barbara Höll (PDS), »Unternehmen über eine Investitionshilfeabgabe sowie Kreditinstitute, Versicherungen und den Handel über eine Zwangsanleihe zur Kasse zu bitten. Die vor allem einigungsbedingt stark gestiegenen Unternehmensgewinne müssen endlich zur Finanzierung eines tatsächlichen Solidarpaktes herangezogen werden.« (Das Parlament, 5.3. 93) Zu den Einigungsgewinnen machte der PDS-Abgeordnete Schumann nähere

398 Hanna Behrend

Angaben: 1992 wurden lediglich 25 Mrd. DM in Ostdeutschland investiert. Hingegen stiegen von 1988 bis 1992 die Bruttokapitalerträge um 50 Prozent auf 120 Mrd. DM. Das gesamte Geldvermögen der westdeutschen Produktionsunternehmen wuchs seit der Wende um 22 Prozent auf 1,67 Bio. DM, wovon 595 Mrd. DM sofort verfügbar wären.

Die Anhänger konservativer Wirtschaftspolitik sind jedoch weiterhin entschlossen, auf Begünstigung der Großverdiener und Großunternehmen zu setzen. Ebenso konsequent verfolgen sie eine Politik der Einschränkung des einst so gepriesenen sozialen Netzes und eine Unterminierung der in Jahrzehnten durch gewerkschaftliche Kämpfe etablierten Tarifautonomie.

Die ostdeutschen Arbeitsverhältnisse

Bei derzeit 3.5 Millionen offiziellen Arbeitslosen machte Bundeskanzler Helmut Kohl den Vorschlag, ȟber eine Arbeitszeitverlängerung um eine Stunde nachzudenken« (ND, 8.2.93). Zu der offiziell anerkannten Zahl (jeder dritte Ostdeutsche ist ohne regulären Arbeitsplatz) kommen jedoch, so SPD-Sprecher Roth, weitere 2,2 Millionen ohne festen Arbeitsplatz (ND, 11.2.93). Von diesen wären durch den von der Bundesanstalt für Arbeit verkündeten, inzwischen wieder zurückgenommenen ABM-Stopp nicht wenige in die offizielle Arbeitslosigkeit abgeglitten, vom dadurch verursachten Abbruch wichtiger ökologischer Sanierungsarbeiten sowie sozialer und kultureller Tätigkeiten einmal ganz abgesehen. Kürzlich erst warnte die Deutsche Gesellschaft für die Freizeit (DGF) vor einem Totalausverkauf von Freizeitmöglichkeiten in Ostdeutschland. Von den 2000 Jugendklubs, 1200 Veranstaltungssälen, 860 Kultur- und Klubheimen und 800 Filmtheatern seien seit der Vereinigung mehr als 50 Prozent geschlossen worden. Über 50000 Beschäftigte aus dem Freizeitbereich hätten ihre Arbeit verloren oder würden sie demnächst verlieren. Die Einkommenssituation lasse eine durchgängige Kommerzialisierung nicht zu (ND, 9.3.93)

In Sachsen-Anhalt sind die 75 700 ABM-Stellen, die im Januar 1993 vorhanden waren, im Februar um 500 reduziert worden. 6000 laufen demnächst aus. Nur 15 000 Stellen für alle neue Bundesländer sehen die neuen Maßnahmen projektorientierter Förderung für drei Jahre vor, die die durch den Verlust der ABM-Stellen arbeitslos Gewordenen auffangen sollen. Bereits jetzt sind etwa 50 Prozent der Erwerbslosen länger als ein Jahr ohne Arbeit (BZ, 4.2.93). Arbeitslose, die zu 80 Prozent bereit sind, ungünstigere Arbeitszeiten und weitere Arbeitswege in Kauf zu nehmen, sind in der Bundesrepublik ein Novum. Zu 25 Prozent sind sie auch zum Umzug und zur Arbeit unter Tarif bereit. Fast 57 Prozent müssen ihre Ersparnisse angreifen, aber nur etwas mehr als 14 Prozent (West: 34 Prozent) machen Schulden. Das durchschnittliche Einkommen (inkl. Nebenverdienste, Wohn- und Kindergeld) liegt derzeit bei 899 DM im Osten, d.h. bei etwa 75 Prozent des Einkommens eines West-Arbeitslosen. Im Ergebnis seiner repräsentativen Befragung in Ostdeutschland stellte das unabhängige Meinungsforschungsinstitut INFO in seinem am 8. Februar 1993 vorgestellten Bericht fest, nur ein Drittel der Befragten habe auf die Frage, welche Partei oder Organisation ihre Interessen am besten vertrete, überhaupt eine benannt. 17,8 Prozent nannten den

Arbeitslosenverband, 17,2 Prozent die SPD und 10 Prozent die PDS. Als Ursachen für die Massenarbeitslosigkeit geben fast die Hälfte die schnelle Einführung der D-Mark und der Marktwirtschaft, die Treuhand, die fehlende Investitionsbereitschaft westdeutscher Unternehmer, die ungeklärten Eigentumsverhältnisse, die SED-Mißwirtschaft (in dieser Reihenfolge) an. 16 Prozent machen die Ausländer für ihre Situation verantwortlich (BZ, 4.2.93). Dem von INFO zusammengestellten Arbeitslosen-Report ist auch zu entnehmen, daß fast jeder fünfte registrierte Arbeitslose bereits mindestens das zweite Mal beschäftigungslos ist.

Erstmals gab es einen Hungerstreik. Angelika Reimer, die Leiterin der Magdeburger Zweigstelle der Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung, begann ihn am 2. März 1993 als Protest gegen den Anti-ABM-Beschluß.

Die Reallöhne sinken auch in den alten Bundesländern um mindestens ein Prozent. Darin sind die voraussichtlich zu erwartenden Erhöhungen der Mineralölsteuer bzw. die geplante Autobahngebühr noch nicht enthalten. Wie sich die Konjunktur verbessern soll, wenn auf dem Binnenmarkt die Kaufkraft sinkt, bleibt das Geheimnis der Repräsentanten dieser Politik. Während die Gewerkschaftsbasis der ÖTV den letzten Tarifabschluß, der ihr Lohnerhöhungen unter der zu erwartenden Inflationsrate zubilligt, widerspruchslos angenommen hat, gibt es inzwischen ernsthaften Protest und Streikbeschlüsse gegen den Vertragsbruch verschiedener Unternehmerverbände, die den Stufenplan der Lohnangleichung für Ost- an Westlöhne bis 1994 einfach ausgesetzt haben und den ostdeutschen Arbeitern statt der 1993 vorgesehenen 26 Prozent nur ca. 10 Prozent zubilligen. Damit steigen jedoch nach Auffassung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI) nur die Grundverdienste, nicht aber zusätzliche Bestandteile des Einkommens wie Leistungszulagen, Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt. Die Wochenarbeitszeit ist im Osten höher. Die Regelarbeitszeit lag dort 1992 bei 40,12 (1991: 40,22), im Westen bei 38,07 (1991: 38,14) Stunden. Das effektive Tarifniveau in der Metallindustrie in Sachsen beträgt im Vergleich mit Bayern realiter nur 56 Prozent (ND, 4.2.93).

Der Versuch, die gewerkschaftlichen Rechte abzubauen

Die jüngsten Vertragsbrüche seitens der Arbeitgeber, die die vereinbarte Heranführung der Osttarife an die westlichen stornieren, zeigen ein weiteres Mal, auf wessen Kosten und zu wessen Nutzen der Osten »saniert« werden soll. Das Argument, die hohen Lohnkosten verhinderten Investitionen, erweist sich als scheinheilig, da auch die bisher niedrigeren Löhne kein Anreiz waren. Zwar befördert ein Tarifgefälle im allgemeinen die Kapitalflucht in Billiglohnländer und läßt dadurch den Konsum im eigenen Land schrumpfen; zwar sind die BürgerInnen der Ex-DDR nicht nur zu Unter-Tarif-Arbeiten bereit, sie lassen sich auch als SchmutzkonkurrentInnen der westdeutschen, bisher relativ gut bezahlten Arbeitskräfte mißbrauchen. Im Falle der DDR-Industrie erwies es sich aber für das westdeutsche Kapital als noch profitabler, diese einzuebnen und massenweise in wohlfeile Immobilien zu verwandeln. So besteht jetzt neben einer riesigen Reservearmee auch ausreichend Reservegrundbesitz. Man muß nicht das Risiko eingehen zu investieren, wenn man durch Spekulation Geld machen kann.

400 Hanna Behrend

Ebenso abstrus ist das Argument, hohe Lohnkosten ließen Klein- und Mittelbetriebe nicht aufkommen. Der ständige Strom von Konkursen dieser Betriebe ist den explodierenden Gewerbemieten, den »ungeklärten Eigentumsverhältnissen«, der geringen Kreditbereitschaft der Banken und den bürokratischen Schikanen der Behörden geschuldet, nicht hohen Löhnen. Diesen Betrieben könnte man auch befristete Lohnsubventionen gewähren, um ihnen in der ersten Zeit ein Überleben zu sichern. Was die Großbetriebe betrifft, so haben diejenigen, die in Ostdeutschland überhaupt arbeiten lassen, ihre Lohnkosten durch Reduzierung ihres Arbeitskräftepotentials bereits kostengünstig gestaltet.

Mit der Anfang März 1993 verkündeten Schließung des Stahlstandorts Duisburg-Rheinhausen hat sich die Firma Krupp-Hoesch in eine Vorreiterrolle begeben, indem sie das ostdeutsche Beispiel auf den Westen übertragen hat. Nicht die Vernichtung Tausender Arbeitsplätze ist signifikant; in den letzten drei Jahren ist in Ostdeutschland ein Vielfaches dieser Zahl ersatzlos niedergewalzt worden, ehe z.B. die Landesregierung von Brandenburg dem weiteren Abbau zumindest in ihrer Stahlindustrie einen Riegel vorschob. Es geht nicht nur erstmals wieder in signifikantem Umfang um westdeutsche Arbeitsplätze, es geht um solche, die beim letzten Versuch, sie abzubauen, eindrucksvolle gewerkschaftliche Kampfaktionen auslösten, weshalb die Unternehmen ihren Kahlschlagsversuch zunächst aufgaben. Die ersten Reaktionen auf den jetzigen Schließungsbeschluß der Konzernleitung zeigen aber, daß es mit dem Widerstand diesmal nicht sehr weit her ist. Nichts deutet bisher auf die Vorbereitung eines landesweiten Solidaritätsstreiks hin, der alle Stahlwerker einbezieht. Nichts deutet auf ein Konzept der IG Metall hin, das über die gebetsmühlenartig wiederholte Forderung hinausgeht, der Stahlstandort müsse erhalten bleiben. Die nationale Stahlkonferenz ist von Regierung und Stahlindustrie bereits erfolgreich abgeschmettert worden. Keine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung und damit anderer Verteilung der knapp gewordenen Arbeit wurde erhoben. Die EG, die erst jüngst mit ihrem Bananenzoll-Edikt 600 000 Plantagenarbeitern Lateinamerikas die Existenzgrundlage entzog (ob diese nun auch Mohnfelder anlegen werden?), könnte doch veranlaßt werden, mit der gleichen Konsequenz, mit der sie eine restriktive Agrarpolitik zugunsten weniger Großagrarier durchsetzt, einen europaweiten Importstopp für Dumping-Preis-Stähle zu dekretieren.

Es gibt bisher auch keine Forderungen nach Ersatzarbeitsplätzen. Voraussetzung dafür wären Recherchen, welchen Waren eine Zukunftschance auf den inund ausländischen Märkten vorausgesagt wird, oder wieviel Stahl absetzbar würde bei einem großzügigen staatlichen Programm für die Sanierung der Eisenund Straßenbahnen, für den Ausstieg aus der Kernenergie und für alternative Energiequellenerschließung. Statt dessen trägt man sich, was die Bahn betrifft, mit Privatisierungsabsichten, die, wie in Großbritannien ersichtlich, das Zurückstutzen des einst flächendeckenden Bahnnetzes zur Folge haben, weil sich kein Privatbetrieb ein solches ohne Subventionen leisten kann.

Auch die Reaktion der Stahlwerker selbst verweist auf ihre geringe Siegeszuversicht. Während deutschlandweit 40000 Existenzen auf dem Spiel stehen (ND, 17.2.93), sind bisher nur ein paar tausend Duisburg-Rheinhausener Stahlwerker mit ihren Frauen auf die Straße gegangen.

Wofür gibt die Regierung Geld aus?

Die Stahlkonzerne schreiben rote Zahlen in unvertretbarer Höhe, hört man. Auch die Regierungskassen sind leer. Deshalb müssen alle sozialen Gruppen zum Sparen veranlaßt werden – vom Konzernboß bis zur alleinerziehenden Sozialhilfeempfängerin. Jedoch wird weiterhin an den merkwürdigsten Stellen sehr viel Geld ausgegeben. Das Militär und die Geheimdienste, die nach dem Ende des kalten Krieges eingespart werden sollten, müssen nun doch erhalten bleiben. Deutschland könne sich doch nicht in aller Zukunft vor der Beteiligung an »friedensstiftenden« Maßnahmen drücken. Immer deutlicher wird der Wunsch artikuliert, endlich aus der seit 1945 zwangsweise praktizierten Abstinenz im militärischen Bereich herauszukommen. Auch Olympia 2000 in Berlin dient dem propagandistischen Ziel, Gesamtdeutschland als führende Großmacht mit allen Insignien des Erfolgs auszustaffieren. Es ist ein kostspieliges, nur wenige Baulöwen, Immobilienhaie und Politiker begünstigendes Vorhaben.

Geld wird auch durch die sittenwidrige Umbenennung von Straßennamen vergeudet, die an von den Nazis hingerichtete WiderstandskämpferInnen erinnerten, sowie durch das Schleifen von Mahnmalen und Skulpturen, die von den Konservativen ungeliebte Persönlichkeiten darstellen. Eines der teuersten, ausschließlich dem politischen Motiv der Zerstörung all dessen, was an die positiven Seiten der DDR-Vergangenheit erinnert, geschuldeten Vorhaben ist der beabsichtigte Abriß des Palasts der Republik. Er war u.a. der Tagungsort der Volkskammer, bis er wegen des bei seinem Bau verwendeten Asbestes im Frühjahr 1990 geschlossen wurde. Die Gefährdung durch Asbest teilt dieses Gebäude mit zahlreichen weder geschlossenen noch zum Abriß freigegebenen öffentlichen Einrichtungen in Westberlin. Sie wird erst durch den Beschluß von Abriß statt Sanierung zur realen Gefahr. Die Mehrheit der Ostberliner ist empört, daß dieses wegen seiner billigen Gaststätten und seines kulturellen Angebots beliebte Wahrzeichen Ostberlins, das seit der Schließung riesige Kosten für seine Unterhaltung verursacht, nun für weitere Millionenbeträge auf Kosten erneut derjenigen, die bereits seinen Bau finanzierten, zerstört werden soll. An seine Stelle soll ein an das alte Stadtschloß erinnerndes Gebäude kommen, dessen Bau die Kosten des Aufbaus, der Stillegung und des Abrisses des Palastes in den Schatten stellen werden. Ob die beabsichtigten Protestaktionen angesichts der Verschwendungssucht, die die Bundesregierung im Zusammenhang mit ihrem Umzug an den Tag legt, erfolgreich sein werden, bleibt abzuwarten.

Die Säckel der Landesregierungen sind jedoch vor allem deshalb leer, weil Großverdiener im Osten rar sind und zudem nur vergleichsweise geringe Steuern zahlen. Das Steuereinkommen aus Mehrwert-, Lohn- und Gewerbesteuern ist in den neuen Ländern der Deindustrialisierung zum Opfer gefallen, und in den alten beginnt es wegen der Rezession zu stagnieren. Daher sollen die Verbrauchersteuern entgegen früheren Versprechungen nochmals kräftig erhöht werden.

Im kleinen ist es wie im großen: Das spontane Wirken des Marktes löst am Ende unseres Jahrhunderts kein Problem mehr. Der soziale Wohnungsbau findet mangels Finanzen nicht mehr statt. Der »spontane« Wohnungsmarkt ist außerstande, die Mehrheit der Wohnungssuchenden zu versorgen. Die viel geschmähten

402 Hanna Behrend

Plattenbauten des DDR-Wohnungsbauprogramms, für deren Instandhaltung bereits in DDR-Zeiten kaum Geld ausgegeben wurde, sind in den letzten drei Jahren immer mehr verkommen. Anstatt die wesentlichen Instandsetzungsarbeiten durchzuführen, werden die Gebäude entweder weiter heruntergewirtschaftet oder mit so hohen Kosten »auf westlichen Standard« gebracht, daß die Mieter sie sich danach nicht mehr leisten können. Die bisherige Erhöhung der Mieten auf das Fünf- bis Zehnfache führte bisher keineswegs zur Sanierung.

Dabei ist deutsches Kapital im Überfluß vorhanden. Schließlich war die Einheit für die westdeutsche Wirtschaft ein Geschenk des Himmels. Banken, Versicherungen, Herstellerfirmen aller Art konnten der Nachfrage der ersten beiden Jahre kaum nachkommen. Vom Vereinigungsboom profitierten abgehalfterte Politiker, mittelmäßige, oft bereits berentete Wissenschaftler, Richter, Staatsanwälte, Zeitungsleute, Beamte usw. Ihre Einkommen erhöhten sich durch Zuschüsse aller Art. Nicht zuletzt erwies sich die deutsche Einheit auch als ein Segen für die weniger respektablen Branchen wie die Sex- und Pornoindustrie; ganz zu schweigen von dem neuen Betätigungsfeld, das Ostdeutschland für Kriminelle bot. Die Zahl dieser Delikte eskalierte in ähnlichem Umfang wie die Zahl der Eheschließungen und Geburten abnahm.

Die politische Klasse bedient sich weiterhin aus den Staats- und kommunalpolitischen Säckeln teils außerhalb der Legalität, teils völlig legal durch Erhöhung von Diäten, Aufwands- und Trennungsentschädigungen u.a.m. Skandale dieser Art bleiben folgenlos. Werbeaktionen unter Ausnutzung des politischen Amtes, Gratisflüge, Gratis-Firmenwagen, teure Reisen und andere »Gefälligkeiten« der großen Firmen für die politischen Führungskräfte haben jüngst wiederum die Korruption der SED-Prominenz auf Plätze ganz weit hinten verwiesen.

Weshalb gibt es so wenig Widerstand?

Daß die Einkommenseinbußen der weniger Bemittelten notwendig seien, um die »deutsche Einheit« zu finanzieren, wird heute in größerem Umfang nur noch in den alten Bundesländern geglaubt. Dort ziehen noch Argumentationen, wie sie von dem Politologen der Freien Universität in (West-)Berlin, Arnulf Baring, in seinem Buch »Deutschland – was nun?« verkündet wurden: »Die Leute drüben haben einfach nichts im Kopf ... Ob sich heute einer dort Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Psychologe, Soziologe, selbst Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal: Sein Wissen ist auf weite Strecken unbrauchbar ... Viele Menschen sind wegen ihrer fehlenden Fachkenntnisse nicht weiter verwendbar.« Daher müssen die BundesbürgerInnen West die teure Sanierung der maroden DDR-Industrie und Landwirtschaft bezahlen und überdies noch das dafür erforderliche Personal liefern. Daß die so Abqualifizierten, von denen bekanntlich in den vierzig Jahren mehr als vier Millionen mit den Füßen gegen den Staat abstimmten, der sie angeblich so schlecht ausgebildet hatte, vom Westen immer gern abgeworben und beschäftigt wurden, muß dem Politologen entgangen sein.

Die massenweise Ausgrenzung ostdeutscher WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen und SportlerInnen gelang durch den erfolgreichen Einsatz des Prinzips »teile und herrsche«. Eine kleine Gruppe ehemaliger DDR-Dissidenten hat sich

zu Handlangern derjenigen instrumentalisieren lassen, die ein materielles Interesse an der Ausschaltung ostdeutscher Konkurrenz auf allen Gebieten und ein ideologisches an der dauerhaften Diskreditierung jedes alternativen Gesellschaftsmodells haben. Sie alle tragen ein gerüttelt Maß Verantwortung für die Mythologisierung der DDR-Staatssicherheit und die Neudefinierung der gesamten DDR-Intelligenz als Menschenrechtsfeinde, Verräter, Stasi-Spitzel, die allein die Existenz des »Verbrecherstaats DDR« ermöglicht hätten. Als soziale Gruppe waren DDR-WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen bis Ende 1989 in den westdeutschen Medien als kritische, reformbereite Geister betrachtet und entsprechend hofiert worden. In zunächst unbemerkten Schritten verwandelten sie sich per kollektivem und individuellem Rufmord in eine undifferenzierte Masse »staatsnaher« und damit, in Gegensatz zu ihren westdeutschen KollegInnen, fragwürdigen Gestalten. Das rechtfertigte ihre Beseitigung aus Arbeitsstellen, die Kürzung ihrer ohnehin vergleichsweise bescheidenen Rentenansprüche. Sie wurden als ungeeignet für den »Aufbau der Demokratie« eingestuft. Ein Beispiel für den individuellen, ja sogar durch ein rechtsstaatlich unvertretbares Gerichtsverfahren legitimierten politischen Rufmord ist der Fall des Reformrektors der Humboldt-Universität Heinrich Fink. Die Zahl der rechtswidrigen, weil ausschließlich politisch motivierten Entlassungen, wie z.B. von bekannten Gelehrten wie den Professoren Klinkmann oder Althaus, ist auf den unteren Ebenen, im Mittelbau der Universitäten, in der Volksbildung, im Sozial- oder Gesundheitswesen und anderswo Legion. Während DDR-Intelligenzrenten »abgeschmolzen« werden, erhalten ostdeutsche Naziwitwen endlich die hohe Rente, die ihnen in Westdeutschland immer zugestanden hätte.

Nach dem Prinzip »irgend etwas bleibt auf alle Fälle hängen« stellen die Medien irgendwelche Behauptungen auf, so z.B. über Professor Porstmanns angebliche IM-Tätigkeit für die Staatssicherheit, eine Denunziation, die der bekannte Aids-Forcher dem Umstand verdankt, daß er sich als ein Unbequemer gegen die Aufstellung »schwarzer Listen« an der Charité wandte; über Honeckers riesige Geheimkonten im Ausland – eine Lüge, die schließlich als unhaltbar wieder fallengelassen wurde (BZ, 9.2.93); oder die »Bild«-Story über den angeblichen Dopingtod des Sportlers Detlev Gerstenberg (ND, 4.2.93), um nur wenige jüngere Fälle zu nennen. Dagegen blieb die Schalck-Schäuble-Connection wie alle anderen Fälle von Zusammenarbeit zwischen deutsch-deutschen Behörden so gut wie unrecherchiert.

Diese Praktiken schaffen ein Klima, in dem seriöse Untersuchungen der Ursachen des Scheiterns des »Realsozialismus« nicht gedeihen können und Solidarität und Widerstand verkümmern müssen.

Eine besonders folgenschwere Konsequenz sind die unbehinderten Aktivitäten der Rechten. Da die immer konservativer agierenden Parteien des Establishments das neue Feindbild der »Linken, Sozialisten, Kommunisten, Alternativen« mit den Neonazis teilen, bleiben die Repressionsorgane weiterhin auf diesem Auge blind. Das Verbot einiger extrem rechter Organisationen war Augenwischerei. Neue Gruppen bilden sich unter neuen Namen. Bekannte Rechtsextreme finden in der NPD Unterschlupf. Die rechte Gewalt erzielte 1992 ein Rekordhoch von 2285 Gewalttaten, 54 Prozent mehr als im Jahr davor. 17 Ermordete, zahlreiche

404 Hanna Behrend

Schwerverletzte. Weiterhin werden Asylbewerberheime angegriffen. Die meisten Anschläge wurden in Nordrhein-Westfalen verübt (513; Brandenburg 229). Pro 10000 Einwohner liegt Mecklenburg-Vorpommern mit 9,52 an der Spitze, gefolgt von Brandenburg mit 8,83 und Schleswig-Holstein und dem Saarland mit 4,19 (BZ, 6.2.93). Auch die jüngsten Wahlen in Hessen weisen auf die wachsende Vorliebe der Noch-Wählenden für die Rechten hin. Verglichen mit der drittstärksten Partei der Nichtwähler sind die Wähler der Rechten zwar immer noch eine relativ kleine Minderheit. Viel bedeutsamer als die knapp zehn Prozent rechter Wählerstimmen ist jedoch der Umstand, daß sie Verbündete in der Justiz, Polizei und auch in den großen »Volksparteien« haben. Die von diesen Parteien betriebene Erosion des Grundgesetzes, wie sie u.a. in der Ausländerpolitik sichtbar wird, hat den Rechten in die Hände gearbeitet.

Es entstanden jedoch in den letzten Jahren neue Aktivitäten, die gemeinhin nicht als Widerstandsformen definiert werden. Zum größten Teil, aber keineswegs nur in Ostdeutschland und nicht selten in ost-westlicher Zusammenarbeit, fanden sich die verschiedensten Betroffenenvereinigungen, Verbände, Vereine zusammen, organisierten Foren, gründeten Clubs, Cafés usw., schufen bürger-Innen- und frauenbewegte, ausländerInnenfreundliche, religiöse, humanistische oder andere systemkritische Gruppen, Projekte, die Geschichte aufarbeiten, Selbsthilfe initiieren, kritische politische Bildung vermitteln, das Selbstbewußtsein Ausgegrenzter stärken, soziale Beratungen und viele andere Aktivitäten durchführen, die insgesamt eine Gegenöffentlichkeit mit vielen Beziehungen und Querverbindungen zur dominanten Öffentlichkeit darstellen. So hat z.B. das Europäische Bürgerforum im vergangenen Herbst eine sehr erfolgreiche Landwirtschaftskonferenz im Oderbruch mit TeilnehmerInnen aus Ost und West organisiert. Alle diese Gruppen wenden sich gegen die Entsolidarisierung der Erwerbstätigen, die Ausgrenzung der aus dem Erwerbsleben Hinausgedrängten, die ideologische und manchmal auch materielle Vernichtung des Lebenswerks alternativ Denkender. Die Einschränkung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen behindert diese Aktivitäten zwar, hat sie aber bisher nicht liquidieren können. Interessanterweise haben in vielen Fällen MitarbeiterInnen solcher Projekte, deren Bezahlung auslief, die Arbeit ehrenamtlich fortgesetzt, während sie von der Arbeitslosenunterstützung ihren Lebensunterhalt bestreiten. Noch führen diese alternativen, nichtkommerziellen Aktivitäten ein im wesentlichen unvernetztes Dasein. Der Streik der ostdeutschen Metallarbeiter und die ihnen zuteilgewordene Solidarität in Ost und West zeigt, daß große und wenigstens teilweise erfolgreiche Aktionen möglich sind. Gelänge es, den Widerstand in ganz Deutschland zu vernetzen und europaweit Gemeinschaftlichkeit in den wichtigsten Fragen herzustellen, so wären die Kräfte der Apokalypse aufzuhalten.

Laudatio für Helga Königsdorf*

Zwischen Roswitha von Gandersheim und Helga Königsdorf hin und her denkend, kam mir immer wieder ein Begriff in den Sinn: Gewißheit. Die Welt, von der Roswitha vor reichlich tausend Jahren in ihren Texten erzählte, ist letztlich wohlgeordnet. Letztlich. Die Verhältnisse ihrer unmittelbaren Gegenwart, die im Epos »Ottos Taten« zur Anschauung kommen, sind von endlosen Machtkämpfen und Kriegen gekennzeichnet, von Intrigen, Lug und Trug selbst im engsten Kreis der Herrscherfamilie. Otto wird von Bruder, Sohn und Schwiegersohn zeitweilig gnadenlos bekämpft. Die Chronistin unterschlägt diese prekären Fakten nicht, schiebt jedoch die Verantwortung dafür dem Bösen, dem Teufel zu. Dadurch bleibt das Bild der Weltordnung heil. Was gut oder böse, richtig oder falsch ist, steht unverrückbar fest. In diesem Weltverständnis scheint alle Unsicherheit des Lebens eingeordnet in einen Heilsplan und wird damit als sinnvoll interpretierbar.

Nun der Sprung über tausend Jahre hinweg: Mit Unsicherheit haben Helga Königsdorfs Texte auf weitaus verwickeltere Weise zu tun. Bedrohlichen Widersprüchen in den Lebensverhältnissen wird nicht Gewißheit geschichtlicher oder himmlischer Gerechtigkeit entgegengesetzt. Mehr noch: Die Autorin scheint es geradezu auf Verunsicherung der Lesenden anzulegen. Nehmen wir ihre große Erzählung »Ungelegener Befund«, die im Frühjahr 1989 abgeschlossen und 1990 publiziert worden war. Krisenhaftigkeit und Unheilsahnungen prägen Handlungsanlage und Motivwelt. Der Protagonist erfährt bis zum Ende nicht, ob er seinen bislang hochgeachteten Vater auf Grund jüngster Brieffunde plötzlich verdächtigen muß, sich in der Nazizeit als Rassebiologe schuldig gemacht zu haben. Helga Königsdorf unterstellt, die Wahrheit sei nicht herauszufinden; er müsse mit der Ungewißheit leben, er müsse sein Verhalten auf den schlimmen Zwiespalt gründen, nicht genau zu wissen, was richtig und was falsch sei.

Die individuellen Konflikte bettet Königsdorf in die Krisensituation der DDR-Gesellschaft ein, in der ihr Held bislang teils angepaßt, teils kritisch gelebt und gearbeitet hatte. Die Zeit der Handlung, 1986 bis 1988, wird charakterisiert als eine Situation »trügerischer Stille«. Ihn bedrängt die Empfindung, eine Sturmböe reiche aus, »um das Unterste nach oben zu kehren«. In seiner Not sieht er sich ohne Beistand, kann er sich weder auf eine religiöse noch eine andere »sichere« Orientierung zurückziehen. Von absichtlicher Verunsicherung der Leserinnen und Leser möchte ich insofern sprechen, als Helga Königsdorf sie genauso im Unklaren läßt wie ihre literarische Figur, und zwar absichtlich. Das Schlüsselwort für die Orientierung des Protagonisten ist Würde, ein Begriff, der der Autorin unabgenutzt erschien. Wie sein äußeres Leben weitergeht, ist unklar. Die Karriere hat er preisgegeben, auf einen geliebten Menschen verzichtet. Was immer er verloren hat, seiner selbst kann er sicher sein, mehr als je zuvor. Daß es einem Individuum auch in Bedrängnis möglich sei, menschliche Verläßlichkeit und Würde zu gewinnen, ist die Botschaft des Buchs.

406 Eva Kaufmann

1987 hatte sich Helga Königsdorf für eine »neue Kassandra-Funktion« der Literatur ausgesprochen, damit meinte sie eine »Kassandra, die nichts beschönigt und die trotzdem ermutigt, sich gegen das Unheil zu wehren«. Solche Auffassung impliziert Botschaften, wie wir sie in »Ungelegener Befund« und »Respektloser Umgang von 1986 finden. Eine gewisse Empfänglichkeit dafür konnte die Autorin damals beim Publikum voraussetzen. Aufs Ganze gesehen, sind die Texte mit expliziter Botschaft jedoch nicht häufig. Meist überläßt es die Erzählerin den Lesenden, den Sinn selbst herauszufinden oder anders gesagt, hinter die »Moral von der Geschicht« zu kommen; oft erzählt sie doppelbödige Geschichten mit überraschenden Pointen, die darauf angelegt sind, falsche Gewißheiten zu erschüttern, Selbstverständliches zu hinterfragen. Das Bemühen, Leser und Leserinnen zu verunsichern, richtet sich auch gegen offiziöse Denkmuster, die die gesellschaftlichen Verhältnisse als wohlgeordnet und stabil ausgeben. Dies wiederum hängt mit ihrer Biographie zusammen, mit ihren Erfahrungen in der DDR, vor allem auch in ihrem ursprünglichen Beruf als Mathematikprofessorin. Als sie mit 40 Jahren, also relativ spät, literarisch zu publizieren begann, verfügte sie über intime Kenntnisse von einem Wissenschaftsbetrieb, hinter dessen respektgebietender Fassade sie geschäftigen Leerlauf, Vergeudung von Talenten, Lähmung von Kreativität aufdeckte. In mehreren Geschichten der Bände »Meine ungehörigen Träume«, »Der Lauf der Dinge« und »Lichtverhältnisse« geht es um fatale Stabilität: trotz offensichtlicher Vernunftwidrigkeit und Uneffektivität erweisen sich die vorgeführten Mechanismen des Wissenschaftsbetriebes gegenüber allen Störungen als resistent. Die verkehrte Ordnung triumphiert. Lachen wird provoziert, weil auf den ersten Blick niemand Schaden nimmt; die Mehrheit der Beteiligten profitiert sogar. Dennoch Unbehagen als Nachgeschmack. Etwas wichtiges bleibt ungenannt auf der Strecke: die Zukunft. Inwieweit sich Lesende auf solche Art Interpretation und Verallgemeinerungen einließen, hing von ihren Erfahrungen und Bedürfnissen ab. Königsdorf rechnete beim Schreiben zu einem gewissen Teil auf Gleichgesinnte, mehr jedoch auf Leserinnen und Leser, die durch Erziehung und Gewöhnung Mißverhältnisse entweder nicht sehen oder verdrängten.

1978 stellte Helga Königsdorf ihren ersten Erzählungsband unter den Titel »Meine ungehörigen Träume«; fünf Jahre später gibt es im Band »Der Lauf der Dinge« das Prosastück »Meine zentnerschweren Träume«. Darin äußert sich zunehmend illusionslose Lebenssicht. In den »ungehörigen Träumen« hatte übermütige Freude über die neuen Erfahrungen und Genüsse mitgeschwungen, die mit dem Schreiben in ihr Leben gekommen waren. Und zugleich äußert sie sarkastisch, daß sie als Geschichtenschreiberin womöglich »ein unbemanntes Dasein« würde fristen müssen. Derlei Bedenken hatten bei ihren mathematischen Publikationen schwerlich auftauchen können. Schöne Literatur hat mit Preisgabe des Subjektiven zu tun. Begibt sich eine Frau als Schriftstellerin in die Position eines öffentlichen Wesens, ist sie für alte und neue Frauenrollen disqualifiziert. Ich wüßte von keinem Schriftsteller, der wegen seines Schreibens unbeweibte Existenz befürchtet hätte!

Helga Königsdorf läßt sich nicht schrecken. Sie macht aus ihren Erfahrungen eine Geschichte. In »Ehrenwort – ich will nie wieder dichten« wird komisch

ausgestellt, wie sehr Ehemann, Sohn und Chefs unter dem Tun der frischgebackenen Dichterin leiden. Aber auch diese, die als Ich-Erzählerin präsentiert wird, gerät unter ironische Kritik. Sie weiß sich nicht zu ihrer neuen Rolle zu verhalten. Dabei ist spürbar, daß die Autorin ganz auf ihrer Seite steht. Hierin liegt etwas für sie Charakteristisches. Viele ihrer weiblichen Figuren, auch und gerade jene, bei denen wegen biographischer Details Nähe zur Autorin vermutet werden könnte, sind in die kritische Analyse und das heißt auch, in komische Gestaltung einbezogen. Simples identifikatorisches Lesen verbietet sich.

Helga Königsdorf schreibt im Bewußtsein, den Lesenden nichts vorauszuhaben. Sie sieht sich wie diese verwickelt in Begierden, Tollheiten, Irrtümer. Das bewahrt sie vor Selbstgerechtigkeit; dies wiederum kommt ihr gerade in den turbulenten Zeiten des geschichtlichen Umbruchs zugute.

Mit dem Herbst 1989 hatte sie sich leidenschaftlich in den Strudel der Ereignisse gestürzt und mit einer Fülle publizistischer Beiträge begleitet. Von einem Tag auf den andern reagierend, gleichsam atemlos, zuweilen kopflos. Wo alles in Bewegung war, konnte sie nicht stillhalten, nicht stillsein. Schlug nach allen Seiten, ungedeckt. Einen Teil dieser Reden und Beiträge hat sie in zwei Sammlungen herausgebracht. Diese und der Band Tonbandprotokolle »Adieu DDR« dokumentieren die weitgehend schon vergessenen Turbulenzen.

Mit vielem, was sie seit Beginn ihrer schriftstellerischen Arbeit auszudrücken wünschte, war sie an Schmerzgrenzen gestoßen. Um sie zu überschreiten, bedurfte sie des Schutzes ausgedachter Geschichten, der Freiräume, die die Fiktion bietet. Um so verständlicher, daß sie 1991 begann, die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit in der phantastischen Erzählkonstruktion von »Gleich neben Afrika« zu verarbeiten. Dabei geht sie mit der weiblichen Hauptfigur, die viel mit der Autorin zu tun hat, hart ins Gericht. Das ist unausweichlich, der Selbstbehauptung wegen. Zur Selbstermunterung die melancholische Anspielung »Vorwärts, tapferer Zinnsoldate, den Rinnstein hinab. Wo eben bloß Gosse war, ist jetzt ... Ach, schaut doch selbst hin. «Wie hier, so vielfach in diesem Text die offene Frage, die provozierende Leerstelle als angemessener Ausdruck der Lage. Bewußte Verunsicherung ist überflüssig geworden. Gewißheiten und Botschaften fallen ohnehin aus.

Glücklicherweise sind ihr weder Schreiblust noch das Lachen vergangen. Das Komische, wohl zu unterscheiden von versöhnlicher Humoristik, hat ihren Texten von Anfang an den besonderen scharfen Reiz verliehen. Wir wissen vor allem durch Irmtraud Morgner, wie ungewöhnlich und zugleich lebensnotwendig einer schreibenden Frau das Lachen ist. Königsdorf handhabt die verschiedenen Spielarten des Komischen, besonders die zusammengesetzten souverän. Ironie und Groteske werden genutzt, um Widersprüchliches, vor allem auch im Hinblick auf Emotionen, erzählbar zu machen. Sie stellt sich dem Widersprüchbewußt, auch und weil er oft an die Schmerzgrenze treibt. Das führt in der Konsequenz nicht selten zum schwarzen Humor, der ihr schr liegt.

Ihr Blick auf Menschen ist oft gnadenlos. Bei der Erfindung geschliffener Bosheiten scheint sie in ihrem eigentlichen Element. Aber es gibt Gegenläufiges. In Anlehnung an Saint Exupéry setzt sie über eine Geschichte das Motto »Man sieht nur mit dem Herzen gut«. Das ist bitter ernst gemeint. Die Sehnsucht nach Güte,

408 Eva Kaufmann

Zärtlichkeit und Liebe zieht sich durch viele Texte. Herz und Kopf stehen in einer dem Werk förderlichen Weise im Widerstreit. Er setzt Kräfte frei, die die Phantasie beflügeln.

Alle sechs Prosabücher sind schmal. An Substanz, an Einfällen mangelt es nicht. Es liegt am Hang zum Lakonismus, vorherrschend in komischer wie in ernsthafter Gestaltung. Königsdorfs Lakonismus kommt zu einem guten Teil her aus ihrer langjährigen Berufsarbeit. Mathematik verlangt äußerste Knappheit, Exaktheit und Folgerichtigkeit, und die wiederum haben zu tun mit Eleganz, sogar mit Schönheit.

Helga Königsdorf vermag mit sparsamen Mitteln Wirkung, vor allem auch emotionale hervorzubringen. Durch Montage verknappter Textelemente läßt sie die Dinge hart aufeinanderstoßen. Daraus vor allem ergeben sich reiche Untertexte. Diese entschlüsseln sich, wenn man der strengen Logik der Fabeln nachgeht. Die Konturen von Begebenheiten und Charakteren sind mit sicheren Strichen gezogen; die Handlung scheint scharf ausgeleuchtet. Dahinter und dazwischen Unheimliches, dumpfe Ängste und Abgründe, auffällig besonders in den zahllosen Träumen und Traumfetzen. Phantasie und Präzision bedingen und ergänzen einander.

Lakonismus, dies nur nebenbei, finde ich auch in Texten Roswithas, insbesondere in ihren Stücken verblüffend stark ausgeprägt. Was stilistisch ähnlich wirkt, hat verschiedenartige Ursachen und Funktionen. Ich komme am Ende auf das Problem der Gewißheit zurück. Was immer in Roswithas Texten an Greueln zur Sprache kommt, am Sinn menschlicher Existenz wird nicht gedeutelt oder gezweifelt. Für Helga Königsdorf aber stellt sich die Frage nach dem Sinn des Lebens immer neu, und sie stellt sie in ihren Texten mehr oder weniger direkt. In der großen Erzählung »Respektloser Umgang« über eine von unheilbarer Krankheit heimgesuchte Mathematikerin und die von ihr heraufbeschworene Lise Meitner kreist die Handlung um die Frage, wie es auszuhalten ist, daß einer das Leben in jungen Jahren verkürzt und beschnitten wird. Hinter der lebensund menschenfreundlichen Antwort steht hinreichend eigene Erfahrung. Für eine Schriftstellerin wie Helga Königsdorf gibt es, so wie die Dinge laufen, keine endgültige Antwort und Beruhigung. Und eben das ist eine der Triebfedern ihres Schreibens. Sich den Widersprüchen auszusetzen, ist ebenso schmerzhaft wie produktiv. Es gibt keine andere Sicherheit als die des rastlosen Arbeitens - und als Resultat Texte, denen auch die Lust am Dasein anzumerken ist, und die sich beim Lesen mitteilt. Das alles zusammen ist der Roswitha-Medaille wohl wür-September 1992 dig.

^{*} Gehalten anläßlich der Verleihung der Roswitha von Gandersheim-Medaille an Helga Königsdorf am 2.10.1992 in Frankfurt/M.

»Du, wir werden so friedliche Bürger – kann das gutgehen?« Der Briefwechsel zwischen Brigitte Reimann und Christa Wolf¹

Die beiden Frauen trennten nur knapp vier Jahre Altersunterschied, aber die Briefe legen Zeugnis davon ab, daß sie ihre Lebenswelten weit auseinander gewählt hatten. Es »streiten«, indem sie sich berühren (ganz in diesem Sinne) unterschiedliche Lebensformen miteinander. Brigitte Reimann heiratet das erste Mal mit 22, dann wieder mit 28, erneut mit 33 und noch einmal mit 40. Sie leidet an ihrem »Umgang« mit »Verrückten und Schwulen und Barkeepern«, sie kann nicht schlafen und trinkt, versucht ihre Unruhe mit Tabletten einzuschläfern, raucht gegen sie an, es stoßen ihr »idiotische und überflüssige Männergeschichten« gegen das Sich-Selbst-Ausgesetztsein zu. Sie sehnt sich – ungläubig – nach der »reineren Luft«, in der sie Christa Wolf vermutet, die »mit lauter klugen und anständigen Leuten« (75) umgeht. »Mir wäre sehr ... nach Eurem Haus - einer Familie [zumute] ... Daß so was geht und sogar gutgeht ... sehr merkwürdig.« (88) Christa Wolf heiratet mit 21 Jahren und lebt bis heute mit diesem Mann zusammen. »Ein so lockeres Leben wie du könnt ich mir nicht erlauben, es würde auch nicht zu mir passen, es kommt also gar nicht auf mich zu, das ist überhaupt nicht mein Verdienst ... Von meinen Krisen laß ich möglichst wenig nach außen, nur, wenn's nicht mehr anders geht. Dafür schreibe ich eben.« (77) Ihre Briefe machen sich kenntlich als jene Struktur, die Roland Barthes »Tutti sistemati« nannte: Man wird einer Essenz gewärtig – der der Familie. Christa Wolf hat gefunden, wurde gefunden, sie schuf sich eine Voraussetzung für Produktivität und Produktion, eine Struktur, die sie bewohnt. Brigitte Reimanns Struktur ist die Ungehaltenheit, die Selbstzerstörung und der wie Naturgewalt wirkende Zweifel. Sie weiß nicht, ob sie schreiben kann, ob sie nützlich ist; sie ist verführbar zum kurzen Glück »und ich fühlte mich auf einmal wie früher. weißt du?, ohne Erfahrung und Zweifel und den ganzen Dreck« (76) und muß dann, wenn sie sich auf jemanden eingelassen hat, also von sich als Person mit einem eigenen Leben und zeitraubendem Arbeitsbedürfnis absah, plötzlich hart und fast a-sozial werden, um ihr Schreiben gegen die anderen durchzusetzen: »Katze ist besser als Mann« (143) »Die ewigen Vorwürfe wegen meines Egoismus (in der Arbeit, für die Arbeit) Ich will mich von ihm trennen.« (146) In ihren Briefen wirkt sie zutiefst allein, rückhaltlos und zerrissen. Aber eben auch befreit von traditionellen Formen, was sie hell- und weitsichtig macht. So erkennt sie in ihren jugendlichen Liebhabern: »Jedenfalls haben ihre Probleme etwas mit fehlender Mutterbindung zu tun - wobei 'Mutter' in diesen Fällen für 'Gesellschaft' steht und damit, in einem erweiterten Sinne, für 'Leben' « (79f.). - Sie ist angreifbar und die herrschende Moral in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre muß sie als bedrohlich empfunden haben; sie verläßt Hoyerswerda, weil sie vertrieben wird: »Schlimmer waren die Zänkereien, die Verleumdungen (politische, als die moralischen nicht mehr zogen, weil ich meine

410 Kornelia Hauser

langjährige illegitime Liebe geheiratet hatte), die bösartige Dummheit, die sich da austobte.« (14) Der Umzug ist für sie das Zeichen eines Provisoriums, sie hat kein Zuhause; sie will »friedlicher leben, nicht mit gesträubtem Fell und spitzen Krallen« (13). Christa Wolf ironisiert ihre Umzüge, sie erleidet sie nicht: »Anscheinend ist diese Art von Aktivität ein Ersatz für andere Arten, die einem verwehrt sind.« (9f.)

Das Geschriebene macht angreifbar, beide Frauen sind davon betroffen und jede verarbeitet es anders. Die langen Debatten um Christa T. – lange bevor das Buch überhaupt zugänglich gemacht war - mögen auch für Christa Wolf zerstörerisch gewirkt haben, dennoch wehrt sie sich bis zuletzt mit großem Zorn; vor allem aber unterscheidet sie zwischen ihrer Arbeit und deren Behandlung: »Aber was das Buch betrifft: Für mich ist es nun genau vor zwei Jahren abgeschlossen. Ich glaube kaum, daß man mir noch etwas Kritisches, Zutreffendes darüber sagen könnte, was ich nicht inzwischen selber weiß.« (21) Brigitte Reimann weiß nicht, wer sie genau ist und auf was sie sich bei sich verlassen kann; als ihr die Literaturkritikerin A. Auer vorwirft, ihr Roman Franziska Linkerhand besitze keine Fabel, verbündet sich die Kritik mit dem vorhandenen Selbstzweifel auf totalisierende Weise: »Ich weiß ja, daß ich kein Intelligenz-Riese bin, aber sie hat's mir auf so brutale Art gesagt, daß ich mich bis heute nicht davon erholt habe. « (29) Christa Wolf berichtet in ihren Briefen auch von Arbeitsvorhaben, den Problemen, der Unmöglichkeit, zu einem bestimmten Zeitpunkt zu schreiben; sie ist häufig fähig, ihre kritische Lage aus ihrem Verhältnis zum Gegenstand zu erklären oder sie benutzt jene bewohnte Struktur: ich »legte ... es darauf an, von Gerd ordentlich beschimpft zu werden, faul und brummelig und selbstmitleidig nannte er mich, mitten auf meinen schmerzenden Kopf, das half dann ein bißchen« (95). Für Brigitte Reimann ist das Schreiben »schreckliche Quälerei ..., teils aus Versagensangst, teils aus Gewissensgründen.« (133) Wenn sie von Franziska berichtet, dann negativ; dieses Buch ist nie als ein Vorhaben formuliert, es wirkt eher wie ein Fluch und gleichzeitig zeigt es die Autorin – für sie selbst – als einfalls- als phantasie-los.

Der Ton von Christa Wolf ist heiter, ironisch, sogar lustig wenn sie über ihre Familienmitglieder schreibt, sie gibt nichts »preis«; er ist fast immer resigniert, wenn er von den offiziellen SchriftstellerInnentreffen schreibt, ihrer Öde und Langeweile; er ist eindringlich und bewegt, wenn es um Schreib-Vorhaben geht; er hat Zärtliches und Ungezwungenes, wenn sie sich fürsorglich an die Freundin wendet (sie möge das Trinken jetzt aufgeben, das Rauchen soweit es geht, genügend essen usw.). Im Laufe der Jahre rückt sie näher an Brigitte Reimann heran; sie schreibt zunehmend vorbehaltloser, nachdem sie die Erfahrungen mit der Freundin zutraulicher gemacht haben. Die wiederum schreibt von Anbeginn an direkt und ungeschützt; sie spricht von ihrem - früheren - Neid gegenüber der »Klügeren« und »Unbeirrten«, über das Buhlen um deren Gunst, von ihrer Liebe zu ihr, über das Nichtverstehen von deren Texten. Und während Christa Wolf schreibt, über Kulturpolitik könne sie ihr etwas sagen, aber eben nicht schreiben, beschreibt ihr Brigitte Reimann rein ihr Entsetzen, wie schnell das Vergessen einsetzt in politischen Angelegenheiten und also das Unrecht an Menschen ebenso unaufgehoben bleibt, wie späte Eingeständnisse der SED, Fehleinschätzungen begangen zu haben, nicht als Zeichen wahrgenommen werden (es geht um den Fall Dahlem, der 1972 zu seinem 80jährigen Geburtstag geehrt wurde, indem erstmalig öffentlich der 1953 getätigte Ausschluß aus dem ZK als Fehler der Partei zugegeben wurde). Beide können Witz bei der Beschreibung der Konsumlage oder der politisch-literarischen Zustände entwickeln: »Heimgekehrt und vom zuständigen Sender befragt, wußte ich gleich zu sagen, was mein 'stärkster Eindruck vom Kongreß' war: als ich – collapshalber – mit einer hilfreichen Dame hinter der Bühne herumstolperte, sah ich die Regierung zwischen den Kulissen stehen und Bananen futtern …« (43)

Das Buch ist auch da beredt, wo die Schreiberinnen mehr schweigen als sprechen. Es hat mich angerührt, mit welcher Sorgfalt sich diese Frauen behandeln. Wie sich vorsichtig herangetastet wird an noch fremde, noch nicht mitgeteilte (Lebens-)Bereiche. Es gibt keine direkten Fragen, Aufforderungen oder moralische Wertungen. Niemand prescht vor und versucht von der anderen »mehr« zu erfahren, als diese freiwillig hergibt. Besorgnis (vor allem von Christa Wolf der krebskranken Freundin gegenüber) wird schriftlich hin und hergewogen: Ȇber Dein Verhältnis zu Dir selbst als Frau und über das der Frau in Dir zu Männern weiß ich nicht viel. Was ich ahne, macht mir um so verständlicher, was augenblicklich mit Dir los ist, ohne daß Du es Dir vielleicht selbst bis ins letzte bewußtmachst.« (113) Und es folgt der Vorschlag, sich das Problem, nicht schreiben zu können, in ein erklärendes zu gliedern: sie solle das Können-Motiv in ein Wollen-Motiv verändern. Was will sie nicht wissen und kann es also nicht schreiben. Die Freundschaft zeichnet aus, daß beide Frauen sich gegenseitig ermutigen, da, wo sie es brauchen. Sie erziehen sich nicht, provozieren sich nicht zu Veränderungen, treiben einander nicht an. Niemand fordert zu fremdem Mut auf. Es zeigt sich ein Achtungs-Verhältnis, das auf einer Gleichheit aufruht, die aus der Eigenständigkeit der anderen Person besteht und weder soziale noch moralische, keine finanziellen oder statusmäßigen Differenzen kennt. Es ist auch als ein leises Buch zu lesen gegen die heutigen Entwertungserfahrungen, zu denen vor allem Frauen in den fünf neuen Ländern gezwungen werden. Und als eines, das die Gleichheitsfrage als eine praktisch herzustellende unter Frauen reformuliert. Wir Frauen in den elf alten Bundesländern haben gelernt, den Blick auf das eigene Geschlecht mit der Abfälligkeit der herrschenden Männer zu werfen - wenn wir uns nicht ȟbersehen«. In den Briefen wird im Gegensatz dazu ein Potential sichtbar, das Christa Wolf viel später aus der Freundschaft zwischen Bettina v. Arnim und Karoline v. Günderrode herausschrieb: »Miteinander denken aus Liebe und um der Liebe willen. Liebe, Sehnsucht als Mittel der Erkenntnis brauchen; denkend, erkennend nicht von sich selbst absehen müssen; einander 'die Schläfe brennen' machen von 'heißem Eifer' in die Zukunft. Einander Namen geben, Rollen spielen, die durch die Alltagswirklichkeit nicht gedeckt sind und sie doch aus sich heraustreten, über sich hinausgehen lassen.«²

Anmerkungen

- 1 Brigitte Reimann und Christa Wolf: Sei gegrüßt und lebe. Eine Freundschaft in Briefen 1964-1973. Aufbau-Verlag, Berlin 1993 (190 S., Ln., 29,80 DM).
- 2 Christa Wolf: Die Dimension des Autors, Darmstadt/Neuwied 1987, S. 604.

»Abschied von der Dokumentarliteratur«?

F.C. Delius' Auseinandersetzung mit dem Terrorismus

Der Romancier F.C. Delius nahm einen exemplarischen Platz auf jener Negativliste ein, mit der Jörg Drews den sogenannten Neudeutschen Literaturstreit über
Peter Handke und Botho Strauß eröffnete. Zusammen mit Gisela Elsner und
Martin Walser galt Delius als Verfasser »jener Sorte von Romanen, die ... aus
sozialkritischer Menschenfreundlichkeit geschrieben werden und nur grau und
kleinlich an eben den Verhältnissen kleben, die sie beschreiben« (Drews 1984,
949). Aus dieser literaturkritischen Konstellation¹ ist es erklärbar, daß die
beiden 1981 und 1987 erschienenen Romane von F.C. Delius, in denen er sich mit
dem Terrorismus auseinandersetzt, selbst von wohlwollenden Kritikern als
Nachzügler aufgenommen wurden. Für den dritten Roman gab es 1992 nicht einmal mehr solches Wohlwollen; nun wurde auch im *Freitag* »der Hauch von
Anachronismus« (Mohr 1992) entdeckt und in der *taz* erkannt: »Die Gegenwart
... degradiert zur Zeit manches aus der Vergangenheit zur Fußnote.« (Boock
1992)

Der Vorwurf der Verspätung gilt zum einen der Romantechnik, zum anderen dem Thema. Der in der FAZ häufig rezensierende Germanist Hermann Kurzke rechnete Delius' Romane zu den »weitergepflegten ... Formen engagierter Literatur«, mit denen »viele Autoren einer linksliberalen Form gesellschaftlicher Aufklärung ... treu« bleiben: »Eine Konstante von den sechziger Jahren bis zur Gegenwart bleibt die dokumentarische Literatur. « (Kurzke 1984, 552) Die Kritiker wiederholen die Kernpunkte der in den sechziger Jahren von Hellmuth Karasek und Joachim Kaiser formulierten Ablehnung des Dokumentarismus²; sie tun dies so beiläufig, daß deutlich wird, wie sehr sie mit dem Einverständnis der Leser rechnen können. Dem dokumentarischen Zitieren wird vorgeworfen, durch Imitation die Wirklichkeit zu verdoppeln: »manchmal glaubt man wirklich, man sei bei der Lektüre des Wirtschaftsteils der FAZ« (Bielefeld 1981). Die reportagehafte Verbindung der Zitate durch den »Stimmenimitator unter den gesellschaftskritischen Autoren hierzulande« (Falcke 1992) wird nicht nur »zu direkt« genannt, sondern ihr wird zur Last gelegt, über der Dokumentation des Einzelnen die Gestaltung des Ganzen zu versäumen: »Der Leser erhält nur ein Katastrophenprotokoll, nur eine Aneinanderreihung technischer Details, eine Beschreibung äußerlicher Abläufe, zwischen denen kein Zusammenhang hergestellt wird.« (Fuld 1987) Der Vorwurf der Verspätung richtet sich in der Literaturkritik auch gegen das Thema der Romane. Keine Besprechung nahm die immerhin bemerkenswerte Behauptung des Klappentextes auf, das Jahr 1977 stelle den »Wendepunkt der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte« dar. Statt dessen setzen die Kritiker nicht nur ein allen Lesern gemeinsames Wissen über die Ereignisse, sondern auch eine abgeklärte Bewertung und Deutung voraus. Typisch in der Einvernahme des Einverständnisses, obwohl in der FAZ auf das Feuilleton beschränkt, sind Werner Fulds Sätze: »Inzwischen wissen wir, mit welcher Hektik im Krisenstab ... Maßnahmen eingeleitet wurden, die bis an den äußersten Rand der Legalität gingen. (...) Nur mit Ekel wird man sich an die Hetzkampagnen übereifriger Journalisten z.B. gegen Heinrich Böll erinnern.« (Fuld 1987) Weil alle Rezensenten meinen: »Was damals geschah, ist wohl bekannt« (Rönfeldt 1987), beschränken sie sich in der Charakterisierung von Delius' Chronik auf zwei Schlagworte, die aus der Erfahrung des Terrorismus und der staatlichen und medialen Terroristen- und Sympathisantenjagd die Lehren gezogen haben sollen: Verteidigung des Rechtsstaats und der Meinungsfreiheit.

Der Anschluß der DDR konnte diese vermeintliche Sicherheit - insbesondere durch den 'Stasi-Mythos' – nur bestätigen; so muß Reinhard Mohr den letzten Band tadeln, weil 'die Geschichte' »gerade in den Jahren seit 1989 in einem neuen, klareren, aber auch aufregenderen Licht erscheint. Keine Spur davon in diesem Buch.« (Mohr 1992) Entsprechend dieser liberalen Bewertung und Deutung des 'deutschen Herbstes' 1977 stellen die Kritiker die vom Ideal des freien Individuums abweichenden, negativen Züge der Helden von Delius' Romanen heraus: Ein Held der inneren Sicherheit wird gelesen als Darstellung eines »Mitläufers« (Bielefeld 1981), Mogadischu Fensterplatz als eine des »Gehorsams« (Rönfeldt 1987), Himmelfahrt eines Staatsfeindes als eine der »Logik von Haßliebe und Verfolgungswahn« (Mohr 1992). Mit diesen Definitionen schieben die Rezensenten den Wirklichkeitsbezug der Romane weit von sich und ihren Lesern weg. Man ist sich leicht darüber einig, weder ein »kalte(r) Karrierist ... reinsten Wassers« (Reinhardt 1981) zu sein noch »geduldig wie Schafe« (Fuld 1987) zur »Unterwerfung unter eine neue, absurde, durch Waffengewalt legitimierte Ordnung« (Rönfeldt 1987) zu neigen; den gelernten Bürgern der Zivilgesellschaft erklärt sich die Trilogie nur aus der psychopathologischen, »fast obsessiven« (Mohr 1992) Bindung des Autors ans Thema.

Gegen diese Rezeption möchte ich belegen, daß Delius' Romane hinsichtlich ihrer Erzähltechnik und thematisch in einer polemischen Beziehung zu der herrschenden Deutung und Bewertung des Terrorismus und der Terroristenverfolgung der siebziger Jahre stehen. Meine These ist, daß gerade die Veränderungen des Dokumentarismus aus der Polemik gegen die öffentlich vorherrschenden Deutungsmuster des Terrorismus folgen. Ich möchte in drei Schritten die Romane in verschiedenen Kontexten lokalisieren: Erstens die Veränderung des Dokumentarismus oder das Problem der Subjektivität (die Romane im literarischen Prozeß), zweitens die öffentliche Präsentation des Terrorismus als Geschichte oder das Problem der Fiktion (die Romane in der Wirklichkeit der Medien), drittens die Tendenz oder die liberale Verarbeitung des Terrorismus (Schriftsteller in der Politik).

Veränderungen des Dokumentarismus

Die Vorbemerkungen zu den Romanen zeigen, daß der Autor die objektivistische Selbsttäuschung (vgl. Hermand 1971) der frühen bundesrepublikanischen Dokumentarliteratur nicht teilt. Indem sie sich auf »Erfindungen« (HS 4), auf die »poetische Phantasie des Verfassers« (H 4) berufen oder das Buch als Wiedergabe

414 Helmut Peitsch

»selbstverständlich nur eine(r) Version«, der »des Autors« (M 4), bezeichnen, wird der subjektive Charakter der Darstellung herausgestellt. Weil aber zugleich »Ereignisse der Zeitgeschichte« (H 5), »veröffentlichte ... Aussagen« (M 4) und »Partikel der einen oder anderen Wirklichkeit« (HS 4) als Bezugspunkte genannt werden, wird der Adressat auf die historisch-gesellschaftliche Referentialität der Romane verwiesen. Das Dokumentarische wird auf diese Weise von vornherein zum Element in der Konstruktion eines Modells. Schon in Wir Unternehmer (1966) und Unsere Siemens-Welt (1972) hatte Delius die literarische Subjektivität in der Konstruktion des Zusammenhangs der zitierten Dokumente sich und seinen Lesern nicht verhüllt (1966, 6; 1972, 7). Die Subjektivität der literarischen Verfahren, die Delius in den sechziger und siebziger Jahren anwandte, war die des Satirischen (vgl. Riethus, Voigt 1976, 115f.). Hierin unterschied er sich von anderen Verfassern dokumentarischer Prosa, vor allem von Reportern wie Erika Runge und Günter Wallraff, die dazu neigten, ihre Texte für »unvermittelten Niederschlag der Realien« (Enzensberger 1965, 2) zu halten, aber auch von den Schriftstellern und Kritikern, die der Zweifel an der »Realitätskompetenz der Fiktion« (Wellershoff 1976, 54) zum Dokumentarroman führte.

In den sehr unterschiedlichen Antworten auf die Herausforderung der Literatur durch Medien, Wissenschaften und Politisierung trennten sich diejenigen, die auf die Unmittelbarkeit von Erfahrung gesellschaftlicher Realität setzten, von denen, die letztlich keine außersprachliche Wirklichkeit anerkannten. Während die einen in der Reportage einen unmittelbaren Zugang zur gesellschaftlichen Wirklichkeit gefunden zu haben meinten, der von der fiktionalen Literatur vernachlässigte Realitätsbereiche der Sozialkritik erschloß, sahen die anderen in eben diesem Verfahren einen naiven Glauben an die Möglichkeit subjektiver Erfahrung des gesellschaftlichen Zusammenhangs und zugleich eine manipulative Absicht. Ihnen reduzierte sich Dokumentarismus auf Sprachreproduktion; allerdings meinten sie, in der Sprache die gesellschaftliche Realität objektiv zu erfassen: »wenn Sprache nicht mehr als Instrument erzählter Fiktionen gebraucht wird, sondern sich selbst, ihren und der Zeit Zustand ausspricht, dann täuscht sie nicht mehr, dann demonstriert sie, was ist« (Baumgart 1970, 75). Die zeitweilige Nähe beider Gruppen in der Kritik an der Fiktion, an der erfundenen Fabel, ihren Figuren und an der Distanz des Erzählers, ließ die jeweiligen Voraussetzungen der »neue(n) Objektivität« (ebd.) übersehen. Entsprechend unterschiedlich fielen auch die Abschiede von der Dokumentarliteratur aus, die sich seit Mitte der siebziger Jahre häuften.³

Delius' Romane verabschieden die Dokumentarliteratur weder in die subjektive Authentizität des Autobiographischen⁴ noch in die postmoderne Simulation, in der die populären Medien die Unterschiede zwischen high und low culture ebenso wie die von Fakten und Fiktionen aufheben.⁵ Aber sie stellen sich sowohl dem Problem subjektiver Erfahrung als auch dem der Präsentation gesellschaftlicher Wirklichkeit durch die Medien. Hieraus folgt die zweite Modifikation des dokumentarischen Verfahrens. In Ein Held der inneren Sicherheit, Mogadischu Fensterplatz und Himmmelfahrt eines Staatsfeindes ersetzt Delius nicht nur die dokumentarische Zitatmontage durch das auf die außersprachliche Wirklichkeit anspielende Modell, sondern er erzählt auch Geschichten. Weder

Wir Unternehmer noch Unsere Siemens-Welt boten dem Leser eine Fabel. Die fiktiven Fabeln der Roman-Trilogie lassen sich als Fragen verstehen, die an die bundesrepublikanische Gesellschaft der siebziger Jahre gestellt werden, die Figuren als Blickpunkte, die herausfinden lassen, wie sich Gewißheiten, Phrasen und Ideologien zu den Realitäten verhalten. Die sieben Wochen des Jahres 1977, in denen die fiktive Handlung der Romane angesiedelt ist, sind weniger in ihren vielfach dokumentierten Einzelheiten als in deren ideologischer Verknüpfung von Bedeutung. Sie stellen nicht einfach Tatsachenmaterial dar, auf das sich Delius' fiktive Geschichten beziehen, sondern sie sind in der Bundesrepublik von Staat, Parteien und Medien in einer bestimmten Weise interpretiert worden.

Terrorismus als Fabel

In der offiziösen, von Historikern der drei traditionellen bundesrepublikanischen Regierungsparteien geschriebenen *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* füllen die minutiös beschriebenen Handlungen des Krisenstabs sechs zweispaltige Seiten des großformatigen Bandes über die Jahre 1974 bis 1982; der Historiker Werner Link erzählt die Ereignisse als Beitrag »zur Solidarität mit dem demokratischen Staat«:

»Vielleicht wurde Mogadischu das erste große nationale Symbol seit Gründung der Republik. Man war stolz auf die 'Jungs' von der GSG 9. Die ganze Welt bewunderte diese Anti-Terror-Einheit und ahmte sie nach. Vor allem aber hatte der Staat seine Zähne gezeigt. Auch die Demokratie ließ sich nicht alles gefallen. Das war die große, tiefgreifende Erfahrung eines Volkes, das sich nach dem Krieg in die alltägliche Spannung von staatlicher Macht und individueller Freiheit erst mühsam hineinleben mußte.« (Jäger, Link 1987, 86)

Die Prosa des Historikers zeigt, daß in der Erzählung der Ereignisse des Herbstes 1977 eine Deutung und Wertung der Einzelheiten vermittelt wird, die die zentralen ideologischen Konzepte der damaligen Bundestagsparteien und der Medien im Übergang zu den achtziger Jahren ins Spiel bringt: Grundwerte der Demokratie und nationale Identität. Mit dem Wort »Solidarität« wird das Verhältnis der Bürger zum Staat und das zwischen Regierung und Oppositionsparteien auf einen Konsens verpflichtet, der aus der »Schleyer/Landshut-Entführung« (ebd., 82) seine Beglaubigung erfahren soll. Die Solidarisierung funktionierte als Abgrenzung vom Terror und seinen Sympathisanten. Weniger die Entführungen als ihre Interpretation durch die »in der Öffentlichkeit geführte Debatte über die geistigen Wurzeln des Terrorismus« (ebd., 83) »markierte einen tiefen Einschnitt in ... seiner Bewältigung durch Staat und Gesellschaft« (ebd., 82)6: »Ihr Ergebnis war nicht zuletzt die schärfere Ausgrenzung von Ideen und Theorien, die in ihrer radikalen Systemkritik das Handeln von Terroristen motivieren mochten, auch wenn solche Praxis von den Autoren nicht beabsichtigt war. « (ebd., 83)

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß es in der veröffentlichten Meinung keine wahrnehmbaren Gegenstimmen gab⁷; der Debatte, die keine war, gelang es auch nicht, Ideen oder Theorien, den Marxismus und die Kritische Theorie vor allem, »auf den wissenschaftlichen Prüfstand zu bringen« (Geißler 1978, 18), wie der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, auf der Fachtagung seiner Partei

416 Helmut Peitsch

Der Weg in die Gewalt. Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen am 29./30. November 1977 versprochen hatte; statt dessen erzählte man eine Geschichte. Die Elemente der Fabel des Terrorismus, die bis heute die öffentliche Präsentation des Problems in der Bundesrepublik beherrscht, finden sich bereits in der Rede »Über die politische Verantwortlichkeit der Intellektuellen«, mit der der damalige Oppositionsführer Helmut Kohl die CDU-Tagung eröffnete. In Form eines scheinbar neutralen Forschungsauftrags bestimmte Kohl, welche Figuren die Handlung vom Terrorismus tragen sollten und welcher Anfang sowie welches Ende die Ereignisse in den Zusammenhang einer Geschichte bringen sollten. Kohl gab eine Version der Ereignisse der siebziger Jahre, die von der sozialliberalen Bundesregierung zur Grundlage der Tätigkeit einer Regierungskommission gemacht wurde (vgl. FAZ 29.5.1978) und der die liberale und linksliberale Presse (vgl. z.B. Dönhof 1977) ihre Zustimmung nicht versagen konnte:

»Wir haben die Erfahrung gemacht, daß sich der aktiv handelnde Kern der Terroristen immer wieder aus einem breiten Umfeld von Helfern und Sympathisanten ergänzt. Auf genau diesen Punkt hin müssen wir in der geistigen und politischen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus zielen. Dazu müssen wir ihre Motive kennen, die sie zu willfährigen Helfern oder kritiklosen Sympathisanten werden ließen. Wir müssen wissen, aus welchen geistigen und politischen Quellen sie die subjektive Überzeugung gewinnen, einer Sache zu dienen, die etwas so Schreckliches wie Mord und Terror rechtfertigt. Und wir müssen uns dann schließlich mit jenen geistigen und politischen Strömungen auseinandersetzen, die den Terror, sei es absichtlich und kalkuliert, sei es fahrlässig und naiv oder aber auch ohne unmittelbar zurechenbare Verantwortlichkeit gefördert haben.« (Geißler 1978, 10)

Der Terrorismus wird erzählt als »Karriere« (ebd., 109)⁸ eines Helden; am Anfang steht die Verführung durch Ideen und Theorien, die sich als Sympathie in Motive des Handelns verwandeln; über die Zwischenstufe des Helfers führt der Weg des Helden zwangsläufig zur Gewaltanwendung, mit der die Geschichte ihr Ende findet.

Die erfundenen Fabeln der beiden ersten Delius'schen Romane über 1977 erzählen eine Gegengeschichte zu dieser in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik dominierenden Version vom Terrorismus. Statt die politischen Karrieren der Täter in einem biographischen Längsschnitt zu ordnen, werden Krisenmomente im alltäglichen Privatleben zweier dreißigjähriger Protagonisten vorgeführt, die im Beruf und in Liebesbeziehungen verankert sind. Der Ghostwriter Roland Diehl fürchtet um seinen Arbeitsplatz, die Biologieassistentin Andrea Boländer muß sich zwischen zwei Männern entscheiden. Die auf wenige Tage zusammengedrängte zeitliche Reihe des privaten Lebens ist eng verflochten mit der realen Chronologie des Öffentlich-Politischen. Die Krisen der Hauptfiguren werden nicht nur äußerlich in der Reihe der politischen Ereignisse angesiedelt, sondern die Entführung des Präsidenten des Unternehmerverbandes Hans-Martin Schleyer und der Lufthansa-Maschine »Landshut« sind der Gegenstand der Krisenerfahrung. Dabei treten wichtige Unterschiede in der Zeitbehandlung zwischen den beiden Romanen zutage. Während der im wesentlichen aus der personalen Perspektive des männlichen Protagonisten erzählte Held der inneren Sicherheit eine Krise ohne Verwandlung vorführt, verrät schon der erste Satz der Ich-Erzählerin von Mogadischu Fensterplatz, daß die Krise nicht folgenlos an

der Protagonistin vorübergegangen ist, die im zeitlichen Abstand darüber erzählt.

Politische Zeitgeschichte und Alltagszeit werden besonders in den Chronotopoi (Bachtin 1974, 1162) der Romane verflochten. Die Schauplatzbeschreibungen in Ein Held der inneren Sicherheit entwerfen das Bild eines Stroms der Wirtschaft, der sich in der Form des Konkurrenzkampfes der Individuen bewegt, die Auto fahren. Dieses wie ein Kommentar fungierende Bild hat auf unterschiedlichen Textebenen seine Entsprechungen. Der Autofahrer Diehl regelt auch seine Liebesbeziehungen nach dem Motto der Verkehrswacht »Könner halten Abstand« (H 179), und zu seinen Lieblingsschlagern gehört »I'm in love with my car« (H 181) von den »Queen«, nur noch übertroffen von ihrem »We are the Champions ... of the World« (H 122). Mit dem Strom der Autos gibt Delius' Roman eine umwertende Version des bundesrepublikanischen Kollektivsymbols (vgl. Link, Reinicke 1987, 445), dessen Funktionieren in Realität und Ideologie für den Blick der Leser freigelegt wird. Die politischen Ereignisse lassen den Helden für eine kurze Zeit aus dem »Takt der inneren Sicherheit« (H 210) geraten, der als normaler Alltag dargestellt wird: eine Individualität, deren Erfahrung subjektiver, persönlicher Unabhängigkeit auf objektive, sachliche Abhängigkeit gegründet ist (vgl. Sève 1973, 261-287). Schon der Titel zeigt den ironischen Abstand des Autors, wenn er das der Terrorismusbekämpfung dienende Schlagwort auf die Psyche eines Individuums projiziert und die von der Situation der Abhängigkeit erzwungene Identifikation mit den gesellschaftlichen Bedingungen als persönlichen Vorzug ausgibt. Erfundene Fabel, Figur und Chronotopos sind letztlich satirisch mit der dokumentierten Gesellschaft der Bundesrepublik des Jahres 1977 verbunden, weil Roland Diehl sich als Symptom eines Systems erweist.

Von der metonymischen, satirischen Fiktionalisierung ging Delius mit Mogadischu Fensterplatz zur metaphorischen, eher tragischen über; damit war eine Verringerung der Distanz von Autor und Adressaten zur Erzählerin verbunden. Das Kollektivsymbol Flugzeug wurde einerseits auf der chronotopischen Ebene der Abenteuerzeit zum Gefängnis, andererseits auf der der Krise mit Verwandlung zum Bild des Aufbruchs ins 'ganz Andere'. Die Wahl eines weiblichen Protagonisten dürfte dieser Tendenz Vorschub geleistet haben.

Schriftsteller in der Politik

Delius' in den achtziger Jahren entstandene Krisengeschichten, die die subjektive Erfahrung erfundener durchschnittlicher Intellektuellenfiguren mit einer dokumentierten politischen Krise verknüpfen, unterscheiden sich erheblich von dem letzten Band der Trilogie. Schon der ironische Titel *Himmelfahrt eines Staatsfeindes* und das Motto, »Ich habe ihn geliebt. Horst Herold (BKA) über Andreas Baader (RAF)«, exponieren das satirische Kernmotiv der erfundenen Fabel. In Wiesbaden scheint die Beerdigung dreier Terroristen den »Gedanken« zu realisieren: »Im Tod hört alle Feindschaft auf« (HS 9). Aus vier Perspektiven wird der Tag des »großen Stadtfestes« (HS 85) erzählt – überwiegend aus der des Terroristen Sigurd Nagel (der sehr knappe Rahmen macht das Ganze zur Vision

418 Helmut Peitsch

des Sterbenden). Eingeschoben werden abwechselnd die Perspektiven des italienischen Germanistikprofessors M. Serratta, der Mitglied einer Gruppe zur Untersuchung des Todes (Mord oder Selbstmord) von Margret Falcke ist, des höchsten für Terrorismusbekämpfung zuständigen Polizeibeamten Bernhard Schäfer und der im Luxemburger Versteck Kassetten besprechenden Cornelia Handschuch eingeschoben. Auf mehreren Ebenen vollzieht sich die Auffächerung des Erzählgeschehens in unterschiedliche Deutungen, wobei sich Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Tätern und Verfolgern gerade auch in der Sicht des Beobachters ergeben. Die Ich-Erzählungen Serrattas und Connys erweisen sich in der Handlung des Romans beherrscht von der personalen Perspektive Schäfers: Am Ende ist der Italiener abgeschoben, die Aussteigerin verhaftet. Wenn bei Conny der nur auf Tonband, nicht auf dem Papier (HS 45) mögliche Selbstausdruck dominiert, so geht es dem als Beobachter angereisten Fremden um die Sache, er stellt so beharrlich schriftliche Fragen, wie er kontrolliert über seine Wahrnehmungen und sein Verhalten berichtet. Sigurd Nagels Erzählen des vor ihm ablaufenden Films ist stets publikumsbezogen: »du bist ... der Film« (HS 97), eine ständige Anrede der LeserInnen als »liebe Zuschauer« (HS 233).

Der medialen Differenzierung der Ich-ErzählerInnen entspricht die Situation des personalen Erzählmediums: Schäfer überwacht an »Bildgeräten«. In seiner Vorliebe für den »Blick von oben« (HS 17), um »mittendrin« (HS 244) und »immer dabeisein« (HS 205) zu können, liegt eine erste Ähnlichkeit mit Nagel, dessen Himmelfahrt eine solche Sicht erlaubt. Die Nagel- und Schäfer-Partien des Romans entwerfen das Bild der BRD als eines des Verkehrs: »Alles in Bewegung, Wiesbaden und Rheinmain vereint in den Zuckungen des Stop and Go ...: oben die Mittagsglocken und Mittagsjets, unten die Fernsehgeräte eingeschaltet, die halbe Nation im Begräbnistaumel.« (HS 30) Die Metapher vom Stau entspricht einerseits dem Gegenstand der Satire, dem »Trauerfest« (HS 62) als feierlich stillgestelltem Fluß des Alltags, andererseits der satirischen Erzählweise mit ihren ruckhaften Aufzählungen und der von Schnitt zu Schnitt springenden Fixierung von Bedeutung tragenden Bildern. Diese wird gelegentlich zu Thesen zugespitzt, die sich auch im Essay Serrattas (dem bei weitem längsten Kapitel des Romans; HS 181-193) oder im monologischen 'Einfachdrauflosreden' Connys finden. Hier wird zumeist die Beziehung zwischen der Staatsmacht und ihren Feinden psychoanalytisch als Ambivalenz gedeutet, die die klaren Oppositionen von Liebe und Gewalt, Autoritarismus und Rebellion, Eigenem und Fremdem untergräbt: das führt auf die Ähnlichkeit der sich gegenüberstehenden Feinde, weil jede Seite in sich das bekämpft, was am Fremden als Eigenes wiedererkannt werden könnte.

Wenn der Autor im Klappentext zum Roman diese psychologische Symbiose in eine politische Ambivalenz ausdeutet (Totalitarismus aus antiautoritären Motiven), fällt er – ebenso wie der Verlag mit dem Stichwort vom 'fröhlichen Zynismus' (als ob es um die Entlarvung der Motive ginge) – hinter die Darstellung des Romans selbst zurück. Trotz der Vernetzung der Perspektiven vermeidet die Satire jene Vereindeutigung des Themas, die in der psychologischen Interpretation und ihrer politischen Wendung liegt. Immer wieder wird polemisch

angespielt einerseits auf die wissenschaftlichen Experten (HS 96, 302, 329), deren »Psychogramme« (HS 74) der »Karrieren« (HS 52 u.ö.) wissen, »WIE ALLES ANFING« (HS 277), andererseits auf Bedürfnisse nach »Unterhaltung« (HS 73) und »Entspannung« (HS 233), deren »Liebe zum Schlüsselloch« (HS 53) ein »Psychokrimi« (HS 147) auch in Form von »Memoiren« (HS 51, 303) befriedige. Sigurd Nagels Frage: »Warum überschätzt ihr mich« (HS 330), enthüllt die Leistung der sowohl polyperspektivischen als auch satirischen Konstruktion von Identität, denn sie zieht das Interesse ab von den Täter-Individuen und lenkt den Blick auf die gesellschaftlichen Bedingungen: »ich war die Frage an euch selber« (HS 51). Die Fiktion der Nationalfeier für die toten Terroristen entlarvt unter dem Schein der 'Versöhnung über den Gräbern' das Fortbestehen der zugrundeliegenden Konflikte: »DAS JA ZUR TRAUER IST DAS JA ZUM LEBEN.« (HS 250) Weil die Bedingungen für gesellschaftliche Konflikte in der Integration der Subiekte überdauern, ist diese Gesellschaft weder als Zivilgesellschaft noch als nationale Gemeinschaft zu charakterisieren; dem Beobachter wird die Irritation zugeschrieben: »So locker und selbstbewußt hatte ich die Deutschen noch nicht feiern sehen. « (HS 85) Die Himmelfahrt eines Staatsfeindes zielt auf die Identität des »lockereren« mit dem »stolzeren« Deutschland (HS 23, 165, 312).

Weil der Roman satirisch die Destruktion der die Widersprüche liquidierenden Identifikation betreibt, ist jener Vorwurf des Anachronistischen besonders absurd, der sich auf die 'Wiedervereinigung' beruft, denn das Fest zur Beerdigung von Sigurd Nagel kann nicht gelesen werden, ohne daß an die 'lockereren und stolzeren' Feiertage seit dem 9. November 1989 gedacht wird. Nicht nur wenn Nagel die Worte Erich Mielkes zugeschrieben werden: »ich liebe euch doch alle« (HS 257), lenken gezielte Anachronismen im Roman in diese Richtung. Nur wer sie für harmlos hält, muß Delius den Vorwurf der »Verabsolutierung eines nationalen Syndroms« (Falcke 1992) machen. Ein Rezensent griff zur Abwehr der Satire auf Delius' - im Vergleich zu Ein Held der inneren Sicherheit und Mogadischu Fensterplatz – deutlich verstärktes Zitieren nationaler Mythologie zurück, um ihm den sogenannten negativen Nationalismus vorzuwerfen. Die jeweils an individuelle Perspektiven gebundene und zugleich vernetzte Verwendung von Märchen und Sagen, Denkmälern und Symbolen, klassischen Komponisten und Dichtern wie Volksliedern entwirft keineswegs ein eindeutiges Bild deutscher Misere. Was vorgeführt wird, ist einerseits die Nutzbarkeit von Traditionselementen, wenn zur Feier des »erste(n) deutsche(n) Sieg(s) seit dem Zweiten Weltkrieg« (HS 234) die Nation »zusammengeschweißt« (HS 299) wird, andererseits aber auch deren Eignung - etwa eines Eichendorff-Gedichts -, »in so viele Fragen zu verwickeln« (HS 343).

Obwohl ein Täter im Zentrum der Fiktion steht und obwohl zwei »Lebensbilanz(en)« (HS 49) gezogen werden, unterscheidet sich *Himmelfahrt eines Staatsfeindes* schon als Satire scharf von den Biographien, die in der literarischen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus dominieren. Die wenigen bundesrepublikanischen Romane, die sich dem von der politischen und medialen Präsentation des Terrors als Geschichte nahegelegten Muster des »biographischen Roman(s)« (Bachtin 1974, 1187) versagten und statt dessen den »Krisis-Typ« (ebd., 1178) des Romans bevorzugten, stellten im Unterschied zu Delius die

420 Helmut Peitsch

Figur des Intellektuellen als Opfer der Terroristenjagd und Sympathisantensuche ins Zentrum. Peter O. Chotjewitz' Die Herren des Morgengrauens und Gisela Elsners Die Zerreißprobe profilierten den Literaten als Verfolgten. Deshalb griffen sie, statt zu dokumentieren, auf Kafkas metaphorische Erzählweise zurück, um die Bedrohung des Individuums pathetisch ins Allgegenwärtige und Undurchschaubare zu steigern. In Delius' Himmelfahrt eines Staatsfeindes werden die Erfahrungen der Intellektuellenfigur mit dem Staatsschutz als »trivialste Parodie einer Kafka-Welt« (HS 289) ironisiert. Die biographisch angelegten Romane hielten sich hingegen an die Täter. Während der Arbeit an Fürsorgliche Belagerung rezensierte Heinrich Böll mehr als nur zustimmend die Autobiographie Bommi Baumanns und seine hymnische Besprechung von Bernward Vespers Reise 10 stimmt in zwei Punkten mit der von der CDU entworfenen Geschichte des Terrorismus überein: in der biographischen Zurückverfolgung auf moralische Motive und einen Bruch zwischen den Generationen. Ein Held der inneren Sicherheit spielt ironisch zitierend auf diese Reaktionsweisen an, wenn ausgerechnet, als Delius seinen Roland Diehl die Austauschbarkeit des Individuums Büttinger als Verbandspräsident begreifen läßt, der Name einer Böllschen Romanfigur in den Text gerät: »und längst steht ein anderer Präsident im Rampenlicht, vielleicht Gorzweiler oder Felder oder Justus Kassim oder der junge dynamische Unbekannte« (H 77). Die Wahl eines Ghostwriters für die Figur des bundesrepublikanischen Intellektuellen erweist hier ihre Vorzüge: Delius kann an dem direkt, wenngleich durchaus marktförmig abhängigen 'Wortproduzenten' 11 die indirekte Abhängigkeit demonstrieren, über die sich die repräsentativen literarischen Intellektuellen der Bundesrepublik im 'deutschen Herbst' als autonome Künstler hinwegtäuschten. 12 Die meisten Intellektuellen konnten ihre Position in den Medien wie in der literarischen Öffentlichkeit nur behaupten, indem sie sich in den von den politischen Parteien formulierten 'Konsens der Demokraten' zu integrieren suchten. Sie akzeptierten den Anklagezustand, in den die Suche nach den geistigen Wurzeln sie versetzte, schon dadurch, daß sie sich gegen den Vorwurf wehrten, durch ihre intellektuelle Arbeit den Terrorismus gefördert zu haben. Auch wenn die Selbstverteidigung nicht immer die erschreckende Form der öffentlichen Selbstprüfung annahm, die Walter Jens und Günter Grass vorführten (vgl. Brender 1987, 110; Engelmann 1978, 129), war das Resultat eine Individualisierung der Literaturproduzenten und eine tendenzielle Trennung von Literatur und Politik. Man entdeckte die Autonomie des Schriftstellers, seine Einzigkeit und die politische Folgenlosigkeit seines Schaffens, um der Anklage zu entgehen, junge Leute durch Gesellschaftskritik zur Gewalt verführt zu haben.

Helmut Kohl' hatte auf der Fachtagung seiner Partei eine Umbesetzung des Konzeptes des politischen Engagements vorgenommen. Er machte deutlich, daß es um die politische Kontrolle des Medienmarktes ging, um einen liberalen Konsens, der die Absage an gesellschaftliche Veränderung zum Preis für die literarische Freiheit machte: »wer ... die politischen Äußerungen der Intellektuellen von politischer Kritik Andersdenkender ausnehmen will, der stellt diese Intellektuellen auf einen Sockel, auf dem sie so einsam und wirkungslos bleiben werden wie in ihrem früheren Elfenbeinturm« (Geißler 1978, 10f.). Die 1977/78

veröffentlichten Artikel, Reden und Resolutionen der meisten westdeutschen Schriftsteller belegen, wie erfolgreich der von Kohl umrissene Mechanismus im politischen Denken der Autoren wirkte. Während die Mehrheit der angegriffenen Literaten ihre Position auf dem Medienmarkt mit Bekenntnissen zum liberalen Rechtsstaat und zur literarischen Autonomie verteidigte, gab es immerhin eine Minderheit, die die Frage nach der Funktion der Kampagne stellte (vgl. Adamo 1977) und die Suche nach den sogenannten geistigen Wurzeln durch die Frage nach den »gesellschaftlichen und politischen Ursachen« ersetzte; so geschah es in dem von F.C. Delius unterzeichneten Aufruf »Demokratie statt Terrorismus« in Konkret (12, 1977, 2). Eine relativ kleine Anzahl von Autoren, die meist links von der SPD, einige auch in der Nähe der DKP angesiedelt waren: Boehlich, Engelmann, Fuchs, Herburger, Jaeggi, Karsunke, Kipphard, Lettau, Piwitt, Runge, Michael Schneider, Wallraff und Zwerenz, setzten der Strategie von sozialliberaler Bundesregierung und CDU/CSU, die »die Terroristen nur zum Vorwand antidemokratischer Politik nimmt«, die Forderung entgegen, ein »demokratisches Programm« zu entwickeln, »das den Wert und die Möglichkeiten wieder erkennbar macht, die das Grundgesetz der Bundesrepublik der gewaltlosen Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse gibt« (ebd.). Unter dem Aufruf fehlten nicht nur die seit Beginn der sechziger Jahre mit der SPD verbundenen älteren Autoren der ehemaligen Gruppe 47, sondern auch einige der jüngsten, die in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren linksradikalen, oft maoistischen Positionen nahegestanden hatten. Peter Schneider (vgl. Hosfeld, Peitsch 1978 und 1987) ist wohl der prominenteste Autor der mittleren Generation, der für den Terrorismus der siebziger Jahre das Konzept der »Bewältigung«13 benutzt. Schneider schreibt in seinem Briefwechsel mit Peter-Jürgen Boock (1986), in Essays wie seiner Stellungnahme zum Historiker-Streit und seiner Dokumentarmaterial benutzenden Erzählung Vati die Geschichte des 'Wegs in die Gewalt' weiter. Er weitet sie nach rückwärts aus, indem er die ideelle Verführung der Studentenbewegung durch den »Antifaschismus« in einen Väter und Söhne umfassenden »gleichsam biologisch(en)« (Schneider 1987) Schuldzusammenhang bringt. Wie die Väter ihre Verschuldung im Faschismus nicht bewältigt haben, so die Söhne ihre Sympathie für den Terrorismus. 14 Trotz der Kritik an Ernst Noltes Entlastung der Väter-Generation bemerkt Schneider nicht, daß seine Belastung der eigenen Generation, zu der er sich scheinbar so emphatisch bekennt, die Schuld letztlich auf denselben 'Sündenbock' wälzt: die Kritik an der spätkapitalistischen Gesellschaft stellt er an den Anfang der terroristischen Karrieren, und hinter jeder Kapitalismuskritik sieht er die Gefahr des Stalinismus. Schneiders Bewältigungvorschlag, die Schuld anzunehmen, folgt der Logik der Totalitarismustheorie: So wie die Väter vom Faschismus, so sollen die Söhne vom Stalinismus lassen. Das hinter Schuld und Verstrickung kaum verborgene positive Identifikationsangebot ist die Nation als biologische Kette der Generationen, eine Nation, in der Väter und Söhne liberal geworden sind.

422 Helmut Peitsch

Anmerkungen

1 Vgl. als Beleg zur letztlich bestehenden Einigkeit unter den Kontrahenten: Lüdke 1986, 30, 44. Als kritische Einschätzung unter Verwendung von Moray McGowans Begriff der »'resublimation' of literature« vgl. Bullivant 1989, 386.

- 2 Vgl. Dokumentartheater und die Folgen. In: Akzente 13 (1966), 208-229.
- 3 Runge 1976, 106; die Selbstkritik der Reporterin wurde von Marcel Reich-Ranicki nicht nur in der FAZ vorabgedruckt, sondern auch in seine 1979 publizierten Anmerkungen zur deutschen Literatur der siebziger Jahre eingebaut, um die Allgemeingültigkeit der Wende zur 'Neuen Subjektivität' zu belegen: Reich-Ranicki 1982, 29.
- 4 Vgl. zu den »Selbsterfahrungsberichten«: Berghahn 1979, 238; auch im Kursbuch traten an die Stelle der objektive Authentizität beanspruchenden Dokumente der Politik nun die auf subjektiver Authentizität bestehenden Selbsterfahrungsberichte aus dem Privatleben, vgl. zu Kontinuität und Veränderung in Enzensbergers Zeitschrift die ausgezeichnete Untersuchung von Schlichting 1977.
- 5 Als frühe Formulierung vgl. Enzensberger 1970, 182f., die allerdings an Zweideutigkeit nicht hinter jener zum 'Tod der Literatur' zurücksteht: Enzensberger 1968, 195. Vor den Gefahren einer unhistorischen Sicht warnt Ruoff 1983, 806f.
- 6 Vgl. auch die nicht weniger offizöse, von der Bundeszentrale für politische Bildung verbreitete Einschätzung in: Kistler 1985, 360: Die »geistige Verfassung« der BRD sei »eine andere geworden«; ähnlich der Schlußsatz des Sachbuchs von Aust 1985, 594.
- 7 Als eine der seltenen kritischen Stimmen vgl. Hans Brender in der *Deutschen Volkszeitung*: Nicht auf jede Provokation antworten (1977), zit. n. Brender 1987, 110.
- 8 Roland Eckert: Terrorismus als Karriere. In: Geißler 1978, 109-132; vgl. den Vorabdruck in der FAZ am 6.12.1977. Zur sozialwissenschaftlichen Fragwürdigkeit des Begriffs vgl. Funke 1986, 519, sowie das Eingeständnis methodischer Mängel der Kanzlerstudie: Der Terrorismus eine Folge sinnentleerten Lebens? In: FAZ 29.5.1978.
- 9 Zur Kritik dieser Denkform vgl. den trotz der polemischen Bindung an die antiautoritäre Phase der Studentenbewegung – immer noch aktuellen Aufsatz von Wolfgang Fritz Haug: Das Ganze und das ganz Andere. Zur Kritik der reinen revolutionären Transzendenz. In: Haug 1973, 94-122.
- Vgl. Heinrich Böll: Werke. Bd. 9: Essays III, Köln o.J., 499, 425, vor allem die Entgegnung auf die scharfe Kritik von Dorothee Sölle (1978, 503f.); mit der Verteidigung, daß er als Schriftsteller erstens keine Theorie habe und deshalb auch kein Intellektueller sei und daß er zweitens auch für Alfred Dregger schreibe, brachte er das Zurückweichen vor dem Zwang zum Konsens, der von der CDU in die Form einer Identität präsentierenden Geschichte gebracht worden war, berufsspezifisch zum Ausdruck: als Rückzug auf die literarische Privatarbeit für den Markt. Vgl. zum freien Markt als Quell von Hoffnung: Böll. Werke Bd. 10, 686.
- 11 Es wäre eine wichtige Aufgabe, an der Veränderung des im Schriftstellerverband VS institutionalisierten Selbstverständnisses der Autoren den Abschied vom Literatur- oder Wortproduzenten und die Wiederkehr des Dichters zu untersuchen; vgl. für die Aufbruchsphase die vom Soziologischen Lektorat des Luchterhand Verlags herausgegebene Festschrift für den Verleger Eduard Reifferscheid und darin besonders Benseler 1969, 61-87.
- 12 Vgl. die Sammelbände von Freimut Duve, Heinrich Böll und Klaus Staeck 1977 und 1978. Indem sich die angegriffenen Autoren mit der Republik und der bürgerlichen Freiheit gleichsetzten, leisteten sie die von ihnen geforderte Identifikation. Die von den Neokonservativen (vgl. zur spezifisch konservativen Kritik von Intellektuellen an Intellektuellen Schelsky 1975; Sontheimer 1976) entworfene Strategie gegen die angebliche Herrschaft der 'neuen Klasse' in den Medien war einerseits erfolgreich (vgl. Oskar Negts Interpretation von Schelsky 1975 im Rahmen des durch die Wirtschaftskrise der siebziger Jahre forcierten Versuchs des »konservativ-autoritären Lagers«, »die im vergangenen Jahrzehnt verlorengegangene kulturelle Hegemonie ... wiederher(zu)stellen« [Negt 1977]), andererseits bewies gerade der Erfolg, wie haltlos die der Strategie zugrundeliegende Verschwörungstheorie war (vgl. Abendroth 1977).
- 13 Vgl. eine relativ frühe und kritische Stimme zur Herausbildung des Schlagworts, das der Sprachpolitiker Heiner Geißler auf der Fachtagung prägte (Geißler 1978, 17): Rudolph 1980. Zur Problematik des Begriffs 'Bewältigung' vgl. meinen Nachweis seiner Frühgeschichte in den ersten Nachkriegsjahren (Peitsch 1989).

14 Vgl. zu Schneiders Essay entsprechenden Tendenzen in der V\u00e4ter-Literatur der s\u00e4\u00e4ten siebziger und fr\u00fchen achtziger Jahre: Peitsch 1986.

Literaturverzeichnis

Die Romane werden im Text nach den Erstausgaben unter Angabe von Siglen zitiert. F.C. Delius: Ein Held der inneren Sicherheit. Roman. Reinbek 1981 (H); Mogadischu Fensterplatz. Roman. Reinbek 1987 (M); Himmelfahrt eines Staatsfeindes. Roman. Reinbek 1992 (HS)

Abendroth, Wolfgang, 1977: Terroristen, Pharisäer, Nutznießer. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 22

Adamo, Hans, 1977: Vorgebliche und tatsächliche Ursachen des Terrorismus in Deutschland. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 22

Aust, Stefan, 1985: Der Baader Meinhof Komplex. Hamburg

Bachtin, Michail, 1974: Zeit und Raum im Roman. In: Kunst und Literatur 22

Baumgart, Reinhard, 1970: Aussichten des Romans oder Hat Literatur Zukunft. Frankfurter Vorlesungen. München

Benseler, Frank, 1969: Über literarische Produktionsverhältnisse. In: ad lectores 8

Berghahn, Klaus L., 1979: Dokumentarliteratur. In: Hermand, Jost (Hrsg.): Literatur nach 1945. Bd.2., Wiesbaden

Bielefeld, Claus-Ulrich, 1981: Der Mitarbeiter des Menschenführers. In: Der Tagesspiegel, Berlin, 10.5

Boock, Peter-Jürgen, und Peter Schneider, 1986: Ratte tot ... Neuwied, Darmstadt

Boock, Peter-Jürgen, 1992: Überhaupt nicht komisch. In: taz, 30.9.

Brender, Hans, 1987: Der Mensch, der will fliegen. Einsprüche zu Politik und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1958-1987. Köln

Bullivant, Keith, 1989: After the »Death of Literatur«. West German Writing of the 1970s. Oxford, New York, München

Delius, F.C., 1966: Wir Unternehmer. Über Arbeitgeber, Pinscher und das Volksganze. Eine Dokumentar-Polemik. West-Berlin

ders., 1972: Unsere Siemens-Welt. Berlin

Dönhoff, Marion Gräfin, 1977: Verdruß und Ekel. Woher rührt der Terrorismus. In: Die Zeit, 9.12. Drews, Jörg, 1984: Über einen neuerdings in der deutschen Literatur erhobenen vornehmen Ton. In: Merkur 38

Duve, Freimut, Heinrich Böll und Klaus Staeck (Hrsg.), 1977: Briefe zur Verteidigung der Republik. Reinbek

dies. (Hrsg.), 1978: Briefe zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheit. Nachträge 1978. Reinbek Engelmann, Bernt (Hrsg.), 1978: VS Vertraulich. IV. Schriftstellerkongreß Dortmund und die Folgen. München

Enzensberger, Hans Magnus, 1965: Ankündigung einer neuen Zeitschrift Kursbuch. Frankfurt/M.

ders., 1968: Gemeinplätze, die Neueste Literatur betreffend. In: Kursbuch 15

ders., 1970: Baukasten zu einer Theorie der Medien. In: Kursbuch 20

Falcke, Eberhard, 1992: Hermetische Totalansicht vom Deutschen Herbst. In: Süddeutsche Zeitung, 30.9

Fuld, Werner, 1987: Fensterplatz, zehnte Reihe. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.10.

Funke, Manfred, 1986: Terrorismus. In: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.): Handlexikon zur Politikwissenschaft. Bonn

Geißler, Heiner (Hrsg.), 21978: Der Weg in die Gewalt. Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen. München, Wien

Haug, Wolfgang Fritz, 1973: Bestimmte Negation. »Das umwerfende Einverständnis des braven Soldaten Schweik« und andere Aufsätze. Frankfurt/M.

Hermand, Jost, 1971; Wirklichkeit als Kunst. Pop, Dokumentation und Reportage. In: Basis 2

Hosfeld, Rolf, und Helmut Peitsch, 1978: »Weil uns diese Aktionen innerlich verändern, sind sie politisch«. Bemerkungen zu vier Romanen über die Studentenbewegung. In: Basis 8

Jäger, Wolfgang, und Werner Link, 1987: Republik im Wandel 1974-1982. Die Ära Schmidt. Stuttgart, Mannheim

424 Helmut Peitsch

Kistler, Helmut, 1985: Die Bundesrepublik Deutschland. Vorgeschichte und Geschichte. Bonn Kurzke, Hermann, 1984: Literarische Tendenzen seit Ende der sechziger Jahre. In: Zmegač, Viktor (Hrsg.): Geschichte der deutschen Literatur vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Bd.3, Königstein

Link, Jürgen, und Siegfried Reinicke, 1987: »Autofahren ist wie das Leben«. Metamorphosen des Autosymbols in der deutschen Literatur. In: Segeberg, Harro (Hrsg.): Technik in der Literatur. Ein Forschungsüberblick und zwölf Aufsätze. Frankfurt/M.

Lübbe, Hermann, 1979: Wieso es keine Theorie der Geschichte gibt. In: Kocka, Jürgen, Thomas Nipperdey (Hrsg.): Theorie und Erzählung in der Geschichte. München

Lüdke, Martin, 1986: Der neudeutsche Literaturstreit. Beschreibung einer Misere. In: Literaturmagazin 17

Mohr, Reinhard, 1992: Mythen im Spiegelkabinett. In: Freitag, 2.10.

Negt, Oskar, 1977: Wider die Verstaatlichung der Konflikte. In: Frankfurter Rundschau, 26.11.

Peitsch, Helmut, 1986: Die Väter-Welle und die Literaturkritik. In: Bullivant, Keith, Hans-Joachim Althof (Hrsg.): Subjektivität – Innerlichkeit – Abkehr vom Politischen? Tendenzen der deutschsprachigen Literatur der 70er Jahre. Bonn

ders., 1987: Die problematische Entdeckung nationaler Identität. Westdeutsche Literatur zu Beginn der achtziger Jahre. In: Diskussion Deutsch 14

ders., 1989: Autobiographical Writing as »Vergangenheitsbewältigung« (Mastering the Past). In: German History 7

Reich-Ranicki, Marcel, 1982: Entgegnungen. Zur deutschen Literatur der siebziger Jahre. München Reinhardt, Stephan, 1981: Die Inkarnation des Opportunisten. In: Lesezeichen, Frühjahr

Riethus, Hans-Otto, und Gerhard Voigt, 1976: Was darf die Dokumentarsatire? In: Basis 6

Rönfeldt, Detlef, 1987: Höhenflug in den deutschen Herbst. In: Die Zeit, 4.12

Rudolf, Hermann, 1980: Eine neue unbewältigte Vergangenheit? In: Merkur 34

Runge, Erika, 1976: Überlegungen beim Abschied von der Dokumentarliteratur. In: Kontext. Literatur und Wirklichkeit 1

Ruoff, Karen, 1983: Rückblick auf die Wende zur »Neuen Subjektivität«. In: Das Argument 142 Schelsky, Helmut, 1975: Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intel-

Schelsky, Helmut, 1975: Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen. Opladen

[Rektuellen. Opladen]

[Rektuellen. Under Heine | 1077, Der Heneritagen der gestiegen Stephenisen Lieuwick | 1077, Der Heneritagen der gestiegen der ges

Schlichting, Hans Burkhard, 1977: Das Ungenügen der poetischen Strategien: Literatur im »Kursbuch« 1968-1976. In: Lüdke, W. Martin (Hrsg.): Literatur und Studentenbewegung. Eine Zwischenbilanz. Opladen

Schneider, Peter, 1987: Im Todeskreis der Schuld. In: Die Zeit, 27.3.

Sève, Lucien, 1973: Marxismus und Theoric der Persönlichkeit. West-Berlin

Sölle, Dorothee, 1978: Für wen schreibst Du, Hein? In: Konkret 2

Sontheimer, Kurt, 1976: Das Elend unserer Intellektuellen. Linke Theorie in der Bundesrepublik. Hamburg

Wellershoff, Dieter, 1976: Die Auflösung des Kunstbegriffs. Frankfurt/M.

Beide Amerikas 1492-1992. Vielfalt der Entwicklungswege

Symposion der UNESCO, Paris, November 1992

»Sin fantasía, la historia es leña muerta« (Ohne Phantasie ist die Geschichte totes Holz) Carlos Fuentes (zitiert von Heinz Sonntag)

Es trafen sich 39 Ökonomen, Soziologen, Politikwissenschaftler, Anthropologen und Historiker aus zehn amerikanischen, sechs europäischen und drei afrikanischen Ländern. Ausgangspunkt der Diskussion waren die Beiträge zum International Social Science Journal (ISSJ) Nr. 134 (November 1992); die Zeitschrift erscheint in mehreren international gelesenen Sprachen, allerdings nicht in deutsch.

In seinem Einführungsvortrag ordnete Jacques Attali, Präsident der Europäischen Bank für Rekonstruktion und Entwicklung in London, unter der Überschrift »Nomadentum und Freiheit« die europäische Geschichte der letzten fünfhundert Jahre drei Schlüsselbegriffen zu: der Reinheit, dem Nationalstaat und dem Fortschritt. Die Reinheit interpretiert er als Dimension der Transzendenz: in seiner besessenen Identitätssuche wollte Europa sich aller »äußeren« Einflüsse entledigen und baute eine Moral der Enthaltsamkeit auf. Der Unreine - ob Jude, Moslem oder Ketzer - wurde um so leidenschaftlicher bekämpft, je mehr er als Teil einer verdrängten Identität eine Versuchung blieb. Die daraus folgende Tradition der Säuberungen blieb vom Mittelalter über Nazi-Deutschland bis zu den Massakern in Bosnien wirksam und wurde nach der Entdeckung auch auf die Amerikas übertragen. Mit dem Nationalstaat wurde die räumliche Dimension eingeführt, da alle Träume europäischer Einheit scheiterten; mit dem aus ihm folgenden Konzept der Staatsraison ließen sich wirtschaftliches Kalkül, demokratische Bewegung und Macht rational ordnen. Schließlich wurde mit dem Konzept des Fortschritts die zeitliche Dimension der neuen Ordnung geschaffen. Diese Ordnung war atlantisch - Europa kehrte dem Osten den Rücken zu: im Grunde bis 1989. Die atlantische Selbstdefinition Europas sah Attali als nicht länger tragfähig; z.T. wegen der muslimischen Präsenz in Osteuropa, z.T. aber auch, weil jüdische und muslimische Präsenz in Westeuropa nun unübersehbar geworden sind; vor allem jedoch, weil die Weltordnung nicht mehr atlantikzentriert ist. Europa müsse sich neu definieren; Attali plädierte dafür, den Schutz des menschlichen Lebens und der wichtigsten Güter wie Luft und genetischer Code an die Stelle der Reinheit zu setzen (»Weltsanktuarium« nannte er das), die Integration der Regionen an die Stelle des Nationalstaats und an jene des auf dem Zeitpfeil angeordneten Fortschrittskonzeptes das institutionalisierte Nomadentum - die Möglichkeit aller Menschen, zu verschiedensten Zeiten unterschiedlichen Gemeinschaften ohne Lovalitätskonflikte verbunden sein zu können.

Helio Jaguaribe vom Instituto de Estudos Politicos e Sociais Rio de Janeiro setzte diesem sehr intellektuellen (und ganz in der Tradition der französischen Écoles Supérieures vorgetragenen, aber/und von der aktuellen Politik der europäischen Banken doch etwas abstrahierenden) Auftakt ein praktisches Votum entgegen. Er ordnete die ökonomisch-sozialen Mächte der Welt auf drei Ebenen an – auf der ersten die USA, Japan und China, auf der zweiten Gesellschaften wie Rußland und Brasilien, auf der dritten die ganz Armen. Er plädierte dafür, daß Europa sich gegen das entstehende pazifische Bündnis Japan-USA den Mächten der zweiten Ebene zuwenden müsse, besonders Brasilien. Bisher habe die europäische Solidarität mit Lateinamerika ausschließlich rhetorischen Charakter (was angesichts der EG-Politik

noch euphemistisch ausgedrückt war). Während Jaguaribe für ein geopolitisches Bündnissystem votierte, stellte Federico Mayor, Generaldirektor der UNESCO, die Erfolge der Bildungspolitik seiner Organisation heraus – die Hilfe bei der Entwicklung der Indianersprachen z.B. – und verwies auf die Demokratisierungstendenzen in Südamerika als gutes Omen. Der Westen dürfe nicht die eigenen Modelle exportieren und schon gar nicht davon Hilfe abhängig machen, müsse vielmehr Komplexität und Vielfalt von Entwicklungswegen berücksichtigen.

Diese positiven Worte gaben Gelegenheit zu einigen eher skeptischen Stellungnahmen. Ignacy Sachs, Direktor der Brasilienabteilung der Maison des Sciences de l'Homme in Paris, ging angesichts der Krise des westlichen Modells im Westen (Drittelgesellschaft etc.) davon aus, daß die Gefahr eines Rückfalls in allgemeine Barbarei groß und die Regierbarkeit zum zentralen Problem der Welt werde. Die Staaten der 2. und 3. Ebene Jaguaribes fielen zunehmend aus dem System heraus – wozu Hanibal Quijano aus Peru ergänzte, es sei doch kein Zufall, daß just die herausfielen, die aus den ehemaligen Kolonien kämen. Der Skepsis gegenüber der Übernahme westlicher Modelle stellte Marcin Kula aus Warschau die osteuropäische Erfahrung gegenüber, daß die Menschen, die nicht zum Westen gehören, gerade die westlichen Modelle (z.B. den Markt) voller Begeisterung übernehmen wollten.

Immanuel Wallerstein, Direktor des Fernand-Braudel-Zentrums in den USA, brachte in diesem unentschiedenen Status der Diskussion sein dreigliedriges Geschichtsmodell ein: 1492 war Ausdruck der Krise des feudalen Systems, eine Krise, welche die Herrschenden lösten, indem sie die interregionale Arbeitsteilung des feudalen Systems schufen. Im Jahre 1992 befinde sich die Welt vor einer Wahl. Das kapitalistische Weltsystem sei im Zustand der Desintegration und es sei denkbar, daß in absehbarer Zeit etwas anderes an seine Stelle trete: »something or barbarism« – da wir uns jetzt, im Kapitalismus, in der Barbarei befänden.

Von diesem ersten Austausch von Positionen ging es zurück zur geballten Information eines Vortrages von Heinz Sonntag, Direktor des Centro de Estudios del Desarrollo (CENDES) in Caracas. Er analysierte die Geschichte des Entwicklungsbegriffs vor allem seit den Arbeiten der Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Cepalismus wurde Entwicklung grundsätzlich als nationales Unterfangen betrachtet (obwohl man den weltweiten Charakter der kapitalistischen Entwicklung durchaus sah), womit sowohl der Modellcharakter der Zentrumsländer verstärkt wie auch die Illusion gefördert wurde, Entwicklung sei unabhängig von allen politischen Gruppierungen und ökonomischen Interessen ein die gesamte Nation einigendes Projekt. Für alle Länder Lateinamerikas wurde im Grunde dasselbe Modell vorgeschlagen. Der Cepalismus wurde in den siebziger Jahren im Rahmen der Dependenztheorie in Frage gestellt, deren eigenständigste Vertreter Entwicklung als enge und dynamische Beziehung zwischen nationalen und vom Weltsystem geschaffenen Elementen interpretierten. Da in den siebziger Jahren die Wachstumsraten Lateinamerikas durchweg sanken und in den achtziger Jahren die industrielle Dynamik auf Grund der hohen Außenverschuldung weiter abnahm, geriet das auf die Nationen bezogene Entwicklungsmodell aber auch in eine sachliche Krise. Die Renaissance der neoliberalen Theorie mit dem Vorschlag der bedingungslosen Eingliederung in den Weltmarkt werde den Problemen Lateinamerikas jedoch ebensowenig gerecht. Die Suche nach einer eigenen Modernität habe an vielen Stellen begonnen, traditionell untergeordnete Klassen wie städtische Randgruppen oder Indigenas wollten nicht »mehr vom selben« bekommen, sondern ihre Lebenswelt in Übereinstimmung mit eigenen Wünschen, eigener Identität bringen: »una modernidad propia.«

Wie groß sind diese Gruppen? Welche Chancen haben sie gegenüber der »Nipponisation de la production du monde«, wie Jaguaribe einwandte? Wie weit kann ein solcher Weg zu als gerecht empfundenen Lebensverhältnissen führen »multiple, but equitable«? Und erneut die Erfahrung Osteuropas: Wenn man Osteuropäern vorschlägt, einen eigenen Weg zu gehen, reagieren sie mißtrauisch, als ob man den bekannten, sicheren Weg zu Reichtum und Wohlstand vor ihnen verbergen wolle (H.-H. Nolte). Bleiben alternative Wege nicht Projekte von Intellektuellen? In Lateinamerika wie in Osteuropa? Selbstverständlich ist die Welt de facto sehr unterschiedlich entwickelt, aber hilft es, aus der Not eine Tugend zu machen?

Sonntag insistierte mit einem verblüffenden Argument: Trägheit, »inercia« sei zu einem solchen Ausmaß Teil des Funktionierens der Gesellschaft Venezuelas, daß jene neuen sozialen Bewegungen, die für alternative Wege einträten, eine reale Chance besäßen; schon ihrer Aktivität wegen. Das führte zu der Frage, welche Binnengruppen Lateinamerikas von Bedeutung sind. Afrikanisch-karibische Positionen wurden von John Lloyd Best aus Trinidad eingebracht. Er kritisierte die »Arroganz der Zeitgenossen«, die davon ausgingen, daß alle besonderen Kulturen verschwinden, weil der Kulturkontakt zu Assimilationen führt. Besonders wenn Europäer solche Thesen verträten, sei das verblüffend, da kein Kontinent durch mehr Stammesgrenzen bestimmt sei als eben Europa. In Wirklichkeit nehme der Multikulturalismus ständig zu. Globalanalysen wie Wallersteins Weltsystemstudien seien entweder selbstverständlich oder unfruchtbar; was man brauche, seien im Gegenteil einfühlsame und komplexe Interpretationen, welche die Gleichberechtigung der Beiträge der nichteuropäischen Kulturen angemessen würdigten.

Der Anthropologe García Canclini aus Mexiko unterschied in seinem Vortrag über die Zukunft der multikulturellen Gesellschaften Multiethnizität als historisch entstandene Vielfalt und Multikulturalität als Folge der Segmentierungen und Organisationsformen von Kultur in der Industriegesellschaft. Die Vorstellung von der Homogenität des Subkontinents sei von den Anthropologen erfolgreich ad absurdum geführt worden. Heute lebten etwa 30 Millionen Indigenas in Südamerika. Dabei räumen die Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler zunehmend ein, daß diese kulturelle Vielfalt nicht notwendigerweise ein Entwicklungshindernis bedeutet – präkapitalistische Produktionsmethoden und soziale Beziehungen auf der Basis von Patronage- und Klientelnetzen könnten durchaus ihren Platz in einer Moderne finden (die für viele ohnehin problematisch geworden sei). In einigen Ländern sei die Anerkennung der Multiethnizität bereits fortgeschritten, in anderen gälten die Indiokulturen als anachronistische Überreste. Viele Indios lehnten aber die Integration ab und hielten den Anspruch aufrecht, eigene Nationen zu bilden. Allerdings sah Canclini nur geringe Chancen für nationale Emanzipationsbewegungen der Indios ihre Marginalisierung sei weit fortgeschritten, und die nationalliberale Wirtschaftspolitik schwäche ihren Zusammenhalt durch Landflucht, Kampf um Bodenrechte sowie Belebung des Rassismus. Andererseits beschrieb er auch Indigenagruppen, die Teile des kapitalistischen Systems akzeptiert haben - z.B. Japanisch lernen, um ihre Folkart-Produkte besser verkaufen zu können.

Bleibt Multiethnizität ein begrenztes Problem, so betrifft Multikulturalität jeden von uns (so Canclini). Die wenigsten Denk- und Lebensformen sind heute Produkte eines engen, etwa »heimatlichen« Raums. Nationen sind multideterminierte Szenarien, in denen sich die verschiedensten kulturellen Systeme überschneiden; auch Identitäten von einzelnen sind zu komplexen Netzwerken interkultureller Zeichen und Praktiken, Entlehnungen und Transaktionen geworden. Trotzdem bleiben Ethnos und Nation wirksame Variablen der Rezeption – so wie übrigens auch

Generation, Geschlecht, Bildungsstand o.ä. Canclini unterschied drei Großbereiche kultureller Vernetzungsprozesse: 1. die historisch-territorial bestimmte Kultur; 2. den Bereich der Massenkommunikationsmittel und 3. ausgewählte Kommunikationsmittel der Eliten. Im ersten Großbereich läßt sich nur wenig Dynamik feststellen, auch Canclini sprach von der »inercia cultural interna«. Im Bereich der Massenkommunikation ist Lateinamerika durch starke Abhängigkeit von den USA geprägt. Und auch im dritten Subsystem verschärfen sich Unterlegenheit und Abhängigkeit des Subkontinents vom Norden. Der zunehmend supranationale Charakter der kulturellen und wirtschaftlichen Vorgänge, verbunden mit dem Bedeutungsverlust des Nationalstaats, lege nun den unterschiedlichen Grad der Homogenisierung der lateinamerikanischen Nationen frei – von Argentinien, wo die einheimische Bevölkerung durch europäische Einwanderung »ersetzt« wurde, bis zu Guatemala, wo die indianische Bevölkerung politisch ausgegrenzt ist, aber fortexistiert.

Canclini provozierte zwei Reaktionen. Zuerst einmal die der zwei anwesenden Indigenas – die schon dies Zahlenverhältnis verständlicherweise als Indiz ihrer Lage interpretierten. Sie bestanden auf ihrer eigenen, besonderen Rolle und auf der Verurteilung der mit Columbus begonnenen Geschichte. Donald Rojas Maroto, Präsident des Consejo Mundial de Pueblos Indigenas, verwies auf den weltumspannenden Charakter dieser Problematik, die so weit reicht, wie die europäische Expansion eben geführt hat. Quijano berichtet von zwei Versuchen, indianische politische Zusammenhänge unterhalb der Ebene von Staat herzustellen: die nationale Vereinigung der Aymaras und die Koordinationsgruppe der etwa 370 linguistischen Gruppen Amazoniens COACO, die als nichtstaatliche Organisationen innerhalb der bestehenden Nationalstaaten nach Autonomie strebten.

Jaguaribe kritisierte dieses Konzept als Ideologie – man solle nicht versuchen, Kulturen festzufrieren, die sich in jedem Fall ändern müßten. Niemand könne verhindern, daß z.B. neolithische Kulturen sich an die Moderne anpaßten.

H.-H. Nolte berichtete aus der osteuropäischen Erfahrung, daß der Versuch der Sowjetunion, Multiethnizität – aber auch z.T. Multikulturalität – durch territoriale Autonomien in politische Formen zu bringen, sich weithin nur als Zwischenschritt zur Souveränität herausstellt (was immer Souveränität heute heißt). Die in den Territorien entstandenen Eliten streben die Loslösung an, sobald sie die zentralen Eliten herausfordern können. Die so entstandenen oder entstehenden Nationen sind politisch labil (schon weil sie in sich große Minderheiten bergen) und wirtschaftlich meist schwach, insbesondere auf den Medienmärkten (d.h. James Bond auf englisch, ukrainisch überdröhnt, also nicht synchronisiert). Trotzdem scheint das der Weg zu sein, den manche – viele? – Ethnien gehen.

Was bindet angesichts dieser kulturellen Differenzen die beiden Amerikas eigentlich zusammen? Jan Elliott aus Oxford hatte in einem frühen Stadium des Symposions die »hidden agenda« des Treffens in der Frage gesehen, warum Lateinamerika nicht so geworden sei wie Nordamerika. Er hatte die Frage gleich eingegrenzt: die Geschichte der USA sei gar nicht mehr eine solche Erfolgsstory, als die sie nach 1945 erscheinen mußte – urban poverty und urban violence nähmen zu, und seit den achtziger Jahren sei eine Konvergenz im Negativen zu beobachten – der Norden entwickele sich auf den Süden zu. Eigentlich gehe es also nur darum, die Periode der Divergenz zwischen 1780 und 1980 zu erklären. Damals habe Spanisch-Amerika den Preis für die Erprobung einer kolonialen Siedlungsgesellschaft gezahlt und durch die zu anpassungsgewohnten Arbeitskräfte, den Staatsapparat sowie die Einseitigkeit der Rohstoffproduktion (Silber) den Absprung verpaßt.

Quijano entwarf ein völlig anderes Bild. 1492 stehe auch für einen Prozeß der

Umorientierung von Wohlstand vom Süden in den Norden innerhalb Europas, und dieser Prozeß sei dem vergleichbar, der Nord- und Südamerika verbinde. Die Beispiele des Aufstiegs nach dem Zweiten Weltkrieg, Argentinien und Brasilien, könne man heute nicht mehr als solche anführen; der Schuldendienst Lateinamerikas übersteige 200 Milliarden US-Dollar und die Zahl derer, die in absoluter Armut lebten, wachse. Der wichtigste Grund sei, daß in Lateinamerika die kolonialen Eliten nie die Macht verloren hätten, die politische Macht sei kolonialisiert und auch die Arbeitskräfte diesem Prozeß unterworfen worden. Insgesamt sei mit der Institutionalisierung der beiden Amerikas in der Arbeitsteilung des Weltsystems zum ersten Mal Rasse zu einem entscheidenden Kriterium der Stellung im Arbeitsprozeß geworden, womit die Arbeitenden Widerstandsmöglichkeiten verloren hätten. Der Kolonialisierung der Macht in Lateinamerika entspreche die hohe Militarisierung.

Dem widersprach mit Schärfe Stuart Bruchey von der Columbia-Universität: Man könne mit Columbus nicht mehr den Mißbrauch der Macht im heutigen Lateinamerika erklären, und über Aufstieg oder Abstieg einzelner Länder entscheide weniger die Politik der EG und die neuentstandene Konkurrenz Osteuropas bei den Bewerbungen um Entwicklungsgelder, als die eigenen Investitionen in R+D (Research and Development). Bruchev hatte in ISSJ 134 eine umfangreiche Analyse des Aufstiegs Nordamerikas vorgelegt, in der er z.B. auf den Erfolg der amerikanischen Revolution verwies, bei der ein größerer Prozentsatz wohlhabender Emigranten sein Vermögen verlor, als bei der französischen von 1789 - wobei aber wichtig war, daß die nouveaux riches in Amerika durch die konservative Wendung der ersten Generation nach der Revolution sich ihres neuen Reichtums sicher sein konnten, S.N. Eisenstadt hat in derselben Nummer der ISSJ die kulturellen und religiösen »patterns« der beiden Amerikas verglichen und die relativ dezentralisierte protestantische »ex parte«-Sozialordnung des Nordens der Homogenität anstrebenden »ex toto«-Sozialordnung des Südens gegenübergestellt - der Norden mit der Betonung metaphysischer Gleichheit, der Süden mit der Betonung der Hierarchie. Damit erklärte Eisenstadt sowohl Nord- wie Südamerika zu eigenen Kulturen, die freilich ihre Prägung aus Nord- und Südeuropa nicht verleugnen und insofern die weite Parallele Quijanos durchaus rechtfertigen. Denn wie in Europa erleichterte die von Anfang an relativ pluralistische ex parte-Konzeption die Ausdifferenzierung – oder, wenn man will, die Emanzipation – säkularer Handlungsbereiche wie Ökonomie oder Wissenschaft aus dem Normensystem der Gesamtgesellschaft. Wallerstein und Quijano hatten in derselben Ausgabe die Gemeinsamkeit beider Amerikas darin definiert, daß sie das Modell für das kapitalistische Weltsystem gebildet hätten – dadurch, daß Kolonialismus, Ethnizität, Rassismus und das Konzept der Neuheit überhaupt hier zuerst ausgebildet worden seien, u.a. als Formen der Kontrolle der Arbeitskräfte.

Eine Sonderdiskussion ergab sich noch einmal über die Rolle der Militarisierung. H.-H. Nolte schlug vor, darin eine Gemeinsamkeit halbperipherer Staaten zu sehen, die sich gegenüber einem Zentrumsstaat behaupten wollen und deswegen gezwungen sind (oder sich gezwungen glauben), mit geringeren Mitteln dasselbe Niveau anzustreben wie dieser. Darin seien Osteuropa und Lateinamerika ähnlich, und in beiden Regionen habe der hohe Anteil der Rüstungskosten zur Krise und zum Abstieg beigetragen. Dem widersprach Best: die eigentliche Falle Osteuropas sei der Marxismus gewesen, und Quijano meinte, daß in Lateinamerika die Militarisierung sich mehr gegen die eigene Bevölkerung gerichtet habe und weniger auf die Konkurrenz zum großen Bruder im Norden bezogen gewesen sei.

Der letzte Tag des Symposions war der Frage gewidmet, wie man sich nun eine gemeinsame Entwicklung der beiden Amerikas vorstellen könne. José Vidal-

Beneyto, kultureller Berater Attalis, betonte (gegen Jaguaribe und Wallerstein) die Grenzen der Konzepte der neuen Geopolitik und jener von Zentrum und Peripherie. Er plädierte für eine vielfältige Logik, die allerdings davon auszugehen habe, daß der Nationalstaat seine Kapazitäten verloren habe. Francisco Sagasti, Vertreter der Weltbank, ordnete seinen Vortrag unter drei Gesichtspunkte: Entwicklung, Strategien und Regierbarkeit. Zum ersten hielt er fest, daß es positive Entwicklungen gegeben habe – die Lebenserwartung sei in Lateinamerika gestiegen, ebenso Einkommen und allerdings auch Einkommensunterschiede. In Strategiefragen gebe es Einigkeit darin, daß niemand mehr für Entwicklung als einen isolierten Prozeß plädiere, daß aber andererseits makroökonomische Entscheidungen Gegenstand von Politik sein müßten. Das neoliberale Marktmodell dürfe also nicht für sich allein wirken, auch wenn man nur Waren produziere, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig seien. Schließlich die Regierbarkeit der Welt - sie wird schwieriger, auch deshalb, weil zwischen nichtstaatlichen Organisationen, Nationen, Regionen etc. die politische Macht in einem Ausmaß verteilt sei, das unregierte Räume lasse. Hier fehlten die Konzepte. Dieser milde Neoliberalismus forderte die Kritik heraus. Louis de Vasconcelos fragte, wieviel Arbeitslose bei Weltmarktbedingungen in aller Welt eigentlich zu erwarten seien und meinte ironisch, daß Sagasti das Problem so definiere, als habe man nicht zuwenig Wohnraum, sondern zu viele Menschen. Bruchey zog sich diesen Schuh an: in der Tat sei es eines der kardinalen Probleme, daß das Bevölkerungswachstum ermutigt und nicht gestoppt werde. Und Sagasti votierte für die klassische Methode - arbeitsintensive Produkte aus Peru gegen kapitalintensive Produkte aus Japan.

Sachs schloß das Symposion mit einer Kritik des europäischen Entwicklungsmodells in Europa. Die Begriffe aus der Diskussion um die Dritte Welt seien nach Frankreich selbst gekommen, etwa »segregation« oder »seclusion«. Auch in Frankreich gebe es nun drei unterschiedliche Märkte: den schwarzen, den blutigen und den weißen. Die Arbeitslosigkeit nehme kontinuierlich zu. Dabei fahre man überall so fort, wie bisher – auch in den Wissenschaften, z.B. in der Fragmentierung der Disziplinen. Aber die Brauchbarkeit des europäischen Modells sei erschöpft: »Wenn wir nicht in der Lage sind, den Kapitalismus zu zivilisieren, also Kapitalisten zu erziehen, die zivile Regeln des Benehmens akzeptieren, bewegen wir uns auf die Barbarei zu. Alternativen sind nicht länger glaubhaft.«

Ein gut organisiertes Symposion läßt Fronten und Linien der internationalen Diskussion deutlich werden, und dies ist dem Herausgeber der ISSJ, Ali Kazancigil, in Paris gelungen. Vorherrschend in der Debatte waren ordoliberale Konzepte, die wegen der Wirkungen liberaler Politik für Arbeitslosigkeit und Massenarmut vielfältig kritisiert wurden, denen aber abgesehen von Wallersteins Vorstellung vom möglichen Ende des kapitalistischen Weltsystems kein Gegenentwurf entgegengesetzt wurde. Die Debatte um die Bevölkerungsvermehrung wurde nur einmal kurz gestreift; eine Folge der überwiegend männlichen Besetzung des Symposions? Selbstverständlich gab es auch naheliegende Schuldzuweisungen - die Banker forderten von den Politikwissenschaftlern, sich um die Regierbarkeit der Welt zu sorgen, und die Soziologen fragten die Banker nach Wegen zur Einschränkung der Massenarmut. Jeder forderte vom anderen mehr begriffliche Kreativität (und naturellement déconstruction). Als communis opinio läßt sich festhalten, daß der Nationalstaat als Entwicklungsinstanz ausgedient hat. Unterhalb der alten Nationalstaaten kommen jene alten ethnischen Einheiten wieder hervor, die im Verlauf der europäischen Expansion »eingestaatet« wurden, an erster Stelle die »Indigenas«. Dem Wort mangelt es an Verbindlichkeit, es kann Ureinwohner, aber auch Mestizen

meinen oder einfach eine ältere (etwa afrikanisch-bäuerliche) Siedlerschicht im Vergleich mit einer neuen. Ob die entstehenden Autonomien einmal Ansatzpunkte für die Auflösung multiethnischer Staaten wie Guatemala oder Peru sein werden, ist offen – Bruchlinien sind jedenfalls erkennbar.

Völlig ausgeklammert blieb die Frauenfrage, obgleich man sich schwerlich Entwicklungswege vorstellen kann, die ohne Frauen begangen werden. Hier kam auch zum Tragen, daß so wenig Frauen als Teilnehmerinnen eingeladen worden waren. Die Frage der mitunterzeichneten Romanistin nach der Wirkung des romantischen Tourismusbildes vom zufriedenen, naturnahen Indio auf Entwicklungskonzepte blieb eine von zwei (!) Fragen, die von einer Frau gestellt wurden.

Deutlich war ein weiter Konsens darüber, daß man sich auf absehbare Zeit nur eine Vielfalt von historischen Wegen in beiden Amerikas vorstellen kann. Allerdings hat dieser Konsens den faden Nachgeschmack, daß er vermutlich nur aus der Not eine Tugend macht – etwas akzeptiert, was man eh nicht ändern kann. Mehr als das – der Verdacht liegt nahe, daß es uns im Zentrum bei einem solchen Plädoyer für eine Vielfalt der Entwicklungswege gar nicht darauf ankommt, eine fremde Kultur oder unbekannte Bildwelten als gleichwertig anzuerkennen, sondern darauf, Ansprüche an unseren eigenen Lebensstandard abzuwehren, die schon dann entstünden, wenn die Menschen in den Peripherien genauso viele Rohstoffe je Kopf verbrauchen würden wie wir. Das Votum des karibischen Afroamerikaners Best: »every solidarity group must know, where it comes from, where it's going and what's in its interest, then we can start business« erwiderte in seinem Gruppenegoismus, aber auch in seiner Hochschätzung von Historie und Prognostik für die Identitätsbildung der Gruppe, diesen subkutanen Ansatz des Zentrums in reziproker Weise.

Christiane und Hans-Heinrich Nolte (Barsinghausen)

L'Image de L'Autre/The Image of the Other

Association Arabe de Sociologie. Sociological Arab Association. Hammamet-Tunis, 29. bis 31. März 1993

Sand, aufgerührt von den Hufen der Pferde, Kamele schieben sich in den Horizont, auf den Rücken sitzen Touristen, wenige Meter weiter ein großes Hotel, dann noch eins - dies ist die Stätte der ersten Internationalen Konferenz, die die kleine arabische Gesellschaft für Soziologie unter der Leitung des Tunesiers Tahar Labib veranstaltete. 150 TeilnehmerInnen – alle referierten – waren aus 35 Ländern gekommen, die Mehrzahl von ihnen aus den industrialisierten Ländern der »Ersten Welt« (Europa, Japan, USA, Kanada), wie kritisch von arabischer Seite im Abschlußplenum vermerkt wurde - freilich zählte er hier auch die VertreterInnen aus ehemaligen sozialistischen Ländern (Rußland, Polen, Ungarn, Tschechoslowakei) hinzu, die sich ebenfalls in der »neuen Welt« zu orientieren suchten. Bevor diese Beschwerde sich zu einem größeren Konflikt zwischen der Kongreßorganisation und einer Reihe von TeilnehmerInnen auswachsen konnte, erfuhr man soziale und politische Daten. Es waren ca. 500 SoziologInnen aus den arabischen Ländern eingeladen worden, doch für die Mehrzahl von ihnen bedeutete das Geld allein für den Flug ein bis zwei Jahresgehälter. Zudem gibt es Bürgerkrieg, staatliche Kontrolle - Tunesien als der liberalste unter den arabischen Staaten ist damit zugleich auch ein Ort, in den nicht alle so einfach einreisen können oder wollen.

Der Kongreß begann mit den üblichen Grußworten von Sponsoren (u.a. die UNESCO, aber auch die Friedrich-Naumann-Stiftung und englische, spanische und französische Forschungsinstitute) und Kulturpolitikern. Es folgten drei Tage lang morgendliche Plenen mit je sechs Vorträgen und Nachmittage mit insgesamt mehr

als 100 Referaten in Arbeitsgruppen. Thema und Grund für den Kongreß war das problematische Ansehen der arabischen Völker in der Welt insbesondere nach dem Golfkrieg. Die damalige schnelle Reaktivierung von längst überholt geglaubten Stereotypen und Vorurteilen sollte Grundlage sein, aus mehreren Disziplinen allgemein über die Konstruktion des »Bildes des Anderen« nachzudenken. – Die meisten ReferentInnen arbeiteten auf dem Feld der Vorurteilsforschung. Unendlich wurden empirische Untersuchungen vorgetragen, in denen sich das »Bild der Araber« (es wurde durchweg geschlechtsunspezifisch gesprochen, also »männlich allgemein«, und weder politisch noch nach Klassen unterschieden) in den Ländern der Welt immer unheilvoller darbot. Soll man den ohne weitere Begründung verallgemeinernden Ergebnissen folgen, so denken Japaner an Wüsten, Öl und Nomaden, wenn sie an Araber erinnert werden, Franzosen fürchten nichts mehr als arabischen Terror und halten diese Völker für Wilde, eben Islamisten, Symbol der Antimoderne: reich, müde, aber magisch stark; der Antiarabismus habe den Antisemitismus der vierziger Jahre hier weitgehend abgelöst. In Italien schließlich sei man der Auffassung, Araber seien Diebe, Händler, Arbeitslose, die darauf aus seien, den Italienern die Frauen auszuspannen und die italienische Lebensweise zu zerstören. Offene Empörung unter den arabischen SoziologInnen kam auf, als ein US-Amerikaner arabischer Herkunft berichtete, daß das Bild aller Araber in den USA grundsätzlich negativ sei, ein positives Bild einfach unverkäuflich und daß dies selbstverständlich problematische Auswirkungen auf die arabische Gemeinde habe, die sich ständig bedroht fühlen müsse. Die Stimmung im Saal galt weniger den methodisch problematischen Verallgemeinerungen, der Absehung von ökonomischen Fragen ebenso wie von einer Rekonstruktion der Produktion des Imaginären oder dem Fehlen einer Anknüpfung an kulturtheoretische Ansätze, der Kritik von Verfahren also, die fast alle Beiträge zur Vorurteilsforschung bestimmten, sondern drückte Empörung aus gegenüber dem Bild von Arabern in der Welt, das als zutiefst ungerecht empfunden wurde. »Wie können wir dieses Bild verändern und gleichzeitig Araber bleiben?« so spitzte es einer der Diskutanten zu.

Frauen waren etwa 20 Prozent der Gekommenen. Ihre Beiträge unterschieden sich ebenso wie ihr Auftreten merklich von dem ihrer männlichen Kollegen, denen man häufig die Gewichtigkeit ihres Lehrstuhls am Leibesumfang ansehen konnte. In Anknüpfung an eine in Frankreich aufgenommene Psychoanalyse versuchten insbesondere Referentinnen aus dem Libanon eine Auffassung durchzusetzen, die das Bild des anderen nicht nur als Merkwürdigkeit von anderen, sondern als Produkt eigener Identitätsbildung begreift. Sie wirkten daher vermittelnd, obgleich sie sich zugleich stark nach außen, vor allem gegen »westliche« ReferentInnen, abgrenzten.

Gerungen wurde um den Anschluß an die »Moderne« in einer Welt, in der sozialistische Alternativen – auch in den arabischen Ländern – begraben worden sind. Die Konflikte und Spannungen zwischen den soziologischen VertreterInnen der arabischen Länder kamen aus den unterschiedlichen Optionen für Abschottung im Muslimischen und Theokratischen oder Anschluß an die »westliche« Gesellschaft. Sie fanden zum Teil ein Ventil in der Wahl der Sprache. Während anfänglich noch französisch und englisch höflich den Diskurs bestimmten, wählten die arabischen TeilnehmerInnen zunehmend das Arabische, wenngleich in den Arbeitsgruppen gar keine ÜbersetzerInnen waren, die nicht-arabischen TeilnehmerInnen damit ausgeschlossen waren; empört trug daraufhin eine Spanierin ihre Arbeit auf spanisch vor, was zwar als widerständiges Zeichen verständlich war, inhaltlich aber für fast niemanden mehr. Zum Schluß galt selbst englisch (neben französisch und arabisch als Kongreßsprache angekündigt) als problematisch; im Abschlußplenum wählte nur

mehr ein einziger Araber das Französische, alle anderen, die französisch zumindest fast so gut zum Teil sogar besser als ihre Muttersprache beherrschten, gingen ins Arabische

Neben der überwältigenden Zahl von Meinungs-/Vorurteils-Untersuchungen gab es auch Versuche, die Problematik von Ethnizität in den Kontext von Zivilgesellschaft zu rücken. Nicht der Nationalstaat sei länger ein Feld, auf dem die Krisen der Völker ausgehandelt oder gar gelöst werden könnten, es ginge um »kulturelle Rechte«, um »local universalities«, die aber nur gesellschaftlich und zwar auf globaler Ebene einlösbar seien. Schließlich soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Organisation des Kongresses sehr gut war, eine Einbindung in die lokale Kultur des Essens, der Musik und des Films stattfand, so daß die Spannungen zwischen AraberInnen und zwischen ihnen und den ReferentInnen der »westlichen«, sowie der ehemals sozialistischen Länder in diesen Formen des gemeinsamen Essens, Trinkens und Tanzens sich ermäßigen konnten.

Lenin-Symposium

Wuppertal, 15.-18. März 1993

Nachdem der Zusammenbruch der Sowjetunion die Kultstatue ihres Gründers vom Sockel gestürzt hat, ist es möglich geworden, sich über den historischen Lenin neu zu verständigen. Freilich geht das schon wieder gegen den Strom, hat doch den gestürzten Kult der Kult des Stürzens abgelöst. Ort und Teilnehmer des von Theodor Bergmann und Gert Schäfer (»Bürokratie und Bürokratismus«) organisierten Symposiums spiegelten die Widersprüche der Situation: im Abseits eines außerhalb der Stadt gelegenen CVJM-Heims trafen sich Intellektuelle, die noch vor kurzer Zeit auf einander feindliche Positionen verteilt waren, zusammengebracht von einem bis dato »Ausgeschlossenen«. Den Umbruch der Reflexions- und Kommunikationsbedingungen beleuchtet Monty Johnstones (»Die Veränderung von Lenins Einstellung zu Sozialismus und Mehrheitsherrschaft«) Bemerkung zu Alexander Watlin (»Lenins Hoffnung auf die Weltrevolution - zwischen Bern und Moskau«): noch vor drei Jahren wäre er gegen dessen Thesen aufgetreten, die dieser vor drei Jahren aber auch nicht geschrieben hätte. Das Interessante an diesem Treffen war gerade die Selbstveränderung im historischen Umbruch, in der die Teilnehmer sich ohne Selbstverrat zu bewegen suchten (einige »Unveränderliche« wie Ernest Mandel oder Hans-Heinz Holz, die auf der Teilnehmerliste standen, waren nicht erschienen). So war die Diskussion zugleich antikonjunkturell, weil Lenin ernstnehmend, und konjunkturell, weil erst durch die aktuelle Situation ermöglicht. Eine Determinante der Situation ist das Schwinden der Macht- und Legitimationsfunktionen in bezug auf Lenin; eine andere die Öffnung der Archive, deren Auswirkung auf die Forscher wie ein Fieberstoß zu spüren war. Der leitende Moskauer Archivar Friedrich Firsow (»Lenins Idee einer Weltpartei und die Struktur der Komintern«) gab Auskunft darüber, was in der Lenin-Ausgabe herauszensiert worden war. Ein hübsches Beispiel bietet Lenins Bemerkung nach Paul Levis Parteiausschluß: »Wenn man alle Intelligenten ausschließt, bleiben nur die gehorsamen Dummköpfe.« Weniger hübsch sind Tausende von Bürgerkriegsdokumenten, die auf Terror bezug nehmen. Weggelassen war der Briefwechsel mit beseitigten Stalin-Rivalen wie Trotzki, Sinowjew usw. Derzeit ist in Zusammenarbeit mit der Universität Yale ein Dokumentenband Der unbekannte Lenin in Vorbereitung. Monika Runge (»Die Kapital-Lektüre des jungen Lenin«) wies ergänzend auf Übersetzungsfehler der deutschen Lenin-Ausgabe hin, die an Fälschungen heranreichen: z.B. wurde im Titel des Imperialismus-Buchs »jüngste Etappe« mit »höchster Etappe« übersetzt (vgl. LW 22, 199ff.).

Der Fortschritt in den Diskussionsbedingungen machte sich darin geltend, daß Lenin gerade in seiner Widersprüchlichkeit gedacht wurde. Früher hatte man bestenfalls an haltbare Seiten Lenins angeknüpft, Falsches unkritisiert lassend. Jetzt konnte unbefangen versucht werden, die Wendungen und Brüche nachzuvollziehen. In den Referaten wurde der situationsbedingte Charakter von Lenins wechselnden Positionen deutlich, wobei sich die ungewöhnliche Fähigkeit, aus jeder Situation Macht zu ziehen, und der skrupellose Wille, dies im Blick aufs sozialistische Ziel auch tatsächlich zu tun, als Konstante abzeichnete. Wolfgang Küttler (»Lenin und die Marxsche Formationstheorie«) wandte sich daher dagegen, unterschiedliche Lenins gegeneinander auszuspielen, statt den einen im Wandel der Konstellationen zu verfolgen.

Obwohl der »Leninismus« (von dem Martow als erster gesprochen haben zu scheint, worauf Lenin ihn zurechtwies) als Stalins Produkt zu begreifen ist, treten doch die Präfigurationen des theoretischen Stalinismus bei Lenin immer deutlicher hervor. Dennoch mochte niemand Bill Hansens (»What is to be undone - Lenin, socialism and democracy«) grobschlächtiger Formel folgen, Lenin sei zwar kein Stalinist, wohl aber Stalin Leninist gewesen. Stalins radikaler Bruch mit Lenins Politikmuster, der von immer neuen Seiten beleuchtet wurde, müßte verbieten, ihn einen Leninisten zu nennen. Es geht darum, die historische Dynamik, die von Lenin zum Stalinismus trieb, zu rekonstruieren. Wolfgang Ruge (»Theorie und Praxis -Triumph und Fiasko - Mittel und Zweck in der Politik Lenins«), der selbst 15 Jahre Gulag erlitten hat, zeigte, daß gerade Lenins einzigartige Persönlichkeit eine Entwicklung ermöglicht und getragen hat, die das, wofür sie stand, vernichten mußte. Die Diskussion verschob sich auf die Frage nach Bedeutung und Formen der Gewalt und ihrer entfremdenden Rückwirkung auf das, was sie erreichen oder bewahren helfen sollte. Küttler wies auf Lenins Verantwortung für die Unmöglichkeit des Rückzugs. Nach Monika Runge (»Die Kapital-Lektüre des jungen Lenin in historisch-kritischer Sicht«) war es bereits die Auflösung der Verfassunggebenden Versammlung, was den Rückweg definitiv abgeschnitten hat. Lenin glaubte, den Rückzugsfall vermeiden zu können durch Entsatz vom Westen her: er wollte die Macht um jeden Preis so lange verteidigen, bis in Deutschland die Revolution siegen würde.

Über weite Strecken glich die Diskussion einer nachträglichen Manöverkritik, deren implizite Maxime sich mit dem Gedanken Machiavells zu decken schien, daß Maßnahmen durch ihre Notwendigkeit gerechtfertigt sind. Aber was sind die Kriterien der »Notwendigkeit«? Um darüber zu diskutieen, fehlte es der Diskussion oft an historischer Materialität wie an theoretischer Analyse (vor allem Gramscis Denkmittel waren kaum präsent): das Gewaltproblem wurde zwischen Moral und Zwangsläufigkeit aufgezogen; der Gegensatz von Gewaltprimat und Zivilgesellschaft wurde kaum behandelt, obwohl sich doch am Ende der Sowjetgeschichte das Fehlen einer sozialistischen Zivilgesellschaft als tödliches Verhängnis herausgestellt hat. Vermutlich muß der spezifisch Stalinsche Modus von Gewaltanwendung geschichtsmaterialistisch mit der Entscheidung für den amerikanischen Weg in der Industrialisierung zusammengedacht werden: despotischer Fordismus, aber mit enthusiastischen Zukunftsfanfaren.

Es ist unmöglich, einen Eindruck von der Reichhaltigkeit der Beiträge, die als Buch erscheinen sollen, zu geben. Elke Scherstjanoi (»Soll jede Köchin den Staat regieren? oder: Kontrolle von oben – Kontrolle von unten im Leninschen Konzept der demokratischen Diktatur«), die derzeit im SED-Archiv forscht, Wladislaw Hedeler (»Die Aneignung des Marxismus in der Gesamtheit seiner Bestandteile' durch W. Uljanow im Spiegel der bis zur Jahrhundertwende vorgelegten Studien über die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland«), Mario Keßler (»Parteiorganisationen und nationale

Frage – Lenin und der jüdische Arbeiterbund 1903-1914«), Pierre Broué (»Lenin und die Komintern«), Alexander Kan (»Bolshevism – the correlation of the national and the international in it«), Marjan Britovšek (»Die Formierung der ersten sowjetischen Verfassung und der Föderation«), Uli Schöler (»Bauer, Kautsky, Levi über Lenin« – vgl. dazu die Besprechung von Schölers Dissertation in diesem Heft), Jutta Petersdorf (»Lenin und die Intelligenz«) und viele andere mehr brachten wertvolle Forschungsergebnisse zusammen. Der Berichterstatter sprach über »Philosophie und Praxis bei Lenin«; die Diskussion brachte aufschlußreiche Hinweise zum Statuswechsel der Philosophie im Vergleich zu Marx bei Lenin und vollends im Übergang zu Stalin. Das Symposium war ein Gewinn, und Fortsetzungen sind zu erhoffen. Wolfgang Fritz Haug (Berlin)

Die Linke in Europa. Perspektiven und Projekte

Kongreß des Projekts Moderner Sozialismus (Pro MS), der Jusos NRW und der Jusos Köln, mit Unterstützung der Zeitschrift spw. Köln, 13. bis 14. März 1993

Wann immer die Linke Europa diskutiert, besteht die Tendenz, Transnationalisierungsprozesse von Ökonomie, Gesellschaft und Politik auf Kapitalstrategien zu reduzieren, ist ein Rückfall in die Defensive der nationalen Besitzstandswahrung sogar wahrscheinlich. Wenn dann gar die Linke sich selbst zum Gegenstand einer europapolitischen Diskussion erhebt, endet dies entweder in selbstzerfleischenden Flügel- und Richtungskämpfen oder in gegenseitigen Umarmungen, »wie der Betrunkene die Straßenlaterne« (M.V. Mantalbán). In allen Fällen aber wird die eigene Marginalisierung in der europapolitischen Diskussion verfestigt.

Der Kölner Kongreß dagegen hatte andere Ambitionen. Es ging darum nachzuweisen, daß die Linke in Europa nur dann eine Chance hat, wenn sie sich zu einem europäischen Proiekt zusammenfindet. Uwe Kremer (Pro-MS, spw-Redaktion) machte in seinen einleitenden Thesen deutlich, daß alternative Konzepte ohne eine Analyse der treibenden Kräfte europäischer Neuordnung nicht zu entwickeln sind. Nur aus der Analyse bestehender Machtverhältnisse läßt sich eine Konzeption sozialistischer Politik in Europa entwerfen. Im Mittelpunkt der Ausführungen Kremers stand die Dialektik von Triadisierung und Regionalisierung der Weltwirtschaft. Sie habe in Europa eine an der weltwirtschaftlichen Konkurrenz zu Japan und den USA ausgerichtete Modernisierung und Integration Europas bewirkt, die sich in der stabilitätsorientierten Konvergenzpolitik der Wirtschafts- und Währungsunion und der Einwanderungspolitik zu einer »Festung Europa« verdichtet. Der Kongreßberichterstatter kommt nicht umhin, Kremers zentrale These eines weltgesellschaftlichen Handlungs- und Machtzusammenhangs zu unterstützen, schließlich fungierte er als Mitautor einer der grundlegenden Referenztexte (vgl. spw 69, 1/93). Kremer gelang es deutlich zu machen, daß die weltwirtschaftlichen Triadisierungsprozesse und die herrschende EG-Integrationspolitik (mitsamt der nationalstaatlichen Strategien) zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Nur infolge eines Bruchs mit der »Triaden-Logik« und ihrer Handlungsrationalität kann sich ein transnationales Entwicklungsprojekt in Europa entfalten, das den süd- und osteuropäischen Peripherien sowie dem afrikanischen Kontinent Entwicklungschancen einräumt. In der Perspektive Kremers geht es um die Herausbildung eines »strukturpolitisch aufgeladenen Euro-Keynesianismus«, der natürlich einen »new deal« der gesellschaftlichen Akteure voraussetzt, das »faktische Bündnis der Triadenmächte (vor allem mit den USA) aufbricht und neue Allianzen im Verhältnis nördlicher und südlicher Weltregionen ermöglicht«. Hier liegt die entscheidende Bedeutung der »Projekte«, die als Orte transnationaler Gesellschaftskompromisse fungieren.

In der anschließenden Diskussion blieb allerdings der weltgesellschaftliche Zusammenhang unbegriffen. Die Diskussion kreiste um sozialpolitische Fragen, ohne zu begreifen, daß es die Kräfte der Triadisierung sind, die den Abbau bestehender Sozialstaatsstrukturen in Europa bewirken. Mehr noch: Es drängte sich der Eindruck auf, daß der »Bruch mit der Triade« gerade deshalb nicht oder nur vorbehaltlich akzeptiert wurde, weil (nach den bewährten Erfahrungen des »Modell Deutschland«) ein sozialpolitischer Verteilungspielraum erst dann besteht, wenn eine erfolgreiche Triadenpolitik praktiziert wird. Die Erkenntnis, daß die sich bildende triadisierte Weltproduktionsstruktur nicht nur alte Hierarchien der internationalen Arbeitsteilung verschoben hat, sondern auch die Erosion des sozialpolitischen Kompromisses des alten »Modell Deutschland« bewirkt, steht offensichtlich noch aus. Das hehre Ziel, mit den Foren zu Themen wie »Sicherheitspolitik«, »Euro-Mobil & Öko-Chip«, »Energiepolitik«, »Migrationspolitik« oder »Osteuropa« bereits konkrete »Umbaufelder« für die europäischen Projekte konzeptualisieren zu können, scheiterte vor allem an der mangelnden Vermittlung mit den im Plenum hergestellten weltwirtschaftlichen und weltgesellschaftlichen Bezügen.

In einem zweiten Schwerpunkt beschäftigte sich der Kongreß mit dem Zustand der »neuen Weltordnung« und der Linken in ihr. In den Vorträgen von Luciana Castellina (Rifondazione Comunista, MdEP) und Herrman Scheer (SPD, MdB) wurde in heute eher selten kritischer Manier der »Sieg des Kapitalismus« als Illusion entlarvt. Grundsätzlich münde sein Universalisierungsanspruch im globalen ökologischen Kollaps. Faktisch taugt der globale Kapitalismus dann auch nur dazu, eine selektive Integration der weltwirtschaftlichen Peripherien voranzutreiben, nicht aber die Globalisierung seines Wohlstandsmodells. Castellina betonte, daß auf Grund der vielfältigen sozialen Polarisierungen im neuen kapitalistischen Weltsystem von der Existenz eines breiten alternativen Blocks ausgegangen werden kann; genauso aber zeichne es sich durch die Fähigkeit zur Fragmentierung dieser Kräfte und zur Zersplitterung der Konflikte aus. So werden korporativistische Lösungen begünstigt und die Formierung eines alternativen Blocks verhindert. Aufgabe linker Parteien in Europa sei es, die Funktion des »kollektiven Intellektuellen« (Gramsci) dadurch wiederzugewinnen, daß über Projekte die Subordination der Welt unter die Reproduktionserfordernisse des triadisierten Kapitalismus (»Käfig der Kompatibilität«) überwunden und die Politik gegenüber den Kräften des (Welt-)Marktes gestärkt wird. Scheer versuchte, die Energiepolitik zum entscheidenden »Umbaufeld« in Europa zu erheben. Insbesondere die Entwicklung der Sonnenenergie sei dafür prädestiniert, da sie »nicht privatisierbar sei« und gleichzeitig die klassischen Nord-Süd-Beziehungen transformieren könne. In seinem Plädoyer für einen Primat der Inhalte wurde aber deutlich, daß diese in die alte Form einer in der etatistischen Tradition gefangenen Reformpartei gegossen werden sollen. Diskurse wurden zum »Politik-Ersatz« erklärt. Seine Alternative erinnerte folglich an die von Gramsci kritisierte »passive Revolution« des Kapitalismus, die diesmal auf Grund »zivilisatorischer Restriktionen« erzwungen wird.

Insgesamt verdichtete sich jedoch die Erkenntnis, daß das Obiekt der Transformation das kapitalistische Akkumulationsmodell selber sein muß. Nur wenn die triadisierte Akkumulation durch neue politische Regulationsweisen überwunden wird, können alternative Handlungspielräume ausgebaut werden. Die »Festung Europa« kann nur gesprengt werden, wenn an die Stelle der exklusiven Akkumulation der Triade ein transnational-gesamteuropäisches Entwicklungsprojekt tritt. Eine solche Strategie bedarf neuer, demokratischer Strukturen und strukturpolitischer Akteure, die eine neue Artikulation von regionaler, nationalstaatlicher und supranationaler

Regulation hervorbringen. Lösungen konnten sicher in dieser Frage nicht erzielt werden. Es stimmt jedoch hoffnungsvoll, daß die Diskussion über die weltgesellschaftlichen Zusammenhänge auch in der politischen Strategiedebatte begonnen hat.

Bernd Röttger (Hannover/Wolfenbüttel)

Ankündigungen

Wi(e)der die Vereinzelung!

Kongreß des Unabhängigen Frauenverbandes und der Frauenanstiftung Hamburg. Berlin, 4. bis 6. Juni 1993

Informationen: UFV, Friedrichstr. 165, O-1080 Berlin, Telefon (030) 229 16 85

Über Bedingungen und Möglichkeiten linker Politik und Gesellschaftskritik

konkret-kongreß, Hamburg, 11. bis 13. Juni 1993

Informationen: Bettina Fischer, Christoph Speier, Telefon (040) 439 76 17



Frigga Haug Erinnerungsarbeit

Argument

256 Seiten, DM 22,-



Erinnerungsarbeit ist die Methode, Erfahrungen von Frauen zu nutzen, um die blinden Flecken in den vorhandenen Sozialisationstheorien zu entfernen. Ihr liegt die Annahme zugrunde, daß die einzelnen Menschen im Laufe ihrer Geschichte ihre Persönlichkeit so bauen, daß eine stimmige Realität für sie entsteht. Dafür wählen sie aus der Fülle des Erlebten einzelnes aus, bewerten es als bedeutungsvoll, verdrängen und vergessen anderes. In diesem Buch geht es um die begründende Fragestellung und erste Diskussionen um die Beteiligung der Frauen an ihrer Unterdrückung. Die Thematik wird durch große Bereiche von Moral und Verantwortung, von Arbeit und Politik bis ins Reich der Träume verfolgt.

»Der Ansatz der Erinnerungsarbeit traut sich zu, die Erfahrungen der einzelnen radikal ernstzunehmen, ohne sich in der Vielfalt unterschiedlicher Lebensgeschichten zu verlieren. Dieser Mut ist es. der die Erinnerungsarbeit als "genußvolle, neue große Empirie" äußerst anziehend macht.« Schlangenbrut

Argument Verlag »Ein unschätzbares Buch.« An.Schläge

MATERIALIEN GEGEN DEN ZEITGEIST



Ein mit ausführlichen Einleitungen der Herausgeber versehenes Theorie-Lesebuch mit Texten aus vier Jahrzehnten kritischer Intelligenz zu den Themen: Freiheit & Revolte; Antiimperialismus & Internationalismus; Militante Politik & bewaffneter Kampf; Rechtsstaat & Repression; Klasse & Emanzipation.

Die Textsammlung liefert einen Einblick in die Kritik der Neuen Linken an: Stalinismus & Spätkapitalismus; Notstandsgesetze & Kriminalisierung der Opposition; Legalismus & Stadtguerilla; Universität & Wissenschaft; Restauration & Nationalsozialismus.

460 Seiten, 38,- DM ISBN: 3-89408-017-9

Seit der Gründung im Jahre 1949 exitierte in beiden deutschen Staaten der institutionelle Rassismus. Ausländergesetzgebung, Gastarbeitersystem und restriktive Asylpolitik sind die Stichwörter für einen staatlich regulierten und ökonomisch kalkulierten Rassismus in der BRD wie in der DDR.

Auch im neuen Deutschland bleibt den Flüchtlingen das Grundrecht auf Freizügigkeit verwehrt, ist die Staatsangehörigkeit völkisch definiert.

Das Buch ist ein Diskussionsband, der die politischen Bedingugnen des gegenwärtigen Rassismus und Nationalismus in theoretischer und journalistisch kritischer Form darstellt und behandelt.



180 Seiten, 20,- DM ISBN: 3-89408-019-1

Philosophie

Blumberger, Walter, und Dietmar Nemeth (Hrsg.): Der Technologische Imperativ. Philosophische und gesellschaftliche Orte der Technologischen Formation. Profil Verlag, München, Wien 1992 (312 S., Ln., 88,- DM)

Die Festschrift zum 75. Geburtstag des Philosophen Heinz Hülsmann enthält die Beiträge eines Kolloquiums. Hülsmann, der im Sommer 1992 verstarb, war eher ein Außenseiter am von der Ritter-Schule dominierten Philosophischen Seminar in Münster. Mit seinem Engagement für die Studentenbewegung hatte er sich fachlich und politisch ins Abseits begeben, vor allem als es darum ging, das studentische Projekt einer »Gesellschaftskritischen Wissenschaftstheorie« (17) in den universitären Strukturen zu verankern. Nachzulesen ist dies in den beiden Aufsätzen, die Hülsmann dem Band selbst beigesteuert hat. Was mit der Frage nach der »sozialen Rolle der Wissenschaft« (10) begann, mündete in die der »Technologischen Formation« (Titel eines Buches von 1985). Hülsmann hatte damit, wie es Arno Bammé in seinem Beitrag »Zwischen Heidegger und Marx« formuliert, »schlagartig, durch die Prägung eines Begriffes, ein Forschungsprogramm bezeichnet, ... dessen Tragweite für das Verständnis der Gegenwarts- oder besser der Weltgesellschaft, noch gar nicht abzusehen ist« (111). Mit dem Ansatz von 1968, an den Robert Tschiedel, Jürgen Schmitter und Jürgen Maß erinnern, hat dieses Programm allerdings kaum noch etwas gemeinsam. Gegenüber der Perspektive einer »Aneignung« von Technik im Sinne einer »Erneuerung der Eigentumsfrage« (Tschiedel, 35f.), wie sie aus den damaligen Erfahrungen resultiert, kreist Hülsmanns Denken – ohne daß die Eigentumsfrage noch eine Rolle spielt – in immer neuen, vielfach esoterischen und enigmatischen Wendungen um die gesellschaftliche Vermittlung von Technik und Wissenschaft. So heißt es in der Technologischen Formation: »Der abstrakte und prinzipielle Charakter des Wissens ist zugleich der konkrete Charakter einer sozialen Praxis, die es erlaubt, das Allgemeine nicht nur als das Sein des Seienden zu verstehen, zu deuten, sondern es zugleich als das zu verstehen, worin die Allgemeinheit der Vernunft das soziale Allgemeine ist. « (74) Es geht offenbar darum, so etwas wie eine Schnittstelle von Wissenschaft, Technik und Sozialität zu finden. Ernst Kotzmann (207) hat den Begriff der »Sozialalgorithmen« in diesem Sinne verwandt: Hierarchische Vergesellschaftung, wie sie sich z.B. in Gesetzestexten, Verfassungen, aber auch in Philosophemen niederschlägt, läßt sich auch in mathematischen Algorithmen nachbilden. Diese aber, das ist der zweite Aspekt seiner Überlegungen, lassen sich technisch-maschinell umsetzen. Bammé hat diese Wechselbeziehung zwischen einer sich als Formalisierung vollziehenden Vergesellschaftung einerseits und der technisch adäquaten Umsetzung eben dieser Formalisierung andererseits zu der These von der technologischen Überformung des moralischen Sollens zugespitzt und dafür die Formel Der Technologische Imperativ geprägt. Wenn die von der »politischen Ökonomie des Bürgertums« hervorgebrachten »Denk- und Verhaltensroutinen zunehmend an Maschinen abgegeben werden« können, ist dann »nicht die politische Ökonomie als Sozialisationsvehikel überflüssig geworden« (114)?

Die übrigen Autoren verfolgen wie Karl Leidlmair und Peter Heintel die Wechselbeziehung von Technologie und Wissenschaft in »anamnetischer« Absicht (Bammé, 112) oder suchen wie Eggert Holling, Wolfgang Schlöglmann, Helga Jungwirth und Walter Blumberger die »Orte« gegenwärtiger technologischer Formierung auf.

Leidlmair war, um je ein Beispiel vorzustellen, mit den Problemstellungen der Künstlichen Intelligenz (KI) im Hintergrund bei Platon und Heidegger der Frage nachgegangen, wie Transzendenz innerhalb eines Denkens möglich ist, das »alle kontingenten Einzelfakten dieser Welt ontologisch«, d.h. »operational« geschlossen (151) aufzuheben sucht. Die menschliche Fähigkeit, sich zu transzendieren, rückt Blumbergers Studie über »Das Arbeitsvermögen als Ort der technologischen Formation« in den Mittelpunkt. Gegenüber dem auf »starre, kollektive, mechanische Regulierungsweise« (23) ausgerichteten Subjekt der Fließbandproduktion das – mit Leidlmair - im System der »maschinalen« Geschlossenheit des Heideggerschen »Man« (152, 165) verharrt, zeichnet sich das »nachfordistische Arbeitssubjekt« durch »Autoadaption an sich stets verändernde Bedingungen der Leistungsverausgabung« aus. Dieses Subjekt ordnet sich einem »szientisierte(n)« Arbeitsvermögen unter, das von Spezialisten in einem interdisziplinären Projekt (unter Einschluß der Philosophie) erzeugt worden ist. Vorausgegangen ist diesem Prozeß eine kognitionswissenschaftliche »Herstellung« der »Strukturen des Denkens« und des zu »Wissenden« (230f., 228). Blumberger (vgl. 228) verweist in diesem Zusammenhang auf die Thesen von Winograd/Flores, die auf Heideggers Freisetzung des Subjekts aus den Zwängen der Bewußtseinsphilosophie zurückgreifen (vgl. Argument 185, 127ff., und 187, 473).

Blumbergers Text endet mit einem Blick auf Woody Allens Leonhard Zelig, dessen »Eigensinn es ist, seinem Gegenüber zu gleichen« und der damit zum Prototyp eines »ganzheitliche(n) Zugriff(s) auf den Menschen« (233) wird. Ähnlich wie Zeligs »Eigensinn« - einst Residuum des Selbst, das mit drakonischen Strafen gebrochen werden mußte, jetzt aber unter dem Vorzeichen der »Individualisierung« als »Selbstanpassung, Selbstverantwortung, Eigeninitiative, Zeitsouveränität« (ebd.) zum kostenlosen Produktionsfaktor werdend - droht auch die gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus zur willkommenen Ressource zu werden. Der neurotechnische Zugriff auf die Sehnsucht nach dem »Paradies«, nach der »Geborgenheit und Sicherheit in staatlichen wie natürlichen Ordnungsganzheiten« (73) - so hatte Bodo Kensmann das »sogenannte Leib-Seele-Problem« (74) rückübersetzt -, läßt dies ebenso erahnen wie die ironisch-provokative Replik von Dietmar Nemeth auf die Schreckensvisionen vom technologisch formierten Leben. Sind es nicht »gerade technisches Wissen und technische Möglichkeiten«, die »vielversprechende Perspektiven« bieten, »nachdem der Heimathafen der Ideologie in weite Ferne gerückt ist« (176)? Rainer Alisch (Berlin)

Akerma, Karim: Der Gewinn des Symbolischen. Zur Ableitung von Naturtheorie aus dem gesellschaftlichen Sein in der Tradition kritischer Theorie seit Marx. Lit-Verlag, Münster, Hamburg 1992 (374 S., br., 58,80 DM)

Angesichts jahrelangen Schweigens zum Thema einer materialistischen Naturtheorie ist man neugierig gestimmt, wenn eine Arbeit mit diesem Titel publiziert wird. Obwohl sie nicht explizit auf die Debatte um internalistische oder externalistische Erklärung in der diachronen Wissenschaftstheorie Bezug nimmt, entwickelt sie auf der Grundlage einer kritischen Darstellung materialistischer Ansätze der Naturtheorie eine Position, die externalistische Erklärungsansätze dezidiert abweist.

Akerma bestimmt materialistische Naturtheorie als Beschreibung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, dessen Produkt die Industrie sei. Dieser Prozeß gilt ihm als Distanzierung von der Natur. Natur werde hier als gesellschaftlich konstituierte begriffen, ihr Modus sei die Technik. Entsprechende Vorstellungen unterstellt er Marx, Borkenau, dem frühen Horkheimer, Bloch und Sohn-Rethel. Gesellschaft werde dabei als eine auf Geld, Ware und Austausch (13) basierende Synthesis verstanden –

Philosophie 441

so bei Marx, Lukács, dem frühen Horkheimer, Bloch und Sohn-Rethel. Zentral für die Entwicklung einer materialistischen Naturtheorie sei das Basis-Überbau-Schema, das Akerma bei Marx, Lukács, Grossmann, dem frühen Horkheimer, Bloch, der Kritischen Theorie überhaupt und bei Marcuse wiederzufinden glaubt. Ihm gilt seine Kritik ebenso wie einem vermeintlich naturgesetzlichen Verständnis der Verdinglichung aus der Warenstruktur (75) bei Lukács und einem damit unterstellten mechanizistischen Gesetzesbegriff. Die Theorie Borkenaus »grenze an einen Skandal«, weil dieser behaupte, »mechanische Theorien seien nur des mechanistischen Weltbildes (wegen) erfunden worden« (93). Marcuses Theorie findet nicht so sehr Anklang wegen ihres Natur befreienden Aspekts als wegen ihrer Betonung der produktiven Einbildungskraft.

Die Rede von der Naturbeherrschung stelle eine »Perpetuierung mythischen Denkens« dar und sei anthropomorphistisch (226, 22). Daß mit der traditionellen Naturwissenschaft auch diese Vorstellung zugleich überwunden sei, werde an einem neuen Naturbild sichtbar, dessen Quintessenz Akerma im Anschluß an Prigogine formuliert: »Die neue Physik zieht die Natur als unberechenbar, spontan und nicht linear in Betracht. « (251) Außer auf die Thermodynamik rekurriert Akerma auf Cassirers Philosophie der symbolischen Formen, weil diese auch außerwissenschaftlichen Verstehensleistungen Bedeutung zuspricht. Da die geistige Welt pluridimensional sei – überhaupt klagt Akerma kulturrelativistische Perspektiven ein (212) – könne es auch keine Ableitung des Bewußtseins aus dem gesellschaftlichen Sein geben. Die Theorie der symbolischen Gewinne mit ihrer Betonung der »symbolschaffende(n) produktive(n) Einbildungskraft«, soll also die »Bestimmung des Bewußtseins durchs gesellschaftliche Sein« (14) ersetzen, weil letztere zu mechanizistisch gedacht. Cassirers Philosophie sei einzig geschichtstheoretisch zu ergänzen. Er stehe in der Tradition von Spengler, Plessner, Ortega y Gasset und Gehlen, in die Marx, weil er Arbeit und Sprache ins Zentrum seiner Theorie gerückt habe und damit als Vorläufer von Plessner und Gehlen anzusehen sei, auch einzuordnen sei« (25). Cassirers Leistungen lägen in der anthropologischen Fundierung symbolischer Formen, denn der »Gewinn des Symbolischen«, die menschlichen Abstraktionsleistungen, korrelierten der Distanzierung des Menschen von der Natur. Die Gewinne des Symbolischen seien die Arbeiten des Geistes. Der Mythos als Lebensform sei bei Cassirer Ausgangspunkt aller Entwicklung, »Mutterboden« aller Kultur, Urschicht allen Bewußtseins, Werden zur Freiheit. Aber der Kultur unterliege, so versucht Akerma die Cassirersche Philosophie zu ergänzen, noch etwas anderes, eine »treibende Kraft«. Da Nietzsche die Menschheitsentwicklung nicht aus Arbeitsteilung, Klassenbildung und Warentausch entstehen lasse, sondern Erkenntnis als »Verarbeitungsform von Furcht« (291) fasse, sei er weiter als Marx. Der Mensch setze erst seine »schöpferische Angst« und halte sie dann, nachdem er sie in die Natur projiziert habe, durch Symbole fest, als Mythos. Wissenschaft entstehe in der Folge durch Angstreduktion, was wiederum gleichbedeutend ist mit symbolischen Gewinnen, vulgo: Abstraktionsleistungen.

Da Technik und symbolische Form eine »Grundrichtung des Erzeugens« (299) gemeinsam hätten und auch Werkzeuge sich symbolischen Gewinnen verdankten, stelle Technik – anders als bei Marx –, für den sie die »Weisen an(gebe), in denen der Mensch sich gesellschaftlich auf die Natur« (14) beziehe – ein symbolisches Gefäß dar, »Katalysator und Ausgangspunkt für weitere symbolische Gewinne« (299), denn Technik sei auch Mittel der Distanzierung von Natur. Mit dieser Konstruktion, hofft Akerma, könne man die Cassirersche Philosophie erweitern und via Gehlen den Cassirerschen Idealismus vermeiden. Akerma will auch das Geld in seiner

Bedeutung für die Naturtheorie erklären, indem er es mit Simmel historisch aus sakralen Ursprüngen ableitet (16, 307). Wenn Geld solcherart »eine Objektivierung symbolischer Gewinne« darstelle, sei erneut deutlich gemacht, daß eine Ableitung des Bewußtseins aus gesellschaftlichem Sein, ganz gleich ob Manufaktur, Maschine oder Geld, unmöglich ist. Denn diese seien bloße Momente eines umfassenderen »Kulturdaseins« (308). Dem Materialismus hafte überhaupt ein prinzipieller Mangel an, wenn er auf Ökonomie sich gründen wolle, denn diese sei, wie Akerma mit Simmel betont, allererst durch Werte und Metaphysik zu begründen. Ökonomie, Kunst, Naturbeschreibung verwiesen nach Simmel »auf Tieferes und Rätselhafteres«. Auch das »Geldwesen« sei »Zweig der gleichen Formenergie« (309). Dies hat auch Konsequenzen für die Naturtheorie: »Naturtheorie und Ökonomie sind von einer einheitlichen Denkfigur umklammert.« (324) Damit allerdings kehrt Akerma sohn-rethelianisch zu dem zurück, was er Borkenau als skandalös unterstellt, zu den der Naturtheorie vorausgesetzten Weltbildern. Indem die Ökonomie als Erklärungsgrund beseitigt ist, waltet nunmehr einzig der Geist. Indem er den Materialismus vulgarisiert, um ihn abweisen zu können, gelangt Akerma selbst zu einem vulgären Idealismus und einer entsprechenden konservativen Kulturtheorie. Methodisch geht dies einher mit dem Rückgriff auf Erklärungsmuster klassischer Ontologie. Seine Anleihen bei einem erkenntnistheoretischen Relativismus, beim Positivismus und Historizismus des 19. Jahrhunderts lassen sich nur insofern mit seinen anthropologischen Annahmen über die Urschichten des Bewußtseins verbinden, als er sie auf ein Prinzip des Geistigen zurückführt, das ihm auch autonome Kraft der Naturtheorie ist. Diethard Behrens (Frankfurt/.M.)

Groh, Ruth, und Dieter Groh: Weltbild und Naturaneignung. Zur Kulturgeschichte der Natur. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1991 (176 S., br., 16,- DM) Thomas, Hans (Hrsg.): Naturherrschaft. Wie Mensch und Welt sich in der Wissenschaft begegnen. Verlag Busse Seewald, Herford 1991 (336 S., br., 28,- DM)

Groh und Groh suchen im ersten der hier zusammengestellten Aufsätze nach ideellen Ursachen der Umweltkatastrophe. Der Fortschrittsoptimismus in den Naturwissenschaften und ihre Auffassung der Natur als Objekt seien die entscheidenden Ursachen, die aus einem metaphysischen Ursprung der Wissenschaft herrührten. Die Autoren unterstützen die These von Lynn White (1967), »das Christentum sei conditio sine qua non für die Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik und damit auch für deren Folgen, die ökologischen Dilemmata der Gegenwart« (35). Entgegen ihrem eigenen Geschichtsverständnis, demzufolge es keine Hierarchie geschichtlicher Ursachen gibt (16), nehmen die Autoren damit eine Hauptursache für die Entstehung der Naturwissenschaften an. Sie betrachten die Naturwissenschaftler einschließlich Newton als Teil der physikotheologischen Bewegung, deren Absicht es gewesen sei, »das religiöse Denken zu modernisieren« (34). Der Naturwissenschaftler erscheint als neuer Typus des Theologen – »Christian Virtuoso« (45) –, der im »Buch der Natur« zu lesen beginnt (46), um so eine allgemeinverbindliche, rationale Basis für das Christentum zu schaffen. Sie konstruieren so ein glattes. widerspruchsfreies Bild einer Einheit von Christentum und Naturwissenschaft, das den qualitativen Bruch zwischen beiden verwischt. Die Autoren zeigen, daß es im Christentum eine Strömung gab, die durch die Betonung der Natur als Schöpfung die ideellen Grundlagen für einen erkenntnistheoretischen Optimismus und Fortschrittsglauben (35) und damit für die Ausbildung der Naturwissenschaften legen konnte. Dennoch aber kann man nicht behaupten, daß die maßgebliche Ursache naturwissenschaftlicher Forschung das Motiv der Rechtfertigung Gottes in einer sich

Philosophie 443

verändernden Welt war. Die physikotheologische Bewegung – die in Frankreich maßgeblich von den Jansenisten, in Deutschland von den Pietisten getragen wird – ist der letztlich vergebliche Versuch, die neuen Erkenntnisse in das christliche Weltbild zu integrieren: »Hüben sich die Augenlider/Durch die Muskeln selbst nicht auf,/Sondern süncken immer wieder,/(Ach, man achte doch darauf!)/Wie erbärmlich würd es lassen,/Wenn man sie mit Händen fassen,/Und erst aufwärts schieben müßt!/Mercks, verstockter Atheist!« (Barthold Heinrich Brocke)

Im zweiten Aufsatz versuchen die Autoren aus dem gleichen metaphysischen Ursprung das Aufkommen der ästhetischen Kategorie des Erhabenen zu erklären. Sie beziehen sich dabei auf Joachim Ritters Landschaftsaufsatz (1963). Ästhetische Naturerfahrung entstehe nicht erst als Kompensationsphänomen bürgerlicher Entfremdung (108), sondern als eine Reaktion auf den Schock der kopernikanischen Wende. In der Betrachtung der Natur werde die am Ȇbersinnlichen« gemachte Erfahrung von Erhabenheit auf das »Sinnliche« übertragen, um so das einheitliche Weltbild zu retten (124). Am Ȇbersinnlichen« kann man aber keine Erfahrungen machen. Mit der Kategorie »Erhabenheit« wird die widersprüchliche Erfahrung des kalkulierbaren Risikos ästhetisiert, die aus den neuen Handlungsmöglichkeiten resultiert. So geht z.B. die Ästhetisierung der Alpen und des Ozeans einher mit dem wachsenden und zunehmend risikoloseren Handelsverkehr. An der Kompensationstheorie der Ritterschule kritisieren die Autoren im dritten Aufsatz ihren affirmativen und geschichtsfatalistischen Charakter. Sie verfestige den Dualismus von Natur- und Geisteswissenschaften, indem letztere nicht mehr auf erstere einwirken, sondern sie nur noch »ergänzen« können, und entlaste den Vernunftbegriff der »Geisteswissenschaften« von seinem Führungsanspruch. Die Autoren dagegen wollen diesen moralischen Vernunftbegriff beibehalten und behaupten, daß auch Ritter dies eigentlich gewollt habe. Die »Geisteswissenschaften« als deren Hüter sollen die Naturwissenschaften in die eine rationale Kultur integrieren und so die »Probleme der technischindustriellen Welt« (153) lösen.

Das Buch von Thomas enthält Beiträge zu einem naturwissenschaftlich-philosophischen Kollogium des privatwirtschaftlich finanzierten Kölner Lindenthal-Instituts, das sich als Diskussionsforum »jenseits« der politischen Richtungen versteht, dabei keinen Zweifel daran läßt, daß die Antworten auf die Fragen einer »bedrohten« Gesellschaft »christliche Antworten« (329) sind. Die Autoren sind sich einig, daß es einen gefährlichen Paradigmenwechsel von der »Herrschaft der Natur über den Menschen« zur »Herrschaft des Menschen über die Natur« gegeben habe. Diese metaphorische Redeweise, die den sozialen Charakter von Herrschaft verdeckt, erlaubt es ihnen, Herrschaft verbal zu kritisieren und faktisch als Lösung zu propagieren. Nicht die kapitalistische Form der Herrschaft von Menschen über Menschen erscheint als Ursache der globalen Umweltzerstörung; es sind die materialistischen Weltbilder und ihre »Versprechen diesseitiger Paradiese« (70). Denen rücken die Autoren mit Platon, Thomas v. Aquin und der Quantentheorie zu Leibe. Als Lösung propagieren sie die Subordination unter eine höhere Instanz, Gott, oder zumindest unter etwas, was nicht »innerweltlich« (83) ist. Die Quantentheorie entspreche am ehesten dem »echten gesunden Menschenverstand« (136). Der Mensch erfahre so die Grenzen seines Bewußtseins in der Unbegrenztheit dieser Erfahrung. Das naturwissenschaftliche Denken gilt noch immer als Paradigma einer kulturellen Vereinheitlichung der Welt. Herwig Schopper schlägt u.a. »die Anerkennung der Widerspruchsfreiheit als etwas Positives« (34) vor. Die Probleme der Quantentheorie selbst bleiben unbeachtet, aktuelle Diskussionen (z.B. der Chaostheorie) werden nicht einbezogen.

Herausfällt der umstrittene Beitrag des Nachwuchsphilosophen und FAZ-Redakteurs Patrick Bahners, der im Gewand moderner Philosopheme alte Klischees reproduziert. Er führt in Anlehnung an Derrida ein Dekonstruktionsexperiment durch, in dem die Wahrheit als Frau durchgespielt wird, in Anlehnung an Nietzsches »Wer weiß, was die Frau ist?« (213). Ergebnis ist, daß in der »Philosophie nach der Dekonstruktion« (233) die Wahrheit an indeterminierte Punkte, »ihre Zeit und ihre Geschichte« (234) gebunden ist und jede Wahrheit, auch die der Naturgesetze, »ihr Schicksal hat« (ebd). Warum Bahners für diese Dekonstruktion, in der er gängige Geschlechtsstereotypen repetiert (wenn die Frau die Wahrheit ist = Objekt, dann ist sie kein Philosoph = Subjekt), gerade die Frau als Beispiel wählt, läßt er ebenso offen wie seine »Wahrheit über die Frau«: »Ich weiß nicht, was die Frau ist. Aber wer weiß denn nicht, was Frauen sind?« (Ebd.)

Thomas Heinrichs und Heike Weinbach (Berlin)

Hösle, Vittorio: Philosophie der ökologischen Krise. Moskauer Vorträge. Verlag C.H. Beck, München 1991 (151 S., br., 16,80 DM)

Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus, Auflösung des Marxismus als Weltanschauung, ökologische Krise des Industrialismus in Ost und West: Diese Krisenerscheinungen offenbaren, so Hösle, daß sich das bislang gültige »Paradigma« eines Primates der Wirtschaft überlebt hat. Die Herrschaft der Ökonomie in der kapitalistischen Marktgesellschaft wie auch im zentralistischen, planwirtschaftlichen Sozialismus muß durch das neue »Paradigma der Ökologie« (33) abgelöst werden. Die »Philosophie der ökologischen Krise« analysiert den überkommenen Denk- und Handlungshintergrund: die neuzeitliche Dominanz der Subjektivität, ihren »Machbarkeitswahn« (68), das »Überschreitenwollen jeder Grenze«, die »Rücksichtslosigkeit gegenüber der Natur«. Sie sucht die materielle Basis dieser Orientierungen freizulegen: die Struktur der modernen Industriegesellschaft, wie sie sich aus Naturwissenchaft, Technik und kapitalistischer Wirtschaftsweise konstituiert. Die letzten Wurzeln der ökologischen Krise erblickt Hösle allerdings im Prozeß der »Herauswindung der Subjektivität aus der Natur« (49). Die Folie seiner Krisendeutung ist die Geschichtsphilosophie des objektiven Idealismus: eine »ideale Sphäre ... idealer Strukturen« (47). Sie bildet sowohl den Seinsgrund der Natur wie den Ermöglichungsgrund für eine adäquate »Wesens«erkenntnis (45) durch die Wissenschaft. Sie entfaltet darüber hinaus als »absolute Subjektivität« (72) die Entgegensetzung von Objektwelt und Subjektivität des wissenschaftlichen Ichs, die in der ökologischen Krise gipfelt.

Ein alternatives Handeln müsse gleichzeitig auf der individuellen, der ökonomischen und der politischen Ebene stattfinden. Höchste Norm individuellen Handelns ist Kants Sittengesetz, allerdings in korrigierter und weitergeführter Form. Als Teil seiner postulierten »idealen Sphäre« ist das Sittengesetz, so Hösle, nicht allein »Grund« (71) des intelligiblen Ichs, sondern auch der außermenschlichen Natur: »insofern die Natur an ihren [der idealen Welt; B.L.] Strukturen partizipiert, ist sie selbst etwas Werthaftes« (71). Sie wird Selbstzweck und Gegenstand einer materialen Wertethik. Bezüglich der individuellen und politischen Ebene fordert Hösle Verzicht und asketische Ideale; Höherachtung des Lebens vor den Artefakten; Absage an den »Infinitismus« (78), das »Immer-mehr-haben-wollen« (79); den Blick für den inneren Wert einer sittlichen Handlung. Auf ökonomischer Ebene ist aber – auch in der ökologischen Marktwirtschaft – das Gegenteil gefordert: Eigennutz und Egoismus, um »Effizienzpotentiale« auszunutzen; Einsatz von Natur und Mensch als Mittel; Erfolgsorientierung im Handeln unter Konkurrenzbedingungen. Zudem gesteht

Philosophie 445

Hösle eine Logik der Institutionen zu, unter der das Individuum notwendigerweise steht: so etwa den dem Kapitalismus immanenten »Infinitismus« (63).

Ein Korsett ethischer Forderungen soll einer Wirtschaftsweise umgelegt werden, die Hösle in ihren Grundstrukturen nicht geändert sehen will. Er erwartet alles von »Selbstbeschränkung« und »neuer Selbstdefinition« (117) – vor allem der Unternehmen – und einer »Mentalitätsänderung« (102) der Entscheidungsträger und Führungskräfte. Die Unabhängigkeit und Dominanz politischer Institutionen in der Durchsetzung ökologischer Zielsetzungen schätzt er sehr optimistisch ein.

Bernd Lukoschik (Bonn)

Kondylis, Panajotis: Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform. Die liberale Moderne und die massendemokratische Postmoderne. VCH Acta Humaniora, Weinheim 1991 (300 S., br., 42,- DM)

Die Verwendung der Begriffe Moderne und Postmoderne zur Bezeichnung zweier aufeinanderfolgender Epochen wird von Kondylis kritisiert; in der Zuschreibung bestimmter Inhalte und Werte sieht er das Geschäft von Intellektuellen im Zeitalter der Massenmedien (3). Er strebt eine Position außerhalb dieser Debatte an, der es nicht um Inhalte, sondern um objektivierbare »Denkfiguren« geht (7ff.). Nach dem »Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform« dürfe nicht mehr so getan werden, als könne der moderne Glaube an die Vernunft das Bürgertum als diejenige soziale Schicht, »deren Aufstieg und Sieg sie – als Losung – nachweislich begleitet hat« (5), sozusagen als anthropologische Konstante überleben. Gleichwohl scheint er bemüht, diese Denkfigur für potentielle neue Träger aufzubereiten.

Kondylis ordnet der bürgerlichen »Denkfigur« ein synthetisch-harmonisierendes Anliegen zu. »Synthetisch« war die Vorstellung, ein Ganzes (Natur, Gesellschaft, Welt) bestehe aus paßfähigen Teilen; »harmonisierend« das Bestreben, mittels der Festlegung ihrer Stellung innerhalb des Ganzen die Gegensätze zu regulieren, beherrschbar zu machen und in Dienst zu nehmen. Dem wird eine analytisch-kombinatorische Denkfigur gegenübergestellt, die mit »massiv konsumierender Massendemokratie« (53) in Zusammenhang steht. Hier befindet sich alles auf einer Ebene, horizontal, durch Strukturen vermittelt, statt durch Historie und Hierarchie. Diese Denkfigur funktioniert nicht mehr diachron, sondern synchron und systemisch; sie verdrängt Geschichte durch Soziologie und macht aus der Linguistik eine Algebra. Auf diese Weise ergibt sich ein »Charaktermuster, das in der Massendemokratie zwar nicht auf der ganzen Linie herrscht, doch den Ton angibt« (211). Das »bürgerliche« und »postmoderne Charaktermuster« stehen eineinander gegenüber wie Selbstüberwindung vs. Selbstverwirklichung, Vernunftanthropologie vs. Recht der Triebe, Werthierarchie vs. Pluralismus. Im Zuge dieser Gegenüberstellungen kommt es dann zu Aussagen wie dieser: »Als ('unterdrückte') Minderheiten gelten manchmal auch jene, die man sonst Psychopathen und Verbrecher nennt. Diese scheinen, ähnlich wie die Homosexuellen, den Bruch mit der bürgerlichen Denk- und Lebensform am radikalsten vollzogen zu haben, die Sympathie mit ihnen hat also mit dem erwähnten Zerfall der bürgerlichen Auffassung über die leitende Rolle der Vernunft und der damit verbundenen ethischen und anthropologischen Einstellung zu tun.« (220) Dem »Pluralismus« wird prophezeit, daß auch er aufhören wird, »als Wert und Gut empfunden und bewußt angestrebt zu werden« (269). Wie jeder Begriff habe er keinerlei Bestand ohne seinen Gegenbegriff - eben den der »bürgerlichen Denkform«.

Was das bedeutet? »Menschenrechte können eine hochexplosive Angelegenheit werden, wenn sie z.B. unter schweren ökologischen Bedingungen das Recht auf Luft

und Wasser miteinschließen sollten« (296), schreibt Kondylis (vgl. auch seinen Artikel in der FAZ v. 25.4.92). Die Frage ist, inwieweit sich dies der ökologischen Krise nur bedient, um dem Unbehagen an dem Ausdruck zu verleihen, was sich mit dem Begriff der »Massen-...« verbindet. An keiner Stelle geht es dem Autor darum, die Problematik der Menschenrechte in einem kritischen Abwägen der Stärken und Mängel pluralistischer Politikformen zu diskutieren. Statt dessen legen die epochalen »Charaktermuster« nahe, daß nun ihr Untergang als ganzer gedacht wird, indem der Pluralismus mit den »Massen«, der Postmoderne und dem systemisch-analytischen Denken Ausschau halten muß nach dem rettenden Gegenbegriff – dem mit der »Vernunft« identifizierten Bürgertum?

Sprach- und Literaturwissenschaft

Timm, Christian: Gibt es eine Fachsprache der Literaturwissenschaft? Fachtextlinguistische Untersuchungen an englischen Texten der Literaturgeschichtsschreibung. Peter Lang Verlag, Frankfurt/M. 1992 (198 S., br., 56,- DM)

Spätestens seit S.J. Schmidts Ausarbeitung eines *empirischen* Ansatzes in der Literaturwissenschaft (1980) gehört ihr fachsprachlicher Charakter, neben Verifizierbarkeit, Vermittelbarkeit und Relevanz, zu ihren maßgeblichen Konstituenten. Christian Timm greift in der überarbeiteten Fassung seiner Leipziger Dissertation von 1987 diesen Aspekt für ein Teilgebiet der Literaturwissenschaft auf und erörtert »rekurrente Textbauprinzipien« (31) in verschiedenen Texten der englischen Literaturgeschichtsschreibung. Er entwirft unter Bezug auf die in den siebziger Jahren von Rosemarie Gläser initiierten Leipziger Fachsprachenstudien ein auf der linguistischen Stilistik beruhendes differenziertes Analyseraster, dem er sowohl Monographien als auch Lehr- und Arbeitsbücher für Schule und Studium unterzieht. Die Lektüre der systematisch angelegten und, für eine philologische Untersuchung, zunächst recht szientistisch anmutenden Arbeit lohnt die Mühe; der nicht leicht zugängliche Beschreibungsapparat erfährt seine Legitimation durch die methodisch fundierten und konkret faßbaren Ergebnisse.

Timm umreißt in den einleitenden drei Kapiteln zunächst verschiedene »linguistische Positionen für die integrative Textanalse« (21) und führt aus, daß sich Untersuchungen eines thematisch-fachlich kohärenten Textkorpus stets an der funktionalstilistischen Prämisse orientieren müssen, daß der Textgegenstand, der »von einem wissenschaftlich-technischen Denotationsbereich abgeleitet ist, mit Mitteln der ästhetischen Kommunikation abgebildet wird und über einen bestimmten Fachlichkeitsgrad verfügt« (29). Timms Arbeit beansprucht also, durch die Ermittlung des fachsprachlichen Charakters der Texte zu einer vergleichenden Bestimmung ihres Fachlichkeitsgrades zu gelangen. Dazu greift er auf die Arbeiten Gläsers und, in deren Folge, Klaus-Dieter Baumanns zur Linguostilistik der Historiographie (1981) zurück, aber auch auf (frühere) westdeutsche kontrastive Untersuchungen zur englisch-deutschen literaturwissenschaftlichen Terminologie (Fricke, Gemmill u.a.), die in seinen Ausführungen zum Forschungsstand (83-93) sehr informativ in Relation zueinander wie auch zu seinem eigenen Ansatz gesetzt werden.

Unter den vorgeschlagenen Analysekriterien sind zwei hervorzuheben: »Der textorganisatorische Aspekt« (48) und »Der Aspekt der sprachlichen Realisierung« (49). Unter ersterem versteht Timm, »daß Makrostrukturen rekurrente Textbausteine sind und daß die Textexemplare einer Textsorte über eine annähernd gleiche Makrostruktur verfügen« (48). Er zeigt, daß in den analysierten Fachtexten die Textbausteine

'Argument' - 'Zitat aus behandelter Literatur' (durchgängig der viktorianische Roman) - 'Zitat aus Sekundärliteratur' - 'Forschungsanregung' und (nur in Lehr- und Arbeitsbuch) 'Rezipientenansprache' tatsächlich in eigener Weise Verwendung finden. Der Fachlichkeitsgrad der Texte zeigt sich dabei in Ort, Quantität und Qualität der »Textsortenwechsel« (49) und in der daraus resultierenden spezifischen Textorganisation. Der zweite Aspekt, dessen Umsetzung den Großteil der Studie ausmacht, bietet ein noch differenzierteres Inventar von Vergleichspunkten. Timm faßt unter das Schlagwort der »sprachlichen Realisierung« sowohl »metakommunikative Äußerungen« (49), also Textstellen, in denen Autoren Fachkompetenz (die eigene und die der Kollegen), Forschungsprämissen und Themenbegrenzungen erörtern, als auch die Mittel der visuellen (Illustrationen, Tabellen), typographischen und, vor allem, stilistischen Gestaltung. Gerade die Diskussion der letzteren hat zwar einen zunächst abschreckend statistischen Charakter (»Pronominalformen je Druckseite«, 101; »7,97 Stilmittel je Druckseite«, 131); es gelingt dem Verfasser jedoch, aus diesem technizistisch klingenden Verfahren plausible Interpretationen der unterschiedlichen Verteilung und Funktion von Metaphern, Parenthesen, »Ich«-Formen etc. abzuleiten. So entsteht am Ende seiner Untersuchung tatsächlich ein Bild vom unterschiedlichen fachsprachlichen Gehalt der besprochenen Texte.

Obwohl Timms Schluß vom fachsprachlichen Gehalt eines Textes auf seine Wissenschaftlichkeit nicht unproblematisch ist, legitimiert er seine Argumentation durch das Endziel seiner Untersuchung: Nicht die Feststellung der Güte der behandelten Werke, sondern ein Vergleich von Art und Umfang ihres Gebrauchs spezifischer stilistischer Mittel, die gemeinhin als Ingredienzen wissenschaftlichen Schreibens akzeptiert sind. Timms Ergebnisse bleiben daher durchgängig analytischer, nicht qualitativer Natur. Als ein Beispiel mag der stichhaltig herausgearbeitete Nachweis dienen, daß in der Monographie die »deskriptive« und »inventive« Sprachfunktion dominieren, während im Arbeitsbuch die »direktive« und »instruktive« Funktion im Vordergrund stehen (166). Ein Anhang präsentiert die festgestellten Spezifika von Monographie, Arbeits- und Lehrbuch zusammenfassend in tabellarischer Form. Timms Buch legt strenge Maßstäbe an die sprachwissenschaftlich ausgerichtete Analyse literaturwissenschaftlicher Texte, setzt jedoch seinerseits neue für die zukünftige Forschung auf dem Gebiet der Fachsprachen.

Göran Nieragden (Köln)

Klauser, Rita: Die Fachsprache der Literaturkritik. Dargestellt an den Textsorten Essay und Rezension. Peter Lang Verlag, Frankfurt/M. 1992 (214 S., br., 63,- DM) Der Aufgabenbestimmung der Fachtextlinguistik entsprechend, die über strukturelle und funktional-kommunikative Analysen zu texttypologischen Ergebnissen kommen will, setzt sich Klauser das Ziel, die Fachsprachlichkeit der Textsorten Essay und Rezension aus dem Bereich der britischen und amerikanischen Literaturkritik nachzuweisen. Die Untersuchung, deren Gegenstand 15 Essays und 50 Rezensionen des Times Literary Supplement aus dem Zeitraum von 1960 bis 1985 bilden, wendet ein empirisch induktives Verfahren an und verfolgt die Absicht, die invarianten Merkmale der betreffenden Textsorten herauszuarbeiten. Der sprachwissenschaftliche Ansatz diskutiert Positionen der Soziolinguistik, Fachsprachenforschung, Textlinguistik und Linguostilistik. Ein weiterer Teil, der die Vermittlungsbedingungen der Literaturkritik analysiert, bietet einen knappen Überblick über die englische und deutsche Entwicklung und eine Zusammenfassung der literaturkritischen Aufgaben und Phänomene. Hier werden auch konvergierende und divergierende Momente der literaturwissenschaftlichen und -kritischen Fachsprache sowie Kooperations-

möglichkeiten von Linguistik und Literaturwissenschaft bei der sprachlichen Analyse und ästhetischen Interpretation behandelt.

Die Schlußfolgerung »literaturkritische Wertung ist Wertung einer im Kunstwerk vergegenständlichten Wertung« (48) weist auf eine Variation der romantischen Tradition hin, die sich in F. Schlegels Formel »Verstehen des Verstehens« ausdrücken läßt. Hinsichtlich der während der Wertungstätigkeit entstehenden Spannung zwischen Subjektivität und Sachlichkeit legt Klauser auf die Objektivität des Vermittlers besonderen Wert. Dementsprechend werden auch die Maßstäbe literaturkritischer Essays und Rezensionen über einen (nicht näher bestimmten) Fachlichkeitsgrad und die grundlegende Aufgabe, die Adressaten sachlich zu orientieren, definiert. Zur Erarbeitung invarianter Merkmale in den ausgewählten Texten werden textexterne und -interne Faktoren, das Verhältnis von Objekt- und Metasprache, die Haltung des Kritikers und stilistische Besonderheiten als Kriterien angezeigt, die bei der Analyse der Spezifika der jeweiligen Fachtextsorte dienen; die Ergebnisse werden in Form von Arbeitsdefinitionen dargestellt. Diese zeigen, daß der einzige Unterschied zwischen Essay und Rezension aus fachtextlinguistischer Sicht darin liegt, daß dem Essayisten individuellere stilistische Ausdrucksmöglichkeiten zur Verfügung stehen, während der Rezensent mit der textsortenspezifischen Makrostruktur seiner Arbeit an den Journalismus grenzt. Ästhetische Qualität des Essays und Pragmatismus der Rezension auf der einen und Überschneidungen kommunikativer und populärwissenschaftlicher Art auf der anderen Seite - es fragt sich, ob es sich lohnt, eine Untersuchung durchzuführen, um am Ende das Allzubekannte von neuem festzustellen. Seit den Studien über den Feuilletonismus Heines und Fontanes ist das Niemandsland zwischen Essayistik, Kritik und Journalismus ein beliebtes Forschungsthema. Bereits aus dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts liegen Arbeiten vor, die die essayistische Digression und die überindividuelle Wertung in der Rezension feststellen.

Auch wenn es hier um den angloamerikanischen Bereich geht, in dem der Gattungsbegriff sehr viel weiter gefaßt wird als in Deutschland, ist der Versuch, die Fachsprachlichkeit des Essays als literaturkritischer Textsorte statistisch zu definieren, nicht immer nachvollziehbar. Wie kann man eine sich durch den persönlich-subjektiven Stil auszeichnende Form mittels der Adjektive literarisch oder literaturkritisch in eine fachliche Funktionalität hineinstecken? Klauser tendiert zu einer pragmatischen Normierung des essayistischen Spielraums, dessen Freiheit auf die Aufhebung der Unzulänglichkeiten der literaturwissenschaftlichen Terminologie reduziert wird. Daß die Verfasserin manche gegensätzliche Positionen in der Sekundärliteratur (Ludwig Rohner: Der deutsche Essay, Materialien zur Geschichte und Asthetik einer literarischen Gattung. Neuwied, West-Berlin, 1966; Annemarie Auer: Die kritischen Wälder. Ein Essay über den Essay. Halle/Saale, 1974) einfach übernimmt, ohne sie kritisch zu hinterfragen, ist eine weitere Schwäche der Arbeit. Während Rohner die asketische und aristokratische Beschränkung des Essays auf seinen Gegenstand unterstreicht, sucht Auer die Impulse der Gattung im gesellschaftshistorischen Bedürfnis und der ideologischen Funktionalität. Die von Auer übernommene »kommunikative Grundhaltung« der Gattung ist für die auf die subversive Affirmation des Essayisten aufmerksam gewordene Forschung nicht mehr selbstverständlich. Sargut Sölcün (Nürnberg)

Felperin, Howard: The Uses of the Canon. Elizabethan Literature and Contemporary Theory. Clarendon Press, Oxford 1990 (xv + 192 S., Ln., 25,-£)

Seit Anfang der achtziger Jahre toben an Universitäten und in der Presse im englischsprachigen Raum die sogenannten »canon wars«. Diese Kanonkriege haben

ihren Namen erhalten in der Kontroverse um die zukünftige Zusammensetzung des Kanons der für das Studium der Literaturwissenschaft verbindlichen Werke. Zur Diskussion steht, ob der Kanon in seiner jetzigen Form beibehalten, um die Werke von unterdrückten Gruppen wie Frauen, Schwarzen, *Native Americans* etc. erweitert oder sogar ganz aufgegeben werden soll. Eine Auswirkung der Kanonkriege auf der Ebene der Dozentenschaft besteht darin, daß Stellen nach der Zugehörigkeit zu bestimmten Lagern bzw. Theorien vergeben werden.

Die beiden Lager in den Kanonkriegen definiert Felperin neu als »conventionalism« und »realism« (102, 144). Ersterer betrachtet die Interpretation von Literatur als subjektives Geschäft, nur eingegrenzt durch das Einverständnis der »interpretatorischen Gemeinschaft« (nach Stanley Fish); letzterer postuliert eine Textbedeutung, die unabhängig von Zeit, Ort und Methode der Interpretation existiert. Mit dieser Unterscheidung vermeidet Felperin die oft unmittelbar politisch verstandenen Begriffe »liberal« und »konservativ«, die sich nicht immer direkt den literaturtheoretischen Positionen zuordnen lassen.

Innerhalb des »konventionalistischen« Lagers sind die zwei wichtigsten Theorien die Dekonstruktion und der New Historicism, die Felperin beide als Varianten des Poststrukturalismus begreift (102). Felperin, der sich selber als Dekonstruktivisten bezeichnet (v), versucht nun innerhalb des New Historicism zwei Strömungen voneinander zu trennen (142ff.). Die erste, die amerikanische (oder besser: kalifornische) »cultural poetics«, ist nach Felperin enger an den alten Historismus angelehnt, benutzt vor allem strukturalistische Methoden und ist wenig an gegenwartsbezogener politischer Interpretation interessiert. An der Position ihres wichtigsten Vertreters Stephen Greenblatt kritisiert Felperin, daß Schlagworte wie »soziale Energie« und »Verhandlung« zu diffus seien. Er wirft ihm vor, in »realism« zurückzufallen und unreflektiert moderne Vorstellungen auf ältere Literatur zu übertragen (110f.). Die zweite Strömung, die in der Tradition des Marxismus steht, ist der britische »cultural materialism« (Raymond Williams), der mit seinen Interpretationen politisch intervenieren möchte. An dieser Position moniert Felperin eine »Sehnsucht nach einer wiederhergestellten Eindeutigkeit des Zeichens auf poetischer und gesellschaftlicher Ebene« (167). Mit dieser Unterscheidung sind tatsächlich Tendenzen innerhalb des New Historicism beschrieben, die sich jedoch weniger Ländern als Autoren oder sogar nur einzelnen Perioden im Werk bestimmter Autoren zuordnen lassen.

In drei Analysen zu Shakespeares *Tempest*, in denen sich die Vielfalt des Bandes am deutlichsten zeigt, setzt Felperin seine theoretischen Überlegungen in die Praxis um. In einem der frühesten Aufsätze des Buches (von 1978) dekonstruiert er Northrop Fryes Interpretation von The Tempest als »romance«, indem er zeigt, wie die Mystifikation und Demystifikation des Genres im Drama in Widerstreit stehen, ohne eine Synthese erreichen zu können (19-26). In der Kritik an einer Interpretation aus Sicht des New Historicism konkretisiert sich Felperins Vorwurf an die Greenblatt-Schule, Ein bestimmter diskursiver Kontext werde privilegiert – in diesem Fall der des Kolonialismus -; diese Privilegierung könne nur auf Grund der unausgesprochenen Ausblendung anderer Kontexte erfolgreich sein. Felperin führt vor, daß der Text ebenso sehr mit zeitgenössischen utopischen Diskursen reagiert (122-141). Schließlich arbeitet er an *The Tempest* seine Position in der Frage des Kanons heraus (170-190). Er argumentiert, ein Kanon sei gerade dazu nötig, um auf seiner Grundlage zu debattieren. Ohne Kanon ziehe sich das liberale Lager selbst den Boden unter den Füßen weg, da es ohne ihn kein »Schlachtfeld« gebe. Dabei sollten die Liberalen auf eine Öffnung des Kanons hinarbeiten. Die Kriegsmetaphorik, die Felperin in diesem Zusammenhang durchweg benutzt, ist typisch für die Rhetorik der Kanonkriege. Zu

bemängeln ist, daß Felperin (bei aller berechtigten Kritik) die Gemeinsamkeiten zwischen Dekonstruktion und New Historicism nicht genügend herausarbeitet. Einig sind sich beide in der Voraussetzung, literarische wie andere Quellen eben als Texte zu lesen, also in der Abkehr von der referentiellen Funktion von Sprache. Der New Historicism wendet die von der Dekonstruktion entwickelte Methodologie auf historische Quellen an und stellt sich dadurch der traditionellen Geschichtswissenschaft entgegen. Ähnliches deutet Felperin auch selbst im Vorwort an, wo er vom New Historicism als »applied deconstruction« (vi) spricht.

Sind Felperins Überlegungen zu den Kanonkriegen auf Deutschland übertragbar? Die deutschen Universitäten unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Struktur und ihrer gesamtgesellschaftlichen Stellung von denen in den USA. Während dort selbst die staatlichen Unis nach privatkapitalistischen Prinzipien arbeiten und das Studium straff um einen kleinen Kanon »großer« Werke organisiert ist, steht bei uns immer noch die vielbeschworene Freiheit von Lehre und Forschung im Vordergrund, und im Studium gibt es kaum bindende Verpflichtungen.

Dennoch gibt es Parallelen: In beiden Ländern stehen die Geisteswissenschaften unter besonderem Druck. Mit den Etatkürzungen und den Diskussionen um eine Kürzung der Studienzeit muß auch hier eine Verkrustung des Kanons einsetzen, der entgegenzutreten ist. Im Kampf der Frauen um mehr Berücksichtigung deutet sich der Konflikt bereits an. Da der Diskussionsstand im angloamerikanischen Raum so viel weiter fortgeschritten ist, können deutsche LeserInnen bei Felperin schon jetzt die Argumentationslinien künftiger »deutscher Kanonkriege« studieren.

Norbert Schürer (Berlin)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Mattelart, Michèle, und Armand Mattelart: The Carnival of Images. Brazilian television fiction. Bergin & Garvey, New York 1990 (175 S., Ln., 39,95 \$) Mattelart, Armand: La communication-monde. Histoire des idées et des stratégies. Editions la Découverte, Textes à l'appui (Série Histoire contemporaine).

Découverte, Paris 1992 (339 S., br., 150 FF)

Brasilien, schreiben die Autoren in *The Carnival of Images*, zwinge dazu, die Aufmerksamkeit auf einen Punkt zu lenken, um die neuen Mechanismen sozialer Regulation, wie sie in den Kommunikationsnetzwerken gang und gäbe sind, zu begreifen und das widersprüchliche Verhalten der als Vermittler fungierenden Profis zu verstehen. Von diesem Blickpunkt aus ist eine Hilfestellung bei der Situierung der Medienkultur (genauer, des Fernsehens, ihres Massenmediums par excellence) innerhalb jener Rahmenbedingungen, welche unter der Regie des Marktes zu einem Aufschwung neuer Formen des Populismus geführt haben, eines der Hauptinteressen bei der Analyse des brasilianischen Fernsehens.

Ausgehend vom spezifisch brasilianischen Phänomen der »Telenovelas« versuchen die Autoren zum einen die Organisation der kommerziellen Fernsehindustrie und die Genese dieses Genres in Brasilien aufzuzeigen (ihr wird der meiste Platz eingeräumt), zum anderen einen theoretischen Rahmen zu finden, um die Grenzen einer kritischen Reflexion über die Deregulation der gegenwärtigen Fernsehlandschaft abstecken zu können. Als Genre ist die Telenovela eine Art Bindeglied zwischen der Soap-Opera und dem Western (Hollywoodscher Prägung): »sie repräsentiert eine, den modernen Kommunikationsmitteln angepaßte, Volkskunst, ohne deren Brillanz einzubüßen« (4). Den Nährboden für das Florieren dieses Genres bildeten die

äußerst populären Radionovelas, die ursprünglich nach Brasilien importiert wurden. Das Melodrama, als zentrales Schlüsselelement der Novelas, war aber bereits fest im Erzählfundus des Kontinents, in Filmen, Fortsetzungsromanen, Fotonovelas und Liedern, verankert. Das Erfolgsgeheimnis der Telenovelas führen die Verfasser u.a. auf den Einfluß zweier Organisationen zurück: »Ibope«, das unabhängige Marktund Meinungsforschungsinstitut, und »Apoio«, die hauseigene Marketingagentur – Artdirektor ist seit 1974 der Österreicher H.J. Donner. Die Programme sind inhaltlich schichtspezifisch, von den Falvelas bis zur gehobenen Mittelklasse diversifiziert und werden nach einem rigiden Plan ausgestrahlt. Ein weiterer Erfolgsgarant von Rede Globo wird unter dem Namen »Globo pattern« gehandelt und gilt weltweit als anerkanntes Gütesiegel für eine qualitativ hochwertige Bildästhetik. Das Charakteristische an den Telenovelas ist für Mattelart neben der Verschmelzung der traditionellen Volkssage mit der Modernität - »eine Mischung, die sehr gut den Teil unserer symbolischen Bedürfnisse erkennen läßt, der von der Kulturindustrie befriedigt wird« –, die Kombination einer, formal betrachtet, gebrochenen Handlung mit einer Langzeitstruktur, wie sie der heutigen ästhetischen Wahrnehmung am ehesten entspricht: »es ist eine Kombination einer Ästhetik des Rhythmus und der Geschwindigkeit mit einer des Pathos.« (51)

Rede Globo, das viertgrößte Medienimperium der Welt, wird oft als Synonym für das brasilianische Wirtschaftswunder und des »brasilian whole way of life« genannt. Allein die neugegründete Zukunftswerkstätte »Projac« erstreckt sich über eine Fläche von 90000 m². 1500 Stückeschreiber – nahezu das gesamte kreative Potential des Landes – arbeitet nonstop für den Marinho-Konzern.

Zu den theoretischen Positionen der Mattelarts bei ihrer Untersuchung der Re-/ Produktionsverhältnisse und des Populismus zählen neben Gramscis Aufsatz »Amerikanismus und Fordismus« und Bourdieus Theorie der »Reproduktion« (die allerdings bei vielen heimischen Forschern auf Skepsis und Kritik stößt), v.a. Foucaults »Dispositiv«-Konzeption. Ebenso wichtig ist ihnen, in Anlehnung an ihren Landsmann Maurice Halbwachs, die Unterscheidung zwischen nationalem und populärem Gedächtnis und jene klassische zwischen der Massenkultur und der Populär- oder Volkskultur. Bezugnehmend auf eine Studie des CNRS zur »state-of-the-theory« in den Kommunikationswissenschaften unterscheiden sie dann zwei Logiken und sprengen damit zugleich den Rahmen, in dem sich die Diskussion oft festfährt: die naturwissenschaftlich-kognitive, die von Erkenntnismodellen der Systemtheorie, Kybernetik, strukturalen Linguistik, Thermodynamik und Biologie ausgeht und die emotionale, »therapeutische«, die v.a. auf psychoanalytischen Erkenntnissen beruht. Paradox mutet den Autoren die postmoderne Verkündung des »Endes der Erzählung« (Lyotard) an, wo sich doch gerade die Macher serialisierter TV-Sendungen auf die Aufbereitung großer Erzählhandlungen spezialisiert hätten. Gleiches gilt ihrer Meinung nach auch für die Kritik der Poststrukturalisten am abendländischen Logozentrismus in puncto Rede und Sprache, denn diese könnten nicht sehen, daß er gerade in den neuen Kommunikations-, Informations-, aber auch Werbetechniken einem Eckpfeiler des Neoliberalismus, welcher sich auch der »Konstruktion einer populären Zuhörerschaft« verschrieben hat - Früchte trägt. Das Paradigma wäre zwar immer noch, wie in den sechziger Jahren, die Logik der Deterritorialisierung, aber in Korrelation mit einer Relokalisierung, d.h. der Neuzusammensetzung spezieller Räume (national und lokal) als Bedeutungseinheiten für kollektive Identitäten.

In seinem jüngsten Buch, *La communication-monde*, das den Zusatz »Roman einer Wissenschaft« tragen könnte, befaßt sich Mattelart mit dem Spannungsfeld Krieg – Fortschritt – Kultur. Historisch umschließt der Band die letzten 200 Jahre, von der

Erfindung der Telegraphie bis zur Satellitenübertragung. Wirtschafts-, sozial- und ideengeschichtlich versucht der Autor den Werdegang ins Medienzeitalter und die Positionen bedeutender Ideenlieferanten und Akteure darzulegen. Eine Orientierungstafel im Anhang bietet einen chronologischen Überblick markanter Wegmarken. Themenfelder, die sich quer durch das Buch ziehen, sind Presseagenturen und Weltmedien, Kino und TV, Konsumverhalten und Wirkungsforschung, nationale Sicherheit, Militär und Zensur, Agitprop und Werbung, Geopolitik und Deregulation. Wissenschaftsgeschichtliche Bezugspunkte sind neben Adorno, Foucault, Gramsci, Kennedy, Lazarsfeld, Laswell und McLuhan auch Le Bon, Schramm, de Sola Pool und Tarde. Sie stehen oft stellvertretend für eine Schule (Frankfurt, Palo Alto, Chicago, eine Universität (Stanford, Harvard, Columbia, MIT) oder eine andere Institution (Gallup, Nielsen, CNRS).

»Nirgends wird so viel gelogen wie im Krieg und in der Liebe«, schrieb Tolstoi, vermutlich über die Berichterstattung zum Krimkrieg. Kommunikationspraktiken staatlicher Institutionen, wie sie in Kriegszeiten vom Krim- bis zum Golfkrieg etwa bei der Bekämpfung von Minderheiten wirksam wurden, stehen im Mittelpunkt des ersten Kapitels. Es weist überdies auf die Bedeutung der »schwarzen« Propaganda und der psychologischen Kriegsführung hin, die weltweit noch immer im Zentrum des Kommunikationsprozesses stehen. - Der zweite Teil stellt sich die Frage nach der Rolle der »Geofinanz« und ihres »ökonomischen Krieges« gegen die neuen internationalen Kommunikations- und Informationsräume und versucht die Frage zu beantworten: Bedeutet die Entstehung der Medienwelt das Aufkommen einer uniformen »Weltkultur«, oder ist sie nur das Vorspiel einer planetaren kulturellen Zerstückelung? Als Beispiel einer Deregulation erwähnt Mattelart die Situation in der DDR, die er als »Autopsie eines doppelten Auffahrunfalls« apostrophiert. Das ostdeutsche Fernsehen konnte sich der direkten Konkurrenz nicht verschließen und veränderte sein Programm, um seine Zuschauer zu halten. Orte, die auf Grund ihrer geographischen Lage an den Rändern der Massenkultur angesiedelt waren, wurden scherzhaft »die Täler der Ahnungslosen« getauft. Das dritte Kapitel zur Kultur bietet erstmals eine Geschichte zentraler Begriffe (Nation-Building, Lebensraum, Dritte Welt, Attitude, Kybernetik, Ideologie, Self-Reliance usw.), Schlagworte (Westernization, Small is Beautiful, Global Village) und der Kulturindustrie. Gleichzeitig mit einer Geschichte der Verdrahtung und der Strategien ihrer Akteure arbeitet Mattelart die Ideen, Theorien und Doktrinen heraus und gibt einen Überblick zur internationalen Dimension des Kommunikationsprozesses.

La communication-monde bietet den deutschen Lesern, die mit der französischen Tradition der »haute-vulgarisation« – der Vermittlung von Spezialwissen an interessierte Laien – nicht vertraut sind, Ungewöhnliches. Der Autor demonstriert und dekonstruiert eine Fülle von Theorieansätzen, gesteht jedoch am Ende seine Ratlosigkeit gegenüber der Sphinx aus offenen Fragen ein. Stefan Leitner (Innsbruck)

Pross, Harry: Protestgesellschaft. Von der Wirksamkeit des Widerspruchs. Artemis-Verlags GmbH, München 1992 (270 S., Ln., 36,- DM)

Pross besitzt die im Wissenschaftsbetrieb nicht häufig anzutreffende Gabe, unterhaltend schreiben zu können. Diese Fähigkeit sorgt dafür, daß Aufklärung, wie sonst oft anzutreffen, nicht zur Katheder-Pädagogik sich aufplustert. Eine bestimmte Auffassung von Aufklärung, die der Autor erst während der letzten Zeilen des Buches benennt, justiert die Optik, unter der er sich den historischen wie allgegenwärtigen Erscheinungsformen des Protestes nähert. Aufklärung wird selbst als »Protest« qualifiziert. Für Pross ist Aufklärung erst dann auf der Höhe ihrer Möglichkeiten, wenn

sie mehr ist als öffentliche Verwahrung »gegen die herrschenden Verhältnisse, gegen Krieg, Gewissenszwang und Fanatismus jeder Art«. Vor allem »Selbstkritik des Denkens, Widerspruch gegen die eigene Bequemlichkeit, Protest gegen Selbstgerechtigkeit« (255) hätten hinzuzutreten. Allemal eine brauchbare Bestimmung und eine, mit der sich, rückbezogen auf einen emphatischen Begriff von Vernunft, arbeiten läßt. »Sinn macht die Thematisierung in Protest und Gegenprotest unter der Annahme, daß der Mensch zur Vernunft kommen kann, wenn er will« (51). Hier fügen sich auch Variationen über sein Thema: *Die Protestgesellschaft* ein.

Zunächst versucht der Autor eine Skizze der wesentlichen Züge dessen, was Protest heißt: »Einspruch erheben, sich verwahren, etwas abwehren wollen«. Dazu kommt »jener stolze, nach vorne weisende Ton«, grundiert von der »Einstellung *ganz vorne bezeugen*« (15) zu wollen. Mitgesetzt ist damit der Bezugsrahmen von Öffentlichkeit und Publikum. Protest als spezifische Mitteilungsform, ein durch und durch kommunikationspolitisches Thema, das Pross entlang der anthropologischen Reflexionen Blaise Pascals zur »Unruhe« durchspielt: »Wo viel protestiert wird, ist viel Leben« (17). Daß dort, »wo Protest sich erhebt, 'Fundamentals' im Spiel (sind)« (33), macht diese Form der Manifestation des Gegen, die immer ein Für impliziert, stets zu einer heiklen Angelegenheit, die, wenn nicht durch die eingangs zitierte Auffassung von Aufklärung geleitet, umzukippen droht in »wilde Selbstdarstellung« (148) oder in die Anrufung des »Mythischen« (197). Der Weg des Protestes in das nicht erst seit Carl Schmitts »Begriff des Politischen« fatale »Schema von Freund und Feind« (214ff.) ist, wie Gewaltrituale des Jugendprotestes als auch nationale und religiöse Fundamentalisten zeigen, dann nicht mehr weit.

Pross' Streifzüge durch die Geschichte und Gegenwart protestbewegter Gesellschaften, namentlich der europäischen, führen, nach Darlegung des Bezugssystems des Protestes - »Themakriterien« (45ff.), »Ein Publikum gewinnen« (65ff.) und »Öffentliche Moral« (84) – zu Schlüsselfiguren (Robin-Hood-Gestalten) wie zu bedeutenden Bewegungsformen (Arbeiter-, Frauenbewegung, Bürgerinitiativen) des Protestes. Besonders aufschlußreich und Mythen zersetzend sind die Skizzen zum Protestcharakter der »Bürgerinitiativen« (139ff.), die als Fortsetzung des »Beschwerdewesens« (158) im Zeitalter der bürokratischen Industriegesellschaft entzaubert werden. Überhaupt, das Pathos des Protestes wird hinreichend relativiert, indem unterstrichen wird, »daß Protest häufiger erhoben wird, um etwas zu erhalten, als um etwas umzustürzen« (115). Und bis in diese Tage hinein, wo Protest gegen Rassismus sich mit den Sorgen der deutschen Exportwirtschaft verbündet sieht, wirkt nach, was Pross als deutsche Erbschaft auch in der Form des Protestes aufweist: »das deutsche Bürgertum wollte durch die Jahrhunderte auch im Protest die Ordnung verbürgt sehen« (139). Es steht dann auf, erinnert sich des vielzitierten »Anstandes«, wenn's vor der Haustür brennt: »Bürgerinitiativen entstehen, wo sich die Gefahr der eigenen Haustür genähert hat. Sie sind Verteidigungsvorgänge. Wenig anders als in der mittelalterlichen Stadt besetzen die Bürger die Zinnen« (148). Nachdenkenswerte Gedanken im Kontext von Gewalt und Gegenprotest.

Das Kapitel »Farben und Formen des Protests« (184ff.), das die politische Symbolik der Farben Schwarz, Grün, Grau, Rot, Braun und Gelb analysiert, demonstriert noch einmal anschaulich, warum das Buch empfehlenswert ist: Es liefert eine Fülle von Anregungen, die eigenen Wahrnehmungsformen, die für Bewertungen sorgen, ins aufklärerisch-kritische Licht zu ziehen, hier der Ambivalenzen des Protests, gewiß Elixier einer Vergesellschaftung von unten, im elektronischen Zeitalter des »Ornaments der Massen«, wozu auch »Lichterketten« zählen, inne zu werden. Wenn es zutrifft, daß »Protest ... Verwahrung gegen Fremdbestimmung (ist), Ausdruck der

Bedürfnisse nach Selbstbestimmung und Selbstverständigung, müde der rohen Autorität, der Heuchelei, der Dummheit«, daß Protest sich erhebt »aus verletzter Würde, aus Scham« (105), gerade dann kann er jener bestimmten Aufklärung nicht entraten. Es sei denn um den Preis steriler Selbstgerechtigkeit, die den Protest zur Diffamierung des anderen verkürzt und manichäischen Freund-Feind-Schemata selbst verfällt.

Hartmann, Hans A., und Rolf Haubl (Hrsg.): Bilderflut und Sprachmagie. Fallstudien zur Kultur der Werbung. Westdeutscher Verlag, Opladen 1992 (312 S., br., 48,- DM)

Eine neue Generation von Werbung greift Platz, tritt an die Stelle verbrauchter und in ihrer Wirksamkeit fraglich gewordener Bilder. Fachleute sprechen von Werbung der vierten Art, die als solche kaum noch kenntlich ist: Sie setzt sich formal nicht mehr merklich vom redaktionellen Teil der Zeitschriften ab. Dabei werden Darstellungsweisen aus anderen Bereichen der visuellen Kommunikation übernommen, Stilmittel der bildenden Kunst entlehnt. Der Warencharakter des Produktes wird verschleiert, das bei dieser Art der Image-Werbung in den Hintergrund rückt, eingekleidet in eine ästhetisierende Bildsprache, allenfalls beiläufig inszeniert. Indem sie sich aus dem Repertoire künstlerischer Ausdrucksformen bedient, sich damit als zweckfrei ausgibt und die Anerkennung als hohe kulturelle Leistung beansprucht, verhehlt die Werbung ihre Zielsetzung, die darin besteht, den Markennamen im Bewußtsein der potentiellen Käufer zu verankern. Je weniger auf den ersten Blick ersichtlich wird, wofür und wie die Werbung wirbt, desto geringer sind die Chancen, ihrer Wirkung zu widerstehen.

Die beiden Augsburger Psychologen Hartmann und Haubl nehmen ihr Unbehagen angesichts der ansteigenden »Bilderflut« zum Anlaß, einen Sammelband herauszugeben, der den neuartigen Werbestrategien mit angemessenen Analyseverfahren begegnen soll. In der Einleitung zeichnen sie die Linien der wissenschaftlichen Diskussion um die Werbung nach und heben die Schwierigkeit hervor, einen fundierten kritischen Standpunkt zu beziehen. Die Werbeindustrie hat es verstanden, die an ihr geübte Kritik aufzugreifen und dadurch zu entkräften, daß sie offenkundig nicht den Gebrauchswert des abgebildeten Produktes, sondern den Imaginationswert des Bildes zum Gegenstand der Werbung erhebt. Darin beweist die Werbung ihre »scheinbar unbegrenzte Fähigkeit, Systemkritik in systemfunktionale Innovation zu verwandeln« (30). Die Herausgeber wollen die behauptete Autonomie der Werbeästhetik, durch die sie sich der Kritik entzieht, in Frage stellen, was zunächst voraussetzt, »der eigenen Sinnlichkeit als Sozialisationsprodukt auf die Spur zu kommen« (16). In zwölf Fallstudien führen AutorInnen unterschiedlicher Fachrichtungen ihre spezifischen Interpretationsverfahren an Beispielen aus den Printmedien vor. Die Zusammenstellung der Beiträge erfolgt unter dem Gesichtspunkt, ein möglichst breites Spektrum an methodischen Zugängen zu bieten. Neben den Disziplinen, die bereits seit längerem mit der Thematik vertraut sind und wesentliche Vorarbeiten geleistet haben wie die Medienpsychologie, Soziologie und die Semiotik, sind erfreulicherweise auch die Literatur- und Kunstwissenschaft vertreten.

Die hermeneutischen Verfahren lassen sich in zwei Arten unterscheiden: Zum einen die reformulierte und angewandte Psychoanalyse, die darauf abzielt, durch »szenisches Verstehen« die verdrängten, deshalb unbewußten Phantasien und Affekte zum Vorschein zu bringen, mit denen die Rezipienten auf die Reklamebilder reagieren. Auf diese Weise werden Widersprüche aufgedeckt, die nicht zu Bewußtsein gelangen sollen: zwischen der offensichtlichen und manifesten, in der Regel

völlig unverfänglichen Werbeaussage einerseits und den auf der latenten Bildebene verborgen inszenierten Lebensentwürfen andererseits, die gesellschaftlich Anstoß erregen, nichtsdestominder enorm werbewirksam sind. Zum anderen befaßt sich die kulturwissenschaftliche Hermeneutik unmittelbar mit der Bild- und Textstruktur der Werbeanzeigen. Die einzelnen Ansätze unterscheiden sich hinsichtlich des Erkenntniszieles. Reklamebilder werden daraufhin untersucht, auf welche Gestaltungsmuster und Sinngehalte aus dem kulturellen Bestand sie zurückgeifen.

Die soziologische Perspektive ist auf das Angebot von »alltagsästhetischen Schemata« gerichtet, mit denen sich die Geschmackskompetenzen und der entsprechende persönliche Lebensstil zur Geltung bringen lassen; sie ist »um eine hermeneutische Rückübersetzung eines durch werbliche Botschaften ausgedrückten sozialen Vokabulars bemüht, von dem man annehmen kann, daß es gruppen-, schichtenspezifische oder gar allgemeine, d.h. kollektiv verbindliche 'Repräsentationsmuster' generiert« (246). Dabei werden die Vorgehensweisen verschiedener Disziplinen, etwa die semiotische Aufschlüsselung des Bildes und die ikonologische Analyse, kombiniert.

Die Konzeption des Buches beansprucht das Engagement des Lesers. Die Analyse und Interpretation schreibt nicht eine alleingültige Bedeutung des Reklamebildes fest, so daß es dem Leser überlassen bleibt, vor seinem Erfahrungshintergrund nach weiteren sinnvollen Lesarten zu forschen. Der Buchaufbau, der jedem Beitrag die Abbildung der behandelten Werbeanzeige voranstellt, gibt Gelegenheit, sich zunächst selbst ein Bild zu machen und sodann die eigene Deutung mit der Experteninterpretation zu vergleichen. Obgleich man ahnt, daß beim ersten, in der Regel flüchtigen Blick nur die oberste Bedeutungsebene bewußt erfaßt wird, sind die Ergebnisse doch verblüffend, die die tiefenhermeneutischen Analysen (z.B. in den Beiträgen von König und Haubl) zutage fördern. Weshalb gelingt es der Darstellung eines Büffel jagenden, unter äußerster Willensanspannung sich die Natur unterwerfenden Cowboys, der sich selbst wie sein Pferd fest im Griff hat, für den Genuß von Zigaretten einer bestimmten Marke zu werben? Das Reklamebild aktualisiert den Mythos vom Wilden Westen als letztes Refugium für denjenigen, der sich vom Leben in der Zivilisation nicht genügend herausgefordert fühlt und bestätigt so einen auf Verzicht, Risikobereitschaft und Leistungswillen gegründeten Lebensentwurf. Dabei wird die historische Wirklichkeit überblendet durch eine neu kreierte Version der Geschichte, die nicht die Erinnerung daran aufkommen läßt, daß die Ausrottung der Büffelherden und der Völkermord an den Indianern mit der Landnahme des Westens einhergingen. Wodurch bewerkstelligt es die Werbeanzeige für ein Epiliergerät, Vorstellungen wachzurufen, denen das Bild keinen konkreten Anreiz bietet? Die kalkulierte Begrenzung des Bildausschnittes, der die haarlosen Beine einer Frau unbestimmbaren Alters in einer mehrdeutig inszenierten Situation zeigt, erzeugt den Eindruck, daß die Beine einem jungen Mädchen gehören. Das Werbebild hält so den Frauen ein kindhaftes Schönheitsideal vor und vermag unterschwellig männliche pädophile Phantasien anzusprechen, die einem Tabu unterliegen und nicht offen kommunizierbar sind. An Hand solch eingehender Analysen wird dem Leser seine eigene gestaltende Mitwirkung an der Bedeutungsrekonstruktion vor Augen geführt. Andererseits wird offengelegt, wie die Bildstruktur einer Werbeanzeige Erfahrungsmöglichkeiten vorgibt, verhindert oder in eine bestimmte Richtung lenkt. Die kulturwissenschaftliche Sichtweise zeigt, wie bewährte Topoi und Darstellungsmodi verschiedener Kunstgattungen verwertet werden: Sie werden in Werbeanzeigen eingesetzt, schmücken sie mit der Aura der Kunst und täuschen eine einmalige ästhetische Erfahrung vor, dabei konventionelle Sehgewohnheiten bedienend. Die Werbung macht sich den gesamten kulturgeschichtlichen Formenschatz zu eigen, wie

exemplarisch (durch die Beiträge von Zänker und Günther) gezeigt wird. In der Figurenkonstellation von Mann und schlafender Frau der Werbung eines Bettenherstellers klingt das in der Malerei herausgebildete Darstellungsmuster des Mythos von Amor und Psyche an, wodurch die Werbeanzeige in eine bis in die Antike zurückreichende Bildtradition eingereiht wird. Ein Fernsehgerät wird dadurch zu einem außerirdischen, numinosen und zukunftsweisenden Objekt verklärt, daß es nach den Gestaltungsprinzipien des Science-Fiction-Filmes in Szene gesetzt wird.

Die Werbung wird im gesamten Buch ernst genommen, ohne daß ihr der selbsterhobene Anspruch, die neue Kunstgattung des medialen Zeitalters zu sein, zugestanden würde. Der Leser wird mit geeigneten Analyse- und Interpretationsverfahren bekannt gemacht, und er wird um die Erfahrung bereichert, daß deren Anwendung auf die Werbung, die sich als Unterhaltungsbranche aufführt, durchaus amüsant sein kann.

David Naegler (Berlin)

Schivelbusch, Wolfgang: Licht, Schein und Wahn. Auftritte der elektrischen Beleuchtung im 20. Jahrhundert. Verlag Ernst & Sohn, Berlin 1992 (143 S., Ln., 98,- DM)

Es handelt sich um Schivelbuschs zweiten Beitrag zur Erhellung der Lichtgeschichte, bereits vor zehn Jahren erschien sein Band zur Geschichte der künstlichen Helligkeit im 19. Jahrhundert. Diesmal setzt er ein mit der Pariser Weltausstellung 1900 und verfolgt die Entwicklung des lichttechnischen Sachsystems bis in unsere Tage. LeserInnen seiner früheren kulturgeschichtlichen Arbeiten (zur Eisenbahn, den Genußmitteln usw.) wird auffallen, daß sich dieser Band nicht nur durch seine katalogartige Aufmachung, sondern auch in der Art und Weise der historischen Konstruktion unterscheidet. Während die kultur- und sozialgeschichtliche Kontextualisierung stark zurückgenommen und vergröbert wurde, rückte die Illustration und Erläuterung der Artefakte sehr in den Vordergrund. Dabei fällt Schivelbusch teilweise hinter seinen eigenen Interpretationsstandard zurück. Markierte für ihn beispielsweise die Pariser Weltausstellung in seinem ersten Beitrag zur Lichtgeschichte auch ein neues Entwicklungsstadium des Kapitalismus (das Ende des individuellen Unternehmertums und der Beginn des »korporativen Monopolkapitalismus«), so interessiert sie ihn nun lediglich unter ästhetisch-technischem Gesichtspunkt: als »Kulmination des geist- und formlosen Eklektizismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts« war sie ein »Schlag ins Gesicht der Anhänger der Moderne« (14). Zugleich zeigte sich auf dieser Weltausstellung – und hier sieht der Autor dann doch eine Verbindung zur »Moderne« – ein ausgelassenes Experimentieren mit den Möglichkeiten künstlicher Beleuchtung. Er rekonstruiert einige Entwicklungszusammenhänge, die insgesamt darauf hinausliefen, das Licht aus seinen traditionellen und begrenzten Einsatzfeldern zu befreien und, etwa im Theater oder der großstädtischen Architektur, Wahrnehmungsweisen neu zu gestalten und Emotionen zu evozieren.

Als Technik sollte das elektrische Licht zunächst unsichtbar bleiben. Bereits die schwachen Kohlefaden-Glühbirnen mit ihrem warmen, rötlichen Lichtton waren zumeist kunstvoll verhängt und abgeschirmt worden. Mit der Implementierung der sehr viel leistungsstärkeren und ein »kälteres« Licht produzierenden Metallfaden-Glühbirne setzte sich nach dem Ersten Weltkrieg die sogenannte »indirekte Beleuchtung« durch. Schivelbusch kommentiert: »Es gibt eine für jede menschliche, politische, kulturelle, technische usw. Entwicklungen gleichermaßen geltende Grundregel. Sie lautet, daß wenn eine gewohnte Prozedur durch Eintreten neuer Umstände nicht mehr geht, erfolgen muß, was man eine Tendenzwende, eine kopernikanische Wende oder einen Paradigmenwechsel nennt, je nachdem, worum es sich handelt.

Die bis dahin geltenden Regeln werden dann revidiert und häufig in ihr Gegenteil verkehrt. Für die Beleuchtung nach der Erfindung der Metallfaden-Glühbirne hieß das: nicht mehr Filterung und Dämpfung der Lichtmasse, sondern ihre ungefilterte und ungeschwächte Umleitung in die entgegengesetzte, dem Auge des Betrachters abgewandte Richtung.« (34f.) Diese lichttechnische Innovation führte schrittweise zu einer Integration der Beleuchtung in die Architektur und ließ Warenhäuser und Repräsentationsbauten auch bei Nacht perfekt illuminiert hervortreten. Auch die späteren Leuchtstoff-Röhren haben diese von Beginn an dominante Entwicklung zur indirekten Beleuchtung nur partiell gebrochen, und sich bald darauf ebenfalls hinter diverse Verkleidungen zurückgezogen. Allerdings kann Schivelbusch in verschiedenen politischen Kontexten unterschiedliche licht-ästhetische Praxen orten. Er versucht zu differenzieren zwischen einer liberalen-demokratischen und einer totalitärenkollektivistischen Lichtgestaltung. Während die erste Richtung eine »offene, freie, gewissermaßen 'mozartische' Helligkeit« favorisierte, gab die Gegenseite einem »inneren Strahlen« der Bauwerke, wodurch »sakrale, mythische« (41) Stimmungen hervorgerufen werden konnten, den Vorzug. Diese mythologische Lichtgestaltung verband sich, wie der Autor hervorhebt, während der späten dreißiger Jahre mit der klassizistisch-monumentalistischen Architektur, die, obgleich sie extrem in Italien und Deutschland auftrat, auch ein international zu beobachtendes Phänomen war, Ästhetische Projekte führen ihr Eigenleben, manchchmal auch deutlich abgesetzt vom politisch-ideologischen Bezugsrahmen. Darauf weist Schivelbusch am Beispiel der hellen Lichtdecke in Hitlers Reichskanzlei hin, die, wie er meint, »mit Sicherheit nicht Liberalität und Aufklärung« signalisierte (ebd.). Licht ist »an sich neutral wie die Technik oder die Sprache. Bedeutung erhält es erst durch den der es verwendet« (ebd.). In dieser fragwürdigen Aussage steckt eine Technikkonzeption, die Raymond Williams bereits in den frühen siebziger Jahren als »symptomatic technology« kennzeichnete und wegen ihrer erkenntnistheoretischen Unzulänglichkeit kritisierte. Technik werde tendenziell aus dem komplexen sozialen Entstehungs-, Herstellungsund Verwendungsprozeß herausgelöst und erscheine als Symptom innerhalb einer determinierenden politisch und/oder ökonomischen Struktur. Darin sieht Williams eine analytische Reduktion, welche die Vorstellung einer autonomen Technik stütze. Schivelbuschs Studie, die im übrigen in enger Zusammenarbeit mit Otl Aicher (Graphikdesigner und Mitbegründer der Hochschule für Gestaltung in Ulm) entstand, trifft diese Kritik trotz ihrer detailreich entfalteten Beziehungen zur Architektur, Kunst und Film und trotz ihrer beeindruckenden Illustrationsfülle. Kultur im Sinne von Alltagskultur und Lebensweise ist hier beispielsweise nur ein unzureichend herausgearbeiteter Bezugsrahmen für die technikhistorische Rekonstruktion. Allenfalls so fad und unscharf, wie u.a. in folgenden Passagen, werden diese Hintergründe beleuchtet: »Das 20. Jahrhundert ist das Jahrhundert der Ersatzreligionen und des Religionsersatzes. Die alten Religionsinhalte und die Formen ihrer Darbietung finden in der technisierten und rationalisierten Welt keinen Anklang und keinen Glauben mehr. (...) Kino wirkte hier im alten Marxschen Sinn des Wortes als Opium für das Volk (sic!), eine immaterialle Droge, mit deren Hilfe sich die Menschen für ein paar Stunden aus der Alltagsrealität herausträumten. Bei den Nazis diente diese Bezauberung der Einbindung ins totalitäre System.« (83f.)

Daneben sticht die nahezu vollständige Ausblendung des industriellen Komplexes ins Auge. Für die Entwicklung, Produktion und Gestaltung der Lichttechnik etwa im militärisch-ökonomischen Kontext interessiert sich Schivelbusch diesmal nicht.

Diese Einwände sollten jedoch nicht dazu führen, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Die Studie konzentriert sich zwar auf den »Design«-Zusammenhang,

illustriert jedoch zugleich auch einen kulturindustriellen Prozeß und mithin das spannungsreiche Verhältnis zwischen den Artefakten, ihren kulturellen Verwendungsweisen und symbolischen Bedeutungsdimensionen. Seine versierte Technikgenese löst aus der Chronologie fast unüberschaubarer lichttechnischer Neuerungen einzelne Entwicklungsstränge heraus und verklammert auch historisch weit auseinanderliegende Einzelphänomene.

Ulrich Schmid (Berlin)

Soziologie

Neumann, Marion, und Ulrich Herold: LIEBE einfach schrecklich. Tagebücher aus Europa. Verlag Construktiv, Berlin 1992 (206 S., br., 34,80 DM)

Aufzeichnungen von zehn Verfasserinnen und einem Verfasser, geboren zwischen 1960 und 1976. Die Zeiten der Eintragungen liegen in unterschiedlicher Dauer und Dichte zwischen März 1989 und März 1991. Die Herkunfts- bzw. Heimatorte sind: Ostberlin (2), Westberlin (die Türkin Sevgi), Hamburg, Baden-Württemberg, Schweiz, Siebenbürgen (3), Prag, Moskau. – Um zu testen, wie das Buch bei mit den VerfasserInnen ungefähr Gleichaltrigen ankommt, ließ ich es lesen von Ageda (17 J.), Konrad (20 J.) und Janni (21 J.). So wollte ich auch meine Inkompetenz für das Thema Jugend ein wenig ausgleichen.

Janni findet die Idee, ein ganzes Spektrum von Leuten auf diese Weise kennenzulernen, eigentlich gut, kritisiert aber, daß die unterschiedlichen Charaktere nicht wirklich Kontur gewinnen. Die (dank der europäischen Schule) durchweg unselbständige Sprache, die sich mit Versatzstücken behilft und die ja diesen Mangel an individueller Kontur im gemeinsamen sprachlichen Vordergrund auch verursacht, macht Janni aber nicht so ungeduldig (oder traurig) wie mich. Michelle z.B. mit ihren Taschen voll Klischee-Sätzen aus der Christenrüste (Herr, ich glaube, hilf meinem Unglauben!!!!«) - findet sie nett. So, wie Konrad und Ageda den Backfisch-Stil der Hamburgerin Eleonore (geb. 1972) recht verstanden haben, diese Ausrufe, diese Schnick-schnack-Reime, mit denen sie ihren Schwarm, den doppelt so alten Arbeitskollegen, tagebuchheimlich bedenkt. Auch ich lasse mich schließlich erweichen von Eleonores Gedicht Meine Englein: Des Nachts hör ich ihre Flügel schlagen, / Setz ich mich auf und lausche still. / Zum Glück stellen sie keine Fragen, / Reden nur, wenn ich es will. // Englein, die mich vor dir schützen. / Englein, die mich in schweren Zeiten unterstützen. / In guten Zeiten bleiben sie manchmal fern, / ... / Hell scheint auf mich ihr Stern, / ... / Englein, die alles sehn. / Englein, die mich ohne Worte verstehn. – Hat sie ja völlig recht, denke ich.

Aber blicke ich mit diesem Verständnis auf Eleonore, dann decke ich im Blickfeld des Buches die feingliedrige Nachdenklichkeit etwa der drei Jahre jüngeren Pragerin Natalie solange ab und kann ich auch die drängende Aktivität, Sozialität und Qual des Moskauers, Boris (geb. 1971), nicht im Auge behalten, der sich – unter einem wirklich unvergleichbar größeren geistigen Radius – mit den seelischen und politischen Finsternissen des russischen Zivilisations-Bankrotts herumschlägt. Und schon gar nicht denke ich dann an die von der Siebenbürgerin Senta mitgeteilten Briefberichte ihrer Schulkameraden in den Dezemberferien 1989 von der blutigen rumänischen Wende in Temeswar und Hermannstadt (Schüsse in die Menge, Leichen in den Straßen ...). Da wird ein ganz anderes Interesse gereizt als das an dem Persönlichkeitsbild der VerfasserInnen. (Es verfängt nicht, will ich mich schelten für ein harmoniesüchtiges Bedürfnis nach Einträchtigkeit etwa. Ein Buch, meine ich, müßte wohl ein individuelles Gesicht haben.)

Janni stellt sich Tagebuch-Aufzeichnungen von einer Schulklasse oder Trainingsgruppe interessanter vor, aus einer kleineren Lebensgemeinschaft als »aus Europa« also. Oder wenigstens von echt Gleichaltrigen. Zwischen 14 und 20 ist für Jugendliche ein gewaltiger Unterschied, vielleicht ja nicht für in Behäbigkeit abgesetzte Erwachsene [Hieb auf die Herausgeber]. Insgesamt aber war Jannis Reaktion viel freundlicher als die von Ageda und Konrad, die offenbar erwartet hatten, ihrer eigenen Innenwelt Verwandtes oder/und ihrem (Ostberliner) Umkreis Ähnliches in dem Buch anzutreffen.

Konrad: Erstens – der Titel! Das ist doch kein Buch über die Liebe!

Ageda: Alltagskram, der von jedem sein könnte.

Konrad: Und das Titelbild. Man denkt, es seien Tagebücher von Punks. So ist doch niemand in dem Buch. Höchstens noch Boris. Und der ist auch der Interessanteste.

Ageda: Die Illustrationen genauso. Sieht spannend aus, so ist es aber nicht.

Konrad: Oder z.B. Seite 23, das Schattenmädchen mit der Faust. Als ob sie sich wehrt. Wer wehrt sich denn von denen?

Ich: Haltet Ihr das Buch für sinnlos?

Konrad: Nein, nur: Es ist nicht interessant. Zeigt nicht die Lebensverhältnisse.

Ageda: Die denken, die meisten, anscheinend über nichts nach, und das stimmt nicht.

Ich: ...? ...

Ageda: Es ist, als ob sie Angst haben, die Eltern lesen es. Und deshalb schreiben sie nicht wirklich, was sie beschäftigt. Ich habe gemerkt, daß auch ich unpersönlicher geschrieben habe, als mir klar wurde, die Mutter liest es.

Konrad: Oder sie haben was rausgeschnitten, weil es veröffentlicht werden sollte.

Ageda: Mädchen denken überhaupt gewöhnlich mehr nach. Machen sich Vorwürfe.

Ich (aus Erfahrung!): Aber es ist doch nicht leicht, was im Kopf ist, so aufzuschreiben, wie es ist.

Ageda: Die geht mit dem, die mit dem. (Schlägt eine Seite auf, liest:) »Heute war es unheimlich schön in der Schule. Mit H. und S. ist alles o.k. Ich habe H. Poster und Girlanden gebracht. « – Aus! (Klappt das Buch zu.)

Ich: Kann es nicht sein, ihr erwartet von Tagebüchern dasselbe, was ein erwachsener Autor in einem Roman über ein junges Mädchen z.B. schreiben würde?

Konrad: Die lassen einfach ihren Frust nicht ab.

Ageda: Die Gedichte sagen mir mehr als die meisten anderen Eintragungen. Z.B. von Elisabeth: Schwarz und / mystisch / im Kerzenschein / dunkle Gedanken / ruft Kreuz / und Sarg / Geborgenheit / meiner Sehnsucht.

Konrad (nach einer Weile): Erwachsene, die das Buch lesen, die können denken, sie müssen die Kinder autoritär erziehen.

Ich: ...? ...

Ageda: Weil sie sich darin nicht so zeigen, wie sie wirklich sind.

Alles in allem: Für mich bekam das Buch doch einen Charme von der Spontaneität der jugendlichen Regungen. Negativ beeindruckt die fast perfekte Abgeschlossenheit der Erlebniswelt der Jugendlichen gegen die der Erwachsenen.

Elke Erb (Berlin)

Brück, Brigitte, Heike Kahlert, Marianne Krüll, Helga Milz, Astrid Osterland und Ingeborg Wegehaupt-Schneider: Feministische Soziologie. Eine Einführung. Campus Verlag, Frankfurt/M. (293 S., br., 29,80 DM)

»Dieses Buch heißt Einführung in die feministische Soziologie, nicht Soziologie und gender oder Soziologie der Geschlechter (differenz) oder etwas ähnlich im Trend Liegendes.« (243) Was zeichnet eine feministische Soziologie gegenüber einer Geschlechtersoziologie aus? Im Klappentext heißt es dazu nur, daß feministische Wissenschaft »die Geschlechtszugehörigkeit als zentrale Kategorie der Gesellschaftsanalyse in den Vordergrund (rückt)«. Hat hier Verlag und Autorinnen der Mut verlassen, den sie mit dem eindeutigen, Stellung beziehenden Buchtitel noch gezeigt haben? Denn feministische Wissenschaft ist mehr und will mehr. Sie ist – und dieses wird von den Autorinnen im Verlauf ihrer Ausführungen durchaus hervorgehoben – eine politische Position und Perspektive oder – wie es andere Feministinnen ausdrücken – eine »transformative Politik«, deren Ziel und Ausgangspunkt die Überwindung des Patriarchats, die Emanzipation von Unterdrückung, Ungleichheit, Herrschaft sind. Was andernorts allenfalls verschämt als Perspektive wissenschaftlicher Erkenntnis benannt wird, ist hier Programm: Befreiung.

Dieser Anspruch bedarf in einer Zeit, in der allein der Begriff Emanzipation einen degoutanten Beigeschmack hat, und in einer soziologischen Wissenschaft, deren vorherrschendes Paradigma auf Pfeilern wie Objektivität, Rationalität, Universalismus und Wertfreiheit ruht, einer besonderen Rechtfertigung. Und so setzt sich das Buch an zentraler Stelle – nämlich im ersten Kapitel, das von allen Autorinnen gemeinsam verfaßt wurde – mit der einäugigen männlichen Soziologie auseinander, entlarvt den ideologischen Charakter der oben genannten Postulate, skizziert Grundsätze feministischer Wissenschaft und umreißt einige feministische Theorieansätze.

An diesem ersten Kapitel wird das Dilemma eines Vorhabens deutlich, das für LeserInnen, »die bisher noch wenig über diesen relativ neuen Zweig innerhalb der Soziologie erfahren haben« (9), eine verständliche und umfassende Einführung in Geschichte, Theorien und das breite Spektrum von Forschungsbereichen der feministischen Soziologie geben will, gleichzeitig im Umfang – um erschwinglich zu bleiben - beschränkt ist und den zur Verfügung stehenden Raum auch noch relativ gleichmäßig auf die verschiedenen Themenbereiche aufteilen will. Eine mit diesen Ansprüchen und Restriktionen belastete Unternehmung gerät zu einer Gratwanderung, zu einem Balanceakt zwischen Breite auf Kosten der Tiefe und Tiefe auf Kosten der Breite. Der Gefahr eines Abrutschens in Oberflächlichkeit sind sich die Autorinnen bewußt, ohne sie ganz bannen zu können. So werden Fragen angerissen, theoretische Ansätze beziehungslos nebeneinander gestellt (z.B. auf dem Marxismus und der Kritischen Theorie beruhende Ansätze, französischer »Dekonstruktivismus«), Kontroversen (z.B. über Grundsätze feministischer Wissenschaft) bloß angedeutet. Als Fremde auf einem unbekannten Terrain, die sich auf der Suche nach Orientierung, nach einem (theoretischen) Standpunkt, nach Antworten auf viele Fragen befindet, hätte ich mir eine ausführlichere Auseinandersetzung gewünscht, anstatt auf die umfangreiche Primärliteratur verwiesen zu werden. Die zahlreichen Literaturhinweise und die jedem Kapitel angefügten kommentierten Literaturempfehlungen sind allerdings als eindeutiger Pluspunkt des Buches hervorzuheben, wobei an einigen Stellen Auswahl und Zuordnung der Literatur fragwürdig bleiben. So vermisse ich in den Literaturempfehlungen zum Kapitel über Frauenarbeit Klassikerinnen wie Elisabeth Beck-Gernsheim und Ilona Ostner. Bei einer Neuauflage sollten auch unbedingt fehlerhafte Literaturangaben - statt Handbuch der Sozialpsychologie (91) Neues Handbuch der Sozialisationsforschung – korrigiert werden.

Soziologie 461

Daß Quantität allerdings nichts über Qualität aussagen muß, ist eine Binsenweisheit, für die sich auch im vorliegenden Band eine Bestätigung finden läßt. So versteht es Astrid Osterland in dem Kapitel über Geschlechterdifferenz und Gesellschaftsstruktur - auf wenigen Seiten und in kritischer Auseinandersetzung mit psychoanalytischen, soziobiologischen und geschlechtsphilosophischen Herleitungen und Bestimmungen von Geschlechterdifferenzen, die von einer männlichen Optik und männlichen Interessen geprägt sind -, Geschlecht als kulturelles Konstrukt, als soziale Strukturkategorie, als fundamentales Ordnungsprinzip zur Verortung der Geschlechter in einem hierarchischen Geschlechterverhältnis begreifbar zu machen. Die in der Kapitelüberschrift aufgestellte Behauptung »Frauen sind anders – aber wie!« bleibt allerdings noch zu belegen – dies wird als Aufgabe einer noch zu formulierenden Theorie weiblicher Subjektivität gesehen - und sollte besser als Frage gefaßt werden. Das längste Kapitel der Einführung – über Frauenarbeit von Helga Milz und Ingeborg Wegehaupt-Schneider – hätte dagegen durch Straffung, Verdichtung auf die wesentlichen Aussagen und stringentere Gliederung erheblich an Wert gewonnen. Die LeserInnen werden mit empirischen Details zur Haus- und Erwerbsarbeit derart eingedeckt, daß die zentralen Feststellungen fast untergehen. Redundanzen und Wiederholungen, die vielleicht auf Abstimmungsproblemen zwischen den beiden Autorinnen beruhen, ermüden. Unverständliche, unlogische Passagen (126, 3. Spiegelstrich), Widersprüche (z.B. unterschiedliche Angaben zu Erwerbsquoten), fehlende Quellenangaben (120, Tab. 4), sprachlich und inhaltlich unsaubere Darstellungen (z.B. zur biographischen Methode, 122, Tab. 1, 116) verärgern. Behauptungen wie die, daß in den neuen Bundesländern »die Erwerbsquote von Frauen weiterhin (?) langsam steigen, während die Erwerbsquote von Männern langsam zurückgehen wird« (116), sind stark zu bezweifeln.

Was sonst noch in der Einführung zu finden ist: ein Überblick über Theorien und Forschungsergebnisse zur Geschlechtersozialisation (Marianne Krüll); ein Einblick in Familie und Mutterschaft als Grundpfeiler des Patriarchats, wobei die Ideologiehaftigkeit und Funktionalität dieser Institutionen für das Patriarchat durchaus stärker hätten betont werden können (Marianne Krüll); eine Demaskierung von Liebe und weiblicher Sexualität als Orte von Ausbeutung, Gewalt und Kontrolle über den weiblichen Körper (Brigitte Brück); ein Ausflug in die feministische Bildungsforschung und eine Antwort auf die Frage, warum schlaue Mädchen so schlechte Chancen haben (Heike Kahlert); ein Ausweg aus männlichen Lehr- und Lernprozessen an der Hochschule (Heike Kahlert, Ingeborg Wegehaupt-Schneider); ein Wegweiser durch die Institutionen und Institutionalisierung von Frauenstudien und Frauenforschung (Brigitte Brück, Heike Kahlert); Karrikaturen von Marie Marcks und eine Einführung sowie Übungen zum frauenzentrierten Denken von Luise F. Pusch.

Was in der Einführung fehlt: eine Übersicht über einschlägige Zeitschriften, Bibliographien, Literatur- und Forschungsinformationsdienste; eine Adressenliste der dargestellten Frauennetzwerke; bibliographische Hinweise zu nicht behandelten Themenbereichen. Mit dieser Einführung in die feministische Soziologie ist erstmals im deutschsprachigen Raum ein derartiges Werk vorgelegt worden. Es hat – behebbare – Schwächen. Und es hat – das muß auch betont werden – Stärken: In jedem Kapitel wird eine Auseinandersetzung mit dem Androzentrismus herkömmlicher soziologischer Forschung (wobei allerdings die Hinweise auf die Verdienste der Frauenforschung ab und an penetrant erscheinen) geleistet und der Versuch unternommen, nicht nur die theoretischen, sondern auch politischen Perspektiven feministischer Wissenschaft aufzuzeigen. Und die Einführung erweist sich als wahre Fundquelle für ältere und aktuellste Literatur zu den behandelten Themen.

Barrett, Michèle: The Politics of Truth. From Marx to Foucault. Polity Press, Cornwall 1991 (194 S., br., 11,- £)

Schon vor zwölf Jahren fragte sich Michèle Barrett in ihrem 1983 auf deutsch erschienenen Buch Das unterstellte Geschlecht: »Schreiben wir die Frauenunterdrückung ausschließlich dem Bereich des Ideologischen zu?« (14), und sie antwortete am Ende ihrer Untersuchung: »Die Ideologie ist also meiner Meinung nach ein äußerst wichtiger Ort für die Konstituierung und Reproduktion von Frauenunterdrückung, kann aber keinesfalls von den ökonomischen Verhältnissen getrennt werden. In dieser Hinsicht unterscheide ich mich von feministischen Adaptionen postalthusserianischer Theorien, die versuchen, alle Aspekte von Frauenunterdrückung mit einer diskursanalytischen Theorie zu fassen. « (ebd., 220) Die Antwort war unsicher und vage. Bei der Erschließung neuer theoretischer Einsichten behielt das Motiv, das gleichzeitig Forschungsgegenstand war - Frauenunterdrückung und Frauenbefreiung zu begreifen - die Oberhand. In ihrem neuesten Buch fragt Barrett nicht mehr nach einer konkreten Unterdrückung und ihrem Reproduktionszuammenhang, sondern wendet sich »der« marxistischen Ideologietheorie im allgemeinen zu. Der klassische Marxismus - worunter sie Marx, Engels, Lenin und Lukács faßt - habe seinen Ideologiebegriff auf Klasseninteressen reduziert. An Hand von vier Marxzitaten (dreimal aus der Deutschen Ideologie, einmal aus den Grundrissen) zieht sie die Marxsche Bestimmung von Ideologie zusammen: Ideologie als reine Illusion, Ideologie als einseitig bestimmt von den materiellen Verhältnissen, Ideologie als an soziale Klassen gebunden und die Marxsche Einführung der Basis-Überbau-Methapher, der ideologischen Kämpfe und der Unterscheidung von Ideologie und Wissenschaft.

Barrett läßt aus der britischen Diskussion jene Stimmen zu Wort kommen, die Ideologie eher als Bewußtseinsproblem fassen (z.B. Lovell) oder die Positivität von Ideolologie im Zentrum haben (z.B. Larrain); eingestreut werden Abrisse der Ideen von Gramsci oder Althusser und immer wieder Laclau und Mouffe, denen auch ein langes Kapitel gewidmet ist, in dem allerdings überwiegend jene Arbeiten referiert werden, die sich von Laclau inspirieren ließen. Soweit sie auf das Buch von Laclau und Mouffe Hegemony and Socialist Strategy (1985) eingeht, wird es von Barrett als Streitschrift gegen Reduktionismus gelesen. Ihre Forschungen seien »reich«, weil in ihnen Haushalten oder Lebenslauf-Effekte als bestimmende Faktoren gesehen werden und weil sie die »Ikone« Klasse angreifen (vgl. 69f.). Die Irrelevanz der Klassenbestimmung wird für Barret »zunehmend offenbar«, da »soziale Ungleichheiten und politische Unterschiede« nicht auf Klassenfragen reduziert werden können (72). Das Lob endet mit der Verortung der beiden TheoretikerInnen: sie sind Postmarxisten, deren Themen die Negativität, der Kampf, die Antagonismen, die Ideologie und der Graben zwischen dem Realen und dem Sinnlichen sind (79). Es gibt – seit Stalin – keine Positivität des Marxismus mehr - sagt Laclau und Barrett nickt ihm leidenschaftlich zu. Diese Seile - von Fäden kann kaum die Rede sein - werden dann liegengelassen, um sich Althusser und »seinem« Lacan zuzuwenden. Althusser kann - für die Autorin - nicht mehr als Marxist gelten, weil der »Humanismus im Marxismus« (83) jenem Antihumanismus von Althusser diametral entgegengesetzt sei. Die Beweisführung ist eine – nicht begründete – Behauptung: das Anrufungskonzept von Althusser zeige, daß Lacan und Marx nicht miteinander vereinbar seien. Das ist in der Tat verwirrend zu lesen und gleichzeitig so autoritär, wie man es aus der Hochzeit der Gralshüter des Marxismus gewöhnt war. So wie früher MarxistInnen aus dem heiligen Kreis ausgeschlossen wurden, werden sie jetzt mit umgekehrten Vorzeichen exkommuniziert.

Soziologie 463

Wegen seiner apodiktischen Ausgangsbehauptung (Ideologie ist an Klasse gebunden) ist die Lektüre des Buches stark erschwert. Auch sind alle Fragen ausgespart, die Ideologietheorie mit Teilantworten beliefert: welche konkreten sozial-integrative Funktionen haben ideologische Vergesellschaftungsweisen? Welche gesellschaftlichen Regulierungskompetenzen werden den Individuen entzogen und in ideologischen Mächten verjenseitigt? Wie gewinnen Individuen Wissen – und welches – über ihre Verhältnisse und Bewußtsein in ihnen, das zeitlich und räumlich über ihre lokale Positionierung hinausgeht? Wie werden gesellschaftliche Widersprüche, Antagonismen und Konflikte als »allgemeine« reguliert?

Anthony Giddens, der von Barrett nur en passant zitiert wird, hat die Soziologie in den letzten Jahren um Begriffe, die sich – jetzt von mir reformuliert – auf dem Terrain der ideologischen Vergesellschaftung bewegen, bereichert. »Knowledgeability« (Bewußtheit) und »practical consciousness« (praktisches Bewußtsein) scheinen mir Kategorien, mit denen die ideologischen Elemente im gewußten und im stillschweigenden Wissen sowie deren Regulierungskräfte untersucht werden können; übrigens liegt mit der Studie von Paul Willis *Spaß am Widerstand* ein ausgezeichneter ideologiekritischer Versuch vor, der mit den Vorschlägen von Giddens kompatibel ist.

Immer dann, wenn Barrett zu ihrem früheren Gegenstand – Frauenunterdrückung – zurückkehrt oder besser, sich zu ihm vorwagt, verläßt sie die reine oder die rein wertende Referatsebene. So ist ihr Verweis, daß Althusser die biologische und soziale Ebene in seinem Reproduktionsmodell nicht theoretisch begründet verbindet, vollkommen zutreffend und verweist – auf äußerst knappe Weise – auf die Vergeschlechtlichung seines Anrufungsmodells (vgl. 98). Das Althusser-Referat wird abgeschlossen mit dem lapidaren Hinweis, daß wir nun haben sehen können, daß Schwächen und Probleme nicht innerhalb des Marxismus gelöst werden können (109).

Interessant ist Foucault für Barrett geworden, weil er den Marxismus bekämpft habe. Sozialwissenschaftlich werde von ihm die Verschiebung des Gegenstandes Ideologie zum Gegenstand Diskurs bleiben (124). Es werden einige Ideen von Foucault referiert (Genealogie, Macht), die aber ebenso folgenlos für eigene Problemformulierungen bleiben wie alles vorherige.

Am Ende findet Barrett überraschend neue Bestimmungen: Post-Marxisten zeichneten sich dadurch aus, daß sie Ideologie nicht an Klasseninteressen bänden, sie aber als Verschleierung und Mystifizierung bestimmten. Daraus folgt, daß wieder an Mannheim angeknüpft werden müsse, also genau dort, wo bis heute viele SoziologInnen das Wort Ideologie zum ersten und häufig auch zum letzten Mal lesen. Gegen den Universalismus der Marxschen Theorie führt sie Hans-Georg Gadamer ins Feld, an dessen kritische Weise, die Geschichtlichkeit des Forschers und des Forschungsgegenstandes einzubeziehen, anzuknüpfen sei. Mit Mannheim und Gadamer endet ein Buch, das mit Marx begann und dessen Lese-Reise von Althusser und Laclau über Lacan bis Foucualt zu den akademischen Altmeistern führte.

Menschen – z.B. Terry Eagleton –, die in ihrem früheren Buch ob ihres Scharfsinns und Gedankenreichtums immer wieder gelobt wurden, werden jetzt verhöhnt, weil sie die postmodernen Theorien theoretisch anfechten (vgl. 153). Das alles wäre nicht problematisch, könnte eine Fragestellung, ein Interesse am Gegenstand ausgemacht werden. Aber Barrett tut das, was sie am heftigsten in ihrer Lesweise und Bestimmung von Marxismus bekämpft: sie liest essentialistisch. Da ist keine Auseinandersetzung mit doch sehr unterschiedlichen theoretischen Vorschlägen zu sehen, keine Diskussion von Begriffen. Alle Theoretisierungen werden unter dem Werturteil von wahr/unwahr entdeckt, auf keine Frage bezogen und im Himmel der Gedankenwolken angenommen oder abgelehnt.

Veil, Mechthild, Karin Prinz und Ute Gerhard (Hrsg.): Am modernen Frauenleben vorbei. Verliererinnen und Gewinnerinnen der Rentenreform 1992. Rainer Bohn Verlag, Berlin 1992 (301 S., br., 32,- DM)

In diesem Buch geben die Autorinnen eine detaillierte Analyse des neuen Rentenreformgesetzes (RRG), ergänzt durch umfangreiche kritische Anmerkungen.

Im ersten Teil stellt Ute Gerhard die These auf, »daß sich im Problem der Alterssicherung von Frauen verschiedene Formen sozialer Ungerechtigkeit bündeln und sogar potenzieren« und daß diese Ungleichheiten im Zusammenhang mit der Rentendebatte nicht isoliert betrachtet werden müssen. Dazu ist es wichtig, daß die Autorin in einem historischen Rückblick über die wichtigen Etappen bundesrepublikanischer Frauenpolitik die Zusammenhänge und Widersprüche aufdeckt, die die Familienpolitik in den Jahren von 1966 bis heute prägten. War der »erste Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft« von 1966 noch von der überkommenen traditionellen Rolle der Frau in Familie und Haushalt geprägt, so veränderten sich partiell die nachfolgenden Berichte der Bundesregierung unter dem Druck der Notwendigkeit (Erwerbstätigkeit von Frauen nimmt zu) und des veränderten Bewußtseins der Frau in der Gesellschaft (neue Frauenbewegung, Frauenprojekte, Mobilisierung zur Abschaffung des §218). In diesen Jahren wurden Gesetze verabschiedet (Eherechtsreform 1977, Scheidungsfolgenrecht 1986, Rentenreform 1988, Beschäftigungsförderungsgesetz 1985/86, Erziehungsgeldgesetz 1986), die nach Ansicht der Autorin bei genauerer Analyse nicht als Frauenförderung, sondern als Männerförderung zu interpretieren sind. Nur in gewissen Ansätzen könnten sie als ein kleiner Schritt in Richtung Gleichberechtigung gesehen werden. Die Fortschritte auf normativer Ebene werden durch die wirtschaftliche Krise seit Mitte der siebziger Jahre konterkariert und dienen seitdem zur Begründung einer Nicht-Finanzierbarkeit der Gleichberechtigung. So hat das im Jahr 1986 in Kraft getretene Erziehungsgeldgesetz heftige Kritik in Frauenverbänden hervorgerufen mit der Begründung, daß dieses Gesetz die bisherige traditionelle Rollenverteilung innerhalb der Familie, wonach der Vater der Familienernährer sei und die Frau lediglich dazu verdiene, bestärkt. Mit der eigenständigen Sicherung der Frau auch im Alter ist nach dem RRG die Berufstätigkeit verbunden. Seit den achtziger Jahren hat sich der Ausbildungsstand der Frauen dem der Männer nahezu angeglichen und Umfragen belegen, daß immer mehr Frauen die Berufstätigkeit fest in ihre Lebensplanung integrieren. Während die Erwerbsquote in diesen Jahren kontinuierlich gestiegen ist, ist die Familienphase immer kürzer geworden. In den alten Bundesländern sind heute fast 50 Prozent der Frauen mit Kindern berufstätig. Dem stellt die Autorin die andersartige Entwicklung in den neuen Bundesländern gegenüber. Die DDR-Verfassung garantierte ein Recht auf Arbeit (Erwerbstätigkeit), unterstützt durch staatliche Vorkehrungen (Kinderkrippen, Forderungen nach Ausund Weiterbildung, Frauen in Männerberufen), wodurch sich die Umsetzung der Gleichberechtigung in beiden Staaten unterschiedlich entwickelte.

Wie sieht die Alterssicherung aller Frauen in den alten und neuen Bundesländern aus? Dieser Frage geht Mechthild Veil im zweiten Teil dieses Buches nach. Nach Ansicht der Autorin werden Frauen im Rentenrecht diskriminiert, denn das »System der Rentenversicherung behandelt das männliche Erwerbsleben als Regel, das weibliche Familien- und Erwerbsleben gilt als Abweichung von den Normen des Versichertenrechts, als systemwidrig, wovon die Frauen allein den Schaden haben«. Frauen stehen zwischen Beruf und Familie und haben dadurch bedingte diskontinuierliche Erwerbsbiographien. Sie werden »belohnt« mit niedrigen Frauenlöhnen, geringerer Anzahl von Versicherungsjahren und einem niedrigen Alterseinkommen. Das am

Soziologie 465

1. Januar 1992 in Kraft getretene RRG ist positiv zu werten für Frauen mit kontinuierlichen Erwerbsbiographien, denn für die Rentenleistungen werden die individuelle Beitragsdichte und Beitragshöhe zugrunde gelegt. Aber für die meisten Frauen wirkt sich das neue RRG negativ aus, da sie, bedingt durch Kindererziehung und Familienarbeit, Brüche in ihren Erwerbsverläufen aufweisen. Die Autorin weist noch auf eine Reihe von weiteren frauenspezifischen Benachteiligungen hin, z.B. die häuslichen Pflegeleistungen für Angehörige, die zum größten Teil von Frauen geleistet werden und für die dieses Gesetz keine hinreichende Berücksichtigung in der Alterssicherung vorsieht.

Das Resümee der Autorin ist: das RRG ist aus männlicher Sicht entstanden. Es fördert die Erwerbstätigkeit von Familienvätern und ist in keinem Fall für Frauen ein Schritt in Richtung eigenständiger Sicherung. - Das RRG lehnt sich an die Familienpolitik der sechziger und siebziger Jahre und bleibt weitgehend überkommenen traditionellen Leitbildern für die Rolle der Frau verhaftet. - Das RRG schafft keine Anreize für gleichberechtigte Arbeitsteilung zwischen Erwerbstätigkeit und Familienarbeit und setzt geschlechtsspezifische Arbeitsteilung voraus. - Das RRG beschränkt Frauenpolitik auf ein tradiertes Mütterbild und bezieht nur Frauen ein. die für Zeiten der Kindererziehung ihre Berufstätigkeit unterbrechen. - Das RRG geht zu Lasten berufstätiger Mütter, denn dem RRG liegt ein Bild von Müttern zugrunde, die während der Zeit der Kindererziehung zu Hause waren. Somit ist dieses Gesetz eine Diskriminierung berufstätiger Mütter. - Dem RRG liegt das Drei-Phasen-Modell zugrunde, wobei es für Frauen äußerst schwierig ist, in der dritten Phase den Wiedereinstieg in den Beruf zu finden. - Das RRG richtet sich gegen teilzeitarbeitende Frauen. – Das RRG führt kurzfristig zu geringen Rentensteigerungen, langfristig (im Jahre 2004) werden die Renten abnehmen. – Das RRG ist in keinem Fall ein Mittel zur Bekämpfung der Altersarmut von Frauen. Niedrigrenten werden nicht abgeschafft, sondern aufgewertet.

Im dritten Teil des Buches analysiert Karin Prinz weibliche Lebens- und Erwerbsverläufe im Hinblick auf eine Alterssicherung von Frauen. Hierbei untersucht sie die Bedingungen für die Alterssicherung von Frauen verschiedener Generationen der Jahrgänge 1930/1940/1950 und der nach 1950 geborenen Frauen in der Bundesrepublik. Daneben gibt sie einen Einblick in Lebens- und Berufsverläufe von Frauen in der ehemaligen DDR. Als Fazit ihrer Analyse wird deutlich, daß sich die Bedingungen für die Alterssicherung von Frauen, trotz Veränderungen ihres Erwerbsverhaltens und der Anerkennung von Erziehungsleistungen, im Rentenrecht nicht entscheidend verbessert haben. Die Diskontinuität weiblicher Erwerbsverläufe ist, trotz guter Ausbildung der Frauen von heute und der daraus resultierenden gestiegenen Frauenerwerbstätigkeit, weiterhin ein wesentliches Merkmal weiblicher Normalbiographie. Dies wird im Rentenrechte nach wie vor als Versicherungslücke bewertet. Die Autorin vertritt die These, daß eine Verbesserung der Alterssicherung von Frauen an den Rahmenbedingungen der Frauenerwerbstätigkeit ansetzen muß.

Christel Munschau (Berlin)

Erziehungswissenschaft

Schmoldt, Benno (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit Michael-Sören Schuppan: Pädagogen in Berlin. Auswahl von Biographien zwischen Aufklärung und Gegenwart. Schneider-Verlag Hohen Gehren, Baltmannsweiler 1991 (407 S., br., 49,80 DM)

Hatte Berlin eine bildungspolitische »Vorrangstelle« in Deutschland? Und läßt sich eine solche an Hand personengeschichtlicher Abhandlungen erweisen? Diese Fragen stellen sich bei der Lektüre des Vorwortes, in dem die Herausgeber Anspruch und Konzeption des Bandes vorstellen. Dieses Vorwort liest sich zu Teilen wie eine vorweggenommene Rezension, und der Rezensent wird ärgerlich, wenn Herausgeber ihre Position dazu nutzen, im Vorwort (!) Autoren ihres Bandes zu kritisieren und die eigentlichen Bewertungsmaßstäbe zu geben. Dabei sollten die Herausgeber ihre eigenen Texte gründlicher bearbeiten und Korrektur lesen, um Sätze wie folgenden zu vermeiden: »Der lange Weg der Frauenbildung wird repräsentiert durch Helene Lange, Ulrike Henschke, Alice Salomon und Hildegard Wegscheider, die als sogenannte Schulaufsicht über die männlichen Kollegen eingesetzt worden ist, ein Gymnasium in Berlin-Wilmersdorf trägt ihren Namen, u.a. als Wegbereiterin der Koedukation, wie sie nach 1945 in Berlin gesetzlich geregelt werden konnte.« (2; weitere Beispiele solcher »Sätze« im Aufsatz von Schmoldt u.a. auf 240 und 243).

Bedeutsamer erscheint mir aber, daß eine durchgängige Konzeption nicht zu erkennen ist. Zuweilen hat man den Eindruck, daß einerseits Autoren da waren, die über eine bestimmte Person schreiben wollten und konnten, zum anderen Autoren angefragt wurden, etwas für den Band zu schreiben, ohne genau zu wissen, worauf sie sich einließen. Nur so scheint mir der größtenteils hagiographische Charakter der Abhandlungen erklärlich; kritische Distanz und die sozialhistorische Einbettung, letztere im Vorwort eigens hervorgehoben, sind nur selten zu finden.

Dem Beitrag über Alfred Baeumler ist denn auch weniger, wie dies die Herausgeber im Vorwort mit der falschen Schreibweise »Bäumler« (4) tun, die vermeintliche DDR-Sprache anzulasten – den inflationären Gebrauch von »faschistisch« kenne ich auch aus westdeutscher Literatur der sechziger und siebziger Jahre – als das Fehlen einer systematischen Gliederung, wie es die Beiträge über Eduard Spranger und Friedrich Paulsen vorführen. Alle drei zeigen jedenfalls kritische Distanz zum Objekt ihrer Darstellung, die wiederum der Beitrag über Robert Alt vermissen läßt. Hier wird von einem ostdeutschen Autor eine Apologie präsentiert, die Alt weder nötig noch verdient hat (und die, wie ich mich belehren ließ, textlich zu weiten Teilen mit einer Abhandlung aus dem Jahre 1986 übereinstimmt). Rührt daher die Distanzierung der Herausgeber von Alt, auf den »zu verzichten« sie »sich nicht entschließen« (391) konnten?

Bleibt die Rezensentenpflicht, die anderen vorgestellten Personen in der Reihenfolge des Bandes zu nennen: Johann Julius Hecker, Friedrich Gedike, Karl Friedrich (von) Klöden, Johannes Schulze, Heinrich Bertram, Helene Lange, Ulrike Henschke, Alice Salomon, Arno Fuchs, Hans Richert, Hildegard Wegscheider, Fritz Karsen, Robert von Erdberg, Peter A. Silbermann, Wilhelm Blume, Wilhelm Richter, Heinrich Deiters. Die Beiträge sind durchweg gediegen bis gut, sie informieren über die Lebensläufe und Tätigkeiten. Zuweilen fehlen distanzierende Anführungszeichen, so z.B. wenn über Richert berichtet wird, daß er »darüber hinaus auch den schädlichen Einfluß ausgeschaltet wissen (möchte), den polnische (sic!) Lehrer auf deutsche Kinder ausüben« (220); hier wird auch deutlich, wie sehr dem Band eine gründliche Endredaktion gut getan hätte, denn es sind doch sehr viele Satzfehler zu finden.

Die Bewertung des Bandes fällt insgesamt zwiespältig aus: Die präsentierten Biographien decken bei weitem nicht den gesamten Bereich pädagogischer Praxis und Reflexion ab; die Beiträge sind in ihren Detailkonzepten zu heterogen, als daß man ein halbwegs geschlossenes Bild erwarten kann. Berlininteressierte werden sich zudem fragen, warum andere wichtige Personen nicht berücksichtigt wurden (Humboldt, Schleiermacher, Diesterweg etc.), und wie stark bei manchen der hier vorgestellten Pädagogen die Beziehungen zu Berlin waren. Zwar ist jede Auswahl unvollständig und deshalb kritisierbar, wieviel mehr dann aber eine Auswahl, deren Kriterien sich dem Leser beim Blick auf die Gesamtanlage des Bandes nicht einmal annähernd erschließen. Eine bildungspolitische »Vorrangstelle« Berlins wurde m.E. durch die personenbezogenen Abhandlungen nicht belegt; im Gegenteil zeigt sich, daß dies so gar nicht geht. Allein der Vergleich mit anderen Städten/Regionen, und dann auch nur im Rückgriff auf Daten und Fakten aus der dortigen Bildungsgeschichte, könnte dies leisten. Insofern stellen die biographischen Informationen aus diesem Band vor allem Material für weitergehende vergleichende Forschung bereit. Klaus-Peter Horn (Berlin)

Reinhardt, Klaus: Öffnung der Schule - Community Education als Konzept für die Schule der Zukunft? Studien zur Schulpädagogik und Didaktik, Band 6. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1992 (248 S., br., 48.- DM)

Mit einer Dissertation legt Reinhardt, Erziehungwissenschaftler und Begleiter von Schulversuchen in Hamburg, einen der ersten systematischen Versuche vor, die bisher in Deutschland unstrukturierte Diskussion um 'Öffnung der Schule' und 'Community Education' (CE) zu ordnen. Während im angelsächsischen Raum die Möglichkeit einer theoretisch überzeugenden Konzeptionalisierung angesichts der Vielfalt praktizierter CE-Projekte bereits bezweifelt wird, fehlen in Deutschland noch systematische Versuche der gesellschaftspolitischen und pädagogischen Bestimmung CE-orientierter Schularbeit. Hierfür eine handlungsorientierende theoretische Fundierung vorzunehmen, ist Absicht des vorliegenden Buches.

Reinhardt versucht das mit der Annäherung an Strukturmerkmale der CE und mit der Klassifizierung dreier unterschiedlicher Typen pädagogischer Praxis. In Deutschland sieht der Autor neben einer aus vielen Motiven gespeisten ablehnenden Position, an CE vor allem 'radikale' Erwartungen gerichtet, die von Konzepten der Sozialarbeit (Community Developement) und durch Übertragungen aus der Dritte-Welt-Pädagogik inspiriert sind und die Umwandlung der Schule zur Emanzipation der sozial und politisch Benachteiligten zum Ziel haben. Schulbeispiele sieht diese Position vor allem in sozialen Brennpunkten und bei Produktionsschulen. – Was aus der Diskussion um die Gemeinwesenarbeit der siebziger Jahre längst bekannt ist, hält nun Reinhardt auch für die Schulpädagogik fest: Die radikale CE-Position überfordere die Schule, kann den Spagat zwischen hoher gesellschaftlicher Aufgabenstellung und fehlender Umsetzbarkeit in der schulischen Praxis nicht ausbalancieren. Nach Meinung des Autors bleibt von dieser Position nur ein kleinteiliger Pragmatismus, der weder dem Emanzipationsprozeß der sozial Benachteiligten in den Slumgebieten noch dem universalistischen Bildungsauftrag der Schule in einer modernen Industriegesellschaft entsprechen kann.

Ein personaler und individuierender Denkansatz kennzeichnet demgegenüber eine reformorientierte Position von bundesdeutscher Gemeinwesenorientierung. In ihr sieht der Autor die Möglichkeit gegeben, die Hauptaufgabe heutiger Schule zu leisten: Kulturtransfer und Hilfestellung zur Persönlichkeitsentwicklung. Und das vor allem wegen der Notwendigkeit, vor dem Hintergrund zunehmender gesellschaftlicher

Komplexität verstärkt an Realphänomenen der System- und Lebenswelt anzuknüpfen. Der identitätsbildende Bedarf an schulischer Vermittlung außerschulischer Erfahrungen ist heute wesentlich; er scheitert oft, weil Kinder und Jugendliche diesen »Erfahrungsschatz« zunehmend weniger selbst mitbringen. »Ermöglichung und Vermittlung von eigentätiger Erfahrung der Kinder und Jugendlichen bildet einen der Kernbereiche einer Öffnung oder Gemeinwesenorientierung der Schule im Denkverständnis der reformorientierten Position von Community Education«.

Die Reize dieser Position, damit aber auch die hohen Ansprüche, ergeben sich daraus, daß Reinhardt es nicht bei einer schlichten »Mehr-Praxis«- und »Kopf-Herz-Hand«-Forderung beläßt, sondern die CE in einen größeren bildungstheoretischen Rahmen gestellt wissen will und in ein »zeitgemäßes Allgemeinbildungskonzept«, wie es etwa von Klafki (1985) formuliert wurde. Keineswegs soll auf den universalistischen Bildungsanspruch zugunsten eines irgendwie ausgeübten Provinzialismus verzichtet werden.

Was aber werden die konkreten Prüfkennzeichen sein, welche Ergebnisse wird eine Evaluation der vielen bestehenden Offenen-, Nachbarschafts- und Gemeinwesenschulen zeigen, die heute dem Charakter nach von Tante-Emma-Schulen im Milieu bis zu Großbürokratien mit omnipotenten Zugriffswünschen im Stadtteil reichen können? Es muß und kann an den existierenden CE-Schulen angeknüpft werden. Das Buch nennt dafür Praktika, Lernen in Projekten und Diversifizierung der Lernorte: Das werden LehrerInnen als bekannt und KennerInnen der bundesdeutschen CE-Schullandschaft als zu allgemein ansehen können. Mit Gewinn werden aber das Buch nicht nur alle lesen, die den großen Handlungsbedarf der Schule an Gemeinwesen-Öffnungs-Konzepten bereits bejahen und neue Denkanstöße suchen, sondern auch die, welche CE-Konzepte bisher ablehnen, sei es, daß sie in der Gemeinwesenorientierung eine Überforderung der Schule sehen oder den Weg zu einem Vergnügungspark; beidem begegnet das Buch mit wohlüberlegter Bedachtsamkeit.

Deißinger, Thomas: Die englische Berufserziehung im Zeitalter der Industriellen Revolution. Ein Beitrag zur Vergleichenden Erziehungswissenschaft. Verlag Könighausen & Neumann, Würzburg 1992 (591 S., br., 68,- DM)

Die historische Forschung zur Geschichte der Berufserziehung hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, und es wurde ein wichtiger Perspektiven- und Namenswechsel vollzogen: von der bewahrenden Institutionen- und Ideengeschichte hin zu einer Sozial-, Kultur- und Mentalitätsgeschichte der Berufserziehung, von der »Geschichte der Berufspädagogik« zur »Historischen Berufsbildungsforschung«. Dabei richtet sich das Interesse gegenwärtig primär auf die Realität von Arbeit und Beruf und die darauf bezogenen Bildungsprozesse in Betrieb und Schule im Kontext des gesellschaftlichen Umbruchs der Industrialisierungsphase Deutschlands. Jene ökonomischen, technischen, sozialen, politischen und kulturellen Faktoren sollen bestimmt werden, die zur Etablierung des »dualen« Systems der Berufsbildung in Deutschland um die Jahrhundertwende führten. Die bisher dazu vorgelegten Befunde und Thesen leiden iedoch an der Begrenzung der Forschungsfragen auf den nationalen Bezugsrahmen. Die vorliegende Mannheimer Dissertation von Thomas Deißinger schließt diese Lücke ein gutes Stück. Seine Arbeit über die Entwicklung der Berufserziehung in England wendet sich nämlich dem im europäischen Rahmen deutlichsten Gegenstück zum deutschen »dualen« System zu, und zwar durchgängig in der Perspektive des Vergleichs zwischen der englischen und der deutschen (preußischen) Entwicklung. Zudem stellt Deißinger seine Arbeit explizit in den

Kontext der aktuellen Diskussion um die Angleichung der nationalen Berufsbildungssysteme im Zuge der europäischen Integration. Dazu geht er von der Prämisse aus, daß die für die angestrebte Mobilität der Arbeitskräfte unerläßliche Frage nach der wechselseitigen Akzeptanz von Berufszugangsberechtigungen, Abschlußprofilen und Qualifikationsstandards nicht lediglich auf der Basis des gegenwärtigen Zustands individueller Berufsbildungssysteme zu klären ist, sondern das notwendige gegenseitige Verständnis nur auf dem Wege der Analyse der dahinter stehenden und historisch tief verwurzelten Traditionen zu erlangen ist. Allerdings geht Deißinger in der konkreten Ausführung über diese sinnvolle Überlegung hinaus, indem er den auf den aktuellen Zustand bezogenen Vergleich in eine deutliche Parteinahme und Empfehlung für das deutsche System einmünden läßt.

Diese methodologisch zweifelhafte Indienstnahme der historischen Analyse für die Stärkung einer Position im aktuellen berufspädagogischen Disput um die »Zukunft des Dualen Systems« ist jedoch ein »Nebenschauplatz«, der den Ertrag der vorliegenden Arbeit für die historische Berufsbildungsforschung keinesfalls schmälert. Auf der Basis eines sorgfältigen Quellenstudiums und einer intensiven Auseinandersetzung mit der vorhandenen Sekundärliteratur (das der Arbeit auf den S. 542-584 beigegebene Literatur- und Quellenverzeichnis ist wohl die umfangreichste Bibliographie zur englischen Berufserziehung, über die wir gegenwärtig verfügen) legt Deißinger zunächst eine annähernd 170 Seiten umfassende Geschichte der Berufserziehung der englischen Unterschichten vom ausgehenden 16. bis zum beginnenden 19. Jahrhundert vor. Dargestellt wird anfangs einerseits die reale Entwicklung und gesetzliche Sanktionierung der zünftigen Lehre für die städtische Handwerker- und Kaufmannschaft seit der elisabethanischen Zeit, andererseits die Entwicklung der Arbeitserziehung für die städtischen und ländlichen »pauper children« im Rahmen des in den Armengesetzen vorgesehenen, auf die sittliche Disziplinierung und die Selbstverantwortung des Kindes für den eigenen Lebensunterhalt zielenden Arbeitszwanges. Deutlich wird dabei, daß Kinderarbeit für die Unterschichten bereits vor der Industrialisierung ein gängiges Muster der Integration in den Arbeitsprozeß war; im Zuge der Industrialisierung jedoch nahezu zum ausschließlichen Muster wurde. Was sich auch in der gesetzlichen Aufhebung des Zunftzwanges und der alten Lehrlingsordnung im Zeichen der liberalistischen Idee der »Freiheit der Beschäftigung« ausdrückt. Die Klärung der Frage, wie es dazu kommen konnte, steht im Mittelpunkt des zweiten Abschnitts dieses Teils der Arbeit. Deißinger analysiert hierzu erstens den Industrialisierungsprozeß Englands primär im Hinblick auf den damit einhergehenden Verfall der Qualifikationsanforderungen und den Wandel der Arbeitsverfassung, zweitens die diesen Prozeß absichernden sozialphilosophischen, ökonomischen und politischen Deutungsmuster, und drittens stellt er das Ausmaß und die sozialen Folgen der Kinderarbeit im Fabriksystem dar.

Die Leitfrage, was in England als Muster der beruflichen Sozialisation an die Stelle der zünftigen Lehre getreten sei, durchzieht den zweiten Hauptteil, der sich mit der Geschichte des englischen Bildungswesens im 19. Jahrhundert auseinandersetzt. Da die Lehrverfassung in England – im Gegensatz zu Deutschland – nie restituiert wurde, blieb die berufliche Qualifizierung und Sozialisation der nachwachsenden Generation bis in die Gegenwart dem »freien Spiel der Kräfte«, dem bargaining zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften überlassen. Diese sahen Berufserziehung – wie Deißinger nachweist – nicht als Bildungsfrage, sondern als einen Aspekt der Regelung des Zugangs zu segmentierten Arbeitsmärkten. Da der englische Staat auf der Basis der herrschenden liberalistischen Grundauffassung die

Berufserziehung der Unterschichten nicht als seine Aufgabe ansah, blieb es bei ausgesprochen disparaten betrieblichen Regelungen. »Lösungen« für das Problem der Berufserziehung wurden daher – mit sehr zögerlicher Unterstützung des englischen Staates - auf schulischem Wege gesucht. Deißinger rekonstruiert hierzu die den Zeitraum des 19. Jahrhunderts umspannende Entwicklung eines nationalen Systems der Elementarerziehung, und er zeigt die Entwicklung der »Technical Education« in privaten Schulen auf. Deutlich wird dabei die Kontinuität vorindustrieller Sozialund Erziehungsideale, die zu einer Sozial- und Bildungspolitik der »sozialen Kontrolle«, zu einer Pädagogik der »sozialen Subordination« und zu einem auf die englische Klassengesellschaft der viktorianischen Zeit ausgerichteten Bildungswesen führte, das für die Angehörigen der »working class« nur Angebote bereithielt, die ihnen keine Chance eröffneten, ihren »status of life« zu verbessern. Deißinger deutet dies als »massives Abdriften des Bildungssystems von den Bedürfnissen des industriell-ökonomischen Systems« (406) zu Beginn des 20. Jahrhunderts, womit eine Dysfunktionalität des Bildungs- für das Beschäftigungssystem im Interesse der Herrschaftssicherung billigend in Kauf genommen wurde, und er vermutet, daß ein Großteil der ökonomischen Probleme Englands bis in die Gegenwart auf diese Fehlentwicklung zurückgeführt werden könne. Holger Reinisch (Oldenburg)

Psychologie

Flax, Jane: Thinking Fragments. Psychoanalysis, Feminism & Postmodernism in the Contemporary West. University of California Press, Berkeley 1990 (277 S., br., 18,-\$)

Flax veranstaltet eine interdisziplinäre Konversation zwischen Psychoanalyse (sie ist Therapeutin), Feminismus und Poststrukturalismus. Mit einer kritischen Einstellung zu allen drei Ansätzen, kritisch vor allem gegenüber dem französischen Poststrukturalismus, vermittelt sie auf sensible Weise zwischen ihnen.

Aus Blindheit gegenüber der weniger sexuellen als vielmehr objektbezogenen Dynamik des gesellschaftlichen Menschen und aus Verunsicherung durch das Weibliche hatte Freud das Geschlechterverhältnis in biologisierenden, mythischen Metaphern gedacht. Als Geisteswissenschaftler ersetzte Lacan diese Metaphern durch linguistische und sprachphilosophische, perpetuierte so jedoch den Narzißmus zur conditio humana, der in der Freudschen Konzeption immerhin noch als Leiden verstanden worden war. Das narzißtische Interesse des Autors fixiert seine Lesegemeinde durch den kryptischen Charakter seiner Texte, die »am besten als Phänomenologie dessen zu lesen sind, wie es ist, in einem narzißtischen Universum eingeschlossen zu sein« (93; Übers.d.Rez.). Gegen Lacans Postulat, jedes Kind durchlaufe anfangs ohne nennenswerte Kommunikation mit der Welt ein blankes und unabänderliches Spiegelstadium, beruft sich Flax auf Objektverhältnis-Analytiker wie Kohut und Winnicott, die mit guten Gründen von einer reichhaltigen präödipalen Zwischenmenschlichkeit und Weltorientierung sprechen. Durch alle linguistischen Abstraktionen hindurch zeigt sich hier die Verleugnung der frühen Beziehungsabhängigkeit von der präödipalen Mutter. Diese frühen und oft traumatischen Erfahrungen projiziert Lacan auf eine Metapher, den Spiegel, und auf die Sprache selbst, das angeblich absolute Andere. Dazu Flax: »Ein Narzißt sieht sich lieber von den impersonalen Operationen der Sprache an sich gespalten, als von der Abhängigkeit von den tatsächlichen und relativ anderen Personen« (95). Nur in einem narzißtischen Milieu wird die Sprache, die Kultur und der Vater als eine unabhänderliche,

Psychologie 471

universelle und allmächtige Struktur erfahren, die unausbleiblich alle Subjekte überrumpelt, spaltet und kastriert. Diese Theorie darf nichts Körperliches im Unbewußten annehmen, denn das Körperliche drängt sich viel impulsiver und bedrohlicher auf als die gleichmäßig und permanent frustrierende Kette der flottierenden Signifikanten. Nur für den Mann-Narzißten ist die Frau ein An-sich, ein Prinzip, und dieses An-sich ein begehrtes, aber durchaus, wie schon gehabt, eines, »das nicht existiert ... das nichts bezeichnet« (100); für ihn sitzen Frauen und Männer gleichermaßen und unterschiedslos im Gefängnis der Sprache. Jedoch ist das männliche Subjekt hinter Lacans Texten nur vorgeblich dezentriert, denn der Phallus bleibt als absoluter Signifikant unumstößlich aufgepflanzt. Flax mißtraut Positionen, die alle Konzepte des Ich, des Selbst oder der Identität ablehnen, »gerade zu der Zeit, als Frauen damit begonnen haben, ihre Identität wiederherzustellen und das Agens eines politischen Subjekts zu beanspruchen« (220).

Bei Winnicott hingegen bedarf das Selbst nicht notwendig eines aufreibenden Kampfes gegen die Illusionen des Spiegelkabinetts, sondern kann sich bereits aus der frühen Phase der präödipalen (Mutter-)Beziehung entwickeln, mit der Freud und Lacan nichts Rechtes anzufangen wußten. Winnicott widerspricht der rigiden Trennung von primär vs. sekundär und symbolisch vs. imaginär, indem er für diese frühe Phase das Konzept des Übergangsraumes entwirft, jene Sphäre des Kinderspiels, die ständig, aber unbedrohlich zwischen Subjektivem und Objektivem oszilliert und vermittelt. In diesem nur anfangs stark schutzbedürftigen Übergangsraum kann sich die lebensnotwendige und lebensspendende Kernidentität entwickeln, kann aus geglücktem Kinderspiel ohne narzißtische Spiegelfechtereien eine erwachsene Kreativität im künstlerischen wie im politischen Sinne entstehen. Flax zufolge wird diese Kernidentität von Anhängern der Lacanschen Theorie nur deshalb als Selbsttäuschung belächelt, weil sie wegen der Traumata in ihrer persönlichen und milieubedingten Geschichte an der Rigidität aller Identität verzweifeln mußten und seitdem im 'unglücklichen Bewußtsein' ihrer gänzlichen Unmöglichkeit verharren. Wo Lacan einen unüberwindlichen Spalt zwischen dem Ich und den anderen ontologisiert, sieht Winnicott das Kind im flexiblen Übergangsraum mit den Übergangsobjekten des kreativen Spiels, zu denen es langsam ein realitätsgerechtes, weil empathisches und doch nicht rigides Objektverhältnis findet. Dieser nicht-teleologische Aufbruch des Kindes in die Welt der Objekte ereignet sich weniger 'jubilatorisch' überhitzt (Lacan) als wohltemperiert freudvoll und muß deshalb später nicht auf die postmodern-vitalistische Fragmentierung und Sprengung der Identität verfallen. Die Fähigkeit zu diesem Spiel hängt jedoch gänzlich von der Verfügbarkeit einer lebensbejahenden Gesellschaft ab, und hier erhält Winnicott eine sozialpsychologische Relevanz, an der es Lacan und auch Derrida völlig mangelt. Entsprechend schätzt Flax bei ihrer Darstellung der feministisch-psychoanalytischen Theorien den Ansatz von Nancy Chodorow am meisten, denn diese geht auf die realen Bedingungen der familialen Primärsozialisation ein. Mütter tendieren dazu, ihre Söhne auf Unabhängigkeit hin zu trainieren und sie eventuell sogar zu sexualisieren, halten aber ihre Töchter in verlängerter Symbiose gebunden. So ergibt sich unweigerlich der Geschlechterkampf zwischen Bindungswiderstand auf männlicher und Bindungsabhängigkeit auf weiblicher Seite.

Mit den französischen Feministinnen geht Flax hart ins Gericht, gerade weil ihr selbst wesentliche Aspekte der poststrukturalistischen Theorie sehr am Herzen liegen. Sie kritisiert das von Hélène Cixous und Luce Irigaray entworfene Ideal von Weiblichkeit, das sich zwar auf eine spezielle präödipale Mutter-Tochter-Beziehung beruft, aber deren Realität mit ihren oft aggressiven und narzißtisch-besitzergreifen

den Affekten ausblendet. Das weibliche Schreiben, das sich direkt aus der Körpersensualität entfalte, wie auch die weiblich-fließende Ganzkörper-Sexualität sind Mythen, die verständlicherweise gegen den männlichen Heterosexismus mobilisiert werden, aber leicht in den Kurzschluß binärer und damit kriegerischer Opposition führen. Dies zeigt sich laut Flax auch an dem wenig toleranten und gleichzeitig künstlich harmonisierten Klima innerhalb des vielfältigen feministischen Lagers selbst. Unbestritten bleibt der Wert der poststrukturalistischen Kritik an den (selbst-) betrügerischen und machtstabilisierenden Grundannahmen westlicher Philosophie (autonomes Subjekt, teleologische Geschichte etc.). Allerdings sind Behauptungen wie z.B. Derridas »Es gibt keine Welt außerhalb des Textes« (190) – mögen sie auch aus der Frontstellung gegen die Natur- und Sozialwissenschaften verständlich sein bezeichnend für eine Fixierung auf Epistemologisches, wobei Ethik und Ästhetik vernachlässigt werden. Der von Melanie Klein und Winnicott analysierte epistemophile Charakter vollzieht hier gewissermaßen eine repressive De-Realisierung und quasi romantische Vertextlichung der Welt, die damit wieder zur eigenen Domäne der Philosophie wird. Alternative nicht-textliche Selbsterfahrung wird durch die postmoderne Nichtigkeitserklärung des Subjekts in Frage gestellt, unbequeme Forderungen von Randgruppen werden in der uneinholbaren Beliebigkeit inkommensurabler »Sprachspiele« (J.-F. Lyotard) verflüchtigt. Selbst Foucault, der sich einen Sinn für Herrschaftsverhältnisse bewahrt und Derridas Schrift-Fetisch kritisiert, verfängt sich schließlich in einem fatal(istisch)en Vitalismus und Ästhetizismus, wenn er dazu aufruft, das eigene Leben als permanent sich wandelndes Kunstwerk zu erschaffen. Gegen die Verleugnung von Abhängigkeiten hält Flax, daß ein solches Kunstwerk weder zu dauerhaften Beziehungen geeignet wäre noch Kinder aufziehen oder eine politische Aufgabe verfolgen könnte. Als Therapeutin stellt sie fest, daß diejenigen, »die die Dezentrierung des Selbst feiern« (218), offensichtlich keine Ahnung haben, wie es wirklich in einem borderlinen oder psychotischen Syndrom aussieht. Flax hat ein ungemein notwendiges Buch geschrieben, das die zunehmende Kritik aus der feminstischen und sozialhistorischen Psychanalyse an Lacans Denken repräsentiert. Man kann ihr nur eine weitreichende Aufnahme wünschen.

Harald Weilnböck (Paris)

Grüter, Barbara: Widerspruch. Individuelle Entwicklung als Systemerneuerung. Roland Asanger Verlag, Heidelberg 1990 (208 S., br., 44,- DM)

Vor etwa zwanzig Jahren ist die Kritische Psychologie Klaus Holzkamps angetreten mit dem Anspruch, die Beschränktheiten der »bürgerlichen« Psychologie zu überwinden. Barbara Grüter, die selbst jahrelang an dieser theoretischen Entwicklung mitbeteiligt war, konfrontiert nun die Kritische Psychologie mit dem Nachweis der hermetischen Begrenzung. Der Widerspruch steht im Kontext dieser Arbeit für eine engagierte Streitschrift gegen den Systemabschluß der Kritischen Psychologie und ist zugleich forschungstheoretisches Programm eines empirisch und theoretisch neubegründeten Entwicklungsansatzes im Rahmen der Kritischen Psychologie.

Seit ihren Gründungstexten provoziert die Kritische Psychologie Klaus Holzkamps Kontroversen, die in der methodischen Herleitung der grundlegenden Kategorien zur historischen Rekonstruktion der Phylogenese begründet lagen. Aus der marxistischen Tradition identifizierte W.F. Haug (1983) das methodische Vorgehen mit einem »kantianischen Denken« in »aprioristischen Prismen«, das sich damit im Gegensatz zum von Holzkamps intendierten Marxschen Denken bewege, welches vom Arbeitsprozeß ausgehe. Genau diese Kritikfigur (18, 157, 158) legt die Autorin ihren Überlegungen zu Grunde, allerdings ohne die Bezüge zu dem genannten Autor

Psychologie 473

herzustellen. Den theoretischen Hintergrund für Grüter bilden die Arbeiten des Hegel Colloquiums (Furth, Dammerow, Lefévre) sowie die der Mitarbeiter des »Widerspruchprojekts« aus der DDR (Ruben, Warnke und Beurton).

Ausgangspunkt des Argumentationsgangs von Grüter ist das Entwicklungsparadoxon: »Entwicklung von Individuen (wird) durch das gegebene System determiniert ..., welches seinerseits durch diese Entwicklung erneuert wird.« (8) Diese Paradoxie gründet – in den für die Psychologie relevanten Theorien, wie von Piaget, Freud und eben auch Holzkamp – erkenntnistheoretisch in einer zirkulären Erklärungsweise und impliziert für den Entwicklungsverlauf eine lineare Folgebeziehung. An den Begriffen von Operation und Handlung, die bei Holzkamp in der Grundlegung der Psychologie (1983) unterschiedliche Entwicklungsniveaus bezeichnen, verdeutlicht die Autorin die These von der nur hierarchisch gedachten Entwicklungsrichtung. Die operative Ebene der individuellen Entwicklung ist entwicklungslogisch dem Erreichen des Handlungsniveaus vorgeordnet. Das Individuum kann aber auf dem operativen Niveau nicht aus sich heraus Entwicklungsprozesse initiieren, denn dies ist nur durch einen »funktionalen Transformationsprozeß« von der Handlungsebene aus zu erreichen. Die Handlungsebene wiederum erreicht das Individuum erst durch den Entwicklungsprozeß, « Damit wird die Erklärung des Resultats von Entwicklung zugleich auch zum Grund von Entwicklung (21f.). Um die Auflösung dieses logischen Dilemmas bemüht sich die Autorin in Auseinandersetzung mit der Grundlegung der Psychologie, indem sie die Prozeßhaftigkeit, die Bewegungsmomente des »konkret-sinnlichen Menschen« in den Mittelpunkt rückt. Diese Perspektive umschreibt sie als ausgehend vom »Standpunkt der Arbeit«, während sie Holzkamps Position mit dem »Standpunkt der Erkenntnis« beschreibt. Erkenntnis wird in diesem Zusammenhang aufgefaßt als »Ausschluß des individuellen Zusammenhangs« zugunsten der Erhaltung der kategorialen Voraussetzungen (12). Die Arbeitsstrategie verweist auf die Erfahrung der Grenze der Erkenntnis im Licht der zu lösenden Probleme in einer nur epistemologischen Praxisform. »Entwicklung nach diesem Modus heißt Aufhebung von vorangegangener Abstraktion ... bzw. Konkretion.« (41)

Diese Definition von Entwicklung wird auf dreifache Weise mit dem Gegenstand der Kritischen Psychologie konfrontiert. Im ersten Schritt geht Grüter auf die biologischen Grundlagen der Phylogenese zurück, wie sie in der Grundlegung konzeptualisiert sind. Dabei wird die Grundform des Psychischen, die Empfindung als abhängig von der Stoffwechselaktivität und nicht, wie von Holzkamp, in Beziehung zu der Orientierungsaktivität angelegt (vgl. 114). In der Interpretation von Grüter ist das Mittel nicht ein äußeres Objekt zur Kontrolle der Lebensbedingungen, sondern wird als innerer Bestandteil, nämlich der Zellmembran, gedacht. Die Orientierungsrichtung wird damit nicht mehr präskriptiv gefaßt, sondern bleibt durch den Selektionsprozeß relativ unbestimmt. Von Stoffwechselakt zu Stoffwechselakt ergeben sich Veränderungen, entsteht Neues. Auf diese Weise versucht Grüter den Entwicklungsprozeß selbst als unmittelbar zu denken, weil er an die unmittelbaren Lebensaktivitäten gebunden ist. Bei Holzkamp ist der Verlauf der Phylogenese charakterisiert durch einen Prozeß der zunehmenden Vermittlung individueller Tätigkeit, dabei werden nach Grüter Körper, Sexualität und Sozialität in ihren Entwicklungspotenzen negiert, weil sie nur in ihrer Bedeutung für das Allgemeine, die Gattung, die Gesellschaft begriffen und so von der individuell-stofflichen Seite abgetrennt werden.

Im zweiten Schritt der Studie erörtert sie das Verhältnis von »Logik und Psychologie« (124). Dabei macht sie deutlich, daß die im Konsumtionsakt des Stoffwechsels erfolgte Erweiterung der *Reproduktionsbedingungen* mit der Holzkampschen

Isomorphie von Genese und Logik der Entwicklung nicht vereinbar ist. »Es ist die ideale Einheit, so wie sie sich für das Subjekt unter Voraussetzungen seiner Trennung von den Reproduktionsbedingungen darstellt, und nicht die reale, die historisch wirkliche Einheit. « (136)

Im dritten Schritt setzt Grüter die Kritische Psychologie als eine Organisationsform, als System von wissenschaftlichen Kooperationsbeziehungen, analog zu der *Grundlegung*, die sie als theoretisches System begreift. Besteht die dominante Funktion der Kategorien im theoretischen System in der Wahrung der vorausgesetzten Erkenntnisse, so basiert die Organisation stets auf der Prämisse, »die Wahrung der Einheit des Systems (ist) dem Kampf der Gegensätze übergeordnet« (157). Hier mahnt die Autorin die Überführung des Gegensatzes in einen Widerspruch an. Sie fordert damit die von der Kritischen Psychologie programmatisch postulierte Vermittlung individueller Existenz ein. Diese Vermittlungsarbeit sieht sie als bisher nicht eingelöst an. Vielmehr setze die Kritische Psychologie ihre Kategorien als unmittelbar evident und falle damit selbst in das gegen die »bürgerliche« Psychologie geäußerte Verdikt von der Unmittelbarkeitsverhaftetheit zurück, die in dem Ausgangspunkt einer historischen Perspektive gerade überwunden werden sollte.

In dem Versuch, Erfahrung und Erkenntnis als Entwicklungszusammenhang zu denken, liegt der besondere Akzent dieser Studie. Problematisch dagegen ist der Versuch, einen Arbeitsbegriff zu konstruieren, der nicht mehr als Vermittlungsaktivität erkennbar wird. Der Zusammenhang der Gegensätze existiert immer schon, quasi a priori als organische Einheit. Indem Grüter Erkenntnis nur im Sinne der Existenzerhaltung denkt, als Konsumtionsakt, verschließt sie die Genese der Episteme. Die Formen, in denen Erfahrung gelebt werden, sind nicht mehr qualifizierbar. Die, den ganzen Denkansatz strukturierende Ontologisierung der Verhältnisse in polare Gegensätze - Mann/Frau, Individuum/Gattungswesen, konkret/abstrakt - korrespondiert mit der Abstinenz der Sozialgeschichte. Der Entwicklungsgedanke, der bei Grüter den Ansatz für die hier vorliegende Studie lieferte, erfährt in dem Versuch der Auflösung seiner Paradoxie (s.o.), eine Rückwendung auf die Vorstellung vom autonomen Individuum. Bezogen auf die Organisationsform der Kritischen Psychologie intendiert diese Denkfigur schließlich eine Rückkehr zur »traditionellen Psychologie« (8f.). Mit der vereinfachten dialektischen Vorstellung, daß Altes stets im Neuen aufzuheben und deshalb ein Anschluß an die traditionellen Formen geboten sei, werden Brüche und Diskontinuitäten, die für jenes berühmte Noch-Nicht stehen, zum Verschwinden gebracht.

Grüters *Widerspruch* richtet sich vor allem gegen die rationalistischen Tendenzen der Kritischen Psychologie. Indem sie die spontanen, an der Grenze des Bewußtseins liegenden Potentiale des Individuums als konstituierend für Entwicklungsprozesse denkt, eröffnet sie eine Diskussion, die insbesondere von der Kritischen Psychologie aufgenommen werden sollte.

Andreas Kather (Berlin)

Geschichte

Ritter, Gerhard A., und Klaus Tenfelde: Arbeiter im deutschen Kaiserreich. 1871-1914 (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, hrsg. von Gerhard A. Ritter, Bd.5). Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 1992 (891 S., Ln., 118,- DM)

Der Ansatz von Ritter und Tenfelde verbindet sozialgeschichtlich die meist getrennt behandelte Geschichte von vielfältig gegliederter Arbeiterschaft und Arbeiter-

bewegung. Deren Entstehung leiten sie nicht allein von der Durchsetzung des Industriekapitalismus und der Lohnarbeit her; sie vertreten die These, daß die Verstädterung eine wichtigere »Voraussetzung für die Ausbildung von Klassenbewußtsein« gewesen sei als die Prägung durch die Arbeitsverhältnisse (30, 816). Die Historiker stellen ihre Untersuchung in den Rahmen einer Darstellung von Produktionsverhältnissen und konjunkturellen Zyklen, um feststellen zu können, wie diese sich auf soziale Verhältnisse und Bewegung der Arbeiter, deren Entwicklung z.B. in Krisenjahren stagnierte, ausgewirkt haben (vgl. 59, 62, 66). Das politische System des Kaiserreichs habe eine »erstaunliche Integrationskraft« auf Arbeiter ausgeübt. Dabei wurden die Arbeiter geradezu ȟber die Organisationen der Arbeiterbewegung« in den hegemonialen Block eingebaut (94, vgl. 397, 715f., 798f.). Auf dem »Arbeitsmarkt« dominierte in der Stadt schon seit den frühen 1870er Jahren die lohnabhängige »Erwerbsklasse« der Arbeiter in der Unterschicht (131f., 174). Auf dem Land erschwerte die Abwanderung der jungen Männer und die Landarbeit, die keine Freizeit für politische Kultur bot, den »Aufbau von Arbeiterorganisationen« (230f.). Die entsprechende Problematik untersuchen die Autoren auch bei der »Arbeit in Industrie und Handwerk«. Die im handwerklichen Kleinbetrieb übliche persönliche Beziehung zwischen Meister und Gesellen, die antigewerkschaftliche Haltung staatlicher Arbeitgeber (292f., 303, 352f.), die Kommunikation verhindernde Lärmemission in Großbetrieben oder der 'Firmenstolz' der Belegschaften wirkte der Entstehung von politisch-gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen entgegen (308, 324f., vgl. 328ff.). Kontraproduktiv waren auch »Grenzstreitigkeiten« über die Zuständigkeit der entlang herkömmlichen Berufsbildern gegliederten Gewerkschaften, die Ungelernte oder Arbeiter in neuen Industriezweigen nicht zu erfassen vermochten (333f.). Förderlich wirkte dagegen Gruppenarbeit, die Erfahrungsaustausch ermöglichte, wenn sie sich in Städten mit der »Marktmacht« qualifizierter Arbeiter verband (349). Ein Grund für die »Organisationserfolge der Gewerkschaften«, die auch Freizeit voraussetzten, waren die seit 1895 in Boomjahren durchgesetzten Arbeitszeitverkürzungen (362ff., 370). Die Unternehmer reagierten mit betrieblicher Sozialpolitik, dem »sekundären Patriarchalismus«, der wegen der Aufnahme spätfeudal-paternalistischer Elemente in die kapitalistische Produktionsweise zu den »Besonderheiten des deutschen Weges in die Moderne« gehört (406-414, 424). Was die Historiker aus einem Polizeibericht über eine Gewerkschaftsversammlung von 1889 zitieren, weist auf den Zusammenbruch der Kriegsresistenz der Arbeiterbewegung im August 1914 voraus. Dort wurde für den Gewerkschaftsbeitritt mit dem Argument agitiert, daß dem »Vaterland« im Kriegsfall »stramme Soldaten« zu liefern seien, wofür Lohnerhöhungen zu erstreiten wären (742f.). Am Ende stellen die Autoren fest, daß sich der Zugewinn an »Autorität« für die Unternehmer im Kaiserreich stark vereinheitlichend auf die Arbeiterklasse ausgewirkt habe, ohne aber zu »Klassenstabilität« zu führen. Die »Auflösung des Proletariats« habe im Gefolge seiner Orientierung am bürgerlichen Habitus schon nach der Jahrhundertwende eingesetzt (788f., 838).

Ritter und Tenfelde zeigen, daß die Verstädterung im Kaiserreich die Klassenbildung forcierend überlagert hat. Sie gehen davon aus, daß sich die proletarischen Denkformen weniger über »Arbeitsplatzbeziehungen« als über die Wohnverhältnisse konstituiert haben. Auf dem Land war es für Arbeiter bis zur Jahrhundertwende möglich, ein Haus zu besitzen. Solange sie nicht auf das Eigentum an ihrer Arbeitskraft zurückgeworfen waren, sahen sie auch die »Notwendigkeit interessenpolitischer Formierung« nicht ein. Das städtische »proletarische Wohnquartier« habe das »Milieu der Arbeiter« nun entscheidend geformt (606f., 816). Wohnbesitz war also

für das Proletariat der dominante distinktive Faktor zwischen Stadt und Land, sein Fehlen hat die Formation der Arbeiterklasse beschleunigt. Da Mietskasernen vom Kapital betrieben werden, wäre es allerdings unsinnig, die Urbanisierung als wichtigeres Element im historischen Prozeß gegen das Verhältnis von Arbeit und Kapital auszuspielen. Ritter und Tenfelde setzen auch nicht das strukturelle Merkmal des Besitzes oder Nichtbesitzes von Kapital als Einkommensquelle, sondern die »Möglichkeit zur Herausbildung von Gemeinschaftsbeziehungen« als konstitutiv für die Klassenbildung an. Die »Intimität« der bürgerlichen Familien stellen sie den für Schlaf- und Kostgänger »halboffenen« Arbeiterfamilien gegenüber, die die Arbeiterklasse durch ein engmaschiges Netz verknüpften (595, 816f.). Dem System von Beziehungen innerhalb des Proletariats wird mehr klassenbildendes Gewicht beigemessen als den Relationen zwischen arbeitender und kapitalistischer Klasse. Im Rahmen der Unterbewertung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit gegenüber den Unterschieden zwischen bürgerlicher und proletarischer Lebensweise wird es dann auch möglich, von »Klassenentbildung« zu sprechen, sobald sich die Arbeiter »nach 'bürgerlichen' Existenzformen sehnten« (838). Indem sich Ritter und Tenfelde gegen »ökonomischen Determinismus« wenden (2), spitzen sie ihre Klassenanalyse auf das Problem des Bewußtseins zu. Das proletarische Subjekt wird zwar theoretisch auch als Produkt von Klassenkämpfen gefaßt (123), aber seine »Verbürgerlichung« wird darüber hinausgehend nicht als Effekt ideologischer Auseinandersetzungen hinterfragt. So naturalisieren die Historiker schließlich »Bürgerlichkeit« als Prinzip, das der »Arbeiterklasse seit ihren Anfängen« immer schon »eingeboren« gewesen sei (838). Thomas Schwarz (Berlin)

Kuck, Gerhard: Italienische Wege zum Sozialismus. Sozialismus- und Kommunismuskonzepte im Risorgimento (1765-1857). Haag & Herchen, Frankfurt/M. 1991 (272 S., br., 45,- DM)

Um die italienische Tradition sozialistischer Theorie vor Gramsci besser kennenzulernen, ist Kucks begriffsgeschichtliche Analyse des »Sozialismus« und »Kommunismus« interessant. Hauptquellen der enzyklopädischen Sammlung sind zeitgenössische Zeitschriften. Kuck beginnt mit den »agrarischen comunisti« (21) und den »naturrechtlichen Sozialisten und ihren Sozialismen« (31). Vorgestellt werden Aussagen von und über die Vordenker des Sozialismus aus ganz Europa, wie Owen, Blanc, Fourier u.a., soweit sie in Italien rezipiert wurden, außerdem von Mazzini und Pisacanes. Dabei wird klar, daß sich die Vorurteile gegen und Verteidigungsargumente für den Sozialismus kaum gewandelt haben. Solche Vorurteile wie »Kommunismus sei eine schädliche Krankheit« (81) oder eine »regelrechte Plage« (84) halten sich. Demgegenüber argumentierten die in die Enge getriebenen Sozialismusverteidiger schon damals in zwei Richtungen: Der erste Weg besteht in einer Abgrenzung von »Radikalen« und von den, mit dieser Bezeichnung verknüpften Vorstellungen. Der zweite Argumentationsweg ist der Versuch, den Sozialismus in eine »akzeptierte« Tradition einzureihen, wobei Anleihen bei tradierten philosophischen Systemen – z.B. bei Morus, Campanella und sogar Platon (65) – gemacht werden.

Die vielen aneinandergereihten Zitate, die kaum durch Kommentare unterbrochen werden, lesen sich zwar leicht, hinterlassen aber den Eindruck einer bloßen Fleißarbeit. Dem Kenner kann diese Zitatsammlung und die sorgfältig angelegte Bibliographie bei der Bearbeitung eines spezifischen Themas nützlich sein. Jedoch sind genauere Problemstellungen und weitergehende Untersuchungen, die das ausgebreitete Material besser strukturieren und hinterfragen könnten, nicht zu finden. Sogar die in der Einleitung gestellte Frage, ob in Italien »die Diskussion über den

Sozialismus und Kommunismus nicht schon in ihren allerersten Anfängen zu besonderen, vom allgemeinen europäischen Sinn abweichenden Sonderformen geführt hat« (II), wird nur unbefriedigend beantwortet. So stellt Kuck lediglich fest, daß in Italien die Diskussion »im wesentlichen nicht hinter der europäischen« zurückstehe, sie »gewiß nicht so in der Tiefe geführt (wurde) wie es anderswo geschah«, was aber nichts zu bedeuten habe, da dies zum »spezifische(n) inneritalienische(n) Diskussionszusammenhang« (130) gehöre. Flavia Pfenninger (Basel)

Bergmann, Theodor, und Mario Keßler (Hrsg.): Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919 – 1943). Podium Progressiv, Mainz 1992 (272 S., br., 21,80 DM)

Einem kritischen Marxismus verpflichtet, gestalteten die Herausgeber den Sammelband im Wissen um die Verballhornung der Komintern-Geschichte in den Standardwerken der »reinen« Lehre aus realsozialistischen Zeiten. Zu diesem Zweck führten sie Originalbeiträge und Nachdrucke zur Komintern-Geschichte zusammen. Das Spektrum reicht von der Behandlung der Beziehungen zwischen Komintern und USPD über die Haltung der Komintern zum Faschismus und zu jüdischen Angelegenheiten bis hin zur Rolle der Dekolonisierungsdebatte und der von der Komintern geführten Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit. Das zentrale Thema aber ist die Stalinisierung der Komintern. Zu Recht stellen die Autoren mit den Jahren 1924 bis 1928 jenen Zeitraum in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen, an dem sich heute die Frage diskutieren läßt, ob er den Beginn oder fast schon das Ende unumkehrbarer Entwicklungen in der Komintern markiert. Nach Auffassung der Herausgeber nahm von nun an der Prozeß der bürokratischen Entartung, selbst wenn er nicht alternativlos war, seinen Lauf (8). Diese Ansicht impliziert allerdings, daß die in sich widersprüchlichen Versuche und Illusionen, sowohl theoretisch als auch praktisch der längst verankerten kommunistischen Weltbewegung zu größerer Flexibilität zu verhelfen, mehr als nur ein leichter Gegenwind waren.

Für die Publikation wurde ein Titel gewählt, der auf die analysierten Widrigkeiten und Möglichkeiten der Geschichte neugierig macht. Doch trotz der hier enthaltenen neuen und aufschlußreichen Forschungsergebnisse bleibt unklar, woran die Autoren den Aufstieg der Komintern eigentlich messen. In diesem Zusammenhang kann es doch nicht ausreichen, Rosa Luxemburgs weitsichtige, kluge und bis heute nachdenklich stimmende Ausführungen, die sie in ihrem Aufsatz »Zur russischen Revolution« für die Unerläßlichkeit einer neuen sozialistischen Bewegung votieren ließ, bloß auf die Kritik an den Leninschen Organisationsprinzipien für die Komintern (11) zu reduzieren. Weitergehende Fragen müßten gestellt werden: Worauf gründete sich eigentlich die Existenz der Komintern? Unterlag sie falschen Vorstellungen vom Ablauf gesellschaftlicher Entwicklungen? War wegen des vorübergehend ausgesetzten Konzepts der Weltrevolution nicht so sehr die Organisationsform als vielmehr der Politikansatz voller Mängel? Schade, daß sich die Autoren die Luxemburgsche Logik so wenig zu eigen machten.

Auch der im Titel postulierte »Zerfall« der Komintern wird wenig hinterfragt. Nicht die geringste Andeutung wird gemacht, ob und warum oder auch nicht die Komintern als kommunistische Bewegung ihre historische Existenzberechtigung verspielte. Ist die von Stalin verfügte Auflösung der Komintern wirklich mit ihrem Zerfall gleichzusetzen? War ein solcher Zerfall denn nicht eher als logische Folge ihres »Aufstiegs« vorprogrammiert? Trotzkis Diktum, der Verfall und die Degeneration der Komintern gehe auf die Vorherrschaft einer national beschränkten und konservativen, ungebildeten und verantwortungslosen Sowjetbürokratie zurück, weist

doch bereits auf einen längeren Auflösungsprozeß hin, wenn nicht gar bereits die von Lenin formulierten 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Komintern (32) wesentliche Entwicklungswidersprüche der Komintern begründeten.

Die einzelnen Beiträge zu lesen bleibt dennoch spannend. Interessant sind die Aufsätze von Kozlov/Weitz und Haferstroh/Kinner/Schmidt, die Aufschluß über das ökonomische Denken dieser Zeit geben. Die Reglementierung durch den Stalinismus prägte die Geschichte der Komintern allerdings derart, daß wir heute kaum Klarheit darüber gewinnen können, welche Alternativen für die kommunistische Bewegung damals wirklich bestanden. Gleichwohl hätte man mit mehr Interdisziplinarität an diesem Punkt vielleicht genauere Erkenntnisse gewinnen können. Der Sammelband wirft insgesamt jedoch überraschend aktuelle Fragen auf, ohne den Leser mit Antworten zu bevormunden. Stalins Verwirrspiel mit der Sozialfaschismusthese wird mehrfach beleuchtet. Sehr konkret wird der widersprüchliche Zusammenhang zwischen der Schuldzuweisung an die Sozialdemokratie und die Linkssozialisten, der innerhalb der Komintern geäußerten Kritik und dem politischen Monopolanspruch der Komintern dargestellt. Oft ist im Band von den Schritten und Maßnahmen die Rede, die zur Bolschewisierung der Komintern und ihrer Unterordnung unter die von sowjetischen Staatsorganen diktierte Nützlichkeit führten. Die Schlagwörter rechts-links tauchen in den verwirrendsten Konstellationen auf. Wo ist die Grenze, an der sich Konservatismus am Beispiel der Beharrung auf linken Positionen festmachen läßt, wo schlägt das »rechte Linkssein« in progressives gesellschaftliches Denken um? Ist der Stalinismus so wenig totzukriegen, daß noch immer sein Sprachbild wuchern kann, obgleich der ihn stützende »Linksradikalismus« einem Rückfall gleichkam? Ist es nicht an der Zeit, die überlieferten Klischees zur Bewertung innerkommunistischer Politik zu hinterfragen und die Etiketten der Komintern-Ära aufzugeben? Jutta Petersdorf (Berlin)

Schöler, Uli: »Despotischer Sozialismus« oder »Staatssklaverei«? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917 bis 1929). 2 Bände. Lit-Verlag, Münster, Hamburg o.J. (1991) (1046 S., br., 168,80 DM)

Das Verschwinden der Sowjetunion scheint der Bremer Dissertation (1990) ihren Anwendungshorizont genommen zu haben. Aber das scheint nur so. Denn herausgekommen ist nicht nur das Standardwerk zur Thematik, das in keiner einschlägigen Bibliothek wird fehlen dürfen, sondern darüber hinaus ein Schlüsselbuch zum Verständnis sozialdemokratischer Denkentwicklungen im Blick auf den Kommunismus, das im Doppelsinn »schlechte« Gewissen des pragmatischen Reformismus, bis an die Schwelle der stalinistischen Wende. Zwischen den Extremen emotionaler Ablehnung und ebenso emotionaler Zustimmung entfaltete sich eine theoretische Debatte, deren Rezeption wertvolle Einsichten vermitteln kann. Den Sozialdemokraten stellte sich ja die Frage, durch eine Revolution im hochentwickelten Westen die Revolution im unterentwickelten Osten mit einer international getragenen Entwicklungsperspektive auszustatten. Sie fanden also die Fragen der russischen Revolution auf sich selbst zurückgewandt. Dabei bezogen diejenigen, die überhaupt theoretisch argumentierten, sich in der Regel auf Marx und Engels, was den Gesamtvorgang vielleicht zur letzten, alle Hauptflügel einbeziehenden »marxistischen« Debatte in der deutschsprachigen Sozialdemokratie macht. Entsprechend untersucht Schöler sein Thema in der komplexen Beziehung zwischen marxistischen Klassikern, Leninschem Kommunismus und Sozialdemokraten.

Im sorgfältig belegten Widerstreit der Auffassungen etwa von Karl Kautsky, Rosa

Luxemburg, Max Adler, Rudolf Hilferding (der Aufhebenswertes zur sozialistischen Marktwirtschaft beisteuerte) und Otto Bauer (und vielen anderen mehr, darunter den exilierten Menschewiken) erscheint Bauer in vieler Hinsicht als der Fundierteste. Schöler zeigt im übrigen, daß Bauer, als er bei der Arbeit am Linzer Programm der SDAP russische Erfahrungen verwertete, »weiter als in bisherigen Vergleichen mit Antonio Gramsci angenommen wurde – sogar bis in die Wortwahl hinein zu Überlegungen kam, die sich mit denen des Führers der italienischen Kommunisten deckten« (63, vgl. 903ff.). Trotz aller Sympathie für Bauer zeigt der Verfasser aber, daß die Kontroverse als solche und nicht nur auf einer bestimmten Seite studierenswerte Argumente hervorbrachte. Die Richtigkeit ist nicht einseitig verteilt. Vor allem die Debatte um Diktatur und Demokratie sieht Schöler als »eine der intensivsten« in der deutschsprachigen Sozialdemokratie, in der entscheidende Weichenstellungen für den künftigen Weg stattfanden (51). Die Debatte zur Nationalitätenfrage ist im Lichte der heutigen Konflikte von aktuellem Interesse. Den Geschlechterverhältnissen und der Bedeutung der Umwälzung für die Lage der Frauen schenkte die damalige Diskussion dagegen keine besondere Aufmerksamkeit (60).

Gegen die Geistlosigkeit, der an ihren inhärenten Blockierungen gescheiterten und in der Systemkonkurrenz unterlegenen bolschewistischen Erfahrung jegliches Recht abzusprechen, erhebt das hier überreichlich versammelte und analytisch auseinandergelegte Material Einspruch. Der Umfang legt nahe, das Buch zu thematischen Erkundungen zu nutzen. Doch leider fehlt ein Register; das zwölfseitige Inhaltsverzeichnis bietet sich an als Ersatz.

Wolfgang Fritz Haug (Berlin)

Elm, Ludwig: Nach Hitler. Nach Honecker. Zum Streit der Deutschen um die eigene Vergangenheit. Dietz Verlag, Berlin 1991 (208 S., br., 19,80 DM)

Angenommen, dieses Buch wäre 1988 erschienen und verfolgte die Absicht, die Distanzierung, mit der der bundesdeutsche Historikerstreit in der DDR aufgenommen wurde, aufzubrechen zugunsten einer Sichtweise, die den Nazismus als gemeinsame Vergangenheit mit je systemspezifischem Aufarbeitungsbedarf anerkennt, es wäre wohl ein mutiges und nützliches Buch zu nennen. So aber ist es, nimmt man es als 1991 unternommenen Versuch der Auseinandersetzung eines ostdeutschen Autors mit DDR-Vergangenheit und den ideologischen Stützversuchen ihrer historischen Legitimationen, schlicht ein Ärgernis, das auch dann nur abgeschwächt wird, wenn man die triumphalistisch überbordende 'Geschichtsschreibung der Sieger' in Rechnung stellt, gegen die es offensichtlich anschreibt.

Zur Sache: Argumentiert wird gegen »die vermeintliche Gleichartigkeit von NS-Staat und realsozialistischem Herrschaftssystem« (35). Wenn schon, dann solle sich der Vergleich »auf den zwischen originärem Stalinismus (Mitte der zwanziger Jahre bis 1953) einerseits und ... Nationalsozialismus ... andererseits« (34) beschränken. Der poststalinsche Realsozialismus sei keineswegs mit dem Nazifaschismus gleichzusetzen (vgl. ebd.). Diese überraschende quantifizierende Replik auf den Gleichsetzungsdiskurs hat Konsequenzen: Während die Schadensbilanz in der zumeist totalitarismustheoretisch ansetzenden vergleichenden Analyse von nazistischer und realsozialistischer Diktatur meistens zumindest 12:40 zuungunsten der DDR ausgeht, ist es mit diesem Ansatz genau umgekehrt. Der DDR bleiben lächerliche vier totalitäre Jahre – der Stalinismus wird zur Episode, die das sozialistische System im Kern unbeschadet überstanden hat. Entsprechend verhalten ist der Aufarbeitungsbedarf, den Elm einräumt, zu schweigen vom distanzierten Zugeständnis auch außerhalb dieser vier Jahre liegender problematischer Bestände. Aufschlußreich ist die Perspektive, aus der heraus der Autor sich den von ihm zugestandenen problematischen

Seiten der DDR-Geschichte nähert: Die Staatssicherheit hat »ein die Geschichte und den Staat der DDR nachhaltig diskreditierendes Tatsachenmaterial« (35) geliefert. Ein Material, hinter dem allerdings die »Überwachung, Disziplinierung und Verfolgung von Millionen Bürgern« (ebd.) steht. Das schon. Entscheidend bleibt für ihn jedoch der 'Materialwert für den Historiker'. Sein Fazit für die nachstalinschen Erscheinungsformen des realen Sozialismus: »ein administrativ-bürokratisches, ökonomisch ineffizientes und persönliche Rechte und Freiheiten erheblich einschränkendes System«, aber eben weder quasifaschistisch noch verbrecherisch, was von erheblicher Konsequenz für den »Umgang mit Verantwortlichen, Anhängern und Mitläufern« (38) sei. Das ist wohl richtig: administrative Bürokratie und ökonomische Ineffizienz lassen sich kaum zu persönlicher Verantwortung konkretisieren oder gar kriminalisieren. Bleibt die Einschränkung persönlicher Rechte und Freiheiten. Die mag wohl in diesem Ausmaß nicht nötig gewesen sein. 'Verbrecherisches' vermag der Autor jedoch auch in ihnen nicht zu erkennen.

Die Bilanz der eigenen wissenschaftlichen Biographie, die der Autor ziehen zu können meint, ist dagegen ungebrochen positiv. Eher beiläufig findet sich das Zugeständnis, in seinen Arbeiten »einer inzwischen gescheiterten und widerlegten Anschauung vom Gang der Weltgeschichte im ausgehenden 20. Jahrhundert« (21) angehangen zu haben, deren Auffassungen wohl auch in die Prämissen und Argumente seiner Analysen eingegangen seien, was zu ideologisch voreingenommenen Fehleinschätzungen geführt habe. Entscheidend aber bleibt für Elm: »die Substanz der quellenmäßig fundierten Untersuchungen zu konservativer oder rechtsextremer Politik und Ideologie sowie darauf gegründeter Problemstellungen und Wertungen« (ebd.) wurde von diesen ideologischen Vorurteilen nicht berührt. Mit einem Wort: kein Revisionsbedarf. Es geht Elm, soviel ist klar, um eine Ehrenrettung des realen Sozialismus »als Gegenentwurf zu kapitalistisch konstituierten Sozialordnungen« (36), dessen ursprüngliche Verwandtschaft zu demokratischen und progressiven Überlieferungen und Bewegungen auch durch 'fundamentale Konstruktionsfehler' und 'massenhafte Verbrechen' nicht restlos liquidiert werden konnte, sondern regenerationsfähig geblieben sei. Verschiedentlich sei selbst in seiner deformierten Gestalt etwas von den ursprünglichen progressiven Intentionen erkennbar gewesen (36). Das Ursprüngliche, nicht restlos Liquidierbare, noch in seinen Deformierungen Erkennbare – der Mythos vom 'besseren Deutschland' lebt auch nach dem Ende der DDR weiter. Wolfgang Bialas (Berlin)

Iggers, Georg G. (Hrsg.): Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1991 (198 S., br., 24,80 DM)

Seit dem Verschwinden der DDR von der realpolitischen Bühne sind die Versuche, sie sowohl in ihrer Ganzheit als auch sektoral zu analysieren, flutartig angewachsen. Auch die Geschichtswissenschaft ist davon nicht ausgenommen. Was sie angeht, so sind nicht selten Wortmeldungen anzutreffen, die einer »in Bausch und Bogen Verdammung« der DDR-Historiographie äußerst nahe kommen. Hiervon hebt sich der vorliegende Band wohltuend ab. Der Herausgeber, Georg Iggers, emeritierter Professor für Geschichte an der Universität Buffalo, fungiert seit Jahrzehnten als unermüdlicher Mittler zwischen Ost und West und wurde seit seinem ersten Besuch in der DDR Mitte der sechziger Jahre zu einem intimen Kenner ihrer geschichtswissenschaftlichen Szene.

Waren bis zum Herbst '89 für westliche Beobachter neue Akzente, Richtungen oder Perspektiven in der DDR-Geschichtswissenschaft vorrangig als Reflex für

gesellschaftliche und politische Veränderungen interessant, so wurde spätestens jetzt für den »Weltbürger« Iggers die Frage nach der eigentlichen Substanz sozialgeschichtlicher Arbeiten aus der DDR und ihrem Stellenwert in der internationalen Sozialgeschichtsforschung immer drängender. Sein ursprüngliches Anliegen, Veröffentlichungen von DDR-Historikern zur Sozialgeschichte dem englischsprachigen Publikum vorzustellen, wurde durch die Zeitereignisse erweitert. Da die ausgewählten Beiträge in ihren Grundannahmen marxistisch oder wenigstens dem geistigen Erbe des Historischen Materialismus verpflichtet sind (vgl. 8), kam ihnen mit und nach der Wende in der DDR eine wichtigere Funktion zu, als nur Repräsentanten sozialgeschichtlicher Sichtweise zu sein. Sie wurden zur Folie für die Beantwortung der Frage, ob »der Marxismus Osteuropas und der UdSSR nicht eher auf den Abfallhaufen der Geschichte gehört; ob der Marxismus als eine Ideologie, die tief im 19. Jahrhundert wurzelt, nicht durch die geschichtliche Entwicklung, die von Marxisten nicht vorhergesehen wurde, widerlegt sei« (ebd.). Bei Iggers fällt die Antwort klar aus: »Ich glaubte, wie ich auch jetzt noch glaube, daß die in diesem Band repräsentierte Geschichtsschreibung gerade wegen ihrer marxistischen Sichtweise einen Beitrag zur gegenwärtigen internationalen Sozialgeschichte zu leisten vermag.« (Ebd.) Damit ist auch gleichzeitig der einschlägigen Annahme eine Abfuhr erteilt, wonach empirische Fortschritte von DDR-Historikern nur im Gegensatz zur marxistischen Theorie und in der jetzt so häufig bemühten Nische möglich waren.

In seiner Einleitung zeichnet Iggers in großen Zügen wesentliche Entwicklungen der DDR-Historiographie nach, wobei es ihm immer darum geht, sowohl disziplinimmanente Faktoren als auch solche der lebensweltlichen Verankerung von Geschichte deutlich zu machen. Die Vorstellung seiner Autoren, die mehrere Generationen umfassen, ist mehr als nur eine Vorstellung von Biographien. Sie gerät zu einer sozialgeschichtlichen Skizze von Geschichtswissenschaft in der DDR.

Insgesamt sind acht, seit 1978 schon veröffentlichte bzw. als Vorträge gehaltene Beiträge aufgenommen, die in ihren Gegenständen so differenziert sind, wie einheitlich in ihrer sozial-, alltags- und mentalitätsgeschichtlichen Sichtweise. Den Auftakt bildet ein Auszug aus dem Vorwort zur »Geschichte des Alltags des Deutschen Volkes« vom Nestor der DDR-Wirtschaftsgeschichtsschreibung Jürgen Kuczynski. Kuczynski, der seit Jahrzehnten als Fragesteller und Problemaufwerfer manche neue Forschungsrichtung mit initiierte und immer wieder grundlagentheoretische Debatten auslöste, plädiert hier für eine von unten geschriebene Geschichte der Arbeiterbewegung.

»Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchungen über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution« – dieser Text stammt vom Leipziger Historiker Hartmut Zwahr. Sein Name stand im In- und Ausland seit den späten siebziger Jahren als Synonym für eine Abnabelung vom offiziellen Marxismus-Leninismus und eine dogmenfreie forschungspraktische Umsetzung des Marxschen Klassenansatzes. Neuartig waren sein Versuch, die Klassenkonstituierung des Proletariats von bis dahin vernachlässigten Quellen aus, wie den Schutzprotokollen, Schutzakten und Taufbüchern zu analysieren, und die Sicht, sowohl die ökonomische, soziale und politisch-ideologische Konstituierung des Proletariats als auch die Klassenentwicklung von Proletariat und Bourgeoisie als Einheit zu begreifen. Ebenfalls auf große biographische Massendaten greift Susanne Schötz zurück. An Zwahr anknüpfend untersucht sie auf der Grundlage der Schutz- und Bürgerprotokolle die Rekrutierung von Leipziger Kleinbürgergruppen während der industriellen Revolution (1830-1870). Aus dem Herbst 1990, der Zeit der »allgemeinen 'Wendewut'« (128), stammt der Artikel von Helga Schultz über »DDR-Ansätze zur

Geschichte des sozialen Wandels«. Er geht über das hinaus, was man gemeinhin von einem Forschungsbericht erwartet. Die Verfasserin versucht, neben der Vorstellung von Ergebnissen ihrer Forschungen zur Berliner Sozialgeschichte im 17. und 18. Jahrhundert, eine eigene Standortbestimmung angesichts der Krise des marxistischen Denkens und des »totalen Fiaskos der sozialistischen Praxis« (ebd.). Die klare Absage an die Kanonisierung des Marxschen Denkens im Dogma Marxismus-Leninismus steht neben dem Bemühen, Marxsche Ansätze auf ihren Rezeptionswert hin zu befragen. Der Grundansatz der Kapitalismustheorie und die als Systemtheorie aufgefaßte Formationstheorie, gehören in ihrem Verständnis ebenso zu weiterzuführenden Elementen moderner Geschichtstheorie wie die von der historischen Mission der Arbeiterklasse befreite Klassentheorie.

Ohne näher auf sie einzugehen, sei noch verwiesen auf den Beitrag von Hartmut Harnisch »Bäuerliche Ökonomie und Mentalität unter den Bedingungen der ostelbischen Gutsherrschaft in den letzten Jahrzehnten vor Beginn der Agrarreform«, und die Untersuchungen von Jan Peters zu sozialem Rangdenken im Spätfeudalismus am Beispiel der Kirchenstuhlordnung und Sigrids Jacobeits »Zur Kleidungsgeschichte im faschistischen Deutschland«.

Alles in allem liegt hier ein Band vor, der gerade durch sein unspektuläres Eingreifen in die wohl so schnell auch nicht abreißende Diskussion um das Erbe der Geschichtswissenschaft der DDR Sachlichkeit und differenziertes Vorgehen anmahnt und selbst praktiziert.

Friedrich Hauer (Berlin)

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte. Durchgesehene und erweiterte Auflage. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1992 (241 S., br., 14,80 DM)

91 Stichworte greifen politisch umstrittene Themen auf und erörtern sie nach dem aktuellen Stand der Zeitgeschichte. Am Ende der meisten Artikel wird die maßgebliche Literatur angegeben. Es finden sich u.a. Artikel zu Lügen (Auschwitz-Lüge, Dolchstoß-Legende), Fälschungen (Protokolle der Weisen von Zion), Mythen (Kriminalität, Ursachen des Ersten Weltkriegs). Exemplarisch seien zwei Artikel in ihrer Argumentation vorgeführt: der Autobahnbau und die Waffen-SS.

Der Autobahnbau gilt hierzulande vielen als positive Leistung des »Nationalsozialismus«. Die Erfindung wird Hitler zugeschrieben. Tatsächlich rührt diese Behauptung von der NS-Propaganda selbst her. Der Direktor der »Gesellschaft zur Vorbereitung der Autobahnen« schrieb in einer mit Goebbels abgesprochenen Erklärung 1933: »Als einer der besten Straßenkenner Deutschlands ... hat unser Führer in genialer Weise den Plan für die Reichsautobahnen selbst aufgestellt« (42). Die historischen Fakten aber ergeben ein anderes Bild. Bereits 1927 existierten Pläne für ein nationales Straßennetz, Streckenabschnitte verschiedener Autobahnen waren fertig projektiert und konnten wegen der Weltwirtschaftskrise nicht realisiert werden. Die Nazis griffen so »auf das gesamte Erfahrungs- und Planungsmaterial der Hafraba [Verein zur Vorbereitung der Autostraße Hansestädte-Frankfurt/M.-Basel] und auf deren Mitarbeiter zurück ... Nur so ist zu erklären, daß Hitler schon im September 1933 den ersten Spatenstich an 'seinen' Autobahnen vornehmen konnte, « (41) Finanziert wurden sie vor allem durch die »Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung«, deren Vermögen aus Beiträgen der Lohnabhängigen bestand. Zwar bestand in den dreißiger Jahren der Plan eines zivilen »Kraft durch Freude-Wagens«, bekannter als »Volkswagen«, der jedoch nicht verwirklicht wurde. Als im Volkswagen-Werk nach Beginn des Zweiten Weltkriegs »die Kübelwagen der Wehrmacht entstanden, hatten 300000 Menschen ihr Auto durch wöchentliche

Sparraten angezahlt und 60 000 Käufer bereits den vollen Preis bezahlt. Kein einziger 'KdF-Wagen' wurde jedoch an seinen Besitzer ausgeliefert, kein Käufer erhielt sein Geld zurück.« (121) Der zivile Personenwagen- und Autobahnbau entpuppte sich sofort als militärisch nutzbar. Da die immense Aufrüstung Deutschlands seit 1933 bekannt ist, wundert es nicht, daß die zivilen Projekte wesentlich unter dem Gesichtspunkt der militärischen Verwendbarkeit durchgeführt wurden.

Ein bösartigerer Mythos ist die Behauptung, die Waffen-SS habe zur »Kämpfenden Truppe«, also zur Wehrmacht gehört, weshalb sie mit Massenmorden nicht in Verbindung gebracht werden dürfe. Die seit 1939 gängige Bezeichnung »Waffen-SS« umfaßte militärische Kampfverbände und die SS-Totenkopfverbände, die das Wachpersonal der Konzentrations- und Vernichtungslager stellten. Unter Leitung Himmlers war die Waffen-SS »Teil der Führerexekutive jenseits von Partei und Staat« (209). Die Konzentrations- und Vernichtungslager unterstanden ihr bis zuletzt, zwischen dem Bewachungspersonal und den militärischen Verbänden fand ein beständiger Austausch statt. Die SS war kein Teil der Wehrmacht und hatte eine eigene Gerichtsbarkeit. (Die Unterscheidung zwischen Wehrmacht und Waffen-SS darf jedoch nicht dazu führen, die Wehrmacht zu entlasten, die selbst Massentötungen veranlaßte oder daran teilnahm. Unter dem Stichwort »Marzabotto« ist z.B. zu lesen, daß SS-Einheiten auf Befehl des Oberbefehlshabers Südwest, Generalfeldmarschall Kesselring, dieses italienische Städtchen zerstörten und seine Einwohner töteten.) Wo gemordet wurde, war die Waffen-SS an vorderster Stelle dabei: in den Lagern, bei den Massenerschießungen von Juden in Polen und der Sowjetunion, bei dem Massaker an französischen Zivilisten in Oradour 1944 und vielen ähnlichen Verbrechen. Deshalb wurde die Waffen-SS ebenso wie die Allgemeine SS nicht nur wegen Kriegsverbrechen, sondern wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg zur »verbrecherischen Organisation« erklärt.

Die Qualität der historischen Erläuterungen wird leider konterkariert von einer Aufklärungsnaivität, die bei politischen Stellungnahmen oder aktuellen Stichworten zu einem erschreckenden Pragmatismus führt. So werden unter dem Stichwort »Ausländer« klassische ausländerfeindliche Parolen mit Hinweisen auf Statistik oder Regierungspolitik 'widerlegt'. Das Argument, AusländerInnen nähmen Deutschen Arbeitsplätze weg, wird mit dem Hinweis entkräftet, daß seit 1973 ein Anwerbestopp gelte und AusländerInnen Arbeiten ausführen würden, die BundesbürgerInnen auch heute noch nicht machen wollten. Der Überfremdungsangst wird mit der Auskunft begegnet, daß in der BRD »prozentual weniger Ausländer leben als in den Nachbarländern« (39) und »(d)ie Hürden für den Zuzug von Ausländern ... seit Jahren kontinuierlich erhöht« (40) werden. Damit ist zwar die ausländerfeindliche Argumentation auf der Ebene der Fakten widerlegt, dies kann aber nur als Vorgeplänkel der eigentlichen Auseinandersetzung mit der Struktur des Rassismus und seiner Resistenz gegenüber Aufklärungsstrategien gelten. Darauf müßte der Artikel wenigstens hinweisen, statt den Eindruck zu erwecken, ein sogenanntes »Ausländerproblem« existiere nicht, weil der Staat die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte und Asylsuchenden schon verantwortlich regle. Natürlich geschieht dies, ist aber weniger als Argument vorzuweisen, denn unter der Rubrik des staatlichen Rassismus selbst zu analysieren. Die offenkundig mangelnde Sensibilität in Fragen des Rassismus zeigt sich auch sprachlich: im Artikel »Rassenschande« wird z.B. davon gesprochen, daß »die Bestimmungen des Blutschutzgesetzes auch auf Zigeuner und Neger erweitert« (169) wurden. Es zeigt sich, wie wenig ein noch so differenziertes Fachwissen allein zur Orientierung bei politischen Gegenwartsfragen ausreicht.

Stephan Bundschuh (Frankfurt/M.)

Lüdtke, Alf (Hrsg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozialanthropologische Studien (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 91). Vandenhoek & Ruprecht, Göttingen 1991 (594 S., 12 Abb., Ln., 120,- DM)

Am Göttinger Max-Planck-Institut für Geschichte beschäftigt sich seit den siebziger Jahren eine Forschergruppe mit Themen der außerhalb des deutschsprachigen Raums regen sozial- und kulturanthropologischen Forschung. Mit dem jetzt erschienenen Sammelband liegen drei umfangreiche Bände vor, die aus den von dieser Gruppe durchgeführten internationalen Tagungen hervorgegangen sind. Der erste Band erschien bereits 1978 (»Klassen und Kulturen«), der zweite 1980 (»Emotionen und Interessen«). Kennzeichnend für den Göttinger Diskussionszirkel ist ein u.a. von Hans Medick und Alf Lüdtke entwickeltes Konzept von Alltagsgeschichte, mit dem sie sich sowohl von der Historischen Sozialforschung als auch von der marxistischen Geschichtsforschung kritisch absetzen. Ihrer Ansicht nach können mit diesen makrosoziologischen Ansätzen nur herrschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Strukturen, nicht aber die Lebensweisen, Erfahrungen und der oft beschworene Eigensinn sowohl kollektiver als auch individueller menschlicher Subjekte in der Geschichte erschlossen werden. Die Alltagsgeschichte stelle demgegenüber mit den bei ihr gängigen ethnologischen (Geertz), herrschaftssoziologischen (Bourdieu) und zivilisationstheoretischen (Foucault) Konzepten eine notwendige Ergänzung und Erweiterung der herkömmlichen Sozialgeschichte und des historischen Materialismus dar. In diesem Zusammenhang steht auch der vorliegende Sammelband, der 13 Aufsätze enthält, von denen der überwiegende Teil bereits auf Tagungen 1981 und 1983 vorgetragen worden ist. In einer umständlichen Einleitung umschreibt Lüdtke die beiden Tagungen übergreifende Themenstellung. Die Formulierung »Herrschaft als soziale Praxis« verweise auf ein Kräftefeld, in dem Macht durchgesetzt, Herrschaft begründet oder bezweifelt werde. Mit dem Begriff »Kräftefeld« könnten die Wechselwirkungen zwischen Herrschenden und Beherrschten adäquat erfaßt werden. Ungleichheiten und Widersprüche seien sowohl zwischen Herrschenden als auch zwischen Beherrschten beschreibbar (vgl. 12f.). Lüdtkes weitere Ausführungen über mögliche Fragestellungen zur Erforschung von Herrschaftsverhältnissen sind wenig instruktiv, weil sie zu allgemein und zu unpräzise formuliert sind. Sie stehen auch kaum in einem Zusammenhang mit den nachstehenden Aufsätzen. Leider verliert der Herausgeber kein Wort über den auf den Tagungen erreichten Diskussionsstand. Dieses Manko ist ihm aber vielleicht nicht allein anzulasten. Denn der Versuch einer Zusammenfassung der Erkenntnisse und offenen Fragen mußte angesichts der von den Beiträgen aufgespannten Variationsbreite an Themen, Methoden, Textgattungen und Stilen geradezu scheitern.

Nimmt man den alltagshistorischen Ansatz der Göttinger Forschergruppe zum Beurteilungsmaßstab dieses Sammelbandes, dann ist festzustellen, daß nur fünf der 13 Beiträge mehr oder weniger den Ansprüchen der Alltagsgeschichte genügen. Obwohl die Ethnologie in dieser Forschungsrichtung als eine innovative Leitwissenschaft angesehen wird, beruhen streng genommen nur zwei Aufsätze auf Feldforschungen; der eine von Traube handelt von zwei Stämmen auf den indonesischen Inseln Timor und Roti, der andere von Goody betrifft Eingeborene am Amazonas und in Ghana. Traube untersucht die mentalen Bewältigungsversuche der beiden indonesischen Stämme als Reaktion auf koloniale Herrschaftspraxis vor dem Hintergrund der jeweiligen Mythologien, die den Eingeborenen als Wahrnehmungs- und Interpretationsmuster dienen. Goody beschäftigt sich vorwiegend aus soziobiologischer Perspektive mit universell beobachtbarem männlichem Herrschaftsgebaren gegenüber Frauen und mit einigen dieses Verhalten rechtfertigenden Mythologemen

und Ideologemen. Neben Traube verwendet auch Humphrey in der Ethnologie übliche linguistische Methoden zur Erschließung der Auswirkungen von Herrschaftspraxen auf das allgemeine Sprachverhalten. Am Beispiel der burjätischen Republik der ehemaligen Sowjetunion ermittelt sie die Folgen kommunistischer Sprachregelungen auf die burjätische Lexik der Hoch- und Alltagssprache. In zwei anderen Aufsätzen bedienen sich Linebaugh und Isaac der in der Alltagsgeschichte besonders geschätzten Gattung der Sozial-Biographie. Ausgehend von der Mentalität und Lebensweise zweier sehr unterschiedlicher Individuen des 18. Jahrhunderts versuchen sie sozial-, regional- und zeittypische Biographien zu entwerfen. Linebaugh erzählt anschaulich die Geschichte des legendären, daher kaum für eine Gruppe repräsentativen Kriminellen Jack Sheppard im Kontext des Arbeiter- und Armenmilieus Londons, Weniger überzeugend ermittelt Isaac unter dem Leitbegriff »effektiver Individualismus« (364, 398) die moralischen Ideale und Selbstrechtfertigungen eines Plantagenbesitzers und Parlamentsabgeordneten Virginias. Außer diesen fünf solideren Beiträgen bleibt ein Aufsatz von Cohen zu erwähnen, der von seinem Aufenthalt in einem heute unbedeutenden kenianischen Marktflecken am Viktoriasee erzählt und sich dabei gelegentlich der Methode der »dichten Beschreibung« für die Charakterisierung der Mentalität und sozialen Lage einiger Dorfjugendlicher bedient. Die von seinen Einzelbeobachtungen abgeleiteten Thesen über die sozioökonomisch bedrängenden Lebensbedingungen der Jugend in Kenia sind in ihrer Allgemeinheit schlichtweg unzutreffend und bezüglich der Themenstellung des Bandes eher von randständiger Qualität.

Klassisch sozialgeschichtlich behandeln zwei Autoren die sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse im Libanon und in Südost-Afrika. Gilsenan erörtert auf der Grundlage der Herrschaftsstrukturen das Selbstverständnis der Grundherrn und der von ihnen abhängigen Fellachen in der Akkarregion des Nordlibanon, während Marks die politische Rolle der Zulukönige unter der sich wandelnden englischen Kolonialherrschaft in Südost-Afrika rekonstruiert. Auch der Beitrag von Lüdtke über die »Selbst-Motivierung« (575) und den Handlungsspielraum sogenannter »Unter-Eliten« (561) im NS-Regime, zu denen er sowohl Blockwarte, Schullehrer, Oberbürgermeister als auch beispielsweise den Berliner Generalbauinspektor Albert Speer oder den Auschwitzer Lagerkommandanten Rudolf Höß zählt, ist sozialgeschichtlich angelegt, insofern er Informationen zu sozialen Herkunft, Ausbildungsgang, Laufbahn, Amtskompetenzen etc. zur Grundlage seiner Darstellung macht.

Mit politikgeschichtlichen Themen befassen sich die Beiträge von Zotz und Feely-Harnik. Zotz erläutert die Herrschaftspraxis des deutschen Königs im Hoch- und Spätmittelalter am Beispiel der praesentia regis und ihrer Ersatzformen (Stiftungen, Pfalzen, Königsgräber). Feely-Harnik stellt in dem längsten Beitrag dieses Bandes neuere Forschungen zum sakralen Königtum mit dem Schwerpunkt auf afrikanischen Königreichen in einer nicht immer verständlichen Weise vor; die Häufung der Autorennamen, Buchtitel und Schlagworte innerhalb des Textes machen ihn stellenweise unlesbar. Schließlich sei noch auf zwei Aufsätze verwiesen, in denen zum einen von Schmitt die in mittelalterlichen Totenvisionen erkennbaren hierarchischen Beziehungen zwischen Toten und Lebenden mit feudalen Abhängigkeitsverhältnissen verglichen werden und zum anderen von Sider, ausgehend von zeitgenössischen Berichten, Voreingenommenheiten und herrische Attitüden europäischer Kolonisten gegenüber amerikanischem Ureinwohnern eher moralisch kommentiert als einer subtilen Kulturanalyse unterzogen werden.

Aus dieser knappen Beschreibung wird deutlich, daß der Sammelband konzeptionell völlig unzureichend ist. Manche beachtenswerten Aufsätze, wie die von Marks,

Traube und Humphrey, werden auch beim Laien Neugierde wecken und Interesse finden. Für die alltagshistorische Forschung bietet der Band wenig Anregungen.

Frank Konersmann (Bielefeld)

Wallmann, Johannes: Der Pietismus. Die Kirche in ihrer Geschichte. Ein Handbuch. Bd. 4 Lieferung 01. Vandenhoek & Ruprecht, Göttingen 1990 (143 S., br., 48.- DM)

Eines der Hauptprobleme der neueren Pietismusforschung besteht in der Bestimmung ihres Gegenstandes. So konstatierte Johannes Wallmann 1977 »Begriffswirrwarr« und eine sich ins »Uferlose verlierende(n) spezialisierte(n) Detailforschung«. Damals entwickelte der Bochumer Theologe eine wegweisende Definition, die theologie-, kirchen- und sozialgeschichtliche Befunde zu integrieren vermag. Mit dem Begriff »Pietismus« charakterisierte er erstens eine Frömmigkeitsrichtung, die sich infolge der Rezeption Johann Arndts Vier Bücher vom wahren Christentum (1605-1610) primär in Erbauungsbüchern und geistlicher Dichtung niedergeschlagen habe. Seit Arndt seien Chiliasmus, synergistische Wiedergeburtslehre und stufenmystischer Ouietismus als Kennzeichen pietistischer Frömmigkeit anzusehen. Zweitens definierte Wallmann mit dem Begriff »Pietismus« eine sozial greifbare Bewegung. Sie habe neue Formen kirchlichen und religiösen Gemeinschaftslebens infolge der Übernahme der von Philipp Jakob Spener 1670 eingeführten Collegia Pietatis hervorgebracht. Mit Konventikelbildungen, Betonung überkonfessionellen Laienchristentums und der Kritik am Kirchgängertum sei diese Bewegung in Gegensatz zur Orthodoxie getreten. - Wie Wallmann in der Einleitung zu seinem vorliegenden Handbuchbeitrag feststellt, erfreue sich diese Definition »wachsende(r) Zustimmung« (10) in der Pietismusforschung.

Um so erstaunlicher ist es daher, daß dieser methodisch und sachlich überzeugende Ansatz zur Erforschung des Pietismus als »historische(m) Phänomen« nur den Ausgangspunkt der Darstellung bildet, nicht aber auch die Systematik für die Gliederung des Handbuchbeitrags prägt. Nur mit Mühe und nach mehrfacher Lektüre vermag der Leser den systematischen Anspruch Wallmanns wiederzuerkennen, insofern bestimmte Aspekte pietistischer Frömmigkeit (Chiliasmus, Jesusmystik, Herzensfrömmigkeit u.a.) immer wieder erörtert werden. (Das Fehlen eines Stichwortregisters erschwert außerdem einen systematischen Zugriff auf die reichhaltigen Informationen in den Kapiteln). Vorherrschendes Darstellungsprinzip ist vielmehr die »biographische Methodik« (11), an der auch die Gliederung orientiert ist. Abgesehen von drei kurzen Abschnitten, in denen die Frömmigkeitskrise im 17. Jahrhundert, der Württembergische Pietismus des 17. und 18. Jahrhunderts und radikalpietistische Gruppen charakterisiert werden, läßt Wallmann die »führenden Gestalten« des deutschen Pietismus von Johann Arndt bis Friedrich Christoph Oetinger Revue passieren. Die Entscheidung für eine biographische Darstellung begründet er mit der Feststellung, daß die »Geschichte des Pietismus ... zu einem wesentlichen Teil die Geschichte einzelner führender und traditionsbildender Gestalten« sei (ebd.). Für diesen methodischen Rückschritt von einer Struktur- zu einer Individualgeschichte lassen sich drei Gründe anführen, die für die Entscheidung Wallmanns ausschlaggebend gewesen sein dürften. Erstens hat er sich, wie er in der Einleitung bekennt, an der Konzeption des seit 1961 erscheinenden Kirchengeschichtlichen Handbuchs orientieren müssen, die von van Dülmen als herkömmliche Geistes- und Institutionengeschichte des Christentums beurteilt worden ist. Zweitens erlaubt der gegenwärtige Forschungsstand nach Wallmann zur Biographie keine alternative Darstellungsform. Schließlich fehlt drittens seiner Definition des Pietismus eine

forschungsstrategische Orientierung an gesellschaftsgeschichtlichen Hypothesen, die eine systematische Analyse des sich wandelnden Phänomens des Pietismus in seinen strukturgeschichtlichen Zusammenhängen erst ermöglichen würden. Vermutlich würde ein solches z.B. durch Zivilisationshypothesen erweitertes Pietismus-Konzept zu sachlichen, räumlichen und zeitlichen Differenzierungen bei der Beurteilung pietistischer Frömmigkeit führen.

Wallmann mußte seine Darstellung auf den deutschen Pietismus beschränken, weil bereits in anderen Handbuchbeiträgen die Entwicklung des Pietismus in den Ländern außerhalb des Deutschen Reiches beschrieben wurde. Die wenigen bisher vorliegenden Monographien zur Politik gegenüber Pietisten in Territorien und Städten des Deutschen Reiches erlauben noch keinen Forschungsüberblick. Wallmann konzentriert sich daher auf knappe Schilderungen von innerkirchlichen Konflikten. die sich zumeist infolge einer »große(n) Welle pietistischer Konventikelbildung« (54) in protestantischen Territorien seit 1690 ergaben, wie z.B. in Hessen-Darmstadt, Württemberg, Kursachsen, Kurbrandenburg und einigen Grafschaften Oberhessens und der Wetterau. Klassisch ereignisgeschichtlich gruppiert Wallmann gemäß der biographischen Methode eine Fülle von Informationen um Eckdaten zu Leben, Werk, Rezeption und Schulbildung einflußreicher Pietisten. Seine Darstellung enthält aufschlußreiche Passagen zum einen über sich ausbildende Kommunikationsstrukturen und zum anderen über geistesgeschichtliche Traditionen, in denen die Pietisten standen oder auf die sie rekurrierten. (Ein dem Handbuch beigelegtes Personenregister erlaubt dem Leser eine zügige Erschließung des Beziehungsgeflechts unter den Pietisten). Neben dem erwartbar großen Einfluß der Frömmigkeitsideale und Kirchenauffassungen Arndts und Speners auf unterschiedliche pietistische Gruppen fällt die »weite Verbreitung« der Werke des Mystikers Jakob Böhme (1575-1624) »in gebildeten, aber auch einfachen Kreisen« auf (80). Wie Joachim Trautwein in einer kleinen Studie über den Pietismus in Württemberg 1972 gezeigt hat, spielte der mystische Spiritualismus Böhmes beim »gemeinen Mann« eine größere Rolle als der kirchenkonforme Pietismus Speners. Wallmann beobachtet diese Traditionslinie pietistischer Frömmigkeit nur en passant und begründet dies mit einer knappen, wenig überzeugenden Bemerkung: Es gebiete und entspreche »wissenschaftlichem Sprachgebrauch, den mystischen Spiritualismus, vor allem die Anhänger Jakob Böhmes ..., nicht dem radikalen Pietismus zuzurechnen« (81). Mit diesem formalen Argument umgeht er auch eine Charakterisierung der sogenannten Engelsbruderschaft Johann Georg Gichtels, der im übrigen mit namhaften Pietisten eine rege Korrespondenz führte, auf die Wallmann verweist.

Wallmanns Darstellung dokumentiert sehr präzise den derzeitigen Stand der deutschen Pietismusforschung und bietet, dem Charakter eines Handbuchs entsprechend, eine gut ausgewählte Bibliographie. Frank Konersmann (Bielefeld)

Le Goff, Jacques: Geschichte und Gedächtnis. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1992 (298 S., br., 58,- DM)

Le Goff, bekannt vor allem durch seine Arbeiten zur Geschichte des Mittelalters, präsentiert hier eine Auswahl von Lexikonartikeln, die um die Stichworte Vergangenheit/Gegenwart; Antik/Modern, Erinnerung und Geschichte gruppiert sind. Dabei gelingt ihm durchgängig das bei solchen Anlässen seltene Kunststück, in der begrifflichen Organisation einer problemorientierten Historiographiegeschichte zugleich das eigene Konzept von Historiographie zu entwickeln. Dieser Souveränität der Darstellung liegt ein Verständnis von Pluralismus zugrunde, das Historiographie begreift »als eine Abfolge neuer Lesarten der Vergangenheit, voller Verluste und

verborgener Quellen, voller Lücken in der Erinnerung und voller Revisionen« (148). Mit Marc Bloch und der von diesem formulierten 'regressiven Methode' geht es ihm dabei darum, methodologisch bewußt den historiographischen Zugang zur Vergangenheit von der Gegenwart aus zu erarbeiten: »Die Vergangenheit ist ein Konstrukt und wird fortwährend neu interpretiert, dabei bildet die Zukunft einen integralen und Bedeutung stiftenden Bestandteil von Geschichte.« (144)

In der Aufnahme der theoretischen Probleme und latenten philosophischen Vorentscheidungen empirischer Geschichtsforschung und -schreibung plädiert Le Goff für eine ressentimentfreie Einbeziehung geschichtsphilosophischer Argumentationen in der Verteidigung der Historiographie als wissenschaftlicher Disziplin gegenüber ihrer Zurücknahme zur literarischen Gattung unter anderen. Gerichtet ausdrücklich gegen eine postmoderne Beliebigkeit von Geschichtsschreibung besteht er darauf, »daß historische Arbeit zum Ziel hat, dem historischen Prozeß Verständlichkeit zu verleihen und daß diese Verständlichkeit dazu führt, Regelmäßigkeiten in der historischen Entwicklung anzuerkennen« (163f.). Solche Regelmäßigkeiten sucht der Autor in der disziplinären Synthese vom Ethnologie und Geschichte zu einer 'historischen Anthropologie' zu konzeptualisieren – in der Tradition der Annales-Schule am Schnittpunkt von Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Mentalitätsgeschichte und interdisziplinärer Forschung (vgl. 250).

Epistemologisch geht es ihm u.a. um eine Mobilisierung der Einsicht in die Ungleichzeitigkeit von Geschichte: Der 'schnellen Geschichte der Sieger' sei eine 'langsame Geschichte der Besiegten' entgegenzusetzen, in der sich zugleich eine reale Widerstandsform und Oppositionskultur ausmachen lasse (vgl. 188ff.). Ohne Abstriche an seiner These zu machen, Geschichtswissenschaft habe vor allem die Erklärung des historischen Wandels zu leisten, plädiert Le Goff aber auch für eine unterschiedliche historische Rhythmen berücksichtigende Konzeption historischer Zeit, in der »nicht die oberflächliche Schicht, die schnelle Zeit der Ereignisse, das Wichtigste (sind), sondern eine tiefere Ebene von Wirklichkeiten, die sich langsam ändern (Geographie, Sachkultur, Mentalitäten, ganz allgemein Strukturen)« (25).

Gerade in der prononcierten Ausarbeitung eigener Positionen gelingt es dem Autor, die Fäden eines Diskussionszusammenhangs zu knüpfen, der auch anderen Standpunkten starke Argumente zugesteht. Ohne konzeptionelle Differenzen zu glätten, aber auch ohne eine sich selbstsicher gebende 'Borniertheit des überlegenen Konzepts' wird so die Pluralität theoriegeleiteter historiographischer Forschung demonstriert.

Wolfgang Bialas (Berlin)

Certeau, Michel de: Das Schreiben der Geschichte. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1991 (299 S., br., 68,- DM)

Michel de Certeaus disziplinär übergreifend argumentierender Versuch einer epistemologischen Standortbestimmung der Geschichtswissenschaft ist angeschrieben gegen das verbreitete Selbstverständnis nicht nur von Historikern, in soziokulturell frei schwebender Textproduktion der Sache der Vernunft zu dienen und historische Wahrheit zu befördern. Dem stellt der Autor eine Ideologiekritik entgegen, die vor allem an der von der »scientific community« sozial in Anspruch genommenen Norm wissenschaftlicher Rationalität ansetzt. In einer 'Soziologisierung der Geschichtswissenschaft' mahnt er eine sozial reflexive Neubegründung ihrer Normative an: »Alle historiographische Forschung ist mit einem sozioökonomischen, politischen und kulturellen Produktionsort verbunden. (...) Sie ist folglich Beschränkungen unterworfen, mit Privilegien verknüpft und in einer besonderen Situation verwurzelt. In bezug auf diesen Ort werden ihre Methoden eingeführt, ihre Interessens-

topographie präzisiert, ihre Schriftstücke und die den Dokumenten zu stellenden Fragen organisiert.« (73) Je besser es der Geschichtswissenschaft gelinge, so weiter de Certeau, diesen Ort vergessen zu machen, desto eher könne sie auf eine allgemeine intellektuelle und soziale Akzeptanz rechnen. Die Paradoxie historiographischer Texte liegt für ihn so darin, in einer vorgeblich objektiven Rekonstruktion der Wahrheit vergangener Ereignisse die institutionellen Vorentscheidungen darüber, mit welchem Erwartungsraster ein solcher Wahrheitsbegriff verknüpft ist, als historisches Apriori in die Logik der Untersuchung einzuschreiben. De Certeau definiert diese Paradoxie als 'Doppelfunktion des Ortes': »er schließt das vom Diskurs aus, was in einem gegebenen Moment seine Bedingung ist; er spielt im Hinblick auf gegenwärtige – soziale, ökonomische, politische – Postulate der Analyse die Rolle einer Zensur. « (88) In der Aufnahme in eine »community« wird dieses historische Apriori zum kommunitären Initiationsritus funktionalisiert, durch den ein institutionell konformes Verhalten entsprechend den ungeschriebenen Gesetzen des sozialen Binnenmilieus gesichert wird (vgl. 83). De Certeau spricht hier das Phänomen der Ein- und Ausschließungspraktiken einer »community« resp. ihrer funktional adäquaten 'psychosozialen Rekrutierungsform' an.

Zur epistemologischen Crux der Geschichtswissenschaft wird für de Certeau das Referenzproblem. Dabei steht für ihn die Referenz des geschichtswissenschaftlichen Diskurses zur Wirklichkeit auch dann nicht zur Disposition, wenn »das Historische in strukturalistischer Formulierung 'als eine Begrenzung der Möglichkeiten seiner Manifestation' erscheint« (63). Auch wenn »aus der Geschichtswissenschaft die Erzählung dessen, 'was geschehen ist', verschwindet ... oder wenn sich die Tatsachendarstellung wie eine 'Fiktion' gebärdet, die einem bestimmten Diskurstyp eigen ist, können wir nicht daraus schließen, daß auf die Referenz zur Wirklichkeit verzichtet wird. Vielmehr ist diese Referenz verlagert worden. Sie ist nicht mehr unmittelbar durch die erzählten oder 'rekonstruierten' Gegenstände gegeben. Sie ist impliziert durch die Konstruktion von an Praktiken angepaßten 'Modellen' (die Gegenstände 'denkbar' machen sollen), durch die Konfrontation dieser Modelle mit dem, was ihnen widersteht, sie begrenzt und zu anderen Modellen Zuflucht nehmen läßt; schließlich durch die Verdeutlichung dessen, was diese Tätigkeit ermöglicht hat, indem sie in eine besondere (oder historische) Ökonomie der sozialen Produktion eingebunden wird.« (62f.) In dieser Spezifizierung wird der Bezug auf die Erzählung vergangener Ereignisse als Referenzkriterium der Geschichtswissenschaft abgelöst durch die Rekonstruktion der Kontexte von Praktiken sozialer Produktion. Dabei rechnet de Certeau damit, daß die durch einen kontextuellen Hintergrund symbolisch repräsentierte Identität der jeweiligen Geschichte zu marginalen Fragmenten auseinandergebrochen wird, ohne daß Historiographie noch versuchen sollte, diese Fragmente wieder zu einem konsistenten Ganzen zusammenzufügen. Ins Zentrum ihrer Aufmerksamkeit rücken dann Details, scheinbare Belanglosigkeiten, eben Marginalia, die aus bisherigen historiographischen Synthesen herausgefallen sind, aus welchen Gründen auch immer.

Vor diesem Problemhintergrund wird die 'konstruktive Imagination' zur vermittelnden Instanz zwischen Vergangenheit und Gegenwart, »wird die Geschichte zum Mythos der Sprache« (67). Ihre Funktion besteht dann darin, »über die Oberfläche einer Gegenwart verstreute Zeichen zu Spuren 'historischer' Realitäten zu machen, ... aus der Sprache die immer zurückbleibende Spur eines ebenso unmöglich wiederzufindenden wie zu vergessenden Anfangs« (68f.) zu rekonstruieren.

Eindrucksvoll ist die Konturierung des disziplinären Feldes, in dem de Certeau die Geschichtswissenschaft verankert. So gelingt es ihm etwa, im Anschluß an

Levi-Strauß die Komplementarität von Ethnologie und Geschichtswissenschaft in aufeinander spiegelbildlich bezogenen konträren Grundbegriffen aufzuzeigen: Oralität, Räumlichkeit, Andersheit, Unbewußtheit in der Ethnologie; Schreiben, Zeitlichkeit, Identität und Bewußtsein in der Geschichtsschreibung (vgl. 137ff.). Im historiographischen Problem, das Andere als das Abwesende im historischen Diskurs zu präsentieren, wird diese Komplementarität deutlich. Aus der Relevanz eines Schnittpunktes von Geschichte (Faktizität) und Fiktion leitet de Certeau hier eine Affinität von Freudscher Psychoanalyse und Historiographie des Anderen ab.

Wolfgang Bialas (Berlin)

Soziale Bewegungen und Politik

Lamb, David: Afrika Afrika. Menschen Stämme Länder. Kyrill & Method Verlag, München 1991 (393 S., Ln., 39,80 DM)

Hoering, Uwe, und Christa Wichterich: Kein Zustand dauert ewig. Afrika in den neunziger Jahren. Lamuv Verlag, Göttingen 1991 (256 S., br., 28,- DM)

David Lamb arbeitete als Korrespondent der Los Angeles Times mehrere Jahre in Schwarzafrika, wie die meisten Journalisten mit Sitz in Nairobi. Er geht auf die neuere Geschichte nahezu aller Länder ein und versucht gemeinsame Probleme wie »Tribalismus« herauszuarbeiten. Als interne Krisenursachen nennt er Korruption, Cliquenwirtschaft und elitäre politische Führungen und zeigt an zahlreichen Beispielen, wie darunter die breite Masse der Bevölkerung zu leiden hat. Obwohl er die geschichtlichen Bedingungen für die Dominanz der Asiaten in zahlreichen Ökonomien Afrikas zumindest anreißt, liebäugelt er mit der These, daß die Asiaten per se die cleveren Unternehmer seien (192f.). Noch oberflächlicher sind seine Berichte über die Versuche zahlreicher Länder, einen sozialistischen Staat zu schaffen. Ihr Scheitern steht für ihn von vornherein fest: »Überall, wo man mit ihm [dem Marxismus; U.J.] herumexperimentierte, haben die Volkswirtschaften stagniert, ist die Unterdrückung zu einem Schlüsselinstrument der Regierung geworden und hat die Bürokratisierung das bißchen Effizienz zerstört, das im öffentlichen und privaten Sektor bestand.« (225) Warum sozialistische Wege nach der Unabhängigkeit attraktiv erschienen, diskutiert Lamb nicht. Dabei benennt er einige Folgen des Kolonialismus: Die europäischen Mächte zogen Grenzen, »welche die Stammesdemarkationen ignorierten, spalteten die Afrikaner noch weiter - in Besitzende und Habenichtse« (174); nach der Unabhängigkeit wurde ihnen ein nicht-funktionierendes politisches System oktroviert (vgl. 141).

Falsch ist seine Einschätzung, daß Afrika heute eine relativ bedeutende Rolle einnimmt. Verweise auf Bodenschätze, geostrategische Aspekte und Einflußmöglichkeiten auf Entscheidungen der Vereinten Nationen (obwohl er andernorts im Buch die OAU [Union für afrikanische Einheit] wegen ihrer Uneinigkeit und Nicht-Politik zurecht kritisiert) können diese Überbewertung nicht belegen. Vor allem aktuelle Reportagen liefern die beiden bundesdeutschen Journalisten. Einleitend beschreiben sie selbstkritisch journalistische Arbeit, die geprägt ist durch Aktualitätsdruck, Frontberichterstattung, nur Kurzbeiträge und ein begrenztes Interesse an den Entwicklungen auf dem Kontinent jenseits von Bürgerkriegen und Hungersnöten. In ihrem Buch gehen sie ausführlicher auf die Entwicklungen in Kenia, Simbabwe, dem Sudan, Madagaskar, Ruanda und einigen anderen Ländern ein. Dabei verweisen sie auch auf die externen Faktoren (Rohstoffpreisverfall, Verschuldungskrise, Strukturanpassungsprogramme), die einer positiven Entwicklung entgegenstehen.

Während im ersten Teil die politischen Machtverhältnisse, Meinungsfreiheit, die Situation in den Gefängnissen und die wirtschaftliche Geißel des Exportzwangs im Vordergrund stehen, befassen sie sich im zweiten Teil mit den konkreten Lebensbedingungen der Bevölkerung in Stadt und Land. Sie zeigen, daß Armut auch der Schonung der natürlichen Ressourcen entgegensteht. »Während Naturfreunde den Untergang eines der letzten Paradiese auf Erden beklagen, hindert das ganz und gar unparadiesische Elend die Landbevölkerung, die Finger von Axt, Streichholz und der Überausbeutung aller zugänglichen natürlichen Ressourcen zu lassen« (90).

Für die Idee eines sozialistisches Weges haben sie mehr Verständnis (vgl. 199). Sie bemerken, daß dabei auch an afrikanische Traditionen angeknüpft werden konnte. Die Klassenzusammensetzung (überwiegend Bauern, einige Händler und Handwerker) und die führende Rolle einer Elite stand freilich im Widerspruch zur Marxschen Theorie. Hauptursache für den Niedergang der »sozialistischen« Staaten sind ihrer Meinung nach die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. »Schwerfällige Bürokratie, Fehlplanungen, falsche Ratschläge, Staatsbetriebe, Wirtschaftsplanung, Einheitsparteien« habe es in allen afrikanischen Ländern gegeben (203). Als Hoffnung erscheinen die Demokratisierungbewegungen, denen der letzte Teil gewidmet ist. Nach der Unabhängigkeit schien die Nation-Bildung die dringlichste Aufgabe und zugleich gewichtigstes Argument für Einheitsparteien, gleich ob pro-westlicher oder sozialistischer Orientierung. Doch schon Tansanias Ex-Präsident Nyerere klagte, »daß die Selbstgefälligkeit einer einzigen Partei auf Dauer zu politischem Opportunismus, Schlendrian und und Volksferne führt« (227). »Pluralismus und institutionelle Reformen sollten die Machtfülle der Regierenden beschränken« (230) und zu einer größeren Akzeptanz der Politik und Partizipation der Bevölkerung führen. Hoering/Wichterich fragen jedoch auch, wer von einer Demokratisierung profitieren werde. Wenn sich auch Gewerkschafter, Intellektuelle und NGOs bei einer Konferenz in Arusha, 1990 auf eine Afrikanische Carta für Demokratie einigten, so fehlten doch die Adressaten (Weltbank, IWF, westliche Regierungschefs) für ihre Empfehlungen. Fazit: »Fast alle großen alten Staatschefs [in Afrika: U.J.] haben die politischen Umwälzungen heil, mächtig und reich überstanden« (233).

Zum Schluß stellen die AutorInnen das Alternative Strukturanpassungsprogramm der ECA (UN-Wirtschaftskommission für Afrika) vor, in dem im Gegensatz zu den Programmen der Weltbank auch politische Forderungen an die afrikanischen und westlichen Regierungen erhoben werden und ein Raubbau im Sozialbereich vermieden wird. Sie schließen mit einem Interview mit der Professorin und Ökologin Wangari Maathai, Initiatorin der kenianischen Greenbelt-Bewegung, einer Basisbewegung von Frauen, die z.B. Bäume pflanzen, um dem Raubbau an den Naturgrundlagen entgegenzuwirken. So beginnen sie, die Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen.

Scheffler, Thomas (Hrsg.): Ethnizität und Gewalt. Deutsches Orient-Institut, Hamburg 1991 (273 S., br., 39,80 DM)

Das »Bild eines essentiellen Naturkonflikts zwischen einem fanatisch-gewalttätigen Islam und den aufgeklärt-toleranten Grundwerten der westlichen Zivilisation« (11), das im Zusammenhang mit dem Golfkrieg in den Massenmedien heraufbeschworen wurde, wollen die Beiträge eines Werkstatt-Treffens über »Ethnizität und Gewalt im Nahen und Mittleren Osten« korrigieren. Die Einleitung des Herausgebers wendet sich gegen die These, daß Religion im allgemeinen und der Islam im besonderen die Bereitschaft zu kollektiver Gewalt bewirkt, und betrachtet statt dessen Ethnizität als »Pseudospezifikation« (9) und »praktisches Bewußtsein von sozialmoralischen

Verhaltensregeln« (10), als Zusammenhang, aus dem sich Gewaltbereitschaft und -anwendung ableiten läßt. »Religiosität« im Nahen und Mittleren Osten wird zwar als »ein untrennbarer Bestandteil ethnischer Grenzziehungen« (11) angeführt, aber die Zusammenschau der Beiträge vermittelt implizit den Eindruck, als sei die Beschäftigung mit der »Ethnizität« der Wissenschaft vorbehalten und die Religion lediglich ein Thema für die Massenmedien.

Die acht Fallstudien belegen vor allem, daß »der Begriff der 'ethnischen Gruppe' eine außerordentlich weite Skala sozialer Probleme abdeckt« (221). Sie machen eine multifaktorielle Begründung von Gewalt deutlich und können als Plädoyer gegen Versuche, ethnische Zugehörigkeit und Gewalt in ahistorischer Weise zu verknüpfen, gelesen werden. Allenfalls nähert sich Erwin Orywal einem quasi-biologischen Kulturbegriff, indem er einen Zusammenhang zwischen den in einer Kultur vorhandenen Idealen und dem bedenkenlosen Einsatz von Waffen im Baluchistan-Konflikt von 1973 bis 1977 konstruiert. Thomas Zitelmann zeigt, wie die Oromo Liberation Front (OLF) in Athiopien durch einen erst in jüngster Zeit erfolgten Rückgriff auf vermeintliche Traditionen die Förderung von »archaischen Idealen und Strategien« und die »Dauerhaftigkeit politischen Gemeinschaftshandelns« (269) sichern will. »Die Revolte der Ischumay « wird von Georg Klute als Strategie interpretiert, Interessen der Wanderarbeiter gegenüber dem Staat in Mali und Niger durchzusetzen. Auf welche Weise überlieferte Strategien pastoralnomadischer Gruppen zur Regelung interethnischer Konflikte durch zunehmenden ökonomischen Druck und mittels Zugang zu moderner Bewaffnung eine neue Dynamik erlangen können, führt Michael Bolligs Aufsatz über Nordwest-Kenia vor. In »Geheimnis, Terror und der Zerfall staatlicher Macht auf Sri Lanka« beschreibt Jakob Rösel die Entstehung einer an apokalyptische Revolten erinnernden Bewegung, die aus sozialen Unterschieden innerhalb ihrer Ethnie eine mobilisierende Kraft erhält.

Zwei Beiträge begründen die Gewaltbereitschaft durch die Entwicklungsgeschichte und die Ideologie der sie ausübenden Organisationen. In »Palästina und die arabische Revolution: zur Entwicklung des Gewaltbegriffs der 'Bewegung der Arabischen Nationalisten' und der PLFP« sieht Gerhard Höpp in der Verknüpfung des Schicksals Palästinas mit der Einheit der Araber den Grund für eine beständige, lediglich durch Formwechsel charakterisierte Gewaltbereitschaft. Ferhat Ibrahim rechtfertigt die PKK-Gewaltanwendung durch die Einordnung Kurdistans als von den Türken kolonisiertes Gebiet. Das zähe Festhalten an einmal erlangten Privilegien und die Erwartung internationaler Unterstützung verursachen nach Andreas Rieck die Militanz der Maroniten im Libanon. Leider ist sein Beitrag der einzige, in dem die mobilisierende Kraft einer sich religiös legitimierenden Gemeinschaft thematisiert wird. Die Sichtweise der vom Bürgerkrieg betroffenen Beiruter und die Verarbeitung von Kriegserfahrungen in der Literatur führen Elizabeth Susan Kassab zu der optimistischen Prognose, daß nunmehr ein gemeinsamer Wille zur Unabhängigkeit nach allen Seiten erzeugt worden sei.

Die »symbolischen Kommunikationseffekte« (226) gewalttätiger oder terroristischer Anschläge im Nahen Osten stellt Thomas Scheffler in den Mittelpunkt seines Beitrags. Er zeigt, daß eine Professionalisierung und Spezialisierung konspirativer Gruppen nicht der Politisierung im Innern der Bewegungen dient, sondern diese in Gefahr bringt, mittels der modernen Massenmedien zum Spielball für Legitimationsformeln internationaler Politik zu werden. Die Auswahl der Gruppen, die als gewalttätig oder terroristisch deklariert werden, bleibt letztlich eine Frage der internationalen Kräfteverhältnisse bzw. eine Entscheidung der »Weltpolizei« (242). Damit wird eine Dimension des Problems angesprochen, die im übrigen Band zu kurz

kommt und deren Fehlen dem Leser den Eindruck vermittelt, als sei Gewalt vor allem durch endogene Faktoren erzeugt: Das auch heute noch die Politik dominierende Bestreben der Industrienationen, ihren Zugang zu den Ölreserven in der Region nicht durch unliebsame politische Entwicklungen zu gefährden.

Ludmila Hanisch (Berlin)

Elshtain, Jean Bethke (Hrsg.): Just War Theory. Basil Blackwell, Oxford 1992 (336 S., br. 12,95 £ / Ln., 35,- £)

Es bedarf in der gegenwärtigen politischen Situation sicherlich keiner besonderen Rechtfertigung, wenn in der Reihe »Readings In Social And Political Theory« jetzt ein Sammelband erschienen ist, der die Kontinuitäten und Brüche in der Lehre vom »Gerechten Krieg« und die Präsenz dieser Lehre in den aktuellen Debatten von Politologen. Theologen oder Philosophen aufweist. Die Herausgeberin will mit dem vorgelegten Band, der zwölf Beiträge aus den Jahren 1961 bis 1989 enthält, den Anspruch erfüllen, den Leser an gegenwärtig geführte Debatten durch die Auswahl von Texten heranzuführen, in denen die Lehre vom gerechten Krieg ein verbindendes Thema ist. Zentrale Bezugspunkte, um die sich die Debatten gruppieren, sind (1) die Frage nach der moralischen Legitimität von Krieg überhaupt und die Frage nach den Bedingungen der gerechtfertigten Anwendung dieses »politischen Mittels«; (2) die Debatte darum, ob man von idealistischen (anthropologischen, politischen) Voraussetzungen aus argumentiert oder sich realistisch auf die bisherigen historischen Erfahrungen beschränkt, und (3) die Frage, ob die moralischen Wertvorstellungen auch im Kriegsfall ihre Gültigkeit behalten oder ob Krieg eine Wirklichkeit mit eigener Ordnung und eigenen Regeln ist.

Den Auftakt bildet ein Text von Paul Ramsey, der den Bezug zwischen der Lehre vom gerechten Krieg und der frühen politischen Theologie des Christentums bei Augustinus verdeutlicht. Ein im Kontext der Friedensbewegung berühmt gewordener Text der US-amerikanischen Bischofskonferenz, der den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln verurteilt, ist vollständig abgedruckt und wird in den Beiträgen von William V. O'Brien und R.L. Holmes kommentiert und kritisiert. Hier zeigt sich die Ambivalenz der Frage nach gerechten Kriegen innerhalb christlicher Wertvorstellungen und der Ursprung dieser Meinungsverschiedenheiten in divergierenden Prämissen (realistisch vs. idealistisch) sowie Werturteilen (Frieden vs. Gerechtigkeit oder Freiheit).

Die Beiträge von Michael Howard und Michael Walzer lassen sich als Auseinandersetzung um die Frage verstehen, ob auch im Falle des Krieges die moralischen Regeln einer Gesellschaft verbindlich bleiben oder nicht. Howard verneint dies und stellt die These auf, daß die Kriegsführung zwar ebenfalls moralische Regeln aufstellen wird, diese aber nicht mit den in einem friedlichen Zustand geltenden konvergieren müssen. Walzer dagegen meint, daß die historisch entwickelten moralischen Regeln auch im Rahmen des Krieges gelten und Anwendung finden können und sollen. Gerade die Tatsache, daß auch innerhalb des Krieges moralische Regeln aufgestellt werden müssen, verweist auf die implizite Gültigkeit historisch gewachsener Normen und Werte, die für Walzer ohnehin nicht idealtypisch, sondern auf Grund sozialer Bedingungen entwickelt worden sind. Im Gegensatz zu Howard, der in der Lehre des gerechten Krieges lediglich eine selbstwidersprüchliche ethische Theorie mit empirischem Fundament sieht, liegt den Beiträgen von Ramsey, Walzer und James T. Johnson die Auffassung zugrunde, daß diese Lehre keine empirisch fundierte Theorie ist, sondern nur besonders deutlich die notwendige Ambivalenz moralischen Denkens in einer Welt voller Konflikte offenbart. Solange die realistische

Grundhaltung der Unaufhebbarkeit von Konflikten nicht zugunsten idealistischer Vorstellungen aufgegeben wird, muß man diese Ambivalenzen anerkennen. Universal gültige Antworten sind daher nicht theoretisch ableitbar – möglich bleibt nur die jeweilige Beurteilung konkreter Situationen. Der Unvermeidbarkeit eines Zielkonfliktes innerhalb der Theorie des gerechten Krieges widmen sich die Beiträge von Susan Khinaw, Jean Bethke Elshtain und Stephen Toulmin, in denen die Spannung zwischen den Werten Frieden und Gerechtigkeit bzw. Freiheit unter Bedingungen des Konflikts deutlich entfaltet wird. Solange man nicht zu der idealistischen Vorstellung einer universell harmonischen Weltgesellschaft übergeht, bleibt das Dilemma, daß zur Verteidigung derjenigen Werte und Menschenrechte, zu denen auch das friedliche Leben gehört, immer wieder Gewalt und Krieg als legitime Mittel herangezogen werden. Mehr noch: sobald Krieg in den Dienst genommen wird für Gerechtigkeit und Frieden, stellt sich die Frage verschärft, bis zu welchem Ausmaß diejenigen Werte und moralischen Regeln im Konfliktfall außer Kraft gesetzt werden dürfen, zu deren Verteidigung ein Krieg dienen soll.

Der Band kann den Lesern, die ihre eigene Haltung zu Fragen gerechtfertigter militärischer Einsätze finden wollen, wichtige Hilfestellungen geben. Dies gelingt nicht dadurch, daß endgültige Argumente und eindeutige Positionen alternativlos vorgetragen werden. Das Verdienst der Herausgeberin besteht vielmehr darin, die Aporien, die im Begriff des gerechten Krieges spürbar werden und sich durch unser gesamtes Moral- und Politikverständnis hindurchziehen, in einer Debatte zu präsentieren. Durch die Einordnung des Problems in den historischen und kulturellen Hintergrund ermöglicht die Lektüre dieses Buches, die entscheidenden Problemstellungen zu erkennen. Jede weitergehende Antwort wäre zuviel gewesen.

Michael Quante (Münster)

Jaschke, Hans Gerd: Streitbare Demokratie und innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik. Westdeutscher Verlag, Opladen 1991 (333 S., br., 49,- DM)

Jaschkes Habilitationsschrift geht von der Frage aus, wie sich die demokratische Verfassungsordnung gegen ihre innenpolitischen Feinde verteidigen kann, ohne in der Wahl ihrer Mittel eigene rechtsstaatliche Prinzipien aufzugeben (26f.). In einem historisch-theoretisch orientierten Teil (Kap.1) zeichnet er zunächst die Auseinandersetzung von »wissenschaftlichen, institutionellen und verfassungstheoretischen Normensysteme(n)« mit »politischen Extremisten« (27) nach: War die Bundesrepublik in deutlicher Abgrenzung zur Weimarer Republik vom Verfassungsanspruch her als wehrhafte Demokratie konzipiert, die sich vor ihren Feinden weniger durch bürokratische Institutionen als mittels geistig-politischer Auseinandersetzung zu schützen habe, so kann heute von einer Umkehrung dieses Verhältnisses gesprochen werden: 45 Jahre Verfassungsdiskussion und die Ausbildung professioneller Bürokratien zum Verfassungsschutz führten zur Hegemonie des Konzepts der »Inneren Sicherheit«, welches nicht mehr primär auf Diskurs mit den »Extremisten«, sondern auf ihre Repression und damit auf »polizeilich administrative Prävention« setzt (108).

Der Begriff der »freiheitlich demokratischen Grundordnung« (FDGO) definierte zugleich das Schutzobjekt und die Gegner »der« Demokratie, wobei nach totalitarismustheortischem Paradigma rechts und links gleichgesetzt wurden (109). Jaschke kann zeigen, daß es sich bei einer solchen Freund-Feind-Artikulation um ein Verhältnis gegenseitiger Bedingtheit handelt. Demgegenüber wird die These der autoritär normativen Demokratietheorie, daß der Verfassungsfeind die Verfahren seiner Abwehr provoziere, als Apologetik transparent. Ebenso wird deutlich, daß solche totalitarismustheoretisch begründeten Vorstellungen von innerer Sicherheit gegenüber

den neuen sozialen Bewegungen versagen, weil sie zu sehr auf Institutionen bezogen sind, ein Mangel, den die Vertreter der »Inneren Sicherheit« mit einer Verlagerung des Verfassungsschutzes in präventive Vorfeldkontrolle zu beheben suchen (109, 17). Hier droht die FDGO zu einer Art Supraverfassung zu werden, die als sogenannte »Gemeinsamkeit der Demokraten« jenseits des Grundgesetzes in relativer Beliebigkeit durch Exekutiven interpretierbar wird.

Im zweiten Teil versucht Jaschke, die historisch-theoretischen Überlegungen empirisch zu belegen, indem er die Entwicklung von Institutionen politischer Kontrolle (Verfassungsschutz, politische Justiz, Parteien und politische Bildung; Kap.2) sowie des öffentlichen Diskurses um das Streitbarkeitsprinzip der Verfassung (»Deutscher Herbst« 1977 und »Historikerstreit« 1985/86, Kap 3) als »Brücke nach rechts« (296) nachzeichnet. Aber warum untersucht er nur die Programmatik der Parteien, nicht deren Praxis? Wird so nicht self-fulfilling prophecies Vorschub geleistet? Hätte nicht die Einbeziehung öffentlich-rechtlicher Medien in die Analyse zu anderen Ergebnissen geführt? Abschließend ist zu fragen, ob jenseits einer Demokratie formaler Verfahren diskursive Demokratieansprüche nach 1945 jemals realistisch waren. Jaschkes Versuch einer Antwort (298, 305) zielt auf die Herstellung eines demokratietheoretisch begründeten volonté générale, dessen Durchsetzungschancen völlig unklar bleiben müssen, wenn ihre sozialpsychologischen, ökonomische und institutionellen Grenzen nicht bedacht werden. Es fehlt nicht nur, wie Jaschke meint, eine Demokratie- (240), sondern eine Gesellschaftstheorie. Hier werden grundsätzliche Schwächen einer Politikwissenschaft deutlich, für die ökonomische und psychologische Dimensionen des Interessenbegriffs nicht zum Gegenstandsbereich des Faches gehören. In solcher fachspezifischen Fragmentierung ist ein Diskurs über die Alternativen zu einer »streitbaren Demokratie« nicht zu führen.

Manfred Kieserling (Kassel)

Landfried, Christine: Parteienfinanzen und die politische Macht. Eine vergleichende Studie zur Bundesrepublik Deutschland, zu Italien und den USA. Nomos Verlag, Baden-Baden 1990 (355 S., br., 70,- DM)

Mit ihrer Habilitationsschrift gelingt der Heidelberger Politologin ein vorläufiger Zugang in das selbst für ExpertInnen unübersichtliche Geflecht von Staat, Parteien, Wirtschaft und Gesellschaft im Kontext von Parteien- und Wahlkampffinanzierung. Das erkenntnisleitende Interesse von Landfrieds Studie besteht darin, an Hand der »Geldbeschaffung« und Ausgabenpolitik der Parteien im Ländervergleich zu zeigen, welche Auswirkungen »das System der Parteienfinanzierung« auf die deutsche Parteiendemokratie hat (28). Als empirische Basis dienen Interviews und Umfragen bei Bundes- und Landesschatzmeistern und vielfältiges statistisches Material, das in einem Tabellenanhang dokumentiert wird. Landfried schreibt Parteien im parlamentarisch-repräsentativen System eine Vermittlungsfunktion zwischen Staat und Gesellschaft zu. Daher kann es nicht gleichgültig sein, in welchem Maße sich Parteien aus Mitgliedsbeiträgen, kleinen oder großen Spenden oder öffentlichen Geldern finanzieren. Ihre systemimmanente, verfassungszentrierte Vorgehensweise greift jedoch manchmal zu kurz. So werden einerseits die »gegenwärtigen Modalitäten der Finanzierung« und der Konsens der herrschenden »Positionseliten« in Wirtschaft, Verbänden, Verwaltung und anderen Institutionen und deren partielle Verflechtung, auf dem sie beruhen, problematisiert (11f.). Andererseits bleibt ihre deskriptive Problemanalyse bei der Benennung von Strukturmerkmalen der untersuchten Parteienfinanzierungssysteme stehen. Sie begnügt sich mit Reformvorschlägen - etwa einer größeren Transparenz in der Spendenpolitik - und vernachlässigt radikalere

Schlußfolgerungen, obwohl das von ihr benutzte, öffentlich zugängliche Material nahelegt, tradierte Machtstrukturen stärker in Frage zu stellen.

Ihr Ergebnis ist, daß bestimmte Strukturelemente der Parteienfinanzierung in den drei untersuchten Ländern zu einer »Verselbständigung« (13), zu einer »relative(n) Unabhängigkeit« der politischen Klassen (271) gegenüber WählerInnen, Parteimitgliedern und -apparat beitragen. Dies analysiert sie mit den Termini »Etatisierung«, »Kapitalisierung« und »Kommerzialisierung«. Mit Etatisierung meint sie die zunehmende finanzielle Abhängigkeit der Parteien von öffentlichen Geldern. Kapitalisierung deutet auf einen Wandel der Spendenpolitik hin. Trotz der Rückgratfunktion der kleinen und mittleren Spenden werden Großspender aus der Wirtschaft bevorzugt (132f.). Denn gerade die Kommerzialisierung (»Leistung gegen Geld«) der Ausgabenstruktur (linear steigende Kosten für Parteiapparate, Wahlkämpfe und Öffentlichkeitsarbeit bei Rückgang ehrenamtlicher Tätigkeiten der Parteibasis) führt zu einer Dynamisierung des Finanzbedarfs, den Großspenden effektiv bedienen können. Damit stellt sich die Frage nach dem Preis, der »politischen Rendite des aufgewandten Kapitals« (15), die Spender in der Beeinflussung von politischen Entscheidungen sehen. Insbesondere die von Landfried präzise dokumentierte Flick-Affäre verdeutlicht die fließenden Grenzen zwischen Einflußnahme und Korruption bei der Parteienfinanzierung, wobei Korruption als Mißbrauch eines öffentlichen Amtes für private oder parteipolitische Zwecke definiert wird (173).

Das Fazit ihrer Arbeit ist, daß unzureichende institutionelle Kontrollen, der hohe Finanzbedarf der Parteien und moralische Defizite zu einer Sachzwanglogik geführt haben, die in der Erschließung von immer höheren Mitteln besteht und die Vermittlungsfunktion von Parteien fragwürdig erscheinen läßt. Das Verdienst von Landfried besteht darin, empirisch gut belegt auf Tendenzen hinzuweisen, die offensichtlich von PolitikerInnen, die selbst darüber entscheiden dürfen, nicht zu bewältigen sind.

Jens Becker (Dietzenbach)

DAS ARGUMENT 199/1993 ©

Verfasser/innen

A: Arbeitsgebiete M: Mitgliedschaften V: Veröffentlichungen

Alisch, Rainer, 1952; M.A., Doktorand an der FU Berlin. V: Deutsche Philosophen 1933, AS 165 (Mitautor, 1989)

Andresen, Sünne: siehe Argument 198

Becker, Jens, 1964; Dipl. Politologe, Doktorand an der Univ. Frankfurt/M. A: Internationale Arbeiterbewegung, Osteuropa

Behrend, Hanna, 1922; Dr.sc., Historikerin, Doz. i.R. für englische Literatur an der Humboldt-Univ. Berlin. V: Entmännlichung der Utopie (Mithrsg., 1991). A: Feministische Literatur in Großbritanien, Irland und den USA; Literaturtheorie; Rasse, Klasse, Geschlecht. M: UFV

Behrens, Diethard, 1945; Dr.phil., Lehrbeauftragter für Sozialwissenschaften an der Univ. Frankfurt. V: Kapitalistische Gesellschaftsformation II (Mitautor, 1990); Auf der Suche nach dem »wahren Sozialismus« (1991); Gesellschaft und Erkenntnis (1993). A: Philosophie, Gesellschaftstheorie, Ökonomie. M: GEW

Bialas, Wolfgang, 1954; Dr.sc.phil., Redakteur des Argument. A: Kritische Theorie, Klassische deutsche Philosophie, Geschichtsmethodologie

Braun, Anneliese: siehe Argument 198

Brenssell, Ariane, 1963; Studentin der Psychologie an der FU Berlin, Mitglied der Argument-Frauenredaktion. A: Neue industrielle Arbeitsformen und Frauen

Bundschuh, Stefan, 1962; M.A., Doktorand am FB Philosophie der Univ. Frankfurt/M.

Erb, Elke, 1938; Schriftstellerin und Übersetzerin, Lektorin im Mitteldeutschen Verlag

Hanisch, Ludmila, 1947; Dr.phil., Sozialarbeiterin. V: Islamkunde und Islamwissenschaft im Deutschen Kaiserreich (1992). A: Soziale Umstrukturierung in Nordafrika, Geschichte der Orientforschung im 20. Jh.

Hauer, Friedrich, 1955; Dr.phil., wiss. Mitarbeiter bei der KAI e.V.. V: Max Weber. Rationalisierung und entzauberte Welt (Mithrsg., 1989). A: Geschichte der Geschichtswissenschaft

Haug, Frigga: siehe Argument 197

Haug, Wolfgang Fritz: siehe Argument 197 Hauser, Kornelia: siehe Argument 198

Heinrichs, Thomas, 1963; M.A.

Hopf, Arnulf, 1939; Dr., Prof. für Erziehungswiss. an der Carl von Ossietzky-Univ. Oldenburg. V: Schulen öffnen sich (1992); Grundschularbeit heute (1993). A: Sozialpädagogik, LehrerInnenausbildung, Sexualpädagogik

Horn, Klaus Peter: siehe Argument 198

Jungfer, Uwe; Dipl. Volkswirt, Redakteur der Zeitschrift blätter des iz 3w

Kather, Andreas, 1962; Student der Psychologie an der FU Berlin

Kaufmann, Eva, 1930; Dr.phil., Prof. für Germanistik an der HUB (bis 1990). V: Irmtraud Morgner, Christa Wolf und andere. Feminismus in der DDR-Literatur (1991). A: Deutsche Literatur im 20. Jh., Frauenliteratur

Kieserling, Manfred, 1990; Dr. rer. pol., Sprecher der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Nationalsozialismus

Konersmann, Frank, 1961; Mag., Doktorand, Hilfskraft im Landeskirchenarchiv. A: Staatsbildung, Konfessionalisierung, Aufklärung

Kröll, Friedhelm, 1945; Dr.habil., Doz. am Bildungszentrum Nürnberg. V: Schweigen und Walten. Poesie der Nachkriegszeit (1992); Angebetet und verworfen. Streitfrage »Arbeiterklasse« (Mitautor, 1992). A: Kultur-, Literatur- und politische Soziologie

498 Verfasser/innen

Kurz-Scherf, Ingrid, 1949; Dr.oec., Staatssekretärin im Min. für Arbeit und Frauen im Saarland. V: »Wem gehört die Zeit?« Ein Lesebuch zum 6-Stunden-Tag (1987). A: Arbeitsmarkt-, Frauen- und Tarifpolitik

Leitner, Stefan, 1963; Bibliothekar am FB Naturwissenschaften der Univ. Innsbruck. A: Cultural Studies, Medien. M: IG-Kultur Österreich

Lukoschik, Bernd, 1953; Dr.phil., Lehrer, Ausbilder für Informationselektroniker. A: Gesell-schaftstheorie, Technikphilosophie, Erkenntnistheorie

Munschau, Christel; Studentin der Politologie an der FU Berlin

Naegler, David, 1969; Studium der Kunstwiss. und Soziologie an der TU Berlin

Nieragden, Göran, 1965; M.A., Doktorand der Anglistik an der Univ. Köln. A: Lyrik und Roman des 20. Jh., Literaturtheorie

Nolte, Christiane, 1946; Dr.phil., Studienrätin. M: Deutscher Spanischlehrerverband

Nolte, Hans-Heinrich, 1938; Dr.phil., Prof. für osteuropäische Geschichte. V: Ruβland/UdSSR (1991); Der Mensch gegen den Menschen (1992); Die eine Welt (1993). A: Osteuropa im Weltsystem Peitsch, Helmut, 1948; Dr.phil., Visiting Prof. am Depart. of Germanic Languages and Literatures, New York Univ. V: Georg Forsters »Ansichten vom Niederrhein« (1978); Nachkriegsliteratur in Westdeutschland (Mithrsg., 1982, 1984); Deutschlands Gedächtnis an seine dunkelste Zeit (1990). A: Deutsche Literaturgeschichte

Petersdorf, Jutta, 1941; Dr.sc.phil., WIP/HEP gefördert durch KAI e.V. A: Russische Geschichte des 20. Jh., deutsch-russische Wissenschaftsbeziehungen. M: GEW, BdWi

Pfenniger, Flavia, 1962; Studentin der Philosophie an der Univ. Basel

Quante, Michael; Philosophisches Seminar an der WWU Münster

Rehmann, Ruth, 1922; Schriftstellerin, Studium der Germanistik, Kunstgeschichte und Musik (Konzertreife in Geige): V: Die Leute im Tal (1969); Der Mann auf der Kanzel (21982); Abschied von der Meisterklasse (1985); Die Schwaigerin (1987). M: PEN-Club, Die Grünen

Reinisch, Holger, 1948; Dr.phil.habil., Prof. für Berufs- und Witschaftspädagogik an der Carl von Ossietzky-Univ. Oldenburg. A: Historische Berufsbildungsforschung, Didaktik des wirtschaftsberuflichen Unterrichts

Röttger, Bernd, 1961; Dipl.Politologe, wiss. Mitarbeiter, Lehrgebiet pol. Wiss., FB Rechtswiss. an der Univ. Hannover. V: Deutschland in einer neuen Weltära (Mitautor, 1992); Akkumulation und Reputation in der EG-metropolitanen Integration (1993, i.E.). A: Internationale Politische Ökonomie, Europäische Integration

Schaepper, Hildegard, 1956; Dipl.-Soz.wirtin, wiss. Mitarbeiterin an der Fakultät für Soziologie der Univ. Bielefeld. V: Bildungswege von Frauen (Mitautorin, 1991); Hochschulausbildung in Japan (Mitautorin, 1989). A: Hochschulkulturen, Sozialisation von HochschullehrerInnen

Schmid, Ulrich: siehe Argument 198

Schnoor, Annette, 1946; Betriebsrätin bei Siemens AG, Werk Witten

Schürer, Norbert, 1966; Studium von Englisch/Deutsch an der FU Berlin. V: RAF und Rhetorik (1990)

Schwarz, Thomas: siehe Argument 198

Sölçün, Sargut, 1947; Dr., wiss. Mitarbeiter an der Erziehungswiss. Fakultät der Univ. Erlangen/Nürnberg. V: Sein und Nichtsein. Zur Literatur in der multikulturellen Gesellschaft (1992). A: Neuere deutsche Literatur. M: IVG

Vandamme, Ralf, 1963; Doktorand, Übersetzer. A: Neue soziale Bewegungen, Wertewandel

Weilnböck, Harald, 1959; Student. A: Germanistik, Psychoanalyse

Weinbach, Heike, 1961; M.A.

Feministische Studien

Berliner Debatte INITIAL Zeitschrift für Socialwissenschaftlichen Diskurs

1 '93

B.Young: Der Abwicklungsskandal an ostdeutschen Universitäten und seine Folgen für Frauen

U.Gerhard/Ch.Klausmann/U.Wischermann: Frauenfreundschaften – ihre Bedeutung für Politik und Kultur der alten Frauenbewegung

H.Schlüpmann: Geschlechterdifferenz in Kracauers Essayistik der zwanziger Jahre

L.Schiebinger: »Rasse« und Geschlecht in der Naturwissenschaft des 18. Jh.

B.Hansen: Geschlechterverhältnis und politische Philosophie des 17. Jahrhunderts

Bilder und Zeichen

K.Sykora: Zum fotografischen Œuvre von Annemarie Schwarzenbach

Diskussion

M.Nadig: Die Ritualisierung von Haß und Gewalt im Rassismus

C.Schulze: Versprechungen, Grenzen und Tendenzen der vorgeburtlichen Chromosomenuntersuchungen

S.Rosenberger: Frauenbewegung und feministische Forschung in den USA

Forschungsbericht

H.Kelle: Politische Sozialisation bei Jungen und Mädchen

2 '93

»Schuld« im Räderwerk der Institutionen

D.Howard: Schuld und die Geburt der Demokratie

»Schuld im Räderwerk der Institutionen«. Gespräch mit U.Poppe, W.Ullmann, M.Brie, U.Ewald, R.Land

W.Becker: Strafjustiz - Politische Justiz - Weltanschauungskritik

B.Gill: Stasi-Auflösung zwischen demokratischem Neubeginn und bürokratischer Kontinuität

R. Henrich: Schuld als Gegenstand des Amüsements

R.Possekel: Dem Schauerlichen Sinn abrin-

W.Heuer: Hannah Arendt - Die Banalität des Bösen

Nachlese: Drei Welten zu einer Welt

R.Krämer: Kuba H.Picht: Nordkorea

W.Lulei: Vietnam: Umkehr oder Umbruch?

Osteuropa

I.Oswald/V.Voronkov: Migration im Nordwesten der ehemaligen Sowjetunion

Sozialwissenschaften in Ostdeutschland

R.Bobach: Überlegungen zu einer Weiterbil-

dungsakademie

Hrsg, v. Juliane Jacobi, Christina Klausmann, Hilge Landwer, Claudia Opitz, Regine Orthmer-Vetter, Mechthild Rumpf, Eva Senghaas-Knobloch, Anna Maria Stuby, Ulla Wischermann (Geschäftsführerin). – Kontaktadresse für Manuskripte: Juliane Jacobi, Kiskerstraße 6, 4800 Bielefeld. – Erscheint zweimal jährlich, Einzelheft 22 DM, Jahresabo 36 DM zggl. Versand. – Deutscher Studien Verlag, Postfach 100/54, W-6940 Weinheim

Hrsg. v. d. Ges. f. sozialwiss. Forschung und Publizistik mbH i. A. des Vereins Berliner Debatte INITIAL e.V. Präsident: Peter Ruben. – Redaktion: H.Bluhm, E.Crome, T.Ehrke, W.Hedeler, H.Schmidt, P.Stykow, U.Tietz, J.Wielgohs; verantw.: R.Land. – Erscheint zweimonatlich. Einzelneft i O DM, Jahresabo 54 DM (alte Bundesländer: 12/60 DM), Stud. etc. 30 DM. – Anschrift: Postfach 158, O-1058 Berlin



kultuRRevolution

zeitschrift für angewandte diskurstheorie

5 '93

Politik

H.L.Gremliza: Die Krauses als Krupps B.Gröndahl u.a.: Das Gesicht der Revolte. Ein Blick auf die Folgen der 68er Bewegung W.Pohrt: Über den Eintritt der Deutschen in

den 3. Balkankrieg

P.Hetzler: Reißmüllers Appartement

H.Hess: »Illegal ist unsozial«. Desorgani-

sierte Kriminalität

D.Düe/K.H.Tjaden: Kapitalismus, Sozialis-

mus, Müllnotstand

B.Schmid: Bonjour Tristesse

E.Lohoff: Schwächemessen in Moskau
E.Riess: Der Rhein-Main-Donau-Kanal und
das Ende der österreichischen Neutralifät

Kultur

S.Ripplinger: »Flamme empor!« O.Köhler: Vom Niveau zur Gurgel

F.Kern: Ballaballa

L.Weß: Rasse, Klasse, Gene

R.Gernhardt: Verletzte Verletzer. Über die

Neue Satirekritik

S.Horst: Überleben im Verteilungskrieg. Ex-

zessive Gewaltdarstellung im Kino

28

zehn jahre kultuRRevolution

Zehn Jahre kultuRRevolution – oder die Bilanz eines »aktualhistorischen« Konzepts

»Ein Stück Kulturrevolution – aber bitte in Anführungsstrichen«. Zur Diskursgeschichte eines Reizwortes

Zu Hause »asylantenfrei« – in Übersee auf »Friedensmission«?

Daten zum langen Marsch der Bundeswehr in die Dritte Welt

Reizwort »Drückeberger«: Single-Subjekt – Kollektives Subjekt – Staats-Subjekt

Sensible Praxis - Robuste Gefühle

Stationen auf dem Weg in die Republik der »Republikaner« oder Das Grundgesetz als Asylbewerber

Große Parteien einig: Artikel 14 muß geändert werden!

»Staatsnotstand« – Kombinatorik der Bedrohungen: »Große Koalition«, »Asyl« – Notstands-Turbulenzen?

500 Jahre Entdeckung Amerikas. Von der Exotik im Bordbuch. Cristóbal Colóns zum Völkermord

Eiserne Wege

Drähte

Neue lange Märsche durch den Interdiskurs. Zu Neuerscheinungen von Jacques Rancière, Renate Lachmann, Manfred Schneider, Rolf Kloepfer, Hanne Landbeck und Siegfried Jäger

Hrsg.: Jürgen Link und Ulla Link-Heer. Redaktion: ruhr-VALK (= Ruhr-Verbund angewandte Literatur- und Kulturtheorie). – Erscheint zweimal jährlich. Einzelheft 15 DM, Jahresabo 27 DM. – Redaktion: Kampstraße II, 4320 Hattingen 16 – Klartext Verlag GmbH, Viehofer Platz 1, 4300 Essen 1

Herausgeber: Hermann L. Gremliza. Redaktion: W.Schneider, B.Gröndahl, J.Schäfer – Frscheint monatlich Finzelheft 8 DM, Jahresabo 90 DM. – Verlagsadresse: Gremliza Verlags GmbH, Postfach 306139, 2000 Hamburg 36



Die Neue Gesellschaft Frankfurter

5 '93

L. Radenski: Das Serbien-Ticket

Dokumentation

L. Radenski: Als Sühne für deutsche Verluste G.Klusmeyer: Politische Gefangene in der BRD

Militärische Intervention

G.Krell: Gegenrede zum Streit über und im

Pazifismus

Aktuelle Debatte

J.Lauterbach: Offene Grenzen? Offene

Grenzen!

Th. Kunz: Die »Torheiten« der einen, die Eigentore der anderen ...

Thema: Asylrecht ade?

J.Lauterbach/F.Schneider: »All das muß durchgesetzt werden!« Interview mit Volker Morawitz

F.Schneider: National-demokratischer Staatsabsolutismus

L.Lodovico: Die Nation als Mehrheitenerzeuger und Minderheitenkiller

G.Ziebura: Einwanderungsgesellschaft ver-

sus Wohlstandschauvinismus?

International

R.J.McIntyre: Jelzins Wirtschaftspolitik

Deutschland im Umbruch

Ch.Sonnenfeld: (Fast) Allen soll es schlechter gehen. Die Demontage des Sozialstaats B.Mahnkopf/E.Altvater: Gewerkschaftliche Tarifpolitik in Europa nach Mauer und Maastricht

25. Jg. 1993

Redaktion: N. Apostolidou, P. Bonavita-Lindloff, U. Braud, C.Görg, H.Grün, J.Hirsch, P.-E.Jansen, P.Kern, H.-D.Köhler, E.-M.Krampe, T.Kunz, L.Lodovico, R.Pusch, S.Reinfeldt, F.Schneider. - AG Sozialistisches Büro, PF 10062, 6050 Offenhach I. - Ersch. mtl., Einzelheft 6 DM, Jahres-abo 64 DM, incl. Verand. - Verlag 2000 GmbH, Pf 102062, 6050 Offenbach 1

5 '93

Aktuelles

K.Ehlers: Moskau – Kampf der Alternativen Ch. Leipert: Die Suche nach einer zukunftsfähigen Wirtschaftsordnung in Osteuropa S. Baringhorst: Großbritannien und die europäische Einigung

Thema: Französische Zustände

L.Rosenzweig: Die Parlamentswahlen in

Frankreich

J.Julliard: Die Stimmendiebe

W.Geiger: Nachruf auf die französische Lin-

B. Mosebach: Frankreichs Grüne

Französische Zustände. Gespräch mit Alain

Touraine

C.Leggewie: Nach dem Erdrutsch - vor dem

Urknall

A.Russer: Unterwelt und Oberwelt - Ethno-

graphische Impressionen aus Paris

Die Linke in der Drift

C.Koch: Wo die Sozialdemokratie neu an-

fangen muß – wenn sie kann

D.Howard: Amerikanische und europäische

I. Nordmann: Erfahrungsfähigkeit und Differenz

Kultur

K. Hielscher: Der Eurasismus

W.R.Langenbucher: Erich Kuby oder der

Musterschüler der Kassandra

H.-M.Lohmann: Zeitschriften-Forum

40. Jg. 1993

Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von H.Börner, G.Grass, K.Harpprecht, J.Rau, C.Stern, H.-J.Vogel Redaktion: P.Glotz (Chefredakteur), U.Ackermann, N.Seitz (heide verantw.) - Erscheint monatl, Einzelheft 14.80 DM frei Haus; Jahresabo 99 DM frei Haus. - Verlag J.H.W. Dietz Nachf., In der Raste 2, 5300 Bonn 1

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT PERIPHERIE Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt



Zeitschrift für Sozialistische Politik & Wirtschaft

49

Migration – Ethnizität, Identität, Modernität J.Link: Zu Hause »asylantenfrei« – in Über-

see auf »Friedensmission«?

P.Ay/G.Zdunnek: Exodus aus den Städten Nigerias. Entwicklung der regionalen Migration am Beispiel des Großraums Ibadan

A.Steinhauf: Migration und gesellschaftliche Umbildung in Peru. Der Weg in eine andere Modernität?

M.Guidi: Migration als Überlebensstrategie? Migration und soziale Identität am Beispiel einer indianischen Gemeinschaft in Oaxaca, Mexiko

S.Baringhorst: Migrantinnen in Europa – Aspekte der Mehrfachdiskriminierung

Rezensionsartikel

A.Backhaus: »... Aber der Mann arbeitet nicht für zwei Portionen Essen ...«

A.Nicolas: Hermando de Soto. Marktwirtschaft von unten. Die unsichtbare Revolution in Entwicklungsländern

13. Jg. 1993

70

H.-G.Hofschen: Blick in die Welt

J.Dreher: Probleme mit der Solidarität -

Probleme mit der Macht

Kommentar

P.Paterna: Postreform II

H.Peter/N.Sprafke: Zur hessischen Kom-

munalwahl

Interview mit Norman Paech: Zur Bedeu-

tung der UNO-Reform

Sozialdemokratie

S.Möbbeck: Jahrestagung des Frankfurter

Kreises

Interview mit Detlev von Larcher: Zur Lage der SPD-Linken

Stoff-Wechsel

C.Sieling: Ökologischen Umbau ökono-

misch möglich machen

K.O. Henseling: Chemiepolitik

D.Düe/P.Strutynski: Auto - Umwelt - Ge-

werkschaftskrise

M.Schauzu: Tschernobyl im Genlabor? M.Dobberthien: Gentechnik ohne Ende U.Burchardt: Zukunftspfade der Industriege-

sellschaft erkunden

Marx out?

R.Graf: Plan und Markt

R.Krämer: Kapitalismus und Sozialismus

Rezensionen

16. Jg. 1993

Herausgegeben von der "Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V.». – Redaktion: V.Blum, D. Haude, G. Hauck, W.Hein, R. Kößler, I. Lenz, H. Melber (verantw.), H. Mertens, Th. Mutter. Erscheint vierteljährlich. – Einzelheft II DM, Jahresabo 38 DM, Förder-/Institutsabo 75 DM. – Redaktion: Heide Mertens, Kesselstraße 17, 4770 Soest. LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61.

Hrsg.: H.Albrecht, D.Dehm, J.Egert †, K.Fuchs, J.Hindels †, K.P.Kisker, H.Lienker, S.Möbbeck, U.Pausch Gruber, C.Walther, K.Wand, K.P.Wolf, B.Zimmermann. — Redaktion: I.Arend, G.Becker, U.Kremer, F.Saß, B.Zeuner. — Erscheint zweimonatlich. Jahresabo 51 DM, erm. 42 DM, Ausland 54 DM. Redaktion und Verlag: Kieler Straße 13, 5000 Köln 80

TEXT+KRITIK

UTOPIE Diskussion sozialistischer Alternativen kreativ

118/119

Karl Philipp Moritz

A.Klingenberg: Zwei Briefe von K.P.Moritz E.-P.Wieckenberg: Die Schwindsucht, der Körper und die Aufklärung bei K.P.Moritz G.-A.Goldschmidt: »Anton Reiser«

Th.P.Saine: Die Anfänge eines Popularschriftstellers

K.Erwentraut: (Religions-)Pädagogik bei Moritz und Salzmann

A.Meier: K.P.Moritz als Moralphilosoph M.Luserke: Der Abgesang auf den Sturm und Drang

P.Gersowsky: Shakespeare-Lektüre bei Mo-

L.Müller: Anthousa oder die Vergegenwärtigung der Antike

H. Hollmer: Das Leiden an der Kunst

Sonderband Heinrich von Kleist

H.Dittberner: Der Sensationsdichter H.P.Herrmann: Sprache und Liebe

G.Bauer: Die Kunst und die Künstlichkeit des Hasses

G.Scheit: Das verhörte Geschlecht W.Hettiche: »Ein eignes Blatt«

R.Konersmann: Kleists erste und letzte

Dichtung

M.Krumbholz: Gedanken-Striche

W.Kittler: Der ewige Friede und die Staats-

verfassung

M.Rohrwasser: Eine Bombenpost

H.D.Zimmermann: Kleists »Der neue

(glücklichere) Werther«

A.Gnam: Die Rede über den Körper

H.Korte: Eichendorffs Kleist

Herausgeber: H.L.Arnold. Redaktion: Frauke Meyer-Gosau, Michael Scheffel, Ulrich Schmidt und Michael Töteberg. Redaktionssekretariat: Axel Ruckaberle. – Erscheint viermal jährlich, Abopreis 63 DM zggl. Versand, Einzelheft 19 DM – Redaktionsanschrift: Tuckermannweg 10, 3400 Göttingen – Verlag: edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

27/28

Essav

B.Kagarlitzki: Die Niederlage der Dissidenten

Gesellschaft – Analysen & Alternativen R.Reissig: Paradigmenwechsel im ostdeutschen Transformations- und deutschen Inte-

grationsprozeß?

K. Bast-Haider: Postsozialistische Veränderung von Arbeitswelt

E. Ackermann/O.Seifert: Umbruch ländlicher Arbeitsmärkte und Frauenbeschäftigung G.Kohlmey: Das Geld und die Freiheit H. Zschoge: Vom Traum zur Politik

Rußland – Zum Jahreswechsel 1992/93
J. und A.Charlamenko: »Unsere bemerkenswerten Demokraten«. Gespräch mit Gudrun Havemann

R.Medwedjew: Der »Chicago-Boy« Jegor Gaidar

W.A.Jadow: Der russische National-Sozialismus veröffentlicht ein Manifest

Z.A.Medwedjew: Währungsfieber in Ruß-land

WZIOM: Sozial-politisches Spiegelbild der öffentlichen Meinung. Dezember 1992 G.Lötzsch: Alpträume? Rede zum Politischen Aschermittwoch 1993

Nomen est Omen

H.Schneider: Zur »Abwicklung« von Namen

und Plätzen in Dresden

Wissenschaft

T.Klose: Wissenschaft in West-Berlin Ch. Färber: Chancengleichheit für Frauen im

Wissenschaftsbetrieb

Hrsg. und Verlag: Dietz Verlag Berlin GmbH. Redaktion: Helmut Steiner (Chefredakteur). Marion Kunze, Jörn Schütrumpf. – Erscheint sechsmal im Jahr als Doppelheft. Einzelheft. 10 DM; Jahresabo 60 DM. – Redaktionsadresse: Weydingerstraße 14-15, 0-1020 Berlin



widersprüche

61

Zwischen ökologischer Modernisierung und struktureller Veränderung: Nachhaltige Entwicklung

J.Kopfmüller: Die Idee einer zukunftsfähigen Entwicklung

S.Sarkar: Nachhaltige Entwicklung: Rettungsversuch für eine sterbende Illusion

Ch.Wichterich: Menschen im Süden als Umweltschädlinge

C.Schlebusch: Bevölkerungspolitik im Dienste der Umwelt?

T.Chahoud: Strukturanpassung und nachhaltige Entwicklung

M.Jänicke: Zukunftsfähige Entwicklung in Europa?

R.Keuneke: Armut und Umwelt in Amazonien: Ein kommunales Konzept für dauerhafte Entwicklung

Naturwissenschaft und Technik

H.Kleemeyer: Sondermüll auf ostdeutsche Felder

R.Gerlach: Ökologische Probleme der Mülldeponierung

Gesellschaft und Politik

P.Döge: Öko-sozialer Umbau und Technikfolgenabschätzung

M.Kiper: Partizipative Technikfolgenabschätzung

Frauen

L.Glagow-Schicha/Ch.Schicha: Frauenfeindliche und rechtsextreme Computerprogramme

15. Jg. 1993

Redaktion: Suzanne Wagner, Carsten Freiberg, Rudy Kothe. Erscheint zweimonatlich. – Einzelheft 8 DM, Jahresabo 48 DM. – Verlag und Redaktion: remember e.G., Mariabrunnstraße 48, 5100 Aachen

46

Paradoxien der Gleichheit

M.de Bernart: Zwischen Staatsbürgerschaft und Menschlichkeit

L.Fortunati: Die »Minderheit« der Frauen J.Edwards: Gruppenrechte versus Individualrechte. Probleme rassen- und gruppenbezogener Politik

V.Schöneburg: Menschenrechte, Strafrecht und Arbeiterbewegung – einige theoriegeschichtliche und historische Aspekte

Ch. Pollmann: Die Berufung auf Menschenrechte zum Zwecke ihrer Überwindung V.Ruggiero: »Italienische Emigranten in Paris«. Zur Normalität verurteilt

M.de Bernart: Religion und Alltagsleben in der Migration

M.Scholter/H.-J.Trenz: Politische Flüchtlinge und Menschenrechte. Die soziale Konstruktion des »Asylmißbrauchs«

Forum

S.Ottens: Zur Auseinandersetzung um das Verhältnis von (jungen) Frauen zum Rechtsradikalismus

E.Mädje/C.Neusüß: Zum Wandel der Lebensformen am Beispiel alleinerziehender Sozialhilfeempfängerinnen

Magazin

Manifest für vielfältiges und unabhängiges Leben (Teil 1)

13. Jg. 1993

Herausgeber: Sozialistisches Büro, Redaktion: M.Bitzan, E.Bolay, K.A.Chassé, N.Diemer, F.Düchting, D.Gipser, T.Kunstreich, F.Manke, G. Pabst, F. Peters, W.Plum, B.Rose, A.Schaarschuch, F.Schütte, V.Schöneberg, H.Sunker, W.Völker, – Jährlich 4 Hefte. Einzelheft 14 DM, Jahresabo 54 DM + Versand. - Redaktion und Vertrieb: Verlag 2000, Postfach 102062, 6050 Offenbach

Summaries

Ingrid Kurz-Scherf: Analysis of the Political Economy of Labor

Based on her biography, the author reconstructs the changing concepts of labor: during her studies of industrial management, of Marx, feminism and finally the German trade unions. She points out the limitations of each concept of labor. The author is searching for the appropriate vantage point from which to formulate a critical analysis of the political economy of labor.

Sünne Andresen: Hired Time - a Literary Report

New releases are analysed with respect to their portrayal of the correlation between society's allotment of time and the division of labor by gender. The labor that generates and sustains human life runs contrary to the idea of industrial-capitalist rationalization, it is relegated to the personal sector. Considered a time-consuming task, it is left to the women to accomplish. Consequently, women live with conflicting concepts of time. In closing, the author asks why management of time as the focal point of self-determination does not seem wortwhile fighting for anymore.

Ariane Brenssell: Pleading the Case of Interferring in Lean Production

While lean production is en vogue everywhere, little attention has been paid to its repercussions where women are concerned. The author seeks to tackle this problem. Her question is in which way lean production may change women's position in industrial production and what's to be done so that women do not end up losing to the process of modernization.

Annette Schnoor: The Feinale Work-Roce of Siemens is fighting for Self-Determination

The author relates the story of a women's project to redesign working conditions. This experience sheds light on women's interest on the gender-related shaping of working conditions as well as on the reluctance of management and trade unions to accept this idea. The experience also bears out the fact that the active participation of women in the process of rationalization may fundmentally change their position within the power structure.

Anneliese Braun: What may 50 % of the Women Work-Force Expect? The Social Outlook in the new »Länder«

The analysis of structures and consequences of unemployment in East Germany is combined especially with the hierarchy of genders. Conflicts and perceptible trends of working for women are explained. Hope for women who are out of work, for social by just distribution of employment, especially the question of new preferences in the ninetees come up for discussion. »Autonomous working« as an additional alternative way for women to escape unemployment is discussed.

Hanna Behrend: The Inglorious Unification: A Model for Europe?

The author analyses the guidelines of government policies implemented in East Germany. These guidelines are characterized by the loss of influence of work's councils and the unions, the spread of mass unemployment due to limitations on investments, a cut in state-funded social services as well as in cultural and educational services. The East German economy has been rendered ineffective as a potential competitor due to the *Treuhand's* policy of privatization. By now, the recession has reached all of Germany. The author contends that a small group of former GDR dissidents allowed themselves to be abused for the purposes of defaming GDR intellectuals and discrediting an alternatic model of society. Meanwhile, the right-wing continues to gain ground.

Eva Kaufmann: Homage to Helga Königsdorf

A tribute is being paid to Helga Königsdorf's achievements to date (1978-1992) emphasizing her writing strategy. She uses various comical techniques painting a critical portrait of lop-sided structures of and mechanisms within society. She also sheds light on the role of individuals as they seem to be both objects and subjects of that society.

Helmut Peitsch: A Farewell to Documentary Literature? A Discussion of Terrorism

Contrary to the commonly held view of Delius's three novels dealing with West German terrorism as thematically and technically out of date, their eminence is argued by placing the texts in three contemporary cultural contexts: the blurring of fact and fiction – often fashioned as postmodern; the "story" of terrorism as "carear" which has dominated the public arena since the 1977 CDU conference on the "spiritual roots of ciolence"; the liberal nationalization of the writer's role in politics.

Geschichte

Ritter, Gerhard A., und Klaus Tenfelde: Arbeiter im deutschen Kaiserreich. 1871-1914 (T.Schwarz)	
Kuck, Gerhard: Italienische Wege zum Sozialismus (F. Pfenninger)	474 476
Bergmann, Theodor, und Mario Keßler (Hrsg.): Aufstieg und Zerfall der Komintern	
(J.Petersdorf)	477
Schöler, Uli: »Despotischer Sozialismus« oder »Staatssklaverei«? (W.F.Haug)	478
Elm, Ludwig: Nach Hitler. Nach Honecker (W.Bialas)	479
Iggers, Georg G. (Hrsg.): Ein anderer historischer Blick (F. Hauer)	480
Benz, Wolfgang (Hrsg.): Legenden, Lügen, Vorurteile (S. Bundschuh)	482
Lüdtke, Alf (Hrsg.): Herrschaft als soziale Praxis (F.Konersmann)	484
Wallmann, Johannes: Der Pietismus. Die Kirche in ihrer Geschichte (F. Konersmann)	486
Le Goff, Jacques: Geschichte und Gedächtnis (W.Bialas)	487
Certeau, Michel de: Das Schreiben der Geschichte (W.Bialas)	488
Soziale Bewegungen und Politik	
Lamb, David: Afrika Afrika (U.Jungfer)	490
Hoering, Uwe, und Christa Wichterich: Kein Zustand dauert ewig (U.Jungfer)	490
Scheffler, Thomas (Hrsg.): Ethnizität und Gewalt (L. Hanisch)	491
Elshtain, Jean Bethke (Hrsg.): Just War Theory (M.Quante)	493
Jaschke, Hans Gerd: Streitbare Demokratie und innere Sicherheit (M. Kieserling).	494
Landfried, Christine: Parteienfinanzen und die politische Macht (J. Becker)	495
Ökonomie	
Habicht-Erenler, Susanne (Hrsg.): Frauenzeit am Arbeitsmarkt (S. Andresen)	349
Kurz-Scherf, Ingrid: Nur noch Utopien sind realistisch (S.Andresen)	349
Maurer, Andrea: Alles eine Frage der Zeit? (S.Andresen)	349
Mogge-Grotjahn, Hildegard: Arbeit, Technik, Zeit (S.Andresen)	349
Raehlmann, Irene, u.a.: Flexible Arbeitszeiten (S.Andresen)	349

Europäischer Humanismus Kongreß

25. bis 30. Juli in Berlin

Ost-West-Dialog über

DEMOKRATIE · MENSCHENRECHTE · HUMANISMUS

Mit dabei: Elmar Altvater, Karlheinz Deschner, Gerhard Zwerenz, Daniil Granin, György Konrád

Information: Humanistischer Verband Deutschlands

Tel 030-623 48 78 · Fax 030-623 40 77

Inhalt der letzten Hefte

198: Das Ende der Markt-Euphorie

A.Malkiewicz/J.Palys: Wege und Fallen beim Aufbau des Kapitalismus in Polen / Y.Krasin: Perspektiven nach dem Scheitern der »Schocktherapie« in Rußland / J.Hirsch: Internationale Regulation / P.M.Sweezy/H.Magdoff: Den Kapitalismus in seiner Geschichte begreifen / I.Arbeitlang: Wie befreiend war die DDR-Frauenförderung / Th.Weber: Glücklose Engel / J.Hermand: Fragen an Heiner Müllers »Autobiographie« / Besprechungen: Antike Philosophie und Sozialgeschichte; Deutsche Mythen; Mediale Inszenierungen; Pädagogische Selbstreflexion; Bilanz des Sozialismus; Nicaragua; Israel/Palästina; Frauenarbeit in Europa

197: Elemente neuer ökologischer Politik

W.Brüggen: Ansatzpunkte für einen ökologischen Kompromiß / K.Jacobs: Bruchstücke Sozialismus und Ökologie / C.Thomasberger: Öko-Steuern als Mittel des ökologischen Umbaus? / J.Hoffmann: Ökologisch produzieren – ökonomisch verteilen? / F.O.Wolf: Zu Al Gores »Marshallplan für die Erde« / R.Seifert: Krieg und Vergewaltigung / E.Wulff: Wahnsinn als selbstdurchkreuzte Intentionalität / H.Gess: Gesundheit als Symptomfreiheit / Besprechungen: Philosophiepolitik; Rechts- und Sozialphilosophie; Nietzsche; Internationale Sprachkontakte; amerikanische und mitteleuropäische Literatur; Bildung und Bildungssystem; Geschlechter und Geschichte; 500 Jahre Conquista; Ökologie; Demokratietheorie

196: Begriffskarrieren: Subjekt und Geschlecht

Ph.Rothfield: Subjektivität, Erfahrung, Körperlichkeit / E.Showalter: Frauen – Männer – Texte / R.Seifert: Männlichkeitskonstruktionen / F.E.Ferguson: Politischer Feminismus und Dekonstruktionstheorien / H.-H.Nolte: Innere Peripherien im modernen Weltsystem und die Zukunft Ostdeutschlands / V.Külow: David Rjasanow – mit Marx gegen Stalin / B.Hoffmann: Kuba: Nicht Modell, Tragödie / Besprechungen: DDR-Philosophie; Epistemologie; Benjamin; Kafka; Pädagogische Argumente; Schule und Geschlecht; Faschismus; Regulationstheorie; Automobilindustrie

195: Anti-Rassismus Methodendiskussion

G.Auernheimer: Universelle Rechtsansprüche und kulturelle Differenz / W.Heitmeyer: »Schwärmerischer Antirassismus / M. u. S.Jäger: Rassistische Alltagsdiskurse / W.Kowalsky: Moralisierender Anti-Rassismus / R.Leiprecht: Auf der Suche nach Begriffen / J.Link: Normalismus und Neorassismus / J.Müller: Nationalismus der »Neuen Rechten« / U.Osterkamp: Weitere Fallstricke / N.Räthzel: Zivilgesellschaft und Einwanderung / E.Wulff: Zur Konstruktion von »Rassismus« / Besprechungen: Politische Philosophie; Arbeiterliteratur; Film und Fernsehen; Frauenarbeit; Antirassistische Erziehung; Geschichtsschreibung; Frauen unter EG-Binnenmarkt und deutscher Vereinigung; Marx

194: Was ist tot, was lebendig im Denken von Marx?

H.Fleischer; Lebendiges und Totes im Denken von Marx / F.Jameson: Spätkapitalismus als Problematik des real existierenden Marxismus / Th.Laugstien: Sandkühlers Enzyklopädie / P.Jehle: Was wird aus dem DDR-Projekt eines Wörterbuchs ästhetischer Grundbegriffe? / M.Löwy: Benjamins Marxismus / R.Wahsner: Was bleibt von Engels' Konzept einer Dialektik der Natur? / E.Tugendhat: Heidegger und Bergson über die Zeit / S.Willis: Körperarbeit / Besprechungen: Ethik und Moral; Diskurstheorie; Weibliche Identität; Zusammenbruch der DDR-Gesellschaft; Staatstheorie; Gewerkschaften; Rassismus

193: Literarische Frauen-Ratschläge

F.Haug: Feministische Literatur als Arbeit mit weiblichen Erfahrungen / K.Hauser: Das Patriarchat muß verlernt werden – auch im Sexuellen / U.Püschel: Über Nawal el Saadawi / J.Gohrisch: Lyrik schwarzer Frauen in Großbritannien / B.Baume: DDR-Autorinnen / A.Honold: Lesespuren in Peter Weiss' Ästhetik / A.Schwarz: Gramscis Zivilgesellschaft und die Umbruchprozesse in der DDR / A.Catone: Zivilgesellschaft in der Literatur der Perestrojka / L.Nikititsch: Gramsci und die Kritik des Stalinismus / Besprechungen: Foucault; Derrida; Erich Fried; Literatur im Zeitalter der Revolution; Bildungsarbeit von/für Frauen; Weltsystem und Weltordnung; Transformation der Wirtschaftssysteme in Ost-Europa; Arbeitskultur

Buchhandlungen, die das Argument-Verlagsprogramm führen

ngen, die das Argument-Verlagsprogramm führen

»probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel. 0821/57 91 73

Buchlanden am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel. 030/313 40 17

Buchlandelung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel. 030/341 74 32

Buchlandlung Tell, Thielallee 32; Tel. 030/832 40 51

Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel. 030/831 50 89

Argument-Buchladen, Reichenberger Str. 150; Tel. 030/611 59 83

Wohlthat sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel. 030/854 15 09

Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steinlor 56; Tel. 0421/7 20 73

Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehoter Platz 8; Tel. 0201/23 19 23

Uni-Buch, Jügelstr. 1; Tel. 069/77 50 82 3

Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Grätestr. 77; Tel. 069/77 73 03

Karl-Marx-Buchhandlung, Jordanstr. 11, Tel. 089/77 78 07

Jos Fritz, Politische Buchhandlung, Wilhelmstr. 15; Tel. 0761/2 68 77

Sozialwissenschaftliche Fachbuchhandlung, Friedrichstr. 24; Tel. 0661/7 49 34

Buchladen Kleine Freiheit, Bismarckstr. 9; Tel. 0641/7 18 50

Rote Straße-Buchladen, Rote Str. 10

ARGUMENTE, Rentzeistr. 1; Tel. 040/45 36 80

Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel. 040/44 97 78

Buchhandlung Schöbel & Kube, Plöck 64

ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel. 0561/7 77 04

Der andere Buchladen, Wahlenstr. 1, Tel. 0221/52 05 79

Der andere Buchladen, Wahlenstr. 1, Tel. 0221/52 05 79

Der andere Buchladen, Wahlenstr. 1, Tel. 0221/52 05 79

Der andere Buchladen, Aegidiistr. 12; Tel. 0561/7 77 04

Buchhandlung Schöbel & Kube, Plöck 64

Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Achternstr. 15/16; Tel. 06421/2 47 87

BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel. 089/280 95 22

ROSTA-Buchladen, Aegidiistr. 12; Tel. 0251/4 49 26

Bücherkiste, Jákobstr. 26

Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Achternstr. 15/16; Tel. 0441/1 39 49

Dieter zur Heide, Osterberger Reihe 2-8; Tel. 0541/2 10 51 und 2 64 05

Ultrich Dombrowsky, Wollwirkergasse 4; Tel. 0541/2 10 51 und 2 64 05

Ultrich Dombrowsky, Wollwirkergasse 4; Tel. 0541/2 23 287

Die Gruppe, Alternativer Buchladen GmbH, Münzgasse 15; Tel. 0771/2 Augsburg Berlin 12 Berlin 19 Berlin 33 Berlin 36 Berlin 41 Bremen 1 Essen Frankfurt/M. Freiburg Fulda Gießen Göttingen Hamburg Heidelberg Kassel Köln 30 Köln 41 Könstanz Marburg München 40 Münster Nürnberg Oldenburg Osnabrück Regensburg Saarbrücken Stuttgart Tübingen Würzburg Schweiz

Österreich

Frauenbuchläden, die das Argument-Frauenprogramm führen

Lilith Frauenbuchladen, Knesebeckstr. 86-87; Tel. 030/312 31 02
Frauenbuchladen Labrys, Hohenstaufenstr. 64; Tel. 030/215 25 00
bambule e.V., August-Bebel-Str. 154, Tel. 0521/6 84 61
Frauenbuchladen Amazonas, Schmidtstr. 12
Nora-Frauenbuchladen, Wolfstr. 30; Tel. 0228/65 47 67
Frauenbuchladen im Magniviertel, Magnikirchstr. 4; Tel. 053/4 07 44
Frauenbuchladen Hagazussa, Friesenstr. 12; Tel. 0421/7 41 40
frauenbuchladen zimpzicke, Adlerstr. 45; Tel. 0521/6 84 61
Frauen-Bücher-Zimmer, Duisburger Str. 50, Tel. 0211/46 44 05
frauenbuchladen gmbh, Kiesstr. 27, Tel. 069/70 52 95
Frauenbuchladen Laura, Burgstr. 3
Frauenbuchladen Won heute an«, Bismarckstr. 98; Tel. 040/420 47 48
Annabee Frauenbuchladen, Hartwigstr. 7; Tel. 0511/32 40 24
Frauenbuchladen GmbH, Theaterstr. 16; Tel. 06221/2 22 01
Aradia Frauenbuchladen, Reginastr. 14; Tel. 0561/1 72 10
Cardabela Büchladen GmbH, Frauenlobstr. 40; Tel. 06131/61 41 74
Frauenbuchladen Xanthippe, T 3, 4; Tel. 0621/2 16 63
Lillemor's Frauenbuchladen, Arcisstr. 57; Tel. 089/272 12 05
Frauenbuchladen Thalestris, Bursagasse 2; Tel. 07071/2 65 90
Bern, Frauenbuchladen, Stockerstr. 37; Tel. 01/202 62 74
Innsbruck, Parnasse, Müllerstr. 6; Tel. 05222/2 39 80
Wien, Frauenzimmer, Langegasse 11; Tel. 0222/43 86 78
Wien, Sprachlos, Radetzkystr. 6; Tel. 0222/752 42 45 Berlin 12 Berlin 62 Bielefeld Bochum Braunschwei Bremen Dortmund Düsseldorf Frankfurt 90 Göttingen Hamburg 20 Hannover Heidelberg Kassel Mainz Mannheim München 40 Tübingen Schweiz Braunschweig Österreich